4,00 €
Juli/
August

4|18

Europäisches Kulturerbejahr 2018

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Gundula Bavendamm
A. Kramp-Karrenbauer
Thomas Krüger
Günter Morsch
Stefan Raue
und viele andere

Zusammenhalt
Was sind Werte? Was ist Heimat? Wie kann Vielfalt ausgedrückt werden?: Drei Ansätze für »Zusammenhalt in Vielfalt«
Seiten 3 bis 5

Spezialbibliotheken
»Antiker« Lesestoff und seine Orte: Zur Rolle und Bedeutung von Spezialbibliotheken im digitalen Zeitalter
Seite 7

Digitales Schauspiel
Künstlerische Interaktionen zwischen Mensch und Maschine: Wie kann das Theater der Zukunft aussehen?
Seite 16

Hörfunk
»Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens« nach Bertolt Brecht: Was kann das Radio morgen leisten?
Seite 31

Freiheit

Die Alternative für Deutschland (AfD) verfolgt ihre vermeintlichen Gegner mit einem so tiefen Hass, wie ich ihn in der politischen Auseinandersetzung noch nicht gekannt habe. In den letzten Wochen durfte ich es selbst erleben, was es heißt, von der AfD medial zum Abschuss frei gegeben zu werden.

Meine Kritik an den Talkshows im Ersten und im ZDF wurde von der AfD als Angriff auf ihren Propagandaspielplatz gesehen. Umgehend wurde eine Grafik erstellt, mein Porträt wurde neben den bekannten drei Affen – nicht hören, nicht sehen, nicht sprechen – gedruckt, und das garniert mit der Lüge, dass ich gefordert hätte, dass in den Talkshows nicht mehr über die Migrationsprobleme gesprochen werden dürfte. Massenhaft wird das Bild geteilt, kommentiert beispielsweise mit »Heil Hitler«. Viral durchdringt es das Netz.

Auch bei meiner Kritik an der geplanten Übernahme des Vorsitzes des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages durch die AfD setzte die Partei die gleichen medialen Maßnahmen ein. Bildcollagen, Hasstexte, werbetechnisch professionell bearbeitet, im Netz massenhaft verbreitet.

Die AfD verfügt nicht nur im Internet über eine große Basis. Auch die Zeitung »Junge Freiheit« hat Einfluss, da ihre Autorinnen und Autoren längst den etablierten Pressemarkt unterwandert haben.

So hetzt die Junge Freiheit-Autorin Birgit Kelle in Focus-Online gegen den Deutschen Kulturrat, indem sie den Anschein erzeugt, wir seien käuflich. »Zumindest für die Regierung entpuppt sich die Förderung des Kulturrates«, so schreibt sie, »somit als gut investiertes Geld«. Dass die rechte Journalistin schon Gast in allen von mir kritisierten Talkshows war, erklärt sich schon fast von selbst.

Die AfD hat ihre Unterstützer erfolgreich platziert, sie bespielt die sozialen Medien gekonnt, sie bestimmt mit ihrer Provokation seit Monaten die Debatte, in den Talkshows und weit darüber hinaus.

Die neue Rechte hat dem Kulturbereich den Krieg erklärt. Der Kulturpolitische Sprecher der AfD Bundestagsfraktion Marc Jongen will uns »entsiffen«.

Vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, nicht nur uns, soll, wenn es nach der AfD ginge, die öffentliche Förderung gestrichen werden. Polen und Ungarn lassen grüßen.

Vor 90 Jahren hat die Barbarei in Deutschland auch so begonnen!

Und wir? Wir reden im Kulturbereich immer noch so, als wäre nichts gewesen. Hier ein bisschen kulturelle Bildung, dort ein roter Teppich bei einer Preisverleihung. Leute, die Freiheit steht auf dem Spiel!

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / SCHROEWIG

Jörg Immendorff, »Gelbes und braunes Baby«, 1967

Migration – Integration

Eine neue alte Aufgabe

MARKUS HILGERT

Von den 15 Thesen zu kultureller Integration und Zusammenhalt der Initiative kulturelle Integration gefällt mir eine ganz besonders gut. Sie lautet: »Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke«. Denn als Altertumswissenschaftler denke ich beim Begriff »kulturelle Vielfalt« unweigerlich auch an mein eigenes Fachgebiet, die Altorientalistik. Gegenstand der Altorientalistik sind die Sprachen und Kulturen des antiken Zweistromlandes, das im Wesentlichen mit dem Gebiet der heutigen Staaten Türkei, Syrien und Irak identisch ist. Über mehr als 4.000 Jahre hinweg waren die Gesellschaften des antiken Mesopotamiens Orte der kulturellen Vielfalt, des interkulturellen Austauschs, der Zuwanderung und des Sprachreichtums. Es ist sicher kein Zufall, dass die Bibel die Stadt Babylon zum Schauplatz der gottgewollten Sprachverwirrung macht. Schon seit dem frühen zweiten Jahrtausend v. Chr. war die Metropole ein kultureller Schmelztiegel mit überregionaler Bedeutung, ein begehrtes Reiseziel für Händler und Diplomaten, ein Zentrum der Wissenschaft und der Künste.

Kulturen jenseits des Gegensatzes von Eigenkultur und Fremdkultur denken

Auch die Gesellschaften des antiken Zweistromlandes wussten um die Herausforderungen, die kulturelle Vielfalt, die daraus erwachsende Aufgabe der kulturellen Integration sowie der Wettbewerb der Narrative und kulturellen Formen mit sich bringen können. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, das Thema »Migration – Integration« auch aus dem Blickwinkel der historischen Kulturwissenschaften zu betrachten. Dabei geht es nicht zuletzt um die wissenschaftspolitische Frage, welchen spezifischen Beitrag die Forschung in den historischen Kulturwissenschaften zur gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der kulturellen Integration leisten kann.

Wichtige Denkanstöße liefert in diesem Zusammenhang das Konzept der Transkulturalität, das Wolfgang Welsch vor mehr als einem Vierteljahrhundert in die Kulturphilosophie eingeführt hat und das inzwischen zu einem zentralen Bestandteil der poststrukturalistischen und postkolonialen Methodendebatte in den Kultur- und Literaturwissenschaften avanciert ist. Kerngedanke dieses Konzepts ist es, »Kulturen jenseits des Gegensatzes von Eigenkultur und Fremdkultur zu denken«. In den historischen Kulturwissenschaften hat die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Transkulturalität einen entscheidenden Perspektivwechsel bewirkt. Als radikaler Gegenentwurf zu einem essenzialistischen, ethnisch und nationalstaatlich geprägten Kulturverständnis lenkt sie die Aufmerksamkeit der kulturwissenschaftlichen Forschung auf die komplexen, vielschichtigen Prozesse des Austauschs, der Aneignung, der individuellen und kollektiven Sinnzuschreibung, der Anpassung sowie der Einbettung in variierende soziale Praktiken, die jedem »Kulturzeugnis«, d. h. Artefakten und Diskursen, zugrunde liegen. Von einzelnen Akteuren oder Gruppen wahrgenommene oder behauptete »kulturelle Identitäten« erscheinen danach als Produkte eines nie abgeschlossenen, sich stetig verändernden Umgangs mit und diskursiven Aushandelns von Personen, Dingen und Konzepten, die zunächst als »fremd« klassifiziert werden. Eine eindeutige kulturelle, ethnisch, territorial oder nationalstaatlich begründete Zuordnung von Akteuren, Dingen und Diskursen erweist sich somit aus Sicht der historischen Kulturwissenschaften weder als praktikabel noch als methodisch sinnvoll.

Welche Konsequenzen diese Sichtweise auf Kultur haben kann und warum wir gut beraten sind, wenn wir mit Blick auf die gesellschaftliche Grundaufgabe der kulturellen Integration von der transkulturellen Verfasstheit des Kulturellen ausgehen, lässt sich beispielhaft anhand eines der bekanntesten Kulturzeugnisse aus dem antiken Zweistromland demonstrieren. Die Rede ist vom sogenannten »Gesetzeskodex« des altbabylonischen Herrschers Hammurapi von Babylon, der im 18. Jahrhundert v. Chr. regierte. Die Stele aus schwarzem, glatt poliertem Diorit, die 2,25 Meter hoch und umlaufend mit Keilschrift beschrieben ist, gilt weithin als Beispiel par excellence für die babylonische Kultur dieser Epoche. Doch fragt man im Detail nach der physischen Beschaffenheit des Objekts, den Charakteristika der Keilinschrift sowie nach Format und Sprachstil des auf der Stele eingemeißelten Textes, erweist sich eine eindeutige »kulturelle Identifizierung« des Objektes als unmöglich.

Kulturelle Leistungen einer Gesellschaft sind das Ergebnis transkulturellen Austauschs

Tatsächlich lässt sich zeigen, dass die materielle Gestalt der Diorit-Stele des Hammurapi von Babylon aus der Aneignung und Anpassung mehrerer, ursprünglich voneinander unabhängiger kultureller Formen resultiert, die chronologisch, topographisch und sozial-kulturell verschiedenen Kontexten entstammten. In ein und demselben Objekt wurden diese kulturellen Formen miteinander verschmolzen, um den zeitgenössischen Betrachtern sowohl die Authentizität und Autorität des Textes als auch insbesondere die »kulturelle Kompetenz« seines königlichen Auftraggebers zu vermitteln. Die sprach- und literaturwissenschaftliche Analyse des insgesamt etwa 4.000 Zeilen umfassenden Textes liefert einen vergleichbaren Befund. Hammurapi von Babylon griff offenbar eine seit mehreren Jahrhunderten von altorientalischen Herrschern verwendete kulturelle Form auf, kombinierte sie geschickt mit anderen kulturellen

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 4/2018
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Freiheit
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Migration – Integration
Markus Hilgert 01

KULTURMENSCH

Aleida und Jan Assmann 02

AKTUELLES

Kulturelle Vielfalt: Heimat(en)
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Kulturelle Vielfalt: & mehr …
Boris Kochan 04

Kulturelle Integration: Wertebildung statt Wertevermittlung
Karin Hutflötz 05

Frauen im Nonprofit-Sektor: Den nächsten Schritt wagen
Annette Zimmer und Eckhard Priller 06

Geschlechtergerechtigkeit: Frauen in Kultur und Medien
Cornelie Kunkat 06

Spezialbibliotheken: Spitzenservice für Experten
Sebastian Nix und Kerstin Schoof 07

Menschenrechte: Gleichberechtigter Zugang zu Wissen
Anne Sieberns 07

Sohrab Shahid Saless: Der mit dem Seziermesser
Behrang Samsami 08

EUROPA

Prager Frühling
Regine Möbius 09

Tschechien: Die Mitte ganz fern
Berthold Franke 10

Europäisches Kulturerbejahr: Erinnerung und Anstoß
Rupert Graf Strachwitz 11

Kulturelles Erbe: Sharing Heritage
Uwe Koch 12

Projekte im Kulturerbejahr: Die Europäische Stadt 13

INTERNATIONALES

Syrisches Hochschulwesen: »Wir leben noch«
Carsten Walbiner 14

Macht mal halblang
Grevens Einwurf – Ludwig Greven 14

Goethe-Institut Brasilien: Demokratisierung und Dekolonialisierung
Wolfgang Schneider 15

KULTURELLES LEBEN

Digitalität und Theater: Mensch – Maschine – Darstellende Kunst
Theresa Brüheim im Gespräch mit Michael Eickhoff 16

Gott und die Welt: Gott mag's
Christian Stäblein 17

Die talentierte Mrs. Beck: Zoë Beck im Porträt
Andreas Kolb 17

REAKTIONEN

Alterskennzeichnungspflicht: Das Kind beschützen, nicht mit dem Bade ausschütten
Jakob Johannes Koch 18

POLITISCHE BILDUNG

Kulturelle und politische Bildung: Mehr Mut zur Kooperation
Olaf Zimmermann 19

Historischer Abriss: Freiheit in geregeltem Raum erlernen
Cornelia Klepp 20

Plädoyer für Achtsamkeit: Kulturelle und politische Bildung?
Susanne Keuchel 21

Kulturelle und politische Bildung: Gemeinsames Ziel, verschiedene Wege?
Max Fuchs 21

bpb: Aktivierender Begleiter
Hans Jessen im Gespräch mit Thomas Krüger 22

Freie Träger: Demokratie braucht politische Bildung
Ina Bielenberg 23

Vermittlung von historischer, politischer und kultureller Bildung? 24

Gundula Bavendamm:
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung 24

Cindy Düring:
Militärhistorisches Museum 24

Hans Walter Hütter:
Stiftung Haus der Geschichte 25

Roland Jahn:
Stasi-Unterlagen-Archiv 25

Klaus Vogel:
Deutsches Hygiene-Museum 25

Volkshochschulen: Demokratie braucht Demokraten
Annegret Kramp-Karrenbauer 26

Gedenkstätten: Keine »normalen« Museen
Theresa Brüheim im Gespräch mit Günter Morsch 27

Vom Scheitern politischer Bildung
Carsten Quesel 28

Voneinander lernen
Theresa Brüheim im Gespräch mit Lydia Grün 29

Forschungsprojekt: Ideen der Demokratisierung nach 1945
Tim Schanetzky 30

Städtische Alltagserfahrung und das politische Theatermachen
Riccarda Cappeller 30

MEDIEN

Zukunft des Radios: Mehr als »Töne ohne Bilder«?
Stefan Raue 31

Blog Ruhrbarone: Kein Ende absehbar
Stefan Laurin 32

Games: Spielräume erweitern
Çiğdem Uzunoğlu 33

Breitbandausbau: Da wird bestimmt Gutes dabei sein
Armin Conrad 34

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 35

DAS LETZTE

Kurz-Schluss: Wie ich einmal einem geistig-sportlichen Sieg im wahrsten Sinne des Wortes entgegenfieberte
Theo Geißler 36

P&K-Nachrichten 36

Karikatur 36

Impressum 36

DER AUSBLICK 5|18

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. September 2018.
Im Fokus steht das Thema »Buchmarkt«.

Fortsetzung von Seite 1

Formzitaten, stellte sie in einen neuen Erzählzusammenhang und schuf damit eine eigene, identitätsstiftende kulturelle Form.

Für das Verständnis der Mechanismen kultureller Integration ist dieser souveräne und kreative Umgang Hammurapis mit dem traditionellen Formenrepertoire der herrschaftlichen Selbstdarstellung in Mesopotamien von besonderem Interesse. Denn Hammurapi von Babylon, der bis heute als einer der bedeutendsten Herrscher des Alten Orients gilt, war ein Herrscher mit Migrationshintergrund. Seine familiären Wurzeln ebenso wie bestimmte Aspekte seiner Sozialisierung lagen außerhalb der südmesopotamischen Mehrheitsgesellschaft. Hammurapi entstammte einer nomadisierenden Bevölkerungsgruppe, die als Minderheit seit mehreren Generationen in Koexistenz mit dieser sesshaften Mehrheitsgesellschaft lebte und in Stämmen organisiert war. Seit der Mitte des dritten Jahrtausends v. Chr. drangen diese Stämme vermehrt aus der syrischen Wüstensteppe in das landwirtschaftlich ertragreiche mesopotamische Kernland vor, meist auf der Suche nach Wasser, Weideland und Wohlstand. Von der Mehrheitsgesellschaft schon früh mit der abwertenden Sammelbezeichnung »Amurriter« belegt, waren diese Menschen, die eine eigene Sprache, eigene Erzählungen sowie eigene kulturelle Formen mitbrachten, noch am Beginn des zweiten Jahrtausends v. Chr. in Mesopotamien durchaus keine willkommenen Gäste. Die dezidiert fremdenfeindliche Rhetorik, die von den Eliten der Aufnahmegesellschaft gegen die »Amurriter« eingesetzt wurde, war gekennzeichnet von fehlender begrifflicher Differenzierung sowie von abwertender Stereotypisierung.

Trotz dieser hartnäckigen Vorurteile auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft

FOTO: GÖTZ SCHLESER

Markus Hilgert

gelang es Hammurapi, der bezeichnenderweise keinen babylonischen, sondern einen amurritischen Namen trug, einen ausgedehnten, vergleichsweise stabilen Herrschaftsbereich zu schaffen. Dass er als Angehöriger einer nach wie vor geschmähten und diskriminierten Minderheit politisch so erfolgreich war und sich zumindest äußerlich perfekt in die herrschaftsideologischen und theologischen Traditionen der Mehrheitsgesellschaft einzufügen scheint, ist wohl nicht zuletzt seinem geradezu virtuosen Umgang mit verschiedenen kulturellen Formen dieser Mehrheitsgesellschaft geschuldet.

Am historischen Fallbeispiel des Hammurapi von Babylon werden so vier zentrale Aspekte kultureller Integration sichtbar:

1. Kulturelle Integration ist ein Generationenprojekt.
2. Innerhalb einer Gesellschaft verlaufen kulturelle Integrationsprozesse mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten.
3. Kulturelle Integration entsteht aus einem ergebnisoffenen Wettbewerb der Narrative und kulturellen Formen.
4. Bedeutende kulturelle Leistungen einer Gesellschaft sind in der Regel das Ergebnis transkulturellen Austauschs.

Der Blick der historischen Kulturwissenschaften in die Menschheitsgeschichte bestätigt, dass langfristig gerade diejenigen Gesellschaften besonders erfolgreich waren, die sich der Herausforderung stellten, kulturelle Aushandlungs- und Integrationsleistungen über lange Zeiträume hinweg zu erbringen. Die kulturwissenschaftliche Forschung zeigt außerdem, dass Gesellschaften und ihre herausragenden kulturellen Leistungen stets auch auf transkulturellem Erbe fußen. Im weiteren Sinne bedeutet dies auch, dass in Zukunft unverwechselbar »Deutsches« und unverwechselbar »Europäisches« nur dann entstehen und bestehen kann, wenn Deutschland und Europa weiterhin Orte transkulturellen Austauschs bleiben und die Bereitschaft aufbringen, die transkulturellen Angebote globaler Vernetzungsprozesse anzunehmen und produktiv für sich zu nutzen.

Voraussetzung dafür ist, dass wir zunächst den mutigen und offenen Umgang mit der Herausforderung kultureller Vielfalt einüben. Denn kulturelle Vielfalt ist nicht nur eine Stärke. Vielmehr bedarf sie auch der Stärke, wenn eine Gesellschaft durch die Fliehkräfte wiederstreitender Narrative nicht aus den Angeln gehoben werden soll. Stark sind wir aber dann, wenn wir im Wissen um das eigene materielle und immaterielle Kulturerbe kompromisslos für sozial-kulturelle Grundwerte einstehen, wenn wir Nicht-Verhandelbares klar benennen und wenn wir selbst zahlreiche kulturelle Identifikationsangebote machen, die im globalen Wettbewerb der kulturellen Ausdrucksformen attraktiv und konkurrenzfähig sind.

Markus Hilgert ist Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder

Kulturmenschen Aleida und Jan Assmann

Denkt man an Aleida, kommt einem sofort auch Jan Assmann in den Sinn – ein Forscherpaar untrennbar verbunden in Arbeit und Wirkung. Gemeinsam erhalten sie nun den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2018. Herzlichen Glückwunsch! Die Begründung des Stiftungsrats lautet: »Aus dieser spannungsvollen, komplementären Einheit, die Aleida und Jan Assmann bilden, ist ein zweistimmiges Werk entstanden, das für die zeitgenössischen Debatten und im Besonderen für ein friedliches Zusammenleben auf der Welt von großer Bedeutung ist.«

Die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann beschäftigt sich in ihrem wissenschaftlichen Arbeiten neben der Anglistik und Archäologie vornehmlich mit dem kulturellen Gedächtnis, der Erinnerung und dem Vergessen. 1993 folgte sie dem Ruf an die Universität Konstanz und nahm Gastprofessuren weltweit wahr. Jüngst in 2017 erschien ihr Buch »Menschenrechte und Menschenpflichten«.

Der Ägyptologe und Kulturwissenschaftler Jan Assmann leistete wissenschaftliche Grundlagenarbeit bei der Erschließung, Edition und Interpretation von Quellen zur ägyptischen Religion. 2016 erschien sein neuestes Buch »Totale Religion. Ursprünge und Formen puritanischer Verschärfung«. Dabei schlägt Assmann einen Bogen zur aktuellen Diskussion über das Gewaltpotenzial monotheistisch geprägter Gesellschaften.

Gemeinsam gründeten beide 1978 den Arbeitskreis »Archäologie der literarischen Kommunikation«. Weiterhin formulierten sie das Konzept des kulturellen Gedächtnisses. Sie greifen auch Themen der aktuellen Gegenwart auf wie die Frage der Erinnerung an die Schoah.

FOTO: CORINNA ASSMANN

FOTO: DPA

Deutschland ist für Menschen verschiedener Religionen Heimat. Das zeigt sich auch in den Stadtbildern

Heimat(en)

Zusammenhalt in Vielfalt gelingt

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Vor 56 Jahren im Februar 1962 stellten 26 Filmemacher in Oberhausen anlässlich der 8. Oberhausener Kurzfilmtage das Oberhausener Manifest unter dem Titel »Papas Kino ist tot« vor. Die Oberhausener Kurzfilmtage, die vom damaligen Leiter der Volkshochschule, dem legendären, erst vor wenigen Wochen verstorbenen Hilmar Hoffmann aus der Taufe gehoben wurden, boten ein Forum für jene nach vorne drängenden Nachwuchsfilmer, die sich für neue ästhetische Sichtweisen und ein künstlerisches Kino jenseits des Unterhaltungskinos einsetzten. Denn »Papas Kino«, dessen Tod verkündet wurde, zeichnete sich unter anderem durch Heimatschmonzetten aus.

Heimatschmonzetten, die in Westdeutschland auf viel Zuspruch beim Publikum trafen, weil sie offenbar ein Gefühl bedienten. Eine Sehnsucht nach Heimat, nach Unversehrtheit und nach Ordnung. Denn in den 1950er Jahren lebten viele Menschen in Deutschland fern ihrer Heimat. Sie hatten ihre Heimat als Flüchtlinge verlassen oder waren infolge der Konferenz von Potsdam aus Ostmitteleuropa vertrieben worden. In der DDR wurden sie als »Umsiedler« bezeichnet und infolge der Einbindung der DDR in den Einflussbereich der Sowjetunion sowie später des Warschauer Paktes erhielten sie keine besondere öffentliche Aufmerksamkeit. In der Bundesrepublik fanden Heimatvertriebene teilweise im »Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« eine politische Heimat und konnten nicht zuletzt durch die Beteiligung an CDU-geführten Regierungen mit dem sogenannten Lastenausgleich Entschädigungszahlungen durchsetzen. Die von den Regierungen Konrad Adenauers vorangetriebene Westbindung und der Kalte Krieg machten es immer unwahrscheinlicher, dass aus Ostmitteleuropa geflohene oder vertriebene Deutsche wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der beginnenden Versöhnungs- und Entspannungspolitik durch SPD-geführte Bundesregierungen wurde klar, dass diese Heimat für immer verloren war. Zugleich ermöglichte unter anderem das Bundesvertriebenengesetz die Pflege des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen.

Wenn von Heimat die Rede ist, sollte das Bild einer Heimat des Zusammenhalts in Vielfalt im Vordergrund stehen

Doch eine weitere Gruppe darf im Flüchtlings- und Vertriebenentableau im Deutschland der Nachkriegszeit nicht fehlen, die »Displaced Persons«. Unter diesem Begriff, kurz DP genannt, wurden Juden und Zwangsarbeiter zusammengefasst, die die Vernichtungslager der Nazis überlebt und nun erneut in Lagern zusammengefasst untergebracht wurden. Die Mehrzahl von ihnen, insbesondere die jüdischen Überlebenden der deutschen Vernichtungslager, konnte oder wollte nicht in ihre alte Heimat zurück. Sie lebten in ehemaligen Kasernen oder auch Konzentrationslagern. Erst im Jahr 1961 wurden die letzten DP-Camps aufgelöst.

Das Deutschland der Nachkriegszeit ist alles andere als ein heimeliger Ort. Es ist gekennzeichnet durch Verlust an Integrität, an Menschlichkeit, an Heimat. Der Heimatfilm zeichnet die Schimäre einer heilen Welt – nach der sich sicherlich so mancher zurücksehnt, die durch den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch jedoch neu bewertet werden muss.

Die Filmrebellen von Oberhausen wollten ein anderes Deutschlandbild zeigen. Ein Deutschlandbild, das die Risse, die Wunden zeigt und sich mit der Vergangenheit auseinandersetzt. Nicht das Zukleistern und Übertünchen, sondern sich stellen. Und dieses in einem Land, in dem es in den 1950er und 1960er Jahren vor allem um eines ging, den wirtschaftlichen Aufschwung. In der Bundesrepublik verlief das sogenannte Wirtschaftswunder so gut, dass bereits im Jahr 1955 das erste Anwerbeabkommen für ausländische Arbeitskräfte geschlossen wurde. Bis 1968 schloss Deutschland neun Anwerbeabkommen, 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien, 1960 mit Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Südkorea, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien. Die angeworbenen »Gastarbeiter« wurden vor allem als günstige Arbeitskräfte gesehen. Sie schufteten in den Gruben, in Werken, auf dem Bau und in Krankenhäusern in einfachen Tätigkeiten. Deutschkurse oder Integration waren nicht vorgesehen. Die Katholische Kirche war für die katholischen »Gastarbeiter« da. Die Hinterhofmoscheen der muslimischen »Gastarbeiter« kümmerten wenige.

Als Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre jüdische Kontingentflüchtlinge aus Osteuropa nach Deutschland kamen, wuchs die Zahl der Mitglieder in den jüdischen Gemeinden und die vergleichsweise kleinen Gemeinden erbrachten eine enorme Integrationsleistung, die manche vor Zerreißproben führten.

Wenn also von Heimat oder vielleicht auch Heimaten die Rede ist, lohnt es sich, sich zu klar zu machen, worüber gesprochen wird. Manch einer mag vielleicht sehnsuchtsvoll an den Heimatfilm der 1950er Jahre denken, doch der ist nichts anderes als auf Zelluloid gebannte Sehnsucht, nach etwas, das es nicht gibt und in dieser Form auch nie gab.

Deutschland ist für viele Menschen Heimat, zunächst für jene, die hier geboren wurden, hier zur Schule gehen, arbeiten, leben, Familien gründen und dies ganz unabhängig davon, ob die Heimat ihrer Vorfahren in Pommern, in der Ukraine, in Sizilien oder auch in Anatolien war. Die großen deutschen Nachkriegsschriftsteller wie Siegfried Lenz oder Günter Grass haben es vermocht, jene deutsche Welt zu tradieren, die nun polnisch ist. Ihr unverwechselbares Idiom, das ältere Menschen noch erkennen mögen, wird in einigen Jahren nur noch als Ton- und Filmdokument überleben. Genauso wie Günter Grass und Siegfried Lenz über ihre Heimat schrieben, gibt es heute Autoren und Filmemacher, die sich mit der nicht deutschen Heimat ihrer Eltern auseinandersetzen und so zu unverwechselbaren Stimmen der deutschen Kultur geworden sind, sei es lustig, sei es leise, sei es melancholisch. Heimat ist ein imaginärer Ort.

Deutschland ist aber auch Heimat für Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Diese Heimat kann, muss aber nicht temporär sein. Das deutsche Asylrecht, das in den letzten Jahrzehnten mehrfach geändert und eingegrenzt wurde, speist sich in seiner Grundidee aus der Erfahrung vieler Deutscher, die verzweifelt und oft erfolglos in anderen Ländern Asyl vor Verfolgung durch das NS-Regime suchten.

Die Erfolgsgeschichte Deutschlands ist, dass dieses Land Heimat wurde. Es ist Heimat für eine Schriftstellerin wie Hatice Akyün, deren aus der Türkei stammender Vater hart in den Zechen des Ruhrgebiets arbeitete. Es ist Heimat für Wladimir Kaminer, der aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland kam und ein viel gelesener deutscher Autor ist. Es ist Heimat für Adriana Altaras, deren aus Jugoslawien stammende Eltern die jüdische Gemeinde in Gießen wiederaufbauten. Viele andere Beispiele ließen sich nennen.

Dass die überwiegende Zahl an Deutschen gegenüber Flüchtlingen und Gestrandeten Empathie empfindet und zu großer Hilfsbereitschaft bereit ist, zeigte sich nicht zuletzt im Jahr 2015. Das sehr große ehrenamtliche Engagement machte und macht es möglich, dass Menschen, die aus Krieg und Not flohen, in Deutschland – und sei es vorübergehend – eine Heimat finden.

Wenn heute von Heimat die Rede ist, sollte das Bild einer Heimat des Zusammenhalts in Vielfalt im Vordergrund stehen. Und vor allem sollte gezeigt werden, dass dieser Zusammenhalt in Vielfalt in großen Teilen gelingt. Dieses Deutschland, das in Anerkenntnis seiner Vergangenheit Vielfalt lebt, das ein guter Nachbar ist, das die europäische Einigung als Chance und nicht als lästige Pflicht sieht, ist ein Grund, stolz auf Deutschland zu sein. Eine solche Heimat distanziert sich klar und unmissverständlich von Populismus und Fremdenhass. Dass Deutschland wieder ein anerkannter Partner in der Staatengemeinschaft ist, ist das Werk der in Deutschland lebenden Menschen, egal wo ihre Vorfahren herkamen und ganz unabhängig davon, ob sie Christen, Juden, Muslime, Buddhisten, Agnostiker oder Atheisten sind. Zusammenhalt in Vielfalt gelingt – das viel öfter zu sagen, wäre ein gutes Signal für unsere Heimat.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

& mehr ...

Zeichen setzen für »Zusammenhalt in Vielfalt«

BORIS KOCHAN

Zwei sich überschneidende Fingerabdrücke, die ein Herz formen, das Wortspiel »germanycultures« und ein bunt gestreiftes, handgemachtes &-Zeichen – diese drei Einreichungen aus der Mitmachaktion »Gib mir ein Zeichen« sind in die Endauswahl gegangen. Die Initiative kulturelle Integration hatte im Januar 2018 Bürgerinnen und Bürger – egal ob Schulklasse, Sportverein oder Einzelperson – dazu aufgerufen, ihre Ideen für ein Zeichen für »Zusammenhalt in Vielfalt« auf der Webseite www.gibmireinzeichen.de hochzuladen. Dies konnte als Skizze, Zeichnung, Fotografie, Text etc. erfolgen – der Fantasie waren keine Grenzen gesetzt: »Pack Deine Farben aus, schwing Deinen Pinsel, spitze Deine Stifte und finde Deinen persönlichen Ausdruck für ›Zusammenhalt in Vielfalt‹. Je einfacher Dir Dein Zeichen gelingt – desto besser. Denn es soll später einmal in den Sand geschrieben, auf T-Shirts gedruckt oder auf Papier gestempelt werden können.«

Im Vorjahr hatten die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration gemeinsam erarbeitete 15 Thesen unter dem Titel »Zusammenhalt in Vielfalt« veröffentlicht und damit eine auf breiter Basis geschaffene Grundlage für eine wert- und zielorientierte Ausrichtung der Debatten zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und kultureller Integration gelegt. Der Wettbewerb »Gib mir ein Zeichen« war jetzt ein weiterer Schritt, über das Engagement der Initiative zu informieren und zur Auseinandersetzung und Beteiligung aufzurufen – im Rahmen eines partizipativen Verfahrens. Jeder konnte mitmachen, niemand wurde ausgeschlossen.

Fast 800 Einreichungen dokumentieren das große Interesse und die Bereitschaft, sich zu engagieren. Dies beeindruckte auch die zwölfköpfige Expertenjury von Spezialisten aus dem Branding bzw. Corporate Design, aus der Werbung, aus Verlagen sowie führenden Vertretern der Kommunikationsdesign-Fachverbände der Sektion Design im Deutschen Kulturrat, die zuerst in einer online vorgenommenen Negativauswahl und anschließend in der Diskussion von 72 verbleibenden Ideen großes Potenzial erkannte. Anders als bei professionellen Designwettbewerben ging es bei der Jurierung der Aktion nicht darum, ein möglichst weit gediehenes oder bereits perfektes Zeichen auszuwählen, sondern drei möglichst originelle und perspektivreiche Ideen auf Basis von zum Teil laienhaften Skizzen, verwackelten Fotos oder einfachen Beschreibungen herauszufiltern. Diese wurden im Anschluss von der Designagentur Fuenfwerken bearbeitet und zum präsentierbaren Kampagnensymbol weiterentwickelt.

Die Entscheidung der Hauptjury aus Vertretern der Mitgliedsorganisationen der Initiative kulturelle Integration fiel dann eindeutig aus – und zwar für das &-Zeichen. Steht es doch in besonderer Weise für »Konnektivität«, für das Verbindende und Zusammenführende, und zugleich für das Zulassen des Einen wie des Anderen. Die von der eingereichten Zeichen-Idee der bildenden Künstlerin Dorothee Herrmann übernommene intensive Farbigkeit genauso wie das Handgemachte unterstützen die Lust an der – auch sehr individuellen – Vielfalt. Ein um das & gelegter Dreiviertelkreis verdeutlicht den Gedanken des gesellschaftlichen Zusammenhalts, ohne sich abzuschließen oder gar auszugrenzen. Und auch die dadurch entstehende Nähe zum @-Zeichen ist gewollt – klingt doch so auch die große kommunikative Aufgabe in einer vernetzten, globalisierten Welt an, wenn eine Gesellschaft »Zusammenhalt in Vielfalt« leben möchte.

Bei der Präsentation am 29. Mai in Berlin während der ersten Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration waren alle drei von der Fachjury ausgewählten Ideengeberinnen eingeladen und erhielten eine Anerkennung von je 1.000 Euro durch Kulturstaatsministerin Monika Grütters: »Die prämierten Entwürfe bringen es auf den Punkt – sie greifen die Idee des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Vielfalt einprägsam und zugänglich auf.« Eine Diskussion »über gemeinsame Werte, verbindliche Regeln, darüber, welche Identitätsmerkmale wir als Gesellschaft vertreten und vermitteln wollen«, bleibe notwendig, so Grütters. Denn: »Kulturelle Integration braucht beides, einerseits die Frage nach Heimat, nach identitätsstiftenden Merkmalen, andererseits die Offenheit für das Andere, noch Fremde. Nutzen wir die Kraft der Kultur! Gemeinsam können wir so der Vielfalt in Deutschland eine Heimat geben.«

Aus rund 800 Vorschlägen wurde das hier abgebildete Zeichen für »Zusammenhalt in Vielfalt« gewählt

Boris Kochan hat als Vorsitzender die Expertenjury von »Gib mir ein Zeichen« geleitet und ist als Präsident des Deutschen Designtages Sprecher der Sektion Design im Deutschen Kulturrat sowie als geschäftsführender Gesellschafter der Branding- und Designagentur Kochan & Partner tätig

Mehr dazu:
Alle eingereichten Zeichen finden sich unter www.gibmireinzeichen.de/zeichengalerie. Weitere Informationen zur Initiative kulturelle Integration sowie den 15 Thesen lesen Sie unter www.kulturelle-integration.de

FOTO: AKTION GIB MIR EIN ZEICHN / JAKOB WEISS / KATHRIN SCHÄFER

Eindrücke der Expertenjury-Sitzung von »Gib mir ein Zeichen« und der Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration

Wertebildung statt Wertevermittlung

Wie kulturelle Integration gelingen kann

KARIN HUTFLÖTZ

Wertevermittlung scheint politisch und kulturell das Thema der Stunde zu sein, wenn die Möglichkeit gelingender Integration zur Debatte steht. Trotz aktueller Werterhetorik herrscht in der Sache aber bemerkenswerte Unklarheit, was genau »Werte« bedeuten, wie sie inhaltlich zu füllen und normativ zu begründen sind. So ist die vielbeschworene »Freiheit« als Leitwert westlicher Kultur als abstrakte Leerformel in aller Munde, aber umso schwerer zu beschreiben und als Wert zu erfahren, je selbstverständlicher sie vorausgesetzt, aber nicht gelebt oder gefährdet ist. Migranten oder Geflüchtete aber, auch wenn sie aus einem Sprachraum kommen, wo dieses Wort kein Begriff ist, können in der Sache jedoch sehr wohl um den Wert der Freiheit wissen. Daher lohnt und geht Wertebildung, so die These dieses Beitrags, nur als gesamtgesellschaftliches Projekt – unter der Leitfrage, wie können wir alle, die wir hier und in Zukunft zusammenleben, dieses Zusammenleben gut und gerecht gestalten? Das erfordert eine prinzipielle Besinnung aller auf Inhalte, Mehrwert und geschichtlich positive Erfahrungen mit verfassungsverbürgten Grundwerten auf dem politisch tragfähigen Boden gemeinsamer Menschenrechte.

Das bedeutet für die Praxis die Herausforderung eines transkulturellen und interreligiösen Dialogs, vor allem aber eine philosophische Reflexion auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von menschlichen Wertvorstellungen und Haltungen, Ideen und Deutungen des Guten und Gerechten. Was folgt daraus an konkreten Schritten für ein Gelingen kultureller Integration durch Wertebildung? Entscheidend hierfür ist zunächst die Frage, was »Werte« eigentlich im Unterschied zu Normen und Alltagsregeln oder kulturellen Konventionen sind. Dem Sprachgebrauch nach bezeichnen »Werte« – oder das, was man dafür hält – etwas, das als gut, wertvoll oder wichtig gilt. Darunter fallen in unseren Breiten Geld und materielle Güter ebenso wie Gerechtigkeit und die Idee der Gleichheit, aber auch Mülltrennung und Pünktlichkeit oder die Gewohnheit des Händeschüttelns zur Begrüßung. Vor allem die letztgenannten Konventionen nehmen viel Raum in Integrationskursen und Wertebildungsmaßnahmen ein. Das macht Sinn, um ein reibungsloses Verhalten der Neuankommenden im täglichen Leben zu ermöglichen, bedeutet aber noch nicht Wertebildung im eigentlichen Sinn. Denn man kann diese Regeln durchaus kennen, im Alltag befolgen und dennoch keineswegs auf dem gemeinsamen Boden der gesetzlich verbürgten Grundwerte stehen. Diese unterscheiden sich nicht nur kategorial und erkenntnistheoretisch, sondern vor allem ontologisch und prinzipiell von den konventionellen und normativen Vorgaben, die das Zusammenleben im Einzelnen regeln.

Wie die drei Ebenen der Werte, Normen und Alltagsregeln sich gegenseitig bedingen, das lässt sich sehr gut am Beispiel der Pünktlichkeit zeigen, die oft als höchste deutsche Tugend oder »Wert« erscheint. Dabei antwortet die Konvention der Pünktlichkeit nur auf die Frage, was getan und wie gehandelt werden soll. Die Ebene der zugrundeliegenden Werte erkennt man erst durch die Frage danach, warum es von Wert ist, pünktlich zu sein. Dass diese Regel einen so hohen Stellenwert bei uns hat, liegt daran, dass sie soziale Verbindlichkeit und Orientierung an einem objektiven Maß erlaubt sowie hohe Funktionalität und Effizienz im Alltag sichert: All das sind zentrale Werte in der westlichen Welt und entspricht unserer kulturell geprägten Form, wie wir das Sozialwesen organisieren und den basalen Wert zwischenmenschlicher Verlässlichkeit sichern. In anderen Sprach- und Kulturräumen ist diese genauso von Wert, nur wird dieser über andere Verhaltensnormen und Alltagsregeln gesichert. Grundsätzlich gilt, dass normative Erwartungen und Vorgaben wie Alltagsregeln und Konventionen als Gebote und Verbote funktionieren. Sie begrenzen die Bandbreite der Handlungsoptionen, geben direktiv vor, was zu tun und zu lassen ist und implizieren Sanktionen für den Fall der Nichteinhaltung. Letztere wird sozial geahndet mit Schuldzuweisung, Missbilligung und sozialem Achtungsentzug.

»Werte« aber, die kulturellen Normen und konventionellen Regeln als regulative Idee und wegweisendes Ideal zugrunde liegen, wirken dagegen attraktiv, geben positive Orientierung und entfalten motivierende Kraft. Sie erlauben erst Handlungsoptionen, Ziele und Wünsche zu gewichten und abzuwägen, liegen Normen und Alltagsregeln als Positivum zugrunde und begründen Regeln und Gesetze. Insofern sind »Werte« mehr oder weniger bewusste Vorstellungen darüber, was letztlich und unbedingt gut, wertvoll oder wichtig ist. Und Menschen bringen stets Werthaltungen und oft implizite Vorstellungen solcher Maßstäbe und Orientierung im Handeln und Denken mit, je nachdem wie und wo immer sie biografisch, familiär und kulturell sozialisiert wurden. Wertebildung geschieht als soziale und emotional prägende Orientierungserfahrung. Daher bilden sich »Werte« nicht aktiv, bewusst oder willentlich, noch sind sie direkt oder im theoretischen Unterricht als Faktenwissen zu vermitteln. Vielmehr bilden sie uns als Person und als Gesellschaft, erwachsen als ein Wertvolles aus lebendiger Teilhabe und im Dialog, als Orientierungserfahrung z. B. durch Vorbilder und nicht zuletzt im Konflikt.

Jeder ernsthafte Konflikt ist ein Wertekonflikt. Besonders deutlich wird das im Kontext von Flucht und Migration, wenn heterogene Werthaltungen und scheinbar ganz fremde Vorstellungen über das, was zählt, was als wertvoll und wichtig gilt, aufeinandertreffen. Das verschärft zunächst Konflikte, aber ermöglicht auch wieder eine Besinnung auf kulturelle Normen und denen zugrunde liegenden Werthaltungen. Damit Wertebildung überhaupt möglich wird, muss eine Klärung stattfinden im gemeinsamen Hinblick darauf, was wirklich zählt und Menschen gemeinsam wertvoll und wichtig ist. Auf dieser Basis erst ist konstruktives Zusammenleben, vor allem in globaler Perspektive, auch in Zukunft möglich.

In dem aktuellen Fordern der Politik nach Wertevermittlung als Methode der Wahl kultureller Integration wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass man »Werte« theoretisch vermitteln kann. Aber es liegen sowohl philosophische Studien (vgl. Joas, 2013/ Lindseth, 2005/ Dewey, 2004) wie durch psychologische Forschung (vgl. Frey, 2014) fundierte Beiträge zur Moralentwicklung und politischer Wertebildung vor, die das verneinen. Dennoch herrschen offenbar Missverständnisse darüber, wie sich Werte bilden (lassen) und wie nicht. Denn Wertebildung geschieht prinzipiell nur in Begegnungen und emotional werthaften Erfahrungen. Verbal vermittelt nur da, wo gemeinsame Aufmerksamkeits- und Anerkennungsräume geöffnet und gehalten werden für das Sprechen von – nicht nur »über« – werthafte Erfahrungen und deren zugrundeliegenden Leitideen, Handlungsgewichte und Ideale. In einer angeleiteten Reflexion auf Erfahrungswissen und im sokratischen Gespräch über gemeinsame Werthaltungen und Vorstellungen der »Idee des Guten« nach Platon findet sich eine zukunftsfähige Sprache für eine gemeinsame Sache und das, was eine politische Gemeinschaft auf grundlegender und motivationaler Ebene verbindet.

Hinsichtlich der Haltung der Beteiligten sind die notwendigen Voraussetzungen für eine solcher Art gelingende Wertebildung, das sich und den anderen sehen, verstehen und annehmen können im Das seiner Werthaltung, nicht unbedingt im Was derselben. Das spielt vor allem im Austrag des Konflikts eine Rolle und muss Vorrang haben vor der Flucht in den Gestus bloßer Selbstbehauptung und schlichter Abwertung. Voraussetzung einer Verständigungs- und Wertebasis ist die Begegnung auf existenzieller Ebene von Mensch zu Mensch. Das gelingt am besten und ist selbst bei geringen Sprachkenntnissen möglich auf philosophischer Frage- und Denkebene, im Raum sogenannter erster und letzter Fragen. Wertebildung – in diesem hier von einer Vermittlung von »Werten« deutlich unterschiedenen Sinn – erfordert demnach, vor allem positiv zu formulieren und sich auf einer zwischenmenschlich existenziellen Ebene, die auch interkulturell tragfähig ist, zu einigen, was letztlich im Umgang miteinander und für die gemeinsame Gestaltung von Welt und Zukunft von Wert und Gewicht sei. Das verlangt ein Unterscheiden von Mittel und Zweck, von gesetzlichen Normen und kulturellen Gewohnheiten einerseits und zugrundeliegender Wertehaltungen, maßgebender Ideen und Ideale andererseits. Das fördert Maßstabskompetenz und eine gerade in Umbruchszeiten nötige Besinnung auf ethisch-politische Leitfragen: Was heißt »gut«? Was ist uns unumgänglich wertvoll und wichtig? Worum geht es letztlich als Menschen unter Menschen? Der Austrag und das Verhandeln gerade dieser Fragen »auf Augenhöhe« ist nicht nur heuristisch erforderlich, sondern unumgänglich im Dienst wechselseitiger Anerkennung, die gemeinsame Wertebildung überhaupt erst ermöglicht.

Die Forderung nach einer Wertevermittlung aber, die derzeit in allen politischen Lagern Konjunktur hat, erweist sich damit hinsichtlich ihrer Zielsetzung – sei es als angestrebte Integration oder kulturelle Assimilation – als faktisch nicht machbar, weil Werte als Maßstab oder Ideal sich nicht lehren oder lernen, noch schlicht vermitteln lassen. Dies zu fordern, missachtet aber die Eigenart von Wertebildungsprozessen, letztlich die anthropologischen und politischen Grundlagen der Sozialisation und verwechselt Mittel und Zweck. »Werte« sind grundsätzlich nur faktisch und im Tun und Handeln zu bezeugen, taugen nicht, um andere zu überzeugen. Menschen lassen sich in keinem Alter von bloß verbal vermittelten »Werten« und vorgeblichen Werthaltungen überzeugen, sondern wenn, dann von gelebten und im Vollzug bezeugten Werten; das bedingt die große Rolle von Vorbild und Nachahmung im moralischen Handeln und ethischer Wertebildung.

Praktiken gelingender Wertebildung sowie kultureller Integration sind stets solche von situativer oder nachhaltiger Gemeinschaftsbildung unter dem Primat von Erfahrung und im Hinblick auf eine gemeinsame Sache. Formal gelingt es dort, wo Menschen – egal welcher Herkunft und biografisch-kultureller Prägung – eine gemeinsame Sache finden und einen Weg zusammen gehen wollen, oder im übertragenen und wörtlichen Sinn ein als wertvoll und wichtig empfundenes »Spiel« zusammenspielen. Nicht indem wir die gleichen, verdinglichten Güter, Normen und »Werte« als ausformulierte Ideen des Guten teilen, sondern in dem Maß, in dem es gelingt, dass »ein Gespräch wir sind«, wie Friedrich Hölderlins Metapher aus der Hymne »Friedensfeier« bildstark und treffsicher formuliert. Positivbeispiele gemeinsamer Wertebildung bezeugen das eindrücklich; ebenso die Tatsache des kaum zu überschätzenden Beitrags, den der Fußball auf allen Ebenen in Deutschland zur kulturellen Integration aktuell leistet und in den letzten Dekaden bereits geleistet hat.

FOTO: FREDRIK VON ERICHSEN/DPA

Im Frauenintegrationskurs zum Thema »Arbeit und Leben« setzen sich Migrantinnen unter anderem mit Werten im Beruf und im Privaten auseinander

Karin Hutflötz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Globale Fragen an der Hochschule für Philosophie in München

Den nächsten Schritt wagen

Aufstiegschancen und Karrierehemmnisse von Frauen im Nonprofit-Sektor

ANNETTE ZIMMER UND ECKHARD PRILLER

Der inzwischen bereichs- und spartenübergreifende Fach- und Führungskräftemangel bietet nicht nur in der Wirtschaft und Politik, sondern auch im Nonprofit-Sektor mit seinem breiten Spektrum von Organisationen, angefangen bei den sozialen Dienstleistern bis hin zu Interessenorganisationen, Verbänden, Vereinen und Einrichtungen des Kultur- und Freizeitbereichs, Chancen für Frauen, beruflich weiterzukommen und karrieremäßig aufzusteigen. Ob dies wirklich erfolgt, hat ein von der Universität Münster und dem Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft durchgeführtes und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den Jahren 2015 bis 2017 gefördertes Projekt zu den Arbeitsverhältnissen und Aufstiegschancen von Frauen in gemeinnützigen Nonprofit-Organisationen (NPOs) untersucht. Die Ergebnisse der Studie liefern allerdings ein ernüchterndes Bild.

Mittels eines Mixes von empirischer quantitativer und qualitativer Methoden wurde dabei ermittelt, inwieweit Frauen Spitzenpositionen in Nonprofit-Organisationen innehaben und wie die Karriereförderung sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in NPOs aussieht. Eine Online-Befragung, die zur Präsenz von Frauen in NPO-Leitungsgremien durchgeführt wurde, kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Die Vorstände von NPOs sind noch mehrheitlich männlich dominiert.
- Frauenquoten für Leitungsgremien sind bislang nur in Einzelfällen vorhanden (z. B. in Gewerkschaften).
- Wenn Frauen in einer Leitungsposition tätig sind, dann eher operativ als Geschäftsführerin.
- Es finden sich wenige Frauen auf den Führungsebenen der Big Players, der großen NPOs und finanzstarken Stiftungen.
- Frauen sind stärker in beratenden Beiräten ohne Entscheidungskompetenz vertreten.
- Ob und inwiefern Frauen in NPO-Gremien präsent sind, ist unter anderem abhängig vom Arbeitsbereich, der Größe und dem Alter der NPO.

Des Weiteren wurden mit rund 100 Frauen und Männern auf der Einstiegs-, mittleren Management- und Top-Leitungsebene sowie mit Personalverantwortlichen Interviews geführt. Im Ergebnis der Interviews ist festzuhalten:

Frauen treffen auch in Nonprofit-Organisationen auf Karrierehindernisse, die in der Gesellschaft nach wie vor präsent und für die verfestigte »Muster im Kopf« bzw. Geschlechterstereotype ursächlich sind. Diese prägen Arbeitsumfeld, Organisationskultur sowie individuelles Verhalten und Selbsteinschätzung von Frauen. Danach kommen Frauen aus Sicht ihres Umfelds wie zum Teil auch gemäß eigener Einschätzung für Leitungspositionen eher nicht infrage. Führen und Leiten wird nach wie vor eher Männern als Frauen zugetraut, bei Frauen primär die Verantwortung für Familie und Kinder gesehen. Zudem rekrutieren männlich dominierte Leitungsgremien eher ihresgleichen für freie Positionen. Da Frauen sich in puncto Einsatz und Leistung anderen Anforderungen gegenübersehen als Männer, trauen sie sich häufig Führung und Leitung nicht zu oder streben diese Aufgaben bewusst nicht an.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / EMPICS

Wie die aktuelle Studie zeigt, sind auch im Nonprofit-Sektor nur wenige Frauen in Spitzenpositionen zu finden

Dabei stellen die Strukturbesonderheiten von NPOs eigentlich günstige Voraussetzungen für Karriereoptionen und -wege von Frauen dar. Die Arbeit und Beschäftigung in NPOs ist für Frauen hoch attraktiv, da sie den Erwartungen von Frauen an eine sinnvolle und gesellschaftlich nützliche professionelle Arbeit entsprechen (Werte- und Normenorientierung), ihren Wünschen nach relativ hoher Autonomie im Kontext von Projektarbeit nachkommen (flache Hierarchien) sowie ihren Bedarfen nach flexibler Arbeitszeitgestaltung und familienfreundlichen Leistungen bzw. der Vereinbarkeitsproblematik entgegenkommen (Arbeitsorganisation).

Allerdings sind es auch genau diese Strukturbesonderheiten, die sich karrierebremsend für Frauen auswirken. Zum einen wirken sie dahingehend, dass Frauen für Führungspositionen weniger in Betracht gezogen werden, zum anderen führen sie dazu, dass Frauen sich auf einer Position, zumeist im mittleren Management oder auf der Einstiegsebene, »einrichten« und keine weitergehenden Karriereschritte für sich in Betracht ziehen. So deutet einiges darauf hin, dass Frauen in geringerem Maße als Männer dazu bereit sind, die generell mit Wechsel (des Arbeitsplatzes, Wohnortes und beruflichen Umfeldes) verbundenen Unwägbarkeiten und Risiken von Leitungspositionen einzugehen.

Was ist zu tun, um Frauen zu ermutigen, den »nächsten Schritt zu wagen« und sich für eine Führungsposition zu entscheiden? Um die Situation zu verändern und zu sichern, dass mehr Frauen den Weg in Spitzenpositionen von NPOs finden, werden in der Studie Handlungsempfehlungen entwickelt. Sie richten sich sowohl an die Politik, die NPOs als auch an die Beschäftigten. Neben gesetzlichen Festlegungen und Verordnungen, die als Anreiz, Förderung und verbindliche Festlegungen wirken, ist bei den NPOs eine stärkere Berücksichtigung der Anliegen und Interessen von Frauen erforderlich, um zu einer gendergerechten Besetzung der Gremien zu gelangen. Bei der Ausgestaltung hauptamtlicher Führungspositionen sind besonders Aspekte der Work-Life-Balance zu berücksichtigen.

An die Beschäftigten, insbesondere an die Frauen in NPOs, richtet sich der Appell, mehr Karriereorientierung und Eigeninitiative zu wagen. Bereits Berufseinsteigerinnen müssen aktiver werden und bestehende Angebote nutzen oder zusätzliche verlangen. Regelmäßige Mitarbeitergespräche, Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Mentoringprogramme – wie sie beispielsweise vom beim Deutschen Kulturrat angesiedelten Projektbüro »Frauen in Kultur & Medien« durchgeführt werden – oder Coachings, die Einbindung in Netzwerke sowie persönliche Förder- und Entwicklungspläne sind einzufordern. Auch ist mehr Selbstbewusstsein angesagt. Frauen müssen nicht zuletzt lernen zu delegieren, sich um Effizienz von Arbeitsabläufen bemühen und insbesondere vermeiden, sich im »Klein-Klein« zu verlieren.

Annette Zimmer hat die Professur für »Deutsche und Europäische Sozialpolitik und Vergleichende Politikwissenschaft« an der Universität Münster inne. Eckhard Priller ist wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Berlin

Die komplette Studie finden Sie hier: www.uni-muensterde/ZEUGS/publikationen/workingpapers/index.html

Frauen in Kultur und Medien

Maßnahmen des Deutschen Kulturrates für mehr Geschlechtergerechtigkeit

CORNELIE KUNKAT

Das Projektbüro »Frauen in Kultur und Medien« wurde im Juli 2017 ins Leben gerufen. Seine Initiierung geht auf die gleichnamige, von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Studie des Deutschen Kulturrates zurück, die auf knapp 500 Seiten darlegt, dass von Geschlechtergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich noch nicht gesprochen werden kann.

Maßnahmen

Das Projektbüro zielt darauf ab, den Diskurs zur Geschlechtergerechtigkeit zu unterstützen und mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen zu unterlegen. Geplant sind bis 2020:

- die Initiierung, Betreuung und Umsetzung eines bundesweiten spartenübergreifenden 1:1-Mentoring-Programms, das karrierebewusste Künstlerinnen und Frauen im Kultur- und Medienbereich durch konkrete Beratung und praxisbezogene Unterstützung dazu befähigen soll, Führungspositionen erfolgreich einzunehmen,
- die Herausgabe von Dossiers, die Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, beigelegt werden. Die rund 50-seitigen Beilagen sollen das Thema feuilletonistisch behandeln. Das erste Dossier »Wie weiblich ist die Kulturwirtschaft?« erschien im Juli 2017, das zweite wird der kommenden September-Ausgabe beigelegt,
- die Fortentwicklung des von Kulturstaatsministerin Monika Grütters eingerichteten Runden Tisches »Frauen in Kultur & Medien« in Verantwortung des Deutschen Kulturrates,
- die Erarbeitung ergänzender Datenreports, die durch spartenspezifische Einzelrecherchen relevante Unterthemen noch einmal aufarbeiten, um eine strukturierte und zielgerichtete Diskussion – auf Fachtagungen oder in der Öffentlichkeit – zu untermauern.

Mit der Durchführung dieser vier Maßnahmen soll das Projektbüro zu einer zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien werden. Die bislang öffentlichkeitswirksamste Maßnahme im Rahmen der dreijährigen Projektlaufzeit ist das Mentoring-Programm.

Mentoring-Programm

Der Bewerbungs- und Auswahlprozess der ersten Runde ist bereits abgeschlossen: Bis Ende Februar 2018 bewarben sich 286 Mentees. Der große Rücklauf ist ein Beleg dafür, dass sich ambitionierte Kulturschaffende von diesem Angebot einen positiven Effekt auf ihren Karriereweg versprechen und dass es bundesweit viele Frauen mit Führungswillen und -anspruch in allen Kultursparten gibt.

Für die erste Runde konnten 13 Mentorinnen und Mentoren gewonnen werden, um die Mentees ehrenamtlich zu unterstützen. Im Zuge der Ausschreibung meldeten sich weitere Mentorinnen, sodass in Runde zwei und drei noch mehr Tandems zusammengestellt werden können und damit eine größere Zahl hochqualifizierter Bewerberinnen beratend unterstützt werden kann als ursprünglich geplant.

Ziele des Programms sind strategische Karriereberatung, praxisbezogene Unterstützung, die Verortung der Mentees in der Kultur-Community sowie der Aufbau eines – möglichst fortbestehenden – Alumnae-Netzwerkes. Die Mentees sollen vom Erfahrungsschatz und Netzwerk profilierter Berufskollegen profitieren, damit langfristig mehr Frauen an den Schaltstellen von Kultur- und Medienwirtschaft bzw. -politik vertreten sind.

Die Mentorinnen und Mentoren, Künstlerinnen und Künstler sowie Akteure der Kreativwirtschaft oder anderer Kultureinrichtungen setzen sich aus unterschiedlichen Sparten zusammen und sind in verschiedenen Bundesländern tätig. Sie sind in ihrem Fach exzellent, im Markt oder dem jeweiligen Bereich erfolgreich tätig, verfügen über ein weit gespanntes Netzwerk, haben eine starke Persönlichkeit und können zuhören. Die Mentees sollen sehr gut ausgebildet sein und hiernach entweder bereits rund zehn Jahre lang anspruchsvolle Berufsstationen im gemeinnützigen oder privatwirtschaftlichen Kultur- und Medienbereich absolviert haben oder entsprechende Ausstellungen, Projekte oder Auszeichnungen vorweisen können. Sie alle zeichnen sich zudem dadurch aus, dass sie eine Führungsposition anstreben. Das Projektbüro verspricht sich von dieser Konstellation größtmögliche Hebelwirkung, da es im Kultur- und Medienbereich bisher kaum Förderprogramme für Frauen gibt, die explizit in Führungspositionen vorstoßen möchten – eine Ausnahme bilden Programme für angehende Professorinnen. Zudem ist diese Lebensphase besonders wichtig für den weiteren Karriereweg. Denn in diesen Jahren müssen strategisch wichtige Positionen ausgefüllt und ggf. in die Familienplanung integriert werden.

Der Beratungszeitraum erstreckt sich auf ein halbes Jahr, in dem sich die Mentorinnen insgesamt mindestens acht bis zehn Stunden mit den Mentees besprechen. Natürlich steht es jedem Tandem frei, auch nach den sechs Monaten in Kontakt zu bleiben. Im Sinne des angestrebten Alumnae-Netzwerkes wäre dies ein wichtiger Erfolg.

Umsetzung

Das Projektbüro des Deutschen Kulturrates sucht initiativ geeignete Mentorinnen und Mentoren für das Programm aus. D. h. Bewerbungen als Mentoren folgen keinem Automatismus, sondern werden auf Passgenauigkeit und Eignung nochmals überprüft.

Die Mentees sind aufgerufen, neben der Einreichung üblicher Bewerbungsunterlagen, auch ihrerseits Erwartungen an das Programm zu formulieren, um die Passgenauigkeit des Tandems zu optimieren. Die Mentorinnen und Mentoren wählen aus einer kleinen Auswahl schließlich die zu ihnen passende Mentee.

Zum Ende der ersten Runde im Herbst 2018 evaluieren Mentor und Mentee jeweils unabhängig voneinander ihren inhaltlichen Austausch sowie den organisatorischen Rahmen des Programms. Die anonyme Auswertung dient als Grundlage für die Justierung der folgenden Mentoring-Runden. Die Evaluierung wird selbstverständlich auch nach der zweiten und dritten Runde praktiziert, um das Programm zu optimieren.

Im Februar 2019 ist ein Netzwerktreffen für alle Beteiligten geplant, bei dem auch die zweite Gruppe der Mentees, deren Ausschreibung im September 2018 beginnt, mit ihren Mentoren anwesend sein wird. Auf diese Weise können die Jahrgänge zusammenwachsen und langfristig ein Alumnae-Netzwerk bilden.

Cornelie Kunkat ist Referentin im Projekt »Frauen in Kultur und Medien« des Deutschen Kulturrates

Spitzenservice für Experten

Spezialbibliotheken im digitalen Zeitalter

SEBASTIAN NIX UND KERSTIN SCHOOF

Diversifizierung, Spezialisierung und – vor allem seit der Jahrtausendwende – Digitalisierung sind prägend für die Forschungs- und Kulturlandschaft weltweit. Aufgrund der beiden erstgenannten Phänomene spielen Spezialbibliotheken eine bedeutsame Rolle als hochkompetente Informationsdienstleister für vielfältigste, komplexe Bedarfe – insbesondere an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie z. B. den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft oder der Leibniz-Gemeinschaft, an Archiven, Museen, Stiftungen oder kirchlichen Einrichtungen, aber auch in Behörden oder in Privatunternehmen.

Weil Forschungsfragen immer spezieller werden, weil sich die Wissenschaftsdisziplinen immer feiner verästeln und weil die wissenschaftliche Literaturproduktion stark wächst, bedarf es besonderer Expertise, um den »wissenschaftlichen Informationsdschungel« zu durchdringen und Forschenden gezielt Zugang zu den für sie relevanten Forschungsergebnissen zu eröffnen. Ähnlich verhält es sich in den Künsten, in der Musik und Literatur, wo sich Ausdrucksformen, Aufführungspraktiken und Publikationsweisen vervielfachen und differenzieren. Dies führt dazu, dass Kulturschaffende aller Sparten umfangreiches Wissen und Material in ihrem Tätigkeitsbereich benötigen. Deshalb bilden Spezialbibliotheken oft Organisationseinheiten innerhalb einer größeren Einrichtung, beispielsweise eines Forschungsinstituts oder eines Museums. Sie haben dort vorrangig die Aufgabe, ihre Einrichtung maßgeschneidert mit den benötigten Informationen – Büchern, wissenschaftlichen Journalen, audiovisuellen Medien, Patentinformationen, chemischen Reaktionsmechanismen usw. – zu versorgen. Hauptzielgruppe sind also Angehörige der jeweiligen Trägerinstitution. Eine starke Orientierung an deren inhaltlichem Bedarf und spezifischer Arbeitsweise ist Wesensmerkmal spezialbibliothekarischer Arbeit.

Kennzeichnend für diesen Bibliothekstyp ist ein hohes Maß fachlicher Spezialisierung, die direkt zusammenhängt mit den Aufgaben der Trägereinrichtung – egal ob es sich dabei um medizinische, ingenieur- oder technikwissenschaftliche Forschung handelt oder ob es um sozial- oder geisteswissenschaftliche Fragen geht. Entsprechend bunt ist die Spezialbibliothekslandschaft: Spezialbibliotheken bilden mit rund 2.500 Einrichtungen die größte und zugleich eine besonders heterogene Gruppe unter den wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland. Ihre Größe ist dabei sehr unterschiedlich: Sie reicht von der »One Person Library« mit wenigen zehntausend Medien bis hin zu Einrichtungen mit Millionen von Medien und einer zwei- oder sogar dreistelligen Zahl von Mitarbeitenden. Solche Größenordnungen sind aber eher die Ausnahme als die Regel. In Deutschland ist hier vor allem an die drei »Zentralen Fachbibliotheken« zu denken, die im Unterschied zu den meisten anderen Spezialbibliotheken einen überregionalen Literaturversorgungsauftrag wahrnehmen: die ZB MED – Informationszentrum Lebenswissenschaften in Köln und Bonn; die ZBW – Leibniz Informationszentrum Wirtschaft in Kiel und Hamburg; außerdem die Technische Informationsbibliothek in Hannover.

Spezialbibliotheken sammeln nicht nur hochspezialisierte Literatur aus dem In- und Ausland, die sie analog – in vielen Bereichen ist das gedruckte Buch weiterhin das bevorzugte Publikationsmedium – und zunehmend digital zur Verfügung stellen. Sie entwickeln Werkzeuge, um den Zugriff auf diese Literatur zu erleichtern, z. B. Datenbanken, in denen Forschungsliteratur nach fachlichen Kriterien inhaltlich beschrieben wird. Um solche Services anzubieten, bedarf es fundierter bibliothekarischer sowie fachspezifischer Expertise.

Wenn eingangs darauf hingewiesen wurde, dass seit der Jahrtausendwende auch die Digitalisierung für die Forschungs- und Kulturlandschaft prägend ist, dann hat das direkte Auswirkungen auf die Arbeit von Spezialbibliotheken. Das gilt zunächst für die Materialität der Informationsressourcen und Kulturprodukte selbst: In der Forschung bedeutet dies beispielsweise, dass wissenschaftliche Texte heute häufig digital publiziert werden. Das erleichtert die Zugänglichkeit, bedeutet aber eine Herausforderung hinsichtlich ihrer langfristigen Verfügbarkeit: Papier ist geduldig; Bits und Bytes sind dagegen flüchtig und müssen aktiv gesichert werden. Hierin liegt ebenso eine Aufgabe spezialbibliothekarischer Arbeit wie darin, Forschende beim digitalen Publizieren zu unterstützen. Weil gerade öffentlich finanzierte Forschung frei verfügbar sein soll, gilt das beispielsweise für das Publizieren im Open Access, das technisches und urheberrechtliches Know-how ebenso voraussetzt wie fundierte Kenntnisse fachspezifischer Publikationsbedingungen. Immer wichtiger wird auch der Umgang mit digitalen Forschungsdaten, dem oft teuren »Rohstoff« wissenschaftlicher Arbeit, der heute unter anderem mit Methoden von Text- und Data-Mining in ganz neuer Weise genutzt werden kann. Das Spektrum ist hier so vielfältig wie die Wissenschaft selbst und reicht von den Ergebnissen technischer Messungen oder internationaler Befragungen bis hin zu digitalen Textkorpora. Hier können Spezialbibliotheken die Forschung in unterschiedlichster Weise unterstützen, beginnend bei der Digitalisierung von Texten oder Bildern über die systematische, standardisierte Beschreibung digitaler Daten und deren intelligente Vernetzung und Zugänglichmachung mittels Technologien des sogenannten »Semantic Web« bis hin zur Langzeitarchivierung. Rechtliche Rahmenbedingungen, die dem Datenschutz und Urheberrecht angemessen in digitaler Umgebung Rechnung tragen, bilden hierbei eine wichtige Voraussetzung, um einen aktiven Beitrag zur Überlieferung des Kulturguts in unterschiedlichsten medialen Formaten zu leisten. Als »institutionelles Gedächtnis« ihrer Trägerorganisation sind Spezialbibliotheken zudem prädestiniert dafür, den Forschungsoutput ihrer Institution systematisch zu dokumentieren und im Internet sichtbar zu machen; damit leisten sie einen Beitrag zur Optimierung des Impacts von Forschung.

Die hier skizzierten Aufgaben und Potenziale von Spezialbibliotheken im digitalen Zeitalter sind freilich keine »Selbstläufer«. Sie setzen vielmehr voraus, dass die Mitarbeitenden sich in einem durch ständige Neuentwicklungen gekennzeichneten Feld kontinuierlich neue Kenntnisse und Fertigkeiten aneignen über Informationstechnologie, Forschungsmethodologie und inhaltliches Fachwissen. Zugleich sind die Aufgaben so groß, dass sie nicht mehr nur lokal bewältigt werden können: Gerade für öffentlich finanzierte Spezialbibliotheken, die vom Bund und/oder den Bundesländern getragen werden, ist die Definition und strukturierte Bearbeitung gemeinsamer Aufgaben ein dringendes Desiderat, um die Zukunftsfähigkeit spezialbibliothekarischer Arbeit zum Wohl der Forschung und eines vielschichtigen kulturellen Lebens bestmöglich zu sichern.

Sebastian Nix ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich »Bibliothek und wissenschaftliche Information« am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Er ist Mitglied der Fachkommission »Kundenorientierte Services« des Deutschen Bibliotheksverbandes. Kerstin Schoof ist Kultur- und Medienwissenschaftlerin und leitet die Bibliothek des Max-Planck-Instituts für empirische Ästhetik. Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken (ASpB) und der Sektion 5 im Deutschen Bibliotheksverband (dbv)

NEUE REIHE

Ab sofort stellt Politik & Kultur regelmäßig ausgewählte Spezialbibliotheken vor.

Gleichberechtigter Zugang zu Wissen

Die Spezialbibliothek des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin

ANNE SIEBERNS

Bibliotheken sind Orte, an denen Literatur und Informationen über Menschenrechte gefunden werden können. Gleichzeitig tragen sie mit ihren offenen und – im Idealfall – kostenfreien Angeboten dazu bei, die Menschenrechte auf Zugang zu Information, Bildung und kulturelle Teilhabe zu verwirklichen. Die IFLA, der Weltverband der Bibliotheken, weist in öffentlichen Stellungnahmen immer wieder auf diese wichtige Rolle von Bibliotheken hin. Zuletzt im Kontext der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der UN 2030 Agenda, die in enger Verbindung zu den Menschenrechten stehen; nachzulesen in einem Artikel von Klaus Ulrich Werner in Heft 1/18 dieser Zeitung. Der Zugang zu Informationen und Bildung umfasst auch den Zugang zum Wissen über Menschenrechte.

Die Bibliothek des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Zu den Kernaufgaben des 2001 gegründeten Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) gehören Forschung, Politikberatung, Menschenrechtsbildung sowie Information und Dokumentation. »Politische Einflussnahme in Menschenrechts- und Entwicklungsfragen ist nur auf der Grundlage verlässlicher Information möglich«, so Werner Lottje, Vorsitzender des Kuratoriums in den Anfangsjahren des Instituts. Doch es fehlte damals in Deutschland ein zentraler Ort, an dem »verlässliche Information« zu Menschenrechten systematisch gesammelt wurde. Mit der Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Spezialbibliothek im Deutschen Institut für Menschenrechte im Jahr 2003 wurde dieser Ort geschaffen. Seit 2015 ist die Bibliothek durch das Gesetz über das DIMR auch rechtlich verankert. Was macht die Besonderheit der Bibliothek aus? Gibt es Forschungsliteratur über Menschenrechte nicht auch in den großen Universalbibliotheken? Ja und Nein. Ja, wenn die Bibliotheken auch einen völkerrechtlichen Schwerpunkt haben und die Bücher über den Buchhandel erhältlich sind. Nein im Hinblick auf Publikationen, die z. B. von zwischenstaatlichen oder zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen herausgegeben werden und nur in kleiner Auflage oder ausschließlich im Internet erscheinen. Ohne diese sogenannte »graue Literatur« wäre es der Institutsbibliothek nicht möglich gewesen, umfangreiche Sammlungen z. B. in den Bereichen Menschenrechtsbildung oder UN-Behindertenrechtskonvention aufzubauen.

Aktuelle Veröffentlichungen zu Menschenrechtsthemen wie Flucht und Migration, Diskriminierungsschutz, Kinderrechte, Wirtschaft und Menschenrechte, sexuelle Selbstbestimmung oder die Rechte älterer Menschen gehören ebenso wie menschenrechtliche Standardwerke und Kommentare zum Erwerbungsprofil. Als Bibliothek einer Nationalen Menschenrechtsinstitution liegt der Schwerpunkt der Sammlung auf Literatur, die die Umsetzung von Menschenrechten in Deutschland in den Blick nimmt. Darüber hinaus stehen auf der Webseite des Instituts umfangreiche Informationen zum internationalen und zum europäischen Menschenrechtsschutz bereit. Hier dokumentiert die Bibliothek auch die Berichte zur Prüfung der Menschenrechtspolitik Deutschlands vor internationalen Gremien, in dieser Form ein einzigartiges Angebot.

Nicht zuletzt zeichnet sich die Bibliothek – wie alle Spezialbibliotheken – durch die fachlichen Kenntnisse ihrer Mitarbeiterinnen aus. Sie kennen die elektronischen Dokumentensysteme des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte ebenso wie die Rechtsprechungsdatenbank des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Und sie geben dieses Wissen weiter, indem sie Schulungen zur menschenrechtlichen Informationsrecherche anbieten oder Menschenrechtsorganisationen anderer Länder beim Aufbau ihrer Bibliotheken beraten. Zu weiteren Veranstaltungen der Bibliothek gehören Autorenlesungen mit anschließendem Publikumsgespräch und Workshops zum Thema »Barrierefreie Bibliotheken«.

Internationale Bibliotheksarbeit

Auch die Bibliothek des Deutschen Instituts für Menschenrechte ist im Weltverband der Bibliotheken aktiv. Seit 2013 gehört sie einer IFLA Sektion an, die sich für mehr Barrierefreiheit und Inklusion in Bibliotheken einsetzt. Als Menschenrechtsbibliothek sieht sie ihre Aufgabe darin, eine Menschenrechtsperspektive in die Arbeit der Sektion einzubringen; zuletzt 2017, als die Sektion Empfehlungen für die Bibliotheksarbeit mit wohnungslosen Menschen veröffentlichte. Dabei geht es darum, einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Bibliotheken für alle Menschen zu schaffen und damit einer Verpflichtung nachzukommen, die sich aus internationalen und regionalen Menschenrechtsübereinkommen ergibt.

FOTO: DIMR / SIEBERNS

Die Bibliothek für Menschenrechte in Berlin

»Wo beginnen schließlich die universellen Menschenrechte? An kleinen Orten, nahe dem eigenen Zuhause …«. So beginnt ein berühmtes Zitat von Eleanor Roosevelt, die 1948 als Vorsitzende der ersten Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen maßgeblich an der Entstehung und Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligt war. »Das sind die Orte, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung sucht.« Zu diesen Orten gehören auch Bibliotheken. Das 70-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in diesem Jahr ist deshalb auch für sie ein Grund zum Feiern, Nachdenken und Handeln.

Anne Sieberns ist Leiterin der Bibliothek im Deutschen Institut für Menschenrechte

ZUR BIBLIOTHEK

Die Bibliothek im Deutschen Institut für Menschenrechte befindet sich in Berlin-Kreuzberg, Zimmerstr. 26/27. Die Bibliothek ist Montag bis Freitag von 10-17 Uhr geöffnet, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Der mit dem Seziermesser

Zum 20. Todestag des iranischen Drehbuchautors und Regisseurs Sohrab Shahid Saless

BEHRANG SAMSAMI

Reichlich Schmutz quoll 187 Minuten lang aus dem Bildschirm: ›Utopia‹, eine anödende Story aus dem Bordell-Milieu.« Der Kritiker der »Hörzu« verhehlt anlässlich der Fernseh-Erstausstrahlung von »Utopia« im Sommer 1984 nicht, was er von Sohrab Shahid Saless' Film hält. Konträr äußert sich ein Autor der »Zeit«: »Mit dem Blick eines Mikrobenforschers hält er Leichenschau am Lebenden. Ohne zu psychologisieren, nur mit dem Mittel der Verlangsamung, der stereotypen Wiederholung, erklärt Saless seine Figuren, beschwört er eine Atmosphäre qualvollen Abgestorbenseins mitten im Leben.«

Was für einen Film hat der iranische Regisseur gedreht, der von der Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste zum Fernsehspiel 1984 gekürt wird? »Utopia« lässt wiederholt den tristen Alltag in einem fast hermetisch abgeriegelten Bordell ablaufen. Hier herrscht Heinz. Schick und den Schnurrbart akkurat gekämmt, spioniert der Zuhälter die fünf Frauen aus, droht, wenn sie nicht kuschen, schlägt sie und bläut ihnen ein, worum es ihm geht: nur ums Geschäft. Das verinnerlichen sie – ebenso, dass sich ihre Lage nicht ändern würde, auch wenn sie am Ende den Aufstand wagen. »Utopia«, Saless' wohl bedeutendster Film, seziert wie Pier Paolo Pasolinis »Die 120 Tage von Sodom« (1975) gesellschaftliche Strukturen und offenbart, wie kalt und brutal Macht ausgeübt werden kann.

Am 2. Juli 2018 jährt sich Saless' Todestag zum 20. Mal und es ist mehr als überfällig, dass sein Leben und Werk (wieder) in das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit treten. Zwar finden ihm zu Ehren seit einigen Jahren Retrospektiven im In- und Ausland statt, doch werden seine Filme weder im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt, noch sind sie im üblichen Handel zu kaufen.

Dabei ist die Beschäftigung mit Saless ein Gewinn: Sein Leben und Werk sind ein frühes Beispiel dafür, was heute mit den Schlagworten Integration und Transkulturalität bezeichnet wird. Saless pendelt zwischen mehreren Sprachen, Kulturen und politischen Systemen und steht exemplarisch für die Künstler aus Nahost, die ihr Land aufgrund bestimmter politischer Entwicklungen Richtung Westen verlassen, um ihre Arbeit hier fortzusetzen. Saless ist ein Impulsgeber der »neuen iranischen Welle«, die in den 1960er Jahren entsteht und den Autorenfilm im Land bis heute prägt. Er ist aber auch Teil des »Neuen deutschen Films« und hat Anhänger unter Regisseuren wie Romuald Karmakar.

Von Außenseitern und Unsichtbaren

Am 28. Juni 1944 in Teheran in eine bürgerliche Familie hineingeboren, verlässt Saless nach dem Abitur den Iran. Er zieht nach Wien, wo er Deutsch lernt, Film studiert und sich als Treppen- und Fensterputzer verdingt. Hier erkrankt er an Tuberkulose, wird behandelt und erneut krank. Danach studiert er in Paris, erleidet einen Magendurchbruch und wird erfolgreich operiert. 1968 kehrt er in den Iran zurück, wo er 20 Dokumentar- und zwei Kurzfilme für das Kulturministerium dreht. 1973 und 1974 dreht er seine einzigen im Iran realisierten Spielfilme: »Ein einfaches Ereignis« und »Stillleben«. Das Debüt zeigt den Alltag eines zehnjährigen Jungen, der in einfachen Verhältnissen am Kaspischen Meer lebt. Der kränklichen Mutter hilft er zu Hause, dem trinkenden Vater beim illegalen Fischen. Er geht in die Schule, lernt aber nicht. Als die Mutter stirbt, geht das Leben einfach weiter.

Für »Ein einfaches Ereignis« erhält Saless 1973 auf dem Internationalen Teheraner Filmfestival den Preis für die beste Regie, für »Stillleben« 1974 den Silbernen Bären der Berlinale. Darin geht es um einen Bahnwärter, der täglich nichts anderes tut, als auf einen Zug zu warten. Und auch er und seine Frau führen ein karges Leben. Als ein Brief eintrifft, der seine Verrentung ankündigt, verzweifelt er. Was beide Filme auszeichnet, ist die genaue Beobachtung des harten Lebens der unteren Schichten im Iran. Saless versteht es, Inhalt und Form so zu verschränken, dass ein unverwechselbarer Stil entsteht – geprägt von langen, ruhigen Einstellungen, Wiederholungen, Stille und der Konzentration auf die Darsteller, die Nötigstes sprechen. Ihre Blicke, ihre Gestik und Mimik sind aussagekräftiger.

Bei Saless erhält das Alltägliche etwas Magisches. Das Einfache, Stille und Immer-Gleiche erzielt eine Sogwirkung und gibt den Zuschauern Raum für Gedanken, das eigene Leben und Handeln zu reflektieren. Diese Erzähltechnik erlaubt es Saless aber zuvörderst, das Leben der Menschen in der Moderne, das von Außenseitern, von Unsichtbaren, die nicht zu Wort kommen, in ihrer Einsamkeit und Traurigkeit, Stummheit und Isoliertheit zu zeigen, aus der ein Entkommen unmöglich scheint.

Beeinflusst ist dieser Stil zum einen von Saless' großem Vorbild Anton Pawlowitsch Tschechow: »Ich bemühe mich sehr, so zu filmen, wie er geschrieben hat«, sagt er 1974 zu einem Journalisten. Zum anderen ist Saless geprägt vom europäischen Kino nach 1945. Die Arbeiten von Robert Bresson und François Truffaut, Jean-Pierre Melville und Roman Polański haben Spuren in seinen Filmen hinterlassen.

Saless' zwei iranische Filme haben ihrerseits enormen Einfluss auf den prä- und postrevolutionären Film im Land: Die Darstellung gesellschaftlicher Zustände anhand »einfacher« Sujets und das Erzählen aus der Perspektive von Kindern finden sich etwa bei Abbas Kiarostami, Amir Naderi und Jafar Panahi.

Mit beiden Arbeiten eckt Saless aber auch bei der Schah-Regierung an. Als er von der Berlinale heimkehrt und einen Film über ein Waisenhaus realisieren will, wird der Dreh schnell gestoppt. Saless entscheidet, wieder nach Westberlin zu reisen – diesmal als Exilant. Rupert Neudeck hilft ihm, so schreibt der Journalist und Gründer von »Cap Anamur« einmal in einem Leserbrief, Kontakt mit einer Produktionsfirma aufzunehmen und sie von Saless' Talent zu überzeugen. So kann Saless drei Filme in Berlin drehen – etwa »In der Fremde« (1975), der im »Gastarbeiter«-Milieu spielt.

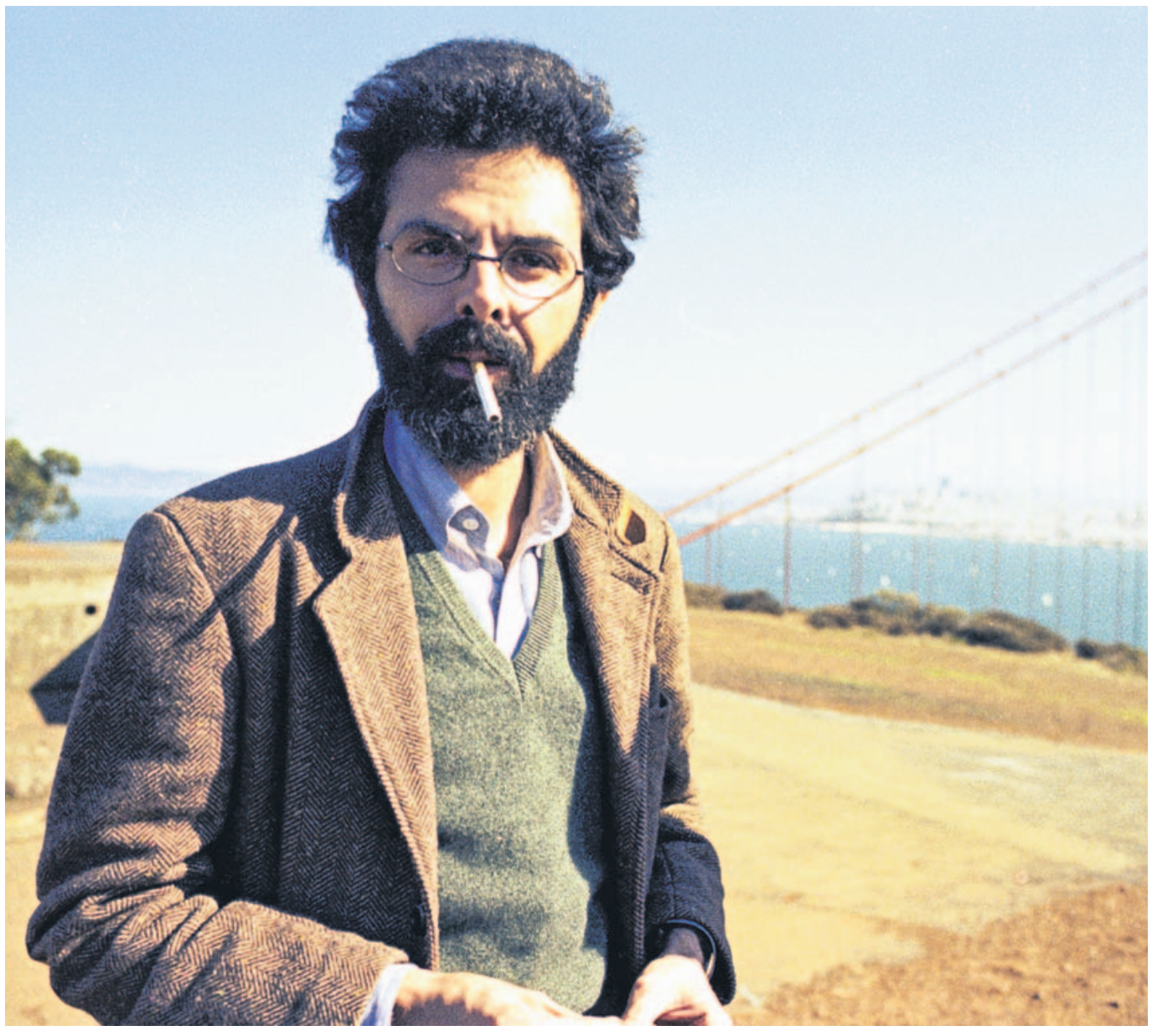


FOTO: BERT SCHMIDT

Sohrab Shahid Saless vor der Golden Gate Bridge im Jahr 1979

Die Beschäftigung mit Saless ist ein Gewinn: Sein Leben und Werk sind ein frühes Beispiel dafür, was heute mit den Schlagworten Integration und Transkulturalität bezeichnet wird

Erfolg im Abseits

So »glatt« sein Start aussieht – Saless hat es, solange er in Deutschland arbeitet, schwer, macht es seinem Umfeld aber auch nicht leicht. So fühlt er sich als linker Intellektueller vom Geheimdienst des Schahs verfolgt. Zu seiner Unzufriedenheit trägt auch bei, dass er seine Aufenthaltsgenehmigung anfangs immer wieder verlängern muss, bis sie entfristet wird. Hinzu kommen seine Beharrlichkeit und seine »schweren« Stoffe, die für Produzenten und öffentlich-rechtliche Anstalten nicht attraktiv erscheinen, wenn man davon ausgeht, dass sie vorrangig den Massengeschmack erreichen wollen.

Da beeindruckt, dass es Saless trotz seiner kompromisslosen Art fertigbringt, 14 Filme in der Bundesrepublik fertigzustellen. Drei Beispiele: »Die langen Ferien der Lotte H. Eisner« (1979), ein Interview mit der gleichnamigen Filmhistorikerin über ihre Arbeit als Filmkritikerin, ihre Flucht aus Nazi-Deutschland und das Leben als Emigrantin in Paris; »A. P. Čechov. Ein Leben« (1981), die in Kooperation mit dem Tschechow-Experten Peter Urban entstandene, weltweit erste Dokumentation über den russischen Dichter überhaupt; »Hans – Ein Junge in Deutschland« (1985), eine Verfilmung nach Hans Fricks Roman »Die blaue Stunde« über den einsamen, lebensgefährlichen Alltag eines halbjüdischen Jugendlichen in Frankfurt am Main während des Zweiten Weltkrieges.

Viele von Saless' Arbeiten werden prämiert. Seine Verfilmung von Thomas Valentins Roman »Grabbes letzter Sommer« (1980) über den Vormärz-Dichter erhält 1981 den Grimme-Preis in Gold für das beste Drehbuch, den besten männlichen Schauspieler und die beste Regie. Saless wird zusätzlich mit dem Sonderpreis des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen geehrt. 1984 wird er zudem in die Akademie der Künste in Westberlin, Sektion Film- und Medienkunst aufgenommen.

Doch der Quotendruck bei den Öffentlich-Rechtlichen und das Aufkommen privater Fernsehsender engen Saless' Möglichkeiten ein. So zieht er 1984 in die ČSSR, wo er bereits zwei ARD-Filme realisiert hat, heiratet und macht für das slowakische Fernsehen einen Dokumentarfilm über Kinder im sowjetisch dominierten Afghanistan. »List z Kábul«, zu Deutsch »Ein Brief aus Kabul«, wird jedoch zensiert und daraufhin von Saless zurückgezogen. Er erkrankt in dieser Zeit an Krebs und muss die Regie für die ZDF-Verfilmung von Ludwig Fels' Roman »Ein Unding der Liebe« an einen anderen abgeben.

1991 kehrt Saless in das wiedervereinigte Deutschland zurück und dreht einen letzten Film: »Rosen für Afrika«. Weitere Projekte kommen nicht voran, was teils an der veränderten Fernsehlandschaft, teils an Saless' kompromissloser Haltung liegt. Für ihn, für den die Filmarbeit das Leben bedeutet, hat das besonders extreme Folgen: Alkoholprobleme, Existenzsorgen und die nach wie vor bestehende Angst vor Verfolgung wirken sich auf seine ohnehin fragile Konstitution aus.

Als Saless 1994 mit dem Großen Preis der Stiftung des Verlags der Autoren für sein »Gesamtwerk« geehrt wird, scheint seine Zeit in Deutschland vorbei. Er emigriert in die USA. Die Hoffnung, in Kalifornien Filme zu machen, erfüllt sich indes nicht. 1997 bleibt er nach einer Werkschau in Chicago wohnen und stirbt ein Jahr später mit nur 54 Jahren in seinem Appartement. Allein.

Behrang Samsami ist promovierter Germanist, freier Journalist und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Gemeinsam mit Bert Schmidt, dem langjährigen Regieassistenten von Sohrab Shahid Saless, arbeitet er an einem Buch über das Leben und Werk des Filmemachers

FOTO: DPA-BILDARCHIV

Lastwagen mit Demonstranten in der Prager Innenstadt am ersten Tag der Besetzung im Jahr 1968

Prager Frühling

Erwachen der Intellektuellen

REGINE MÖBIUS

Das Modell einer Hoffnung – bekannt unter der Bezeichnung »Prager Frühling« – das in der Tschechoslowakei acht Monate lang verwirklicht worden war, wurde am 21. August 1968 durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten zerstört.

Viele Menschen im Ostblock, so auch in der DDR, sahen in diesem Modell die Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus, der sich von Prag und Bratislava hätte ausbreiten können – nach Osten und Westen. Es war eine Utopie, die plötzlich Gestalt angenommen hatte: eine Form sozialistischer Freiheit – wie auch immer. Die tschechoslowakische Bevölkerung wollte nicht den Sozialismus abschaffen, sie wollte einen reformierten, demokratischen. Noch bei einer Umfrage im Juli 1968 sprachen sich 89 Prozent der tschechoslowakischen Bevölkerung für eine Beibehaltung des Sozialismus aus.

Lediglich die politische Struktur sollte liberalisiert werden, der Zentralismus abgebaut, Machtkonzentrationen um Einzelpersonen sollten künftig verhindert werden. Man wollte sich vermutlich am Wirtschaftssystem Jugoslawiens orientieren. Die Reformkommunisten der Aufbruchsbewegung erklärten, dass sich die ČSSR weiterhin klar an den Staaten des Warschauer Pakts orientieren würde, nur für die Beziehungen innerhalb des Bündnisses forderten sie eine gleichberechtigte Partnerschaft.

Protestierende Studenten sorgten bereits im Oktober 1967 in Prag für öffentliche Unruhe. Staats- und Parteichef Antonín Novotný ließ die Proteste gewaltsam auflösen, was ihm im Zentralkomitee jedoch massive Kritik eintrug. Die Sowjetunion, die Novotný um Hilfe bat, verweigerte diese. Zu Jahresbeginn 1968 entluden sich die jahrelangen Spannungen zwischen dem linksdogmatischen und dem reformerischen Flügel der KPČ. Auf dem sogenannten Januartreffen 1968 des Zentralkomitees wurde Novotný als 1. Sekretär der KPČ vom 1. Sekretär der Kommunistischen Partei der Slowakei, Alexander Dubček, abgelöst. Jetzt forderte der reformatorische Flügel die Freiheit von Presse und Wissenschaft. Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle setzen sich für kulturellen Pluralismus ein.

Der Schriftsteller Pavel Kohout, einer der geistigen Väter des Prager Frühlings, schrieb in einer Nachbetrachtung zum IV. Kongress des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes: »Wir – das ist die Generation der Vierzigjährigen (…) Es ist die Generation, die Lesen und Schreiben unter dem Bild von Masaryk, die Algebra und Hexameter unter dem Porträt von Hitler lernte, um dann selbst in ihren Hörsälen die Büsten von Gottwald und Stalin aufzustellen. (…) Es ist die Generation, die ihre ersten Verse zum Ruhme der sowjetischen Panzer schrieb, die am 9. Mai 1945 das kämpfende Prag befreiten. (…) Es ist die Generation, die zu Tausenden um das Parteibuch der kommunistischen Partei ersuchte, denn gerade sie hat am entschiedensten den Kampf gegen die Okkupanten geführt; (…) Es ist aber auch die Generation, der ein paar Jahre später plötzlich die Erkenntnis kam, dass die Bewegung, der sie ihre besten Gedanken und Kräfte gewidmet hatten, noch ein anderes Gesicht hat, wie es die unbegreiflichen politischen Prozesse, die Zensur und der ganze Machtapparat gezeigt hatten, der jeden produktiven Gedanken voluntaristisch im Keim erstickte. Und es ist schließlich die Generation, die trotzdem nicht resignierte (…)«.

Kohouts Worten ist zu entnehmen, dass die kritischen Intellektuellen im Land entscheidenden Anteil hatten an der Aufbruchsbewegung der tschechoslowakischen Sozialisten gegen die nachstalinistische Bürokratie.

Diesen und vielen anderen Äußerungen ist ebenfalls zu entnehmen, dass dem Prager Frühling ein Erwachen der Intellektuellen vorausging, die mit entschiedenen Protesten auf jede Einschüchterung und jeden Bevormundungsversuch reagierten. Alle, die später als Wortführer entscheidende Rollen spielten und politische Funktionen erfüllten – Schriftsteller, Politiker, kritische Philosophen – waren auf diesem Kongress im Juni 1967 versammelt: Milan Kundera, Pavel Kohout, Eduard Goldstücker, Karel Kosik, Ludvik Vaculik und Vaclav Havel. Letzterer äußerte bereits auf dem erwähnten IV. Schriftstellerkongress im Juni 1967 Kritik am Novotný-Regime und übernahm auf dem Höhepunkt der politischen Ereignisse im Jahr darauf den Vorsitz des »Clubs unabhängiger Schriftsteller«. Mit dem in der »Literaturzeitung« veröffentlichten Artikel »Zum Thema Opposition« erregte er landesweites Aufsehen, weil er in ihm erstmals öffentlich die Forderung nach einer oppositionellen Partei stellte.

Zwischen Prag und Bratislava war für eine kurze Zeit der Versuch gestartet worden, dass ein doktrinäres System von innen heraus, aus der regierenden Partei heraus, unterstützt von Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen, die eine Einsicht der Funktionäre unterfüttern und stärken, ohne Gewalt hätte reformierbar sein können.

Doch über Nacht hatten am 21. August 1968 Truppen des Warschauer Paktes Prag besetzt. Panzer schossen scharf. Die Schüsse und das Blut erklärten deutlich: Europa hat keinen Frieden, Länder leben im Zustand unterschiedlicher Waffenstillstände. Ein Waffenstillstand wurde an diesem Tag gebrochen und mit politischer Willkür und Verhaftungen untermauert – eine Illusion begraben unter den Schüssen der Besetzer.

Und wie reagierte die Bevölkerung im befreundeten Nachbarland DDR? Scham und Trauer im Privaten. Doch der offizielle Widerstand trug Züge eines systemimmanenten Widerspruchs. Die relativ große Zahl von protestierenden SED-Mitgliedern ließ deutlich werden, dass die Hoffnung, der Sozialismus hätte eine Chance gehabt, sich menschlicher zu zeigen, auch unter den Parteigenossen verbreitet war.

Der Schriftsteller und Übersetzer tschechischer Literatur Reiner Kunze, dessen politische Widerständigkeit auch biographisch durch seine Ehe mit der Tschechin Elisabeth geprägt war, verließ 1968 aus Protest die SED und war einer der wenigen DDR-Schriftsteller, die öffentlich gegen den Einmarsch protestierten:
»BLICKPUNKT
Frau nicht/ die möbel verrücken/ Wer/ im Kopf umräumt dessen/ schreibtisch muss/ feststehn«.

Regine Möbius ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates und ver.di Bundesbeauftragte für Kunst und Kultur

nmzmedia

Ihr Musik-Kultur-Videoangebot auf www.nmz.de

Spannende Musikdokus in voller Länge

Über die Jahre hat sich auf unserer Homepage ein Schatz von hunderten von Filmen zu den verschiedensten Themen des Musiklebens angesammelt. Von kurzen Clips und Trailern bis hin zu kompletten Dokumentarfilmen für die Fernsehausstahlung. Wir haben für Sie diesen Monat im Archiv gestöbert und empfehlen Ihnen hier einige der vielen Dokumentationen im Fernsehformat, die Sie dort in voller Länge anschauen können – kostenlos und ohne jede Anmeldung.

„Auch Wochen später steigt das Adrenalin"
Artist's Comment mit dem Geiger Christian Ostertag

Bei einem Konzert des SWRSinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg im Jahr 2016 trat der Konzertmeister Christian Ostertag aus den Reihen seiner Kollegen heraus und spielte den Solopart in Leonard Bernsteins „Serenade für Solo-Violine, Harfe, Schlagzeug und Streicher". Sehen und durchleben Sie in einem „Artist's Comment" das gesamte Werk zusammen mit seinem Solisten: Hier kommentiert er seinen Auftritt, spricht über das Werk, aber auch über seine Gedanken und Gefühle beim Musizieren mit dem ‚eigenen' Orchester.

Dortmund ist ganz Chor
oder: Was sind das für Menschen, die in einem Chor singen?

2011 stellte der Deutsche Chorverband in Dortmund zum ersten Mal ein großes Highlight der Chorszene auf die Beine: die chor.com, die erste Chormesse Deutschlands. In diesem Rahmen entstand das Feature „Dortmund ist ganz Chor", das nicht nur Laien und Profis bei ihrem ganz persönlichen Weg durch das Großevent über die Schulter schaut, sondern das vor allem einer Frage nachgeht: Was sind das für Menschen, die in einem Chor singen?

Jugend musiziert – der Film

2014 jährte sich der einflussreichste und bedeutendste deutsche Nachwuchswettbewerb „Jugend musiziert" zum 50. Mal. Zu diesem Jubiläum hat das Team von nmzMedia einen Film gedreht, der viele neue Facetten dieser spannenden Konkurrenz zeigt.

alle Filme für Sie kostenlos unter
www.nmz.de

Die Mitte ganz fern

Kultur und Kulturpolitik in Tschechien

BERTHOLD FRANKE

FOTO: GOETHE-INSTITUT

Kafka und kein Ende: Gewinner des Castings für Kafka-Doubles – mit Ungeziefer auf dem Balkon des Goethe-Instituts

Es ist sicher nicht despektierlich, im tschechischen Nationalcharakter einen gewissen Hang zum Konservatismus auszumachen. Bei aller gebotenen Skepsis solchen Generalisierungen gegenüber: Tschechinnen und Tschechen misstrauen den Extremen, den Übertreibungen und radikalen Impulsen, anarchischem Überschwang und ästhetischen Exaltiertheiten auch in den kulturaffinen, großstädtischen Milieus, wo man, durch den Hundertjahresschritt wieder sehr ins Bewusstsein gehoben, berechtigten Stolz auf den großartigen Beitrag der tschechoslowakischen Zwischenkriegsrepublik zur europäischen Moderne empfindet.

Tschechien, das alte »Böhmen und Mähren«, liegt im Zentrum Europas, und eine Rhetorik der Mitte wird durchaus gepflegt. Dennoch empfindet man von hier aus das geografisch so nahe europäische Kulturumland bisweilen seltsam entrückt. Kann es sein, dass sich in dieser Distanznahme noch die Lektion des 20. Jahrhunderts ausdrückt: ein Volk im Auge des Taifuns, das im Vergleich zu anderen relativ gut durchgekommen ist, weil man die Kunst des Wegtretens und Kopfeinziehens beherrschte? Kein Vergleich jedenfalls zwischen den Nachkommen Schwejks und den polnischen Nachbarn im Nordosten mit ihrem dramatisch-heroischen Überschwang!

Tschechien als europäische Kulturnation, das bedeutet die Zugehörigkeit zu einer Tradition selbstverständlicher öffentlicher Verantwortung für Kultur, auch in neoliberalen Zeiten. So findet sich eine reiche institutionelle Landschaft und ein Feld historischer Referenz, wenn man so will, ein tschechischer Kanon, der vom Mittelalter bis in die jüngste Zeit Spitzenleistungen verzeichnet und keinen internationalen Vergleich zu scheuen braucht. Ein engmaschiges Netz öffentlicher Häuser in allen Sparten und relativ niedrige Eintrittspreise garantieren die Grundversorgung. Im Bereich der Laienkultur sowie im Bildungssektor gibt es noch aus kommunistischer Zeit zahlreiche Klubs und Vereinigungen, die besonders im ländlichen und kleinstädtischen Raum aktiv sind. Repertoires und Inhalte auf dieser Ebene sind natürlich eher populär und wenig experimentell, haben nur selten eine internationale Ausrichtung. In den größeren Städten – Brno, Ostrava, Plzen – wird dies durch teilweise öffentlich geförderte Off-Szenen und Festivals aufgefangen.

Immerhin, jede der rund 6,4 Millionen im Jahr in privaten und öffentlichen Theatern verkauften Eintrittskarten ist mit durchschnittlich 35 Euro aus öffentlichen Mitteln subventioniert, keine schlechte Leistung für ein zwar stetig prosperierendes, aber dennoch vom westeuropäischen Wohlstandsniveau noch weit entferntes »Transformationsland«. Es geht aufwärts in Tschechien, einem Land der Tüftler und Ingenieure, ökonomisch jedenfalls. Seit der Trennung von der Slowakei vor 25 Jahren hat sich die Wahrnehmung des Landes noch einmal auf die bekannten Stereotype verengt: Bier, Autos und Prag, Prag, Prag. Die Moldaumetropole bricht als Touristenmagnet sämtliche Rekorde. Die vielen durch romantische TV-Serien angelockten, oft fernöstlichen Gäste prägen das Stadtbild. Dem Glanz der schönsten Stadt nördlich der Alpen kann dies aber nichts anhaben. Die nicht nur erbaulichen Seiten dieses Erfolgs – hervorgerufen etwa durch die weiterhin provozierend niedrigen Bierpreise – bereiten den Marketingexperten Kopfzerbrechen. Wie könnte man das allzu simple touristische Normalprogramm – Hradschin, Karlsbrücke, Astronomische Uhr am Altstädter Ring, Wenzelsplatz, Knödel, Gulasch, Bier… – längerfristig aufwerten? Natürlich mit Kultur!

Doch so leicht ist es nicht, im Wettbewerb mit, sagen wir Barcelona, Wien oder Kopenhagen, in die Shortlist der europäischen Kulturhauptstädte vorzudringen. Als vor einiger Zeit aus dem Team des in Generalrenovierung befindlichen Nationalmuseums »geleakt« wurde, die neukonzipierte Dauerausstellung werde vom Paradigma des Pilzes, als Symbol tschechischer Natur- und Kulturverbundenheit her entwickelt (Pilzesammeln ist nationales Hobby Nr. 1!), wird es sich wohl um einen Scherz gehandelt haben. Der wahre Kern solcher Spekulationen ist aber die Frage, inwieweit Tschechien und seine Hauptstadt die Internationalisierung ihrer Institutionen und Öffnung ihrer Szenen als Aufgabe der Stunde wahrgenommen haben.

Dieser Aufgabe widmen sich überall im Lande auf unterschiedlichen Ebenen kluge und kreative Menschen, wie etwa das Kuratorenteam der europäischen Kulturhauptstadt Plzen 2015, dessen Anstrengungen allerdings im zähen Getriebe eines eher auf Gemütlichkeit setzenden Veranstaltungsbetriebs teilweise versandeten. Der erhoffte Schub zu einer nachhaltigen kulturellen Aufhellung des Images als Biermetropole ist jedenfalls ausgeblieben. In Prag findet sich das Aroma kultureller Vielfalt zunächst in Form nostalgischer Beschwörung der verlorenen tschechisch-jüdisch-deutschen Vergangenheit. Diese äußert sich vorab in Gestalt eines allgegenwärtigen Kafka-Souvenir-Kitsches vom T-Shirt bis zum Bierseidel. Ansichtsorte und Denkmäler mit Franz-K.-Bezug stehen allerorten als Selfie-Kulisse zur Verfügung. Der Anschluss an die paradigmatische Konstellation einer Prager Moderne mit internationaler Ausstrahlung, für die der Name des überragenden Autors steht, fällt aber immer noch schwer. Im frisch renovierten Gebäude der Mánes-Galerie, einem Prunkstück des europäischen Funktionalismus und in den 1930er Jahren Schauplatz der Begegnung mit europäischer Avantgarde-Kunst, finden heute hauptsächlich öde Fashion-Shows und Automobilpremieren statt.

Eines weiteren Höhepunkts im kulturellen Archiv der Tschechen – genauer der Tschechoslowaken – wird gerade angesichts des 50-jährigen Jubiläums des Prager Frühlings gedacht: der gloriosen 1960er Jahre mit ihren Helden in der Literatur: Bohumil Hrabal, Milan Kundera, Václav Havel, im Film: Miloš Forman, Jiří Menzel und Pavel Juráček, dessen wunderbarer Kurzfilm »Joseph Kilián« von 1963 die vielleicht intensivste Verkörperung des Attributs »kafkaesk« bietet oder im Jazz: Miroslav Vitouš, Jiří Mráz, Jan Hamr. Aber die Zeiten, als die genialisch-zappaeske Band »The Plastic People of the Universe« eine Art anarchistisch-böhmischen Polit-Underground mit europäischer Ausstrahlung erfand, scheinen so fern zu liegen wie das Faszinosum des »Schwarzen Theaters«, einstmals technisch-kreative Avantgarde, heute Prager Touristen-Einheitsware, die in einem halben Dutzend Etablissements täglich neu verramscht wird.

An 1968 als kultureller und für die Tschechen doch so erheblicher politischer Jahreszahl bleibt man hier im Jubiläumsjahr, zu dem unter anderem auch ein Gemeinschaftsprogramm von Goethe-Institut und Institut Français beiträgt, bis auf einige Momente von und für Veteranen, auffällig desinteressiert. Auch wenn das Jüdische Museum mit einer spannenden Ausstellung zur antisemitisch grundierten »Antizionismus«-Kampagne der Kommunistischen Partei nach 1968 und die Nationalgalerie mit einer beeindruckenden Sammlung zur Geschichte der »Charta 77« starke Anstöße gegeben haben.

Überhaupt die Nationalgalerie: Hier hat sich mit der Übernahme der Direktion durch den Kunsthistoriker Jiří Fajt seit einigen Jahren eine vielversprechende Leuchtturm-Institution auf den Weg gemacht. Das Rezept heißt Internationalisierung durch attraktive und publikumsaffine Qualitätsshows, etwa von Henri Rousseau, Ai Weiwei, Olafur Eliasson oder Maria Lassnig, vor allem aber auch eine Reihe von State-of-the-Art-Ausstellungen deutscher Gegenwartskunst. Darunter einige, die wie die umfassende Gerhard-Richter-Retrospektive 2017, »Manifesto« von Julian Rosefeldt oder die aktuelle »Wunderbild«-Großinstallation von Katharina Grosse in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut entstanden sind.

Andere, wie die Ausstellungen zu Cranach oder Karl dem IV. zeigen die historische Dimension der Nachbarschaft zu Deutschland. Deutschland, deutsche Kultur und Kunst sind jenseits des kulturindustriellen Kontexts in Tschechien eine erste Referenz. Das ist im Kern eine sehr positive und verlässliche Größe, geht aber wieder einmal leider nicht ohne das Defizit einer grundlegenden Asymmetrie ab – wie so oft weiß man im kleineren Land viel mehr über den großen Nachbarn als umgekehrt, gelegentlich auch mit einem Überschuss an naiver Bewunderung oder ganz überflüssigen Minderwertigkeitsempfindungen.

Zum Glück ruht diese Nachbarschaft auf vielen Schultern, und renommierte deutsche Institutionen wie die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden suchen und finden neue, produktive Partnerschaften – wen wundert's: mit der Nationalgalerie! Ein Fall wie der des noch in den 1990er Jahren wegen seiner deutschen Herkunft vom Posten des Chefs der Tschechischen Philharmonie weggemobbten Dirigenten Gerd Albrecht ist heute wohl nicht mehr vorstellbar. Gerade hat im Gegenteil der Münchner Alexander Liebreich beim Prager Rundfunk-Symphonieorchester die künstlerische Leitung übernommen. Und das sich bewusst – und durchaus in Absetzung zu auch noch vorhandenen antideutschen Ressentiments – die Aufgabe einer Aktualisierung ihrer großen deutsch-jüdischen Traditionen stellende »Meeting Brno«-Festival der faszinierenden mährischen Hauptstadt Brünn geht in diesem Jahr bereits zum vierten Mal über die Bühne.

Als Moderator, Reflexionsort und Schauplatz einer engen europäischen Kulturnachbarschaft kann das Goethe-Institut in Tschechien mit seinen Freunden und Partnern in den Kulturinstitutionen wie in der Zivilgesellschaft auf besonders fruchtbarem Feld arbeiten. Dabei geht es neben einem durchaus klassischen Ansatz bei Debatten, Literatur- und Festivalprojekten – etwa dem einzigartigen Festival »Teater.cz«, das in jedem Herbst mit den feinsten Produktionen aus dem deutschsprachigen Raum nach Prag lockt – auch um Experimente mit Formaten und Inhalten, wie etwa das Kafka-Virtual-Reality-Projekt »VR-wandlung«, die tschechisch-arabische Begegnung zwischen Amman und Prag »Carte Blanche« oder das aktuelle »Institut für Angst«, eine transdisziplinäre Kunst- und Forschungseinheit, die für ein halbes Jahr im Prager Institut nistet und kreative Unordnung stiften will.

Und nachdem der deutsche Liebling Karel Gott, die unverwüstliche »goldene Stimme von Prag«, auch 2017 und damit zum insgesamt 42. Mal den Publikumspreis Český slavík, zu Deutsch »Tschechische Nachtigall«, als bester Sänger gewonnen hat, kann man auch im populären Sektor von stabilen Verhältnissen sprechen. Dass man deutscherseits einiges nachzuholen hat, was die dynamische Kultur des südöstlichen Nachbarn angeht, erfährt, wer seine Nase in das souverän zwischen Debatte, Performance und Kunst navigierende Prager Divadlo Archa steckt. Oder in die Bücher des fröhlichen Dramatikers, Graphic-Novelisten, Rockmusikers und Brückenbauers Jaroslav Rudiš. Der geplante Auftritt Tschechiens als Gastland der Leipziger Buchmesse 2019 wird darüber hinaus einen frischen Blick auf eine lebendige Literatur- und Lyrikszene eröffnen.

Ein Glück, dass hier Kultur-Profis agieren und nicht Politiker. So nimmt man in einem Land mit einem auf antiintellektuelle Polemik setzenden Präsidenten und einem die innovative Variante eines unternehmerisch-neoliberalen Populismus verfolgenden Regierungschef die Tatsache, dass die aktuelle, bislang ohne parlamentarische Mehrheit agierende Regierung offenbar keine kulturpolitische Agenda verfolgt, insgesamt eher mit Erleichterung zur Kenntnis.

Berthold Franke ist in Prag als Regionalleiter für die mittelosteuropäischen Goethe-Institute zuständig

GOETHES WELT

Die Beitragsreihe »Goethes Welt« entsteht in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut. In jeder Ausgabe berichtet eines der europäischen Goethe-Institute über aktuelle Kultur und Kulturpolitik im jeweiligen Gastland.

Erinnerung und Anstoß

Das europäische Jahr des kulturellen Erbes

RUPERT GRAF STRACHWITZ

Eigentlich ist es doch erstaunlich, dass das gemeinsame europäische Kulturerbe 2018 zum ersten Mal ein von der Europäischen Union ausgerufenes Europäisches Jahr bestimmt! Denn wir wissen schon lange, dass das gemeinsame Erbe eines der wichtigsten – und eines der am wenigsten umstrittenen – Fundamente darstellt, auf denen Europa als Begriff und als Projekt aufbaut. Aber nun ist es so weit. Überall in Europa wird in diesem Jahr mehr als sonst über dieses Erbe gesprochen. Veranstaltungen vielfältiger Art wecken Aufmerksamkeit für Europa – am deutlichsten – oder jedenfalls am hörbarsten – wird dies wohl das gleichzeitige Läuten von Glocken für den Frieden in ganz Europa am 21. September von 18.00 bis 18.15 Uhr tun.

Deutschlands Hauptstadt Berlin hat sich für das Europäische Kulturerbejahr einen besonderen Platz gesichert. Vom 18. bis 24. Juni fand hier die zentrale Veranstaltung, der European Cultural Heritage Summit, statt. Geboten wurde ein vielfältiges Programm mit kulturpolitischen Debatten und Fachdiskursen in zahlreichen Plenar- und Sonderveranstaltungen. In Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verliehen Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, und Plácido Domingo, Präsident des europäischen Kulturerbeverbandes Europa Nostra, im Rahmen dieses Gipfels die diesjährigen Kulturerbeauszeichnungen, die die Europäische Union und der zivilgesellschaftliche europäische Kulturerbe-Verband gemeinsam seit 1978 ausloben und verleihen, an 29 Preisträger aus 17 Ländern. Zu den ausgezeichneten Projekten gehörte in diesem Jahr beispielsweise der Winzerberg in Potsdam, wo sich die jahrzehntelang vor sich hingammelnde Ruine einer historisch und städtebaulich wichtigen Gartenanlage des 18. Jahrhunderts dank bürgerschaftlichem Engagement, sorgfältiger Wiedererweckung traditioneller handwerklicher Fertigkeiten am Ort und der Unterstützung durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten nun wieder als würdige Brücke zwischen der Weltkulturerbestätte Potsdam-Sanssouci und der Stadt präsentieren kann.

Das Kulturerbejahr – und fast auf den Tag genau auch der Kulturerbegipfel – fallen übrigens mit dem 250. Todestag von Johann Joachim Winckelmann zusammen, dem protestantischen Schustersohn aus Neuruppin in Brandenburg, der zu einem der führenden Köpfe der deutschen Aufklärung und zum Oberaufseher der Altertümer im päpstlichen Kirchenstaat aufstieg, durch seine zahlreichen Schriften zum Mitbegründer der modernen Denkmalpflege und in vieler Hinsicht der Kunstgeschichte wurde und der am 8. Juni 1768 im heute italienischen Triest ermordet wurde.

Wir haben also mehrere Anlässe, über unser kulturelles Erbe nachzudenken – eines der vier Grundprinzipien, auf die – neben den Menschen- und Bürgerrechten, der Herrschaft des Rechts und der Demokratie – unsere Gesellschaftsordnung gegründet ist. Kulturelles Erbe greift damit viel weiter aus und ist sehr viel stärker gesellschaftspolitisch konnotiert als der Denkmalschutz, der 1975 Leitthema eines europäischen Jahres war. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz mit großem Engagement die Koordinierung und Bekanntmachung der vielen Einzelveranstaltungen in Deutschland übernommen hat. Nicht umsonst stehen die vier genannten Grundprinzipien seit mehr als einem halben Jahrhundert am Beginn vieler Erklärungen und Resolutionen, die der Europarat und die heutige Europäische Union in aller Form verabschiedet haben.

Das hindert uns in unserem Alltag leider nicht daran, das kulturelle Erbe aus unserem Denken zu verdrängen und in kleine und kleinste Nischen zu verschieben. In der größten dieser Nischen findet der Gedanke Platz, dass wir unser Kulturerbe um des Tourismus willen, also als Wirtschaftsfaktor erhalten und schützen müssten. Richtig ist, dass, wer in die Fremde reist, Historisches sehen will. Ausgrabungsstätten, Altstadtkerne, Museen, Kirchen, Burgen,

Überall in Europa wird in diesem Jahr mehr über das kulturelle Erbe gesprochen

Schlösser, alte Patrizier- und Bauernhäuser, historische Gärten und Industriedenkmale locken die Fremden an. Bis heute wird mancherorts vor allem dieses Argument benutzt, um teure Restaurierungen zu rechtfertigen. Aber wer nur so argumentiert, leistet einer Entfremdung Vorschub. Wenn das kulturelle Erbe nur für »die Anderen« da ist, geht die Identifizierung verloren; es wird Kulisse, und das Wir-Gefühl in der Stadt, der Region oder eben dem europäischen Projekt verliert eines ihrer wichtigsten Argumente.

Eine andere Nische ist die Folklore. In diese wird gern das nicht gebaute Erbe verbannt – der Tanz, das traditionelle Theater, aber auch die europäische Ethnologie, früher Volkskunst genannt, finden sich oft in dieser Ecke wieder, in der die Minderheiten und Traditionalisten versuchsweise ruhiggestellt werden, die nun einmal mit dem Fortschritt, der Moderne, der Internationalisierung wenig anfangen konnten. Man kann sich kaum ein größeres Missverständnis vorstellen.

Der Versuch, das kulturelle Erbe in ein Nischendasein zu verbannen, findet sich auch bei denjenigen, die der Wirtschaft – eher noch dem eigenen materiellen Gewinn – absolute Priorität einräumen. Alte Rathäuser, Postämter und Bankgebäude mussten Neubauten weichen, die gewachsene Ensembles brutal durchbrachen oder zerstörten; in alte Stadthäuser wurden Schaufenster hineingebrochen und an ihnen große Leuchtreklamen angebracht – und damit Stadtplätze als Gemeinschafts- und Geselligkeitsplätze schwer beeinträchtigt. In den Nachkriegsjahren boten Stadtverwaltungen Hausbesitzern Prämien an, damit sie den alten Stuck an ihrer Fassade abschlagen und die alten Fenster durch moderne ersetzen, um ihre Stadt moderner und für Industrieansiedlungen attraktiver erscheinen zu lassen. Das Prinzip des kulturellen Erbes als Identifikationsfaktor unserer Gesellschaft wurde sträflich vernachlässigt. Daran können auch mustergültige Restaurierungen einzelner Bau- und Bodendenkmale nichts ändern, ebenso wenig allerdings ein punktuell extrem strenger, für Ensembles, Stadträume und ähnliches aber oft nicht sonderlich aufgeschlossener staatlicher Denkmalschutz. Und schließlich haben auch viele Kulturpolitiker, Kulturmanager und Künstler, namentlich auch Architekten und Stadtplaner, nicht immer eine glückliche Hand bewiesen, wenn es um das Zusammenspiel zwischen Erstellung und Erhaltung kultureller Zeugnisse ging; vieles hätte sensibler und respektvoller gestaltet werden können. Der bekannte Satz »Was heute gebaut wird, ist morgen ein Kulturdenkmal!« konnte so auch zum Fluch werden.

Für ein europäisches Jahr des kulturellen Erbes kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Fast überall gibt es Zeugnisse des kulturellen Erbes, die sich nicht ohne Weiteres der Tradition der Menschen zuordnen lassen, die heute dort leben. An Bodendenkmäler aus römischer Zeit in Großbritannien, Österreich, Frankreich und Deutschland hat man sich gewöhnt; aber in Polen deutsches Erbe zu erhalten, leuchtet nicht jedem ein. Unsere polnischen Nachbarn haben dennoch beispielgebend für den Erhalt deutscher Kulturerbestätten gekämpft. Das heute geflügelte Wort »Die Frage ist, welches Erbe, nicht, wessen Erbe!« hat sich gerade dadurch in Europa Geltung verschafft. Dass unser musikalisches Erbe alle Grenzen sprengt, ist nicht strittig; dort, wo das Medium der Sprache benötigt wird, ist das schwieriger. Und auch die Einteilung der bildenden Kunst in nationale Schulen scheint sich erst allmählich zu verflüchtigen und einer europäischen Sicht Platz zu machen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen kulturellem Erbe und sozialem Wandel

Auch diese erscheint vielfach zu eng. Theodor Heuss formulierte 1950: »Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Kapitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen.« In der Tat: Ohne das Erbe des ganzen Mittelmeerraumes ist die europäische Kultur nicht denkbar. Die Römer und Griechen gehören dazu ebenso wie die Ägypter und Phönizier, die Juden, Araber und Türken. Um das deutlich zu machen, lud die Maecenata Stiftung im Rahmen des Welterbe-Gipfels zu einer Konferenz ein, die den Titel trug: »ONE Heritage – Heritage and Society in the Euro-Mediterranean Community«. Es war die vierte Konferenz der Stiftung zum Thema »Europe and the Mediterranean« und sollte das gemeinsame Kulturerbe mit den Mittelmeer-Anrainern in das Bewusstsein aller Teilnehmer an dem Gipfel rücken. Costa Carras aus Griechenland, Vizepräsident von Europa Nostra, trug ein weit ausgreifendes und sehr nachdenkliches Referat bei. Unter dem Vorzeichen des gemeinsamen Erbes stellte er die Frage in den Raum, ob nicht die Europäische Union von einem anderen Anliegen und einer anderen Verantwortung getrieben sein sollte als etwa der Internationale Währungsfonds, wenn es darum geht, Ländern wie Tunesien oder dem Libanon ebenso beizuspringen wie Griechenland, Irland oder Portugal.

Gerade bei diesem Forum wurde der »Hardcore« der Kulturerbediskussion deutlich. Wo wird es für politische Interessen instrumentalisiert? Wo und warum wird es aus ideologischen Gründen zerstört? Wo ist der Vorwurf an die Europäer berechtigt, das habe auch etwas mit Neokolonialismus zu tun? Sicher ist: So sehr sich die »Kulturerbeszene« das erträumt, so wenig darf man den Willen zur Erhaltung voraussetzen, allerdings auch nicht, dass Zerstörungen und Instrumentalisierungen widerstandslos hingenommen werden.

Es geht im Europäischen Jahr des kulturellen Erbes um mehr als Bau- und Bodendenkmäler, mehr als Bilder und Bücher und mehr als Denkmalschutz und -pflege. Haptische Zeugnisse sind von nicht zu überbietender Bedeutung; sie sind entscheidend für die Körperwahrnehmung im Raum und bilden eine entscheidende Grundlage für kognitive Prozesse. Aber es gilt auch: Es gibt einen Zusammenhang zwischen kulturellem Erbe und sozialem Wandel. Diesen gilt es zu entdecken, wenn wir emotional und mit Verstand »Ja« zu Europa sagen wollen, wenn Europa unsere Heimat sein soll.

FOTO: STEFANOS KYRIAZIS

Das kulturelle Erbe des Mittelmeerraumes: Die Akropolis in Athen ist neben dem Kapitol in Rom und Golgatha in Jerusalem einer der drei Hügel, von denen das Abendland nach Theodor Heuss seinen Ausgang genommen hat

Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung

FOTO: KARL ALLEN LUGMAYER / FOTOLIA.COM

Alte Handelswege – wie die etruskische Via Cave in der Maremma – ermöglichten nicht nur den Austausch von Waren, sondern auch von Kultur

Sharing Heritage

Die Kultur des miteinander Teilens

UWE KOCH

Während der Eröffnung des Europäischen Kulturerbejahres 2018 in Mailand hat ein Referent aus Griechenland das bekannte griechische »Nationalgericht« Moussaka und dessen Herkunft thematisiert. Dabei wurde zur Überraschung der Zuhörer in anschaulicher Weise das Moussaka seiner nationalen Identität beraubt. Denn es steht für Einflüsse aus der türkischen, arabischen, französischen und italienischen Küche.

Ein anschauliches Beispiel für kulturellen Transfer in Europa und für die Tatsache, dass alle unsere Kulturräume das Ergebnis einer Vielzahl kultureller Verflechtungen sind.

Unseren Kontinent durchziehen seit Jahrtausenden Austauschwege. Am häufigsten werden diese Verflechtungen durch den Handel mit Waren bedingt, die vielfältige andere Formen des Austauschs mit sich brachten.

Zwei Beispiele mögen das erläutern: Flandern wurde lange Zeit als »Marktplatz aller Länder der Christenheit bezeichnet«. Genuesische, venezianische, florentinische, spanische, französische Kaufleute waren dort genauso präsent wie die Koggen der »Osterlinge«, die Engländer, Schotten, Iren, Holländer und Friesen. Ja mehr noch. Selbst Waren des Orients, der Baltischen Länder und Russlands prägten den Austausch über enorme Distanzen.

Mit den Waren gelangte die Malerei und die Baukunst Flanderns als Vorbild und selbst als Ware weit in den Ostseeraum. Adaption und selektive Aneignung folgten. So sind. z. B. viele Repräsentationsgebäude in der gesamten Ostseeregion von der flämischen Renaissance geprägt.

Ein anderer Fall aus dem Ostseeraum: Gotlands Taufsteine des 12. Jahrhunderts. Sie zeugen von der Blüte der Steinmetzkunst des 12. Jahrhunderts. Als solche waren sie im Ostseeraum begehrt und wurden für viele Kirchen bestellt. Sie zeugen in ihrer bildlichen und motivischen Vielfalt von kulturellen Einflüssen, die einerseits nach Westeuropa und andererseits über Russland bis nach Byzanz weisen. Fernhandelsbeziehungen der frühen Hanse bildeten die Grundlage. Deutlich wird, dass kultureller Austausch Europa prägte

Was ist gemeinsame kulturelle Identität, was macht sie aus und wie verändert sie sich?

und prägt, es bereicherte und bis heute bereichert, eine große Vielfalt erzeugte, die den eigentlichen Reichtum Europas ausmacht.

Eine Zäsur im Verständnis unserer kulturellen Prägungen stellte das 19. Jahrhundert dar, in dem Nationalismen Einzug hielten und suggerierten, dass man sich von fremden Einflüssen befreien müsse.

Die Bildung nationaler Identitäten ging vielfach mit kultureller Abgrenzung von Nachbarn einher, die sich eigentlich kulturell stets nah waren und einander befruchteten.

Abgrenzung wurde häufig zur Grundlage der nationalen kulturellen und gleichsam nationalen Identitätsbildung.

Im 19. Jahrhundert wurde beispielsweise unter preußischer Regie flugs die Gotik zum »nationalen Stil« erklärt. Gegenüber dem klassischen antiken Stil, der sich noch in Bauten wie dem Alten Museum Schinkels als Hymne auf die antiken Traditionslinien präsentierte, wurde die Gotik immer stärker propagiert. Das »Fertigbauen« gotischer Dome wurde gleichsam zur nationalen Aufgabe, der Kölner Dom und das Engagement des Kaisers um den Kirchenbau legen beredtes Zeugnis davon ab. Die Fertigstellung erfolgte bis 1880, in einer Zeit nationalen Aufbruchs mit dem Ziel der Reichseinigung durch »Blut und Eisen«. Da kam zur Mobilisierung der Massen die kulturelle Abgrenzung insbesondere Frankreichs gerade recht.

Das ist jedoch keineswegs ein deutsches Phänomen, überall in Europa wurde dieser Weg beschritten. Pathetische Inszenierungen nationaler Identität und kultureller Größe in Gemälden, Repräsentationsbauten, Denkmälern prägen das 19. und frühe 20. Jahrhundert und damit die Identität ganzer Generationen. Die Folgen kennen wir: Nationalpathetische Emotionalisierung führte direkt zu gewaltigen Kriegen und Konflikten. Millionen Menschen verloren ihr Leben, unzählige Kulturgüter wurden zerstört. Es folgen 1918 und 1945 mühsam errungene Friedensschlüsse, Grenzveränderungen und die Bildung neuer Staaten.

Das heutige Europa ist als Konsequenz der verheerenden Zerstörungen zweier Weltkriege auf der Basis wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu einem Kontinent friedlicher Kooperationen gewachsen. Die Europäische Union ist zu einem in der europäischen Geschichte einzigartigen großen Friedensprojekt geworden. Das ist der großartige Gewinn unserer Zeit! 2012 erfolgte völlig zu Recht die Auszeichnung der EU mit dem Friedensnobelpreis. Das ist die entscheidende Konsequenz aus der bisherigen europäischen Geschichte, die Chance und Aufgabe für die Zukunft bedeutet.

In der Folge vielfältiger Grenzveränderungen in der europäischen Geschichte sind heute in den von nationalen Grenzen umschlossenen Räumen kulturelle Zeugnisse zu entdecken, die unterschiedlichster historischer sowie kulturell-ethnischer Prägung sind und die sich einseitiger nationaler Zuordnung entziehen. Die heutige kulturelle Vielfalt Europas entzieht sich zumeist Erklärmustern, die sich an nationalstaatlichen Grenzen orientieren.

Brennpunkte oder Schmelztiegel verschiedener kultureller Prägungen finden sich besonders markant in einigen größeren Städten. Drei beispielhaft genannte Städte mögen genügen: Lemberg/Lwow, Triest, Breslau/Wroclaw. Diese Städte sind von kulturellem Reichtum, die von verschiedenen kulturellen Berührungen und Begegnungen zeugen, weil sie über Jahrhunderte hinweg an Wegen des Austauschs und der Begegnung lagen und davon profitierten. Denkmäler, Bauten, Sammlungen, Musik, Theater und Literatur zeigen die gegenseitige Durchdringung, Beeinflussung, Stimulanz, Faszination und auch Konflikte. Auch die Bemühungen um kulturelle Heraushebung und Abgrenzung bis hin zu Gegnerschaft und Erniedrigung des Nachbarn haben dort und an anderen Orten ihre Spuren hinterlassen. Auch sie gehören dazu und sind wertvoll, um den weiten und mitunter schmerzhaften Weg zu einem friedlichen Miteinander nachvollziehbar zu machen.

Das kulturelle Erbe ist wie ein großes Lehrbuch, ein Freilichtmuseum unserer europäischen Geschichte. Darin zu entdecken, zu lesen ist keineswegs nur im rückblickenden historischen Kontext von Interesse. Es ist von eminent hoher Bedeutung für die Befähigung zum Zusammenleben und gemeinsamen Gestalten der Zukunft in Europa. Dabei ist dieses Erbe von noch größerem Wert für uns heute, wenn das Verbindende in der kulturellen Vielfalt Europas zum Leitmotiv gemacht werden kann. Das stellt den signifikanten Unterschied zu früheren Ansätzen dar. Nicht das Abgrenzen, sondern das Verbinden muss uns antreiben! Dabei geht es nicht darum, eine vermeintliche europäische

Das kulturelle Erbe ist wie ein großes Lehrbuch, ein Freilichtmuseum unserer europäischen Geschichte

kulturelle Einheitsidentität zu konstruieren, sondern in der Vielfalt des lokalen, regionalen und auch national Verschiedenen auf der Basis des europäisch Zusammenhängenden das uns alle Verbindende zu entdecken und zu leben.

Das schließt nicht nur das Entdecken und Vermitteln von kulturellem Erbe oder auch das Erinnern ein, sondern das gemeinsame Tragen von Verantwortung für Erhalt und Vermittlung des Kulturerbes, so z. B. in Grenz- und kulturellen Begegnungsräumen. Wir merken gerade in aktuellen Debatten mitunter an der Erinnerungskultur, wie unterschiedlich das Erinnern gelebt und verstanden wird. Das Bemühen, die andere Perspektive verständlich zu machen, hat auch etwas Verbindendes.

Genau diesem Ansatz folgte der Vorschlag zur Durchführung eines Europäischen Kulturerbejahres im Jahr 2018! Genau diesem Ansatz folgt auch das in Deutschland verwendete Motto »Sharing Heritage – Werde Teil und teile«! Es ist eine freundliche Einladung, eine Aufforderung zum Mitmachen, zur breiten gesellschaftlichen Teilhabe und zum europäischen wie nachbarschaftlichen Miteinander. Dabei richtet sich dieses Motto keineswegs nur auf die nachbarschaftlichen oder europäischen Dimensionen, sondern natürlich auch auf die Herausforderungen, die sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb des Landes ergeben. Der kulturelle Reichtum bietet uns viel mehr Basis auch für den interkulturellen Dialog. Hierfür bedarf es jedoch noch besserer Konzepte und Ressourcen, um dies nutzbar zu machen.

Dabei stellen sich durchaus etliche Fragen, die keinesfalls einfach zu beantworten sind: Was ist gemeinsame kulturelle Identität in einer Gesellschaft, was macht diese aus und wie verändert sie sich? Brauchen wir diese? Wie verhält sie sich zu anderen kulturellen Identitäten? Wie findet die Aneignung des kulturellen Erbes Europas durch seine Bürger statt, wie kann ich sie befördern? Wie kann das stärker miteinander geschehen und damit verbindend wirken? Steht eine europäische Identifikation im Gegensatz zu dem Bedürfnis nach stärkerer lokaler oder regionaler Identifikation und Verortung?

Neuerdings erfährt der Begriff »Heimat« eine vielfältige und zum Teil fragwürdige Renaissance. Während es für viele Bewohner unseres Kontinents längst selbstverständlich ist, Europa als Heimat zu empfinden, liegt dies vielen fern. Sie suchen die Heimat eher im Lokalen oder Regionalen. Schließen sich diese unterschiedlichen Folgen globaler Entwicklung aus? Welche Brücken sind hier gangbar? Das sind interessante und wichtige Fragen, die es lohnt zu reflektieren und über 2018 hinaus zu erörtern. Das A und O sind meines Erachtens die bewusste Aneignung, Bewahrung und Vermittlung des Kulturerbes und der Dialog zum Kulturerbe.

Fortsetzung auf Seite 13 ►

Fortsetzung von Seite 12

Nun, da das Europäische Kulturerbejahr seit einem halben Jahr stattfindet, lässt sich sagen: Wir können hier schon viele vielversprechende Entwicklungen und tolle Projekte registrieren! »Sharing Heritage« wird dabei nicht von einigen wenigen Großveranstaltungen, sondern von vielen und ganz unterschiedlichen Aktivitäten geprägt. Bereits weit mehr als 250 Projekte haben sich als offizielle Beträge zum Europäischen Kulturerbejahr in Deutschland registriert. Insgesamt könnten es über 500 werden. Im Zentrum stehen immer das kulturelle Erbe, das Denkmal, das historische Objekt, der authentische Erinnerungsort und die Menschen, die in der Geschichte und in der Gegenwart verbunden waren bzw. sind. Ausstellungen, Schülerwettbewerbe, Musikfestivals – so vielfältig wie die Formate es sind, ist auch das Engagement hinter dem Kulturerbejahr. Das Jahr trägt sich zu einem erheblichen Teil über die breite Begeisterung für die Thematik. Eine große Zahl an Aktivitäten wird durch kleinere Kultureinrichtungen, die Zivilgesellschaft und private Einrichtungen initiiert. Die allermeisten dieser Veranstaltungen kommen dabei ohne eine gesonderte staatliche Förderung aus. EU, Bund, Länder und Kommunen engagieren sich aber auch finanziell. Mitmachen geht ganz einfach: Projekte, die einen klaren Europabezug aufweisen und sich inhaltlich an den Leitthemen orientieren, können sich auf www.sharingheritage.de registrieren.

Wir sind sehr gespannt, wie wir am Jahresende 2018 bilanzieren können und insbesondere ob wir es schaffen, bestimmte Formate oder inhaltliche Ansätze, wie z. B. die Angebote an Jugendliche, zu verstetigen, denn »Sharing Heritage« soll weitergehen. In Zukunft sollte es vielmehr um die Frage gehen: Wie finden Gesellschaft, Kultur und Europaidee wieder zusammen? Ich glaube, dass Europa nur durch eine intensivere und bewusstere Aneignung seiner kulturellen und geschichtlichen Entwicklungen und Erfahrungen möglich wird. Dieses erfordert auch ein stärkeres »Sharing« in Europa und neue auf bestehenden Formaten aufbauende Initiativen.

So wie schon 2018 junge Menschen aus ganz Europa nach Osnabrück und Münster an die Orte des Westfälischen Friedens, der 1648 den ersten europäischen Krieg beendete, eingeladen werden, um am historischen Ort über Wege zum Frieden miteinander zu reden und sich Geschichte gemeinsam anzueignen, so könnte ich mir vorstellen, dass dies zukünftig noch stärker in Vernetzung und Ertüchtigung historischer europäischer Erinnerungsorte erfolgt. So könnte die Geschichte des Westfälischen Friedens zukünftig in einer Kooperation mit einer Erzählung auf der Prager Burg zum Fenstersturz von 1618 verknüpft werden. Historische Kultur- und Transferlandschaften, wie die Donau oder die Alpen, bieten uns Entdeckungs- und Erzählräume, nutzen wir sie in Zukunft besser, um unseren kulturellen Reichtum als Ergebnis von Jahrtausenden des Austauschs und der Begegnung verständlich zu machen und uns in Europa mehr zueinander zu bringen.

Eine solche Kultur des miteinander Bewahrens und Teilens unseres kulturellen Erbes befördert nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kontext nationaler Grenzen, sondern im europäischen Kontext.

Moussaka und andere Köstlichkeiten schmecken vielleicht noch einmal so gut, wenn wir sie miteinander im Sinne einer Kultur des Teilens genießen und uns dabei entspannt darüber im Klaren werden, wieviel uns in Europa verbindet!

Uwe Koch leitet die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz

Die Europäische Stadt

Ausgewählte Projekte des Europäischen Kulturerbejahres »Sharing Heritage«

Die Projekte und Veranstaltungen zum Europäischen Kulturerbejahre »Sharing Heritage« sollten sich einem der fünf Leitthemen zuordnen. Innerhalb dieser fünf Leitthemen besteht eine große Freiheit, sie inhaltlich zu füllen und damit zu zeigen, was das Besondere des Europäischen Kulturerbes selbst und der Auseinandersetzung damit ist. So unterschiedlich all diese Vorhaben sind, eines wird deutlich: Europa lebt von Wechselbeziehungen und Austausch. Migration und Integration sind keineswegs ein neues Phänomen. Sie gehören vielmehr zu Europa. Dazu zählen die Migrationsbewegungen innerhalb Europas, aber auch zu angrenzenden Kontinenten.

Im Folgenden sollen einige ausgewählte Projekte aus dem Europäischen Kulturerbejahr unter dem Leitthema »Die Europäische Stadt« vorgestellt werden. In den kommenden Ausgaben werden ausgewählte Projekte der Leitthemen »Europa: Austausch und Bewegung«, »Europa: Grenz- und Begegnungsraum«, »Europa: Erinnern und Aufbruch« sowie »Europa: Gelebtes Erbe« skizziert werden.

Die Europäische Stadt

Sie ist Unikat und doch Teil einer großen Verwandtschaft. Sie ist Gegenwart von Geschichte, bunt, offen und stets im Wandel begriffen – die Europäische Stadt. Als Lebensmittelpunkt eines Großteils der europäischen Bevölkerung ist die Europäische Stadt sowohl permanenter kultureller Schmelztiegel, aber auch Konfliktherd, und so zentrale Quelle unseres kulturellen Erbes. An ihr lässt sich in besonderer Weise die Bedeutung von kulturellem Erbe angesichts aktueller gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen diskutieren.

Und so fragt dieses Leitthema: Was sind historisch und gegenwärtig die kennzeichnenden Elemente der Europäischen Stadt? Was macht die Europäische Stadt im 21. Jahrhundert aus? Wie reagiert sie auf Ausdünnung und Verdichtung, auf kulturelle Vielfalt, Migrationsbewegung und den demografischen Wandel? Und welche Bedeutung kommt dabei dem kulturellen Erbe zu?

Wanderschaft

Ab Januar 2018 wird ein junges Team, bestehend aus 30 jungen Menschen zwischen 13 und 18 Jahren unterschiedlicher Herkunft, das Kulturerbe Charlottenburgs im städtischen Raum erkunden, mit dem Ziel, eine KulturDENKmal_App. innerhalb von 12 Monaten zu entwickeln, umzusetzen und nachhaltig tragfähig zu machen. In den Sommerferien gehen die jungen Menschen im Wedding auf eine Wanderschaft. Mehr unter: www.sharingheritage.de/projekte/wanderschaft/

Fotoausstellung »Blickwinkel Welterbe Trier«

Ansichtssache – einst und heute. Die UNESCO-Welterbestätten bilden einen zentralen Faktor in der Wahrnehmung einer historischen Stadt. Wie in kaum einer anderen Stadt sind in Trier mit seinen römischen Bauten alle Facetten der antiken Lebenswelt sowie die städtische Entwicklung sichtbar. Mit der Erforschung der römischen Großbauten im 19. Jahrhundert wird die Wahrnehmung des römischen Erbes maßgeblich verändert. Ihre Auszeichnung als UNESCO-Welterbe im Jahr 1986 steigert die überregionale Bedeutung und Identität der Stadt zusätzlich. Mehr unter: www.sharingheritage.de/projekte/fotoausstellung-blickwinkel-welterbe-trier/

Zwischen Hamburg und Kopenhagen: Mosaik der Kulturen im Grenzort Alt-Wandsbek

Der ehemalige Grenzort Wandsbek mit dem alten Gewerbequartier am Mühlenteich, jetzt Brauhaus-Viertel genannt, ist über viele Jahrhunderte ein Aktivposten dänischer Herrschaft im Herzogtum Holstein. Bis 1937 vor den Toren der Hansestadt Hamburg gelegen und im Feuersturm 1943 weitgehend untergegangen, verwischen aktuell die Spuren des traditionsreichen Viertels zwischen Mühlen, Markt und Manufakturen. Die meist europaweit vernetzten Gutsherren Wandsbeks verfolgen am alten Hanse-Handelsweg zwischen Hamburg und Lübeck im Namen der dänischen Krone und zum eigenen Vorteil eine geschickte Gewerbe- und Ansiedlungsstrategie. Weit zurück reichen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einflüsse und Wechselwirkungen zwischen Wandsbek, Hamburg und Europa, begründet auf der Arbeit und dem Ideenreichtum von Unternehmern und Handwerkern, Fabrikarbeitern, Dienstleuten und Künstlern, die sich hier mit vergleichsweise größeren Freiheiten als in der Metropole niederlassen. Jüdische Einwanderer gehörten drei Jahrhunderte dazu. Mehr dazu unter: www.sharingheritage.de/projekte/der-ehemalige-grenzort-wandsbek/

Die Herrnhuter: Von Sachsen nach Europa

Von Sachsen nahm eine weltumspannende Bewegung ihren Ausgang: die Herrnhuter Brüdergemeine. 1722 hatte Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700 bis 1760) auf den Fluren des Ritterguts Berthelsdorf in der Oberlausitz in Sachsen Glaubensflüchtlinge aus Mähren angesiedelt, denen die Ausübung des evangelischen Glaubens im Königreich Böhmen verboten worden war. So entstand 1721 die Siedlung Herrnhut. Eine Abendmahlsfeier am 13. August 1727 wurde als Erweckungserlebnis empfunden. Seither gilt dieser Tag als Gründungstag der Evangelischen Brüder-Unität – auch Mährische Brüder, Moravians –, einer weltweit verbreiteten evangelischen Freikirche. Ausgehend von Herrnhut, dem zentralen Bezugspunkt der Glaubenstradition der Brüdergemeine, bildete sich ein europaweites Netzwerk von Niederlassungen der Herrnhuter heraus. Diese ca. 30 Orte zeichnen sich durch ein ganz eigenes, unverwechselbares Gepräge aus, das in vielen Orten bis heute ablesbar ist. In sieben europäischen Ländern bestehen noch lebendige oder ehemalige Herrnhuter-Siedlungen. Mehr dazu unter: www.sharingheritage.de/projekte/die-herrnhuter-von-sachsen-nach-europa/

»Urbane Wasserlandschaft Pader«: Paderborn – Stadtgründung an 200 Quellen

Europäische Geschichte wurde in Paderborn geschrieben, als im Jahr 799 an den Paderquellen, an denen sich kurz zuvor Christen und Heiden noch erbitterte Schlachten geliefert hatten, das denkwürdige Treffen zwischen dem fränkischen König Karl und dem römischen Papst Leo stattfand. Ein Jahr später wurde Karl der Große in Rom mit der römischen Kaiserwürde ausgestattet. Kaiser Karl erweiterte und befestigte ein riesiges Reich, welches als Vorläufer Europas gelten darf. Durch die Lage an der uralten Verkehrsstraße des Hellweges war Paderborn in ein weit gespanntes Netz von Pfalzorten, Bistumsstädten und Handelsmetropolen in ganz Europa eingebunden. Im Jahr 836 wurde durch die Überführung der Reliquien des Heiligen Liborius aus dem französischen Les Mans nach Paderborn die älteste Städtepartnerschaft Europas begründet, die bis heute besteht. Oberhalb der Quellen kündet die 1017 erbaute Bartholomäuskapelle als älteste bekannte Hallenkirche nördlich der Alpen vom Technologietransfer des Mittelalters, denn eigens aus Griechenland/Byzanz herbeigeholte Bauleute sollen den Bau mit seinen besonderen Hängekuppeln errichtet haben. Ihr Gründer Bischof Meinwerk pflegte Kontakte in die gesamte christlich-europäische Welt. Mehr unter: https://sharingheritage.de/projekte/urbane-wasserlandschaft-pader-paderborn-stadtgruendung-an-200-quellen/

Europa in Potsdam – Kulturerben zeigen ihre Stadt

Das Weltkulturerbe Potsdams zeigt zwei Besonderheiten. Zum einen die hohe Dichte europäisch geprägter Architektur und Parkanlagen. Mit der russischen Enklave Alexandrowka, dem englischen Schlosspark Babelsberg, dem holländischen Viertel, dem französischen Sanssouci, den Schweizer Häusern in Klein Glienicke oder der Vielzahl italienischer Turmvillen. Darüber hinaus sichtbar ist aber auch das Wirken vieler Potsdamer für ihre Stadt: Sie bekennen sich als Kulturerben und bringen sich aktiv ein. Zusammen mit den Potsdamer Vereinen für Baukultur wurde deshalb für das Europäische Kulturerbejahr 2018 ein Motto gewählt, das dieses hohe Engagement würdigt: »Europa in Potsdam – Kulturerben zeigen ihre Stadt«. Mehr unter: www.sharingheritage.de/projekte/europa-in-potsdam-kulturerben-zeigen-ihre-stadt/

Gustav Oelsner: Emigration eines Architekten und Bausenators aus Altona in die Türkei

Gustav Oelsner (1879 bis 1956) war Architekt und Bausenator von Altona,Hamburg. Er prägte in den 1920er Jahren das Stadtbild von Altona im Stil des Neuen Bauens – ein Baustil, der das europäische Bauen fast ein halbes Jahrhundert wesentlich mitgestaltete. Hierfür ist die denkmalgeschützte Helmholtz-Siedlung, die 1927 erbaute, erste Zeilenhaus-Siedlung Deutschlands, ein prominentes Beispiel. Diese Siedlung ist für jeden bauhistorisch Interessierten ein Reiseziel; Studenten und Architekten aus der ganzen Welt besuchen diese Siedlung. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verließ Gustav Oelsner Deutschland und entkam damit der nationalsozialistischen Verfolgung. Gustav Oelsner gehörte zu den zehntausend jüdischen Akademikern, die in einen säkularen Staat, die Türkei zur Zeit von Mustafa Kemal Atatürk, emigrierten und ihr Expertentum an den Universitäten weitergaben. Mehr unter: www.sharingheritage.de/projekte/gustav-oelsner-emigration-eines-architekten-und-bausenators-aus-altona-in-die-tuerkei/

Europäische Kulturtage 2018: Thessaloniki. Facetten einer Stadt

Eine Stadt in Nordgriechenland – Thessaloniki – steht vier Wochen lang im Zentrum der Europäischen Kulturtage im Museum Europäischer Kulturen. Diese Stadt steht für ein gemeinsames europäisches Erbe ebenso wie für historische und zeitgenössische Migration. Ihre Multikulturalität und das rege, engagierte gesellschaftliche Leben machen ihre besondere Spannung aus. So ist die Stadt auch Thema der Foto-Ausstellung des Museums für Fotografie in Thessaloniki, die den Rahmen der Kulturtage bildet. Die Fotos gewähren Einblicke in das Leben dieser Stadt vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute. Historische Aufnahmen zeigen Ereignisse, die bedeutend für Thessaloniki waren, und spiegeln zugleich den urbanen Alltag wider. Zeitgenössische Fotografen reflektieren aktuelle Probleme oder legen ihren Fokus auf die Thessalonier und ihre Gäste. Mehr dazu unter: www.sharingheritage.de/projekte/europaeische-kulturtage-2018-thessaloniki-facetten-einer-stadt/

FOTO: BLICKFANG / FOTOLIA.COM

Die Porta Nigra in Trier – Die Römer haben in europäischen Städten ein bedeutendes kulturelles Erbe hinterlassen

»Wir leben noch«

Das syrische Hochschulwesen im achten Jahr des Krieges

CARSTEN WALBINER

Nur selten ist in der aktuellen Berichterstattung über die Syrienkrise vom Hochschulwesen des Landes die Rede. Dabei kommt den Universitäten für die Gestaltung des zukünftigen Syrien eine große Bedeutung zu. Sie formen die Fach- und Führungskräfte, die vor der Mammutaufgabe stehen, ein teilweise zerstörtes, innerlich tief zerrissenes Land wieder aufbauen zu müssen.

Der materielle Schaden, den die höheren Bildungseinrichtungen seit 2011 genommen haben, ist im Vergleich zu anderen Bereichen relativ gering und wird von Regierungsseite auf 17,5 Millionen Dollar geschätzt. Nur eine der sieben staatlichen Universitäten – diejenige im vorübergehend vom IS beherrschten Deir ez-Zor – musste ihren Betrieb für längere Zeit, von 2013 bis 2018, gänzlich einstellen. Auch wurden einige universitäre Zweigniederlassungen sowie vier private Hochschulen im Osten des Landes geschlossen. Die betroffenen Studierenden wurden weitgehend auf die weiterhin funktionstüchtigen Institutionen in den anderen Landesteilen umverteilt. Aktuell gibt es in Syrien sieben staatliche und 22 private Universitäten, an denen nach Angaben des Hochschulministeriums mehr Studierende eingeschrieben sind als vor Ausbruch des Krieges.

Allerdings sind die Bedingungen, unter denen diese Einrichtungen operieren, alles andere als gut und von einer anhaltenden Verschlechterung geprägt. Die Zahl der Studierenden hat durch die Binnenflucht an einigen Hochschulen dramatisch zugenommen. Die Klassen sind überfüllt, oft stehen keine Unterrichtsmittel in ausreichender Menge zur Verfügung. Die Ausstattung der Labore – schon vor dem Krieg nicht auf Spitzenniveau – lässt zu wünschen übrig, häufig können keine Materialien oder Ersatzteile beschafft werden. Nämliches trifft auf die Bibliotheken zu, die kaum noch Bücher und Zeitschriften aus dem Ausland bekommen oder die Gebühren für elektronische Nutzungswege aufbringen können. Das zentrale Problem stellt allerdings der Verlust an qualifiziertem Personal dar. Bis 2016 hatte die Damaskus-Universität, die führende Hochschule des Landes, 43 Prozent ihres akademischen Personals verloren; aktuelle Schätzungen gehen für den gesamten Hochschulbereich von einer Verlustquote von etwa 50 Prozent aus. Die Gründe für dieses massive Ausscheiden von Lehrkräften sind vielfältig und reichen von Flucht aufgrund akuter Bedrohung von Leib und Leben bis hin zur Suche nach besser bezahlten Stellen in der Privatwirtschaft. Viele Akademiker haben das Land gänzlich verlassen. Und natürlich handelt es sich meist um die Bestqualifizierten. Adäquater Ersatz kann oft nicht beschafft werden. Das führt dazu, dass Promovenden und sogar Masterstudenten massiv in die Lehrtätigkeit eingebunden werden, was stark zulasten der eigentlich zu erbringenden Leistungen in Forschung und Studium geht. Allerdings ist das Angebot für postgraduale Weiterbildung stark eingeschränkt. Je 1.000 Absolventen grundständiger Studien stehen nur zwölf Plätze in Masterstudiengängen zur Verfügung. Im Bereich der Promotion fehlt es häufig an den nötigen Forschungsmitteln, aber auch an seriöser fachlicher Betreuung. Viele Professoren haben den Anschluss an die Entwicklung in ihren Wissenschaftsdisziplinen verloren. Es fehlt der Zugang zu Literatur und die Möglichkeit, selbst wissenschaftlich aktiv zu werden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE

Al Baath University in Homs (Syrien)

Und natürlich sind die Ereignisse der vergangenen Jahre nicht spurlos an Lehrkräften und Studierenden vorübergegangen. Viele haben Traumata erlitten und alle erfüllt die Sorge um das Morgen. »Wir« – und damit meinte er die Universitäten – »haben überlebt«, konstatierte unlängst ein syrischer Professor auf einer Tagung in Beirut, »und das ist einzig und allein das Verdienst der Professoren und der Studenten«. Dass das Hochschulwesen auch angesichts massiv zurückgegangener staatlicher Unterstützung überhaupt noch funktioniert, gleicht in der Tat einem Wunder und unterscheidet Syrien von anderen Konfliktregionen, in denen das höhere Bildungswesen häufig massiven Schaden nahm und dann in der postkonfliktären Phase mühsam wieder aufgebaut werden musste.

Die Gefahr ist groß, dass auch das syrische Hochschulwesen doch noch kollabiert bzw. weiteren ernsthaften Schaden nimmt. Dies hätte für den Wiederaufbau des Landes drastische Konsequenzen. Zum einen könnten die dringend benötigten Fachkräfte nicht bereitgestellt werden, zum anderen wäre ein aufwendiger Wiederaufbau zu finanzieren, der weitaus teurer käme als eine rechtzeitige Investition in den Erhalt und ggf. Ausbau der bestehenden Strukturen. Dazu sollte vor allem Hilfe für die Hochschullehrer angeboten werden: die fachliche und methodologische Weiterbildung, die Schaffung von Zugängen zu Wissen und Daten und die Ermöglichung wissenschaftlicher Aktivitäten. Dies würde die Hochschullehrer nicht nur besser qualifizieren, sondern auch stärker motivieren, wovon sehr unmittelbar auch die Studierenden profitieren würden und in einem weiteren Kontext das gesamte Land.

Carsten Walbiner leitet im Auftrag des DAAD das EU-finanzierte Projekt Higher and Further Education Opportunities & Perspectives for Syrians (HOPES)

Macht mal halblang

Die Dauer-Empörtheit Rechter wie Linker in öffentlichen Debatten

LUDWIG GREVEN

Kürzlich hat sich die Süddeutsche Zeitung (SZ) ihres langjährigen Karikaturisten Dieter Hanitzsch entledigt. Nicht etwa seiner 85 Lenze wegen. Das wäre altersdiskriminierend. Auch nicht wegen einer angeblich antisemitisch zu verstehenden Zeichnung, wie die Chefredaktion entschuldigend hinterherschob. Die hatte sie ja ohne Beanstandung abgedruckt. Sondern, weil sich einige in den »sozialen« Medien über die Karikatur heftig erregten und aus ihrer Veröffentlichung einen vermeintlichen Skandal produzierten.

Was hatte Hanitzsch Anstößiges zu Papier gebracht? Er hatte Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu – nicht gerade ein internationaler Sympathieträger – im Kleid der israelischen Gewinnerin des Eurovision Song Contests (ESC) mit einer Rakete mit Davidstern in der gereckten Hand und dem Spruch »Nächstes Jahr in Jerusalem« gezeichnet. Dazu – jetzt kommt's! – mit übergroßen Ohren und Nase, in der Tat antijüdische Stereotype seit »Stürmer«-Zeiten. Aber macht das die Karikatur schon antisemitisch?

Sicherlich ist Hanitzsch zuzustimmen, dass die Zeichnung nicht gerade zu seinen besten zählt. Doch Überzeichnungen sind nun mal das Stilmittel seiner Wahl und generell Wesensmerkmal solcher Werke. Sonst hätten sie keinen Pep. Und von witzlosen, uninspirierten Karikaturen wimmelt es in deutschen Gazetten genug. Genauso wie von humorloser Comedy im TV.

Natürlich darf man über Geschmack streiten. Doch ohne jede Ahnung der Geschichte des Judentums, des Zionismus und des ewigen Nahostkonflikts sollte man gerade in Deutschland mit seiner antisemitischen Tradition und den neu zugewanderten »Judenhassern« aus dem arabisch-islamischen Kulturraum nicht sein. Schon gar nicht, wenn man sich anmaßt, sich zum Scharfrichter über einen kreativ Schaffenden zu erheben.

Denn Netanjahu droht im Verbund mit dem obersten US-Militärherrn Donald Trump ja tatsächlich dem Iran mit militärischer Gewalt im Atomkonflikt, um von den Korruptionsermittlungen gegen sich abzulenken, die ihn in Gefahr bringen. Der »Sieg« im ESC kam ihm da wahrscheinlich sehr recht – das hat Hanitzsch zurecht aufgespießt. Von wegen Klischee jüdischer Kriegstreiber! Und der Davidstern auf der gezeichneten Rakete ist nun mal das Nationalsymbol des jüdischen Staates – nicht nur Brandmarke der Judenfeinde.

Der Ausspruch »Nächstes Jahr in Jerusalem« wiederum gibt nicht nur wieder, dass der ESC 2019 im diesjährigen Gewinnerland stattfinden wird – also vermutlich in der umkämpften israelischen Hauptstadt, die Trump gerade durch die Verlagerung der US-Botschaft dorthin faktisch anerkannt hat. Er spielt auch auf die zionistischen Auswanderer – vor allem aus Nazi-Holocaust-Deutschland nach Palästina während der britischen Besatzung – an, die sich mit diesem Hoffnungsgruß zu begrüßen pflegten; ihre Nachfahren feierten gerade den 70. Jahrestag der Gründung Israels.

Also eine Menge Inhalt in einer kleinen, recht harmlosen Zeichnung. Aber was machten die Leitung der SZ, die sich führende deutsche Tageszeitung nennt, und ihre Kritiker? Sie stempelten Hanitzsch zum tumben Antisemiten ab, ohne ihm auch nur die Chance zu geben, sich vor seiner Entlassung öffentlich zu erklären. Wenn seine Zeichnung aber so übel sein soll: Weshalb haben das die verantwortlichen Redakteure und »Wiederholungstäter« nicht erkannt, bevor sie sie abdruckten, wie schon 2014 die eines anderen Karikaturisten, die den (jüdischen) Facebook-Chef Mark Zuckerberg als Krake mit Hakennase zeigte? Ein in diesem Fall tatsächlich eindeutiges, plattes Stereotyp antijüdischer Verschwörungstheoretiker seit NS-Zeiten.

In Wahrheit verbirgt sich hinter dem Skandälchen um den gefeuerten Karikaturisten ein ganz anderes Stereotyp: das sich abnutzende Empörungsritual vermeintlich moralisch Hochstehender rechts wie links und in der gesellschaftlichen Mitte, die sich nur zu gerne bei nichtigsten Anlässen über Höherstehende ereifern, um sie in den Staub zu werfen und sich selbst über sie zu erheben. Psychiater nennen so etwas Narzissmus, überzogene, krankhafte Selbstbezogenheit von Menschen mit niedrigem Selbstbewusstsein. Und womöglich Sublimierung eigener antisemitischer Ressentiments. Biblisch gesprochen: »Was siehst du den Splitter im Auge Deines Nächsten, und siehst nicht den Balken im eigenen?«.

Das ist leider ein Merkmal unserer heutigen parzellierten, individualisierten Gesellschaft, die dem Einzelnen keine moralischen Gewissheiten

und keine Anerkennung in einer sozialen Gruppe mehr garantiert. Also suchen auf sich Geworfene in der Abgrenzung von anderen Selbstvergewisserung. In diesem Fall nach dem Motto: »Wenn ich erkenne, dass die Karikatur antisemitisch ist, bin ich ein guter Mensch! Und der Zeichner böse. Selbst wenn ich bei anderer Gelegenheit Israel gerne regelmäßig scharf kritisiere« – häufig Form eines verkappten Antisemitismus. Das hat allerdings Kindergartenniveau. Wie auch das billige Verhalten der SZ-Chefredaktion, den plötzlich unliebsamen Zeichner aus ihrem Spielkreis zu verbannen. Schließlich mochte sie nicht selbst am Pranger stehen, an den sie viel lieber andere stellt.

Jan Böhmermann hat vor einem Jahr in einem grässlichen Pennälergedicht den türkischen Gewaltherrscher Recep Tayyip Erdoğan einen »Ziegenficker« genannt. Weil der das zu Recht als beleidigend und antiislamisch empfand, zeigte er ihn an. Da Erdoğan hierzulande noch weniger Sympathie genießt als Netanjahu, adelten die Medien Böhmermann flugs zum mutigen Verteidiger der Meinungs- und Pressefreiheit. Als gehörte irgendwas dazu, so etwas im deutschen Fernsehen abzusondern!

Die Würde des Menschen jedoch ist das höchste zu verteidigende Gut. Sie steht laut unserer Verfassung jedem Menschen zu. Auch schrecklichen Autokraten wie Erdoğan, Putin oder Trump. Gerade das unterscheidet unsere wertegebundene Demokratie von Unrechtsstaaten.

Wenn die Menschenwürde erkennbar verletzt ist, sollte die Justiz einschreiten. Ansonsten muss Kunst frei sei. Frei auch von Zensur selbsterklärter Moralwächter. Und sie darf, ja sie sollte Anstoß erregen.

»Niemand von Ihnen hat das Recht, nicht beleidigt zu werden!«, hat die frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice, eine Schwarze, kürzlich ihren Studenten in Princeton zugerufen. Das gilt genauso für linke wie rechte Dauerempörte. Erst recht für politische Verantwortungsträger. Und für Chefredakteure. Sonst: Nächstes Jahr in Karlsruhe!

Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor. Von ihm stammt das Buch »Die Skandal-Republik. Eine Gesellschaft in Dauererregung« (2015)

Demokratisierung und Dekolonialisierung

Das Goethe-Institut Brasilien ermöglicht »Echos aus dem Südatlantik«

WOLFGANG SCHNEIDER

Auf dem Friedhof Hattensen bei Ottenstein im Herzen des Weserberglandes liegt unter einer alten Linde ein junger Afrikaner begraben. Auf dem Grabstein ist zu lesen: »Hier ruhet Antonio Congo, Sohn eines Afrikanischen Häuptlings, Namens Ambrosio Congo zu Gumbata in Afrika geboren den 12. October 1811 wurde er, 8 Jahre alt, seinen Eltern geraubt und als Sklave nach Brasilien gebracht. Hier kaufte ihn der Hamburger Kaufmann Ferdinand Schlüter, ein edler Mann, der ihn mit nach Hamburg nahm und in der christlichen Region erziehen ließ.« Die Geschichte markiert Geschichte, nämlich die der Kolonialzeit und des Sklavenhandels. Sie verbindet aber auch die drei Kontinente seit fast 500 Jahren und einen Diskurs über Nord-Süd und neuerdings von Süd-Süd. Eine Konferenz des Goethe-Instituts Brasilien thematisierte diese transatlantischen Beziehungen unter dem Titel »Echoes of the South Atlantic« und brachte Ende April 2018 Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle in der Hafenstadt Salvador de Bahia zusammen; dort, wo dereinst Antonio Congo auf dem Sklavenmarkt verkauft wurde.

»Wie ist der Stand der Dinge im atlantischen Dreieck im 21. Jahrhundert? Welche Impulse gehen von der dortigen Kulturlandschaft aus? Wie wird sich Europa diesbezüglich positionieren?«, fragt Katharina von Ruckteschell-Katte, Direktorin des Goethe-Instituts Sao Paulo und Regionalleiterin für Südamerika. Das Programm will Diskursplattform sein und in den nächsten drei Jahren vor allem künstlerische Projekte generieren, die sich mit den hybriden Kulturen des Lebens auseinandersetzen, transdisziplinär und transregional, um die lange fest fixierten Rollen der drei Kontinente durch Hinterfragen aufzubrechen.

Partnerschaft und Partizipation als Parameter

Drei Tage wurde ein buntes Kaleidoskop der Verständigung versucht, vor allem die Methodenvielfalt ließ Disparatheit zu, was allerdings nicht immer von produktivem Nutzen war. Neben Vorträgen und Podien gab es »barcamps«, »project labs« und »performances« sowie eine Ausstellung und ganz wichtig: Zwischenzeiten für den informellen Austausch. Lilia Schwarcz beeindruckte mit einer »Afro-Atlantischen Bild-Geschichte«, analysierte die Ästhetisierung der Sklaverei und machte auf die Geschichten hinter den Zeichnungen und Fotos aufmerksam. Bonaventura Ndikung beschäftigte sich mit dem »Sound« der »Echoes«, den »Geräuschen der Weißen« und den »Farben schwarzer Musik«; denn Migration sei allemal auch ein Beitrag für kulturelle Vielfalt.

Nanette Snoep, Direktorin der Ethnografischen Museen in Leipzig und Dresden, akzentuierte den Blick auf die Sammlungen der sogenannten Völkerkunde, wie sie von der Ersten Welt im kolonialen Zeitalter bis heutzutage zusammengetragen, wohl eher aber zusammengestohlen wurden. »Ich kann nicht wirklich sehen«, sagt sie, »dass die Echos des Südatlantiks in den Museen in Europa zu sehen sind!«. Provenienzforschung sei deshalb kulturpolitischer Auftrag. Eine Aufgabe sei es, die Objekte zurückzugeben und die Reform der Museen mit einer Multiperspektive auf die Welt anzugehen. Damit war eine der brisantesten Fragen gestellt: Wie soll mit all dem Kulturgut umgegangen werden, das Europa nicht gehört? Kooperationen mit den Museen des globalen Südens anstreben – das war noch die liberalste Antwort – Mut zur Schließung, den Neuanfang wagen, die radikaleren Forderungen. Das ist zwar nicht neu, aber das mit denen zu diskutieren, die ihrer Wurzeln beraubt wurden, mit den Nachfahren aus afrikanischen Ländern, die der Sklaverei zum Opfer gefallen sind, mit ihren afrobrasilianischen Brüdern und Schwestern, das brachte die Konferenz zu einer relevanten Auseinandersetzung. Und dabei ging es nicht nur um die Präsentation von Objekten, ihre Kontextualisierung in Ausstellungen, es ging um Partnerschaft und Partizipation, die neuen Parameter im internationalen Kulturaustausch.

Die Kunst als »Akt der Emanzipation«

»Wir von beiden Seiten des Atlantiks« war eine immer wiederkehrende Aussage der Akteure aus Afrika und Südamerika und sie machte eine Solidarität deutlich, die auch die Rolle des Veranstalters infrage stellte. Denn noch vor Kurzem wurde in Brasilien mit einem Deutschlandjahr die klassische Auswärtige Kulturpolitik betrieben, nämlich mittels Export; noch immer sind Kulturbeziehungen von wirtschaftlichem Interesse geprägt und das Goethe-Institut als Mittlerorganisation ist auch weiterhin der Außenpolitik verpflichtet. Die Unabhängigkeit der Künstler, insbesondere jener, denen eine Förderung aus Europa zuteil wird, ist aber ein »conditio sine qua non«, denn die Freiheit der Kunst ist gerade auch in Deutschland ein hohes Gut. So erzählen die Künstler der Konferenz von ihrer Arbeit mit indigenen Gruppen, mit den Unterprivilegierten, mit sozialem Anspruch, zur Community Building, im ländlichen Raum, mit ökologischen und nachhaltigen Ansätzen. Anita Ekman, Visual- und Performancekünstlerin, Illustratorin und Forscherin aus Rio de Janeiro, nennt sich und ihresgleichen »Kulturarbeiter« und ihre Kunst einen »Akt der Emanzipation«. Das verbiete nicht die Zusammenarbeit mit internationalen Kultureinrichtungen, aber nur, wenn diese respektvoll und reflektiert diese als »Fair Cooperation« verstehen.

So kämpfen die Akteure von beiden Seiten des Atlantiks nicht nur mit den Auswüchsen des Neokolonialismus von außen, sondern auch zunehmend mit Gewalt, Zensur und Verfolgung im Innern. Meinungsfreiheit sowie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft sind in vielen Ländern am Südatlantik gefährdet. Elisa Nascimento vom Afro-Brasilianischen Forschungsinstitut spricht sogar vom Genozid an der schwarzen Bevölkerung; denn fünf Millionen Schwarze seien via Salvador nach Brasilien verschleppt worden, fast die Hälfte der versklavten Afrikaner. Das sei Geschichte, die Realität aber nicht viel besser: Brasilien ist das Land mit der höchsten Mordrate in der Welt. Mit Zahlen und Fakten unter anderem von Amnesty International klärt sie auf: 30.000 Tote im Jahr, sieben alle zwei Stunden, aber nur eine lächerliche Aufklärungsquote von fünf Prozent.

Neben dem physischen Tod beschäftigt sich die Professorin auch mit dem kulturellen Tod, insbesondere der schwarzen Bevölkerung, dem Aussterben von künstlerischen Praktiken, Sprachen und Orten. Berichtet wird von einem Kurator auf der Flucht, weil dessen Ausstellung in einem »Queermuseum« zur Kartografie von Verschiedenheit in der brasilianischen Kunst als »Misshandlung von Kindern und Jugendlichen« vom Senat der Hauptstadt gebrandmarkt wurde. Ein anderer hat sich ins Exil abgesetzt, weil über seine Performance von rechten Gruppen in sozialen Netzwerken gehetzt wurde und er daraufhin Hass- und Morddrohungen erhielt. Die Liste der aktuellen Übergriffe aus dem politischen Raum auf den kulturellen ist lang. Und schrecklicher Höhepunkt war sicherlich die Ermordung der Menschenrechtsaktivistin Marielle Franco am 14. März 2018. Als Stadträtin der Sozialistischen Partei hat sie in Rio das Wort als lesbische Afro-Brasilianerin ergriffen, sich für die Bewohner in den Armenvierteln eingesetzt und den männerdominierten Drogengangs den Kampf erklärt. Von Hinrichtung wie zu Zeiten der Militärdiktatur ist die Rede. Es wird offen davon gesprochen, dass die Grenze zwischen organisierter Kriminalität und Sicherheitskräften fließend geworden sei.

FOTO: BERNHARD LUDEWIG

Straßenansicht des Goethe-Instituts in São Paolo

Wie ist der Stand der Dinge im atlantischen Dreieck im 21. Jahrhundert? Welche Impulse gehen von der dortigen Kulturlandschaft aus? Wie wird sich Europa diesbezüglich positionieren?

Arts Rights Justice: Ein Programm

Der allseitige Rassismus und die Einschränkungen der Rechte von Künstlern, Journalisten und Wissenschaftlern war auch Thema eines Forschungsateliers im Rahmen des Programms »Arts Rights Justice« des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim, das vom Goethe-Institut die Gelegenheit erhielt, vor Ort die zusammenzubringen, die sich in Südamerika um Künstlerresidenzen als »safe haven« kümmern. Dieses kulturpolitische Instrument wurde auf den Prüfstand gestellt und ganz pragmatisch ging es um die Unterstützung von Künstlern aus dem Ausland, die Fragen der Unterbringung und Betreuung, der »Work-Life-Balance«, der Integration in die neue Kulturlandschaft und die Nachhaltigkeit infrastruktureller Rahmenbedingungen. Verfolgte Künstler sollen auch zukünftig in den Künstlerresidenzprogrammen des Goethe-Instituts eine größere Rolle spielen, in Salvador de Bahia wird es die »Vila Sul« sein, die sich auch als Netzwerk der Zivilgesellschaft zu positionieren beginnt.

Goethe-Leiter Manfred Stoffl weiß aus eigener Erfahrung, was es heißt, die Freiheit der Künstler zu verteidigen. Christliche Eiferer bedrohten den international anerkannten Performancekünstler Wagner Schwartz. Mehr als zehnmal hat er allein in Europa »La Bete« (»Das Tier«) aufgeführt, eine Aktion, bei der er sich nackt auf eine Bühne legt und es den Zuschauern freistellt, seinen Körper in beliebige Positionen zu rücken. Politiker werfen ihm Pädophilie vor, das deutsche Kulturinstitut als Mitveranstalter war vorgeladen bei der Stadt. Es sind die reaktionären Kräfte der Gesellschaft, die alles, was nicht ihrem Weltbild entspricht, verfolgen. »Wir müssen frühzeitig aufpassen«, sagt Stoffl, »denn es beginnt ganz oft mit unauffälliger Zensur und wird immer dreister, Künstler und künstlerische Produktionen unmöglich zu machen.«

Revision historischer Narrationen

Die Konferenz hat das aufgegriffen und als kulturpolitische Aufgabe definiert. Wer sind wir, wen meinen wir, für wen diskutieren wir? Das muss stets erörtert werden, wenn der globale Norden sich einmischt. Und konkret: Wo waren die Portugiesen, die Spanier und ihre Kulturinstitute? Nada! Manche Begegnungen erwiesen sich als zufällig. Ob sich daraus Projekte ergeben, wird sich zeigen. Aber immerhin bewegen neue Formate den Diskurs, wirken Echos in die alte und die neue Welt, die sich trotz aller nationaler Widrigkeiten international verständigen müssen. Kulturpolitik und ihre Governance gehört dabei ebenso auf die Agenda wie das große Feld der kulturellen Bildung. Letzteres wird im Goethe-Institut noch etwas stiefmütterlich behandelt, da die künstlerischen Prozesse im Mittelpunkt der Förderung stehen. Aber ohne Vermittlung, ohne die Schule der Wahrnehmung, ohne Teilnahme und Teilhabe breiter Bevölkerungskreise werden nachhaltige Entwicklungen in den Kulturbeziehungen nicht zur Entfaltung kommen können. Ein Echo entsteht nur da, wo Reflexionen von Schallwellen als separates Hörergebnis Sender und (!) Empfänger verbinden. »Wir hoffen«, so resümieren die Konferenzveranstalter, »dass die Echos dazu beitragen, eine Revision der Dichotomie in den historischen Narrationen zu ermöglichen, um Demokratisierung und Dekolonialisierung in den Beziehungen der Regionen im Südatlantik zu ermöglichen.«

Wolfgang Schneider ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Stiftung Universität Hildesheim

Mensch – Maschine – Darstellende Kunst

Die Akademie für Digitalität und Theater

Der Chefdramaturg des Schauspiel Dortmund, Michael Eickhoff, gehört zu den Initiatoren der Akademie für Digitalität und Theater. Theresa Brüheim spricht mit ihm über die sich in Gründung befindende Akademie für Digitalität und Theater, über Digitalisierung und Kunst der Zukunft.

Theresa Brüheim: Herr Eickhoff, das Schauspiel Dortmund hat die Akademie für Digitalität und Theater initiiert. Was soll diese machen?
Michael Eickhoff: Die Akademie ist im Schnittfeld von wissenschaftlicher Forschung, künstlerischer Praxis und Wirtschaft angesiedelt. Dort wollen wir erforschen, wie Menschen in der digitalen Moderne mit digitalisierten Verfahren und digitalen Technologien künstlerisch arbeiten können. An der Akademie sollen Menschen aus Kunst und Technik miteinander forschen. Im Kern geht es um die Bereiche berufliche Weiterbildung, praxisbezogene Forschung und Ausbildung im Rahmen eines neuen Studiengangs.

Die Akademie für Digitalität und Theater ist aktuell noch in Planung.
Richtig, die Akademie ist seit anderthalb Jahren in der Planung – und ist in gewisser Weise Ausdruck einer längeren Erfahrung, die wir in den vergangenen sieben Jahren am Schauspiel Dortmund unter der Intendanz von Kay Voges gesammelt haben. Insofern gehen in diese Akademie sieben Jahre Theaterpraxis von Schauspielerinnen, Regisseuren, Dramaturginnen, Videokünstlern, Bühnenbildnerinnen und vielen anderen ein. In den vergangenen Jahren haben wir uns immer wieder gefragt: Was bräuchte das Stadttheatersystem auf einer technologischen und inhaltlichen Ebene für Neuerungen – und wie reagiert das Theater auf die Neuerungen, die mit der Digitalen Moderne einhergehen? Insofern ist die Akademie ein Versuch, drei Dinge miteinander zu verbinden: Ausbildung, Weiterbildung und Forschung. Auf diesen drei Säulen ruht das Dach der Akademie. Ab Februar 2019 gehen wir mit der Gründung von zwei Säulen voran: Forschung auf der einen Seite; berufliche Weiterbildung auf der anderen Seite.

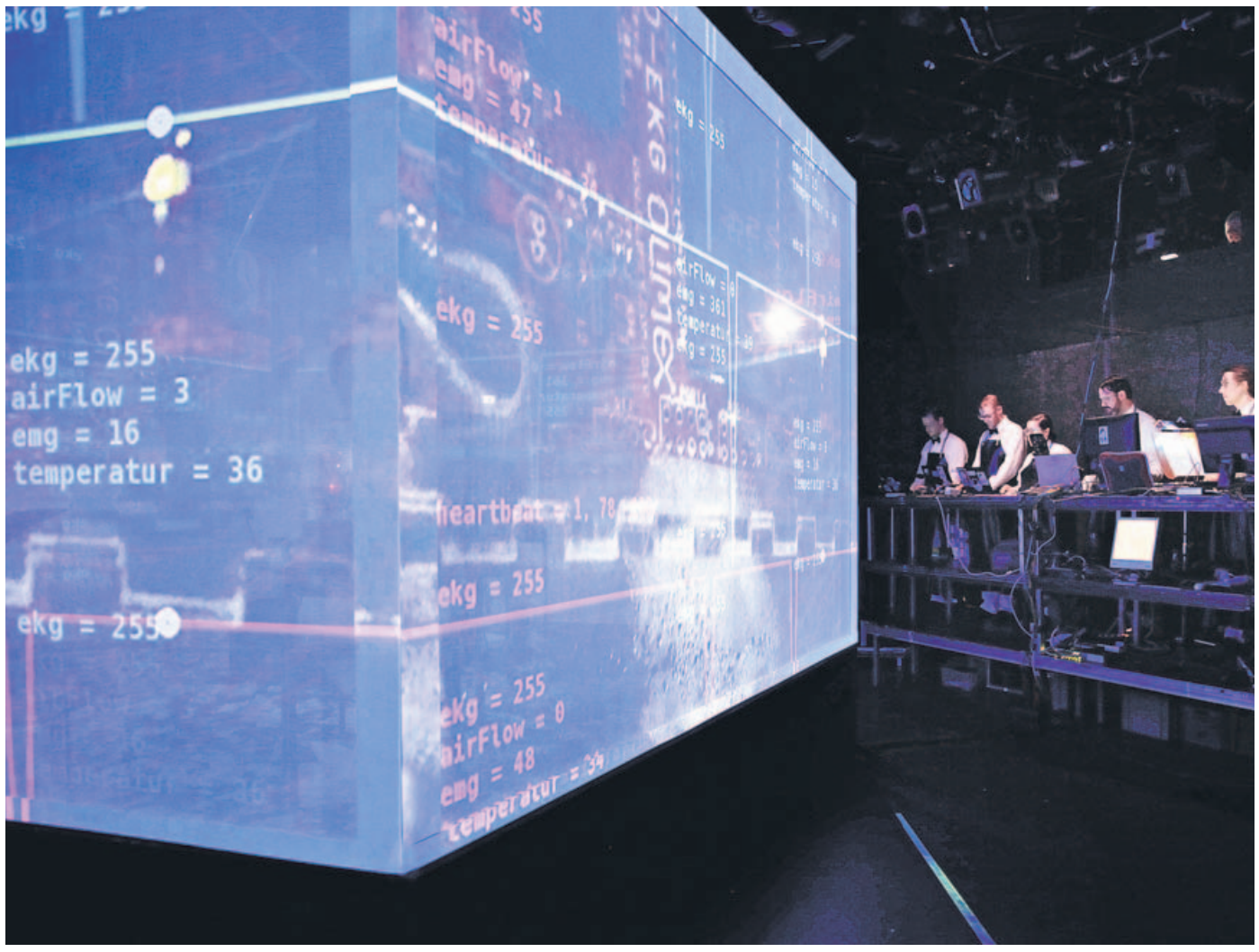


FOTO: EDI SZEKELY

Kay Voges' Inszenierung »4.48 Psychose« war eine der ersten Inszenierungen, in denen am Theater Dortmund mit Computerprogrammen im Bühnenbild gearbeitet wurde

Wann hatten Sie das erste Mal die Idee; wie kam es zu dieser?
Das Team am Schauspiel Dortmund hat sich in den zurückliegenden Jahren einerseits inhaltlich und künstlerisch mit Themen der Digitalen Moderne beschäftigt und andererseits digitale Technologien praktisch erprobt. Dabei haben wir in dreierlei Hinsicht einen Mangel konstatieren müssen: einen Mangel an Geld, an Zeit und an beruflicher oder praktischer Expertise. Wir haben festgestellt, dass wir zu künstlerischen Arbeiten, die wir am Schauspiel Dortmund unter digitalen Vorzeichen auf die Bühne bringen, immer häufiger Nachfragen von anderen Theatern bekommen. Dieses in der Praxis erworbene Wissen weiterzugeben, erschien lohnenswert und brachte uns auf den Gedanken, die Weiterbildung im Rahmen der Akademie zu professionalisieren: Wir wollen Wissen teilen und neues Wissen gewinnen, indem wir Expertinnen und Experten des Digitalen in die Akademie einladen. Zugleich möchten wir Menschen aus anderen deutschsprachigen Stadt- und Staatstheatern zur Weiterbildung für verschiedene Berufsgruppen einladen. Mit der Akademie kann ein Mangel an Qualifikation behoben werden und das Stadttheater für die Herausforderungen der Digitalen Moderne fit gemacht werden.
In der praktischen Inszenierung gibt es zugleich aber auch einen Mangel an Zeit und Geld. Wenn wir eine komplizierte Arbeit mit einem aufwendigen technischen Setup konstruieren, kommen wir mit den regulären Zyklen von sechs bis acht Wochen Probenzeit, in der Schauspieler und Regisseurinnen an einem Text arbeiten, nicht aus: Wenn wir beispielsweise einen Algorithmus programmieren, der auf der Bühne künstlerisch wirken soll, brauchen wir eine deutlich längere Vorlaufzeit. Zugleich werden Spezialisten – beispielsweise Coder oder Mathematiker – auf dem freien Markt viel besser bezahlt, als dies im Theater möglich ist – die Theater müssen also in der Wahrnehmung attraktiver werden. Zugleich soll die Akademie diesen Mangel an Zeit mit einem Programm für Forschungsstipendiatinnen und -stipendiaten beheben helfen. Der kühne Wunsch ist, vom Druck des Theaterbetriebs befreit und mit einem Stipendium gefördert, eine anwendungsbezogene Arbeit für eine Theaterproduktion gleich welcher Sparte voranzubringen und zugleich auszuprobieren - also anwendungsbezogene Forschung für den Theaterbetrieb.

Wie soll die Akademie für Digitalität und Theater in Zukunft arbeiten?
Die Arbeit teilt sich in Qualifizierung, Labor und Studium. Nehmen wir zunächst die Säule Qualifizierung, also Weiterbildung: Am Theater gibt es ca. 40 verschiedene Berufsbilder. In allen besteht in unterschiedlichem Maße Weiterbildungsbedarf. Wir könnten uns vorstellen, im Rahmen der Akademie einen Teil dieser Weiterbildungen abzubilden. Das kann z. B. die Fortbildung für einen Maskenbildner am 3D-Drucker sein. Aber auch genauso kann es eine Fortbildung für eine bestimmte Computersoftware sein, für Licht- und Tonsoftware – das schließt die technischen Berufe ebenso ein wie z. B. Video-Künstler. Fortbildung braucht Raum und Zeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und eine Einsicht in den Theaterleitungen, dass Fortbildung bezahlter Teil des Berufes ist und nicht in der Freizeit passieren kann. Daher überlegen wir gemeinsam mit der Deutschen Theatertechnischen Gesellschaft und dem Deutschen Bühnenverein, wann welche Module die digitale Weiterbildung betreffend angeboten werden sollen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Abstimmung mit den Theaterleitungen besuchen können.
In dem Bereich der Forschung, dem sogenannten Labor, wollen wir ca. zehn Stipendiatinnen und Stipendiaten jeweils für ein halbes Jahr an der Akademie versammeln. Man bewirbt sich mit einem anwendungsbezogenen Projekt und bekommt - nach der Annahme - dann für fünf Monate neben Kost und Logis einen Arbeits-und Forschungsplatz in Räumen der Akademie: Hier soll im Verbund in den Bereichen KI, VR, AR, Robotik, Sensorik, Motion Capturing etc. geforscht werden. Die spätere Leitung der Akademie hat eine kuratierende Funktion, um die Stipendiatinnen und Stipendiaten klug auszuwählen und zusammenzustellen. Junge forschende Menschen aus Kunst und technischen Berufen sollen sich nach ihrem Studium hier miteinander vernetzen können – und sich zugleich in ihrer eigenen Arbeit professionalisieren. Derzeit sind wir mit verschiedenen Förderern im Gespräch, um auch über den deutschsprachigen Raum hinaus zu denken. Es wäre absolut wünschenswert, wenn wir Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Projektvorschlägen aus Italien, Norwegen, den Benelux-Staaten oder Georgien für fünf Monate aufnehmen könnten. Zuletzt der Bereich Ausbildung bzw. Studium: Hier möchten wir einen Studiengang akkreditieren, der sowohl dem technologischen Impuls wie auch der künstlerischen Expertise verpflichtet ist. Idealerweise gleisen wir diesen Studiengang mit zwei Partnern auf: Fachhochschule, Universität oder Kunsthochschule. Die Gespräche dafür beginnen gerade – noch steht nicht fest, mit wem wir diese Kooperation eingehen, wie die Akkreditierung ablaufen wird und wie der Studiengang heißen wird.

Der Anspruch der Akademie für Digitalität und Theater ist, mit ihrer Arbeit zivilgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Worin besteht Ihrer Meinung nach diese genau?
Ich begreife das Theater grundsätzlich als einen gesellschaftlichen Ort, an dem Vergangenheit reflektiert und Zukunft entworfen wird. Dabei sind die digitalen Technologien der schärfste Einschnitt seit der Erfindung des Buchdrucks. Die Kunst muss sich die Aufgabe setzen, über diese Entwicklung und die damit verbundenen Umbrüche innerhalb der digitalen Moderne nachzudenken und zu reflektieren. Wir, Künstlerinnen und Künstler, müssen uns fragen: In welche Richtung wollen wir diese Entwicklung treiben und begleiten? Wo sollten wir bestimmten Entwicklungen etwas entgegensetzen? Wir merken beispielsweise sehr stark, wie die Bedürfnisse, die sich mit digitaler Technologie verbinden, von der Wirtschaft vorformuliert werden – und dass eine kritische künstlerische Expertise diesbezüglich zu wenig stattfindet und so auch kaum gefragt ist. Wir sollten versuchen, mit der Akademie eine Deutungshoheit über die Art und Weise, wie digitale Verfahren in der Arbeitswelt, aber auch im künstlerischen Verfahren angewendet werden können, zu erlangen. Das ist eine elementare soziale und politische Frage. Wir starten den Versuch, die Digitalisierung stärker in den Reflexionsraum der Kunst zu setzen.

Die Akademie für Digitalität und Theater soll unter anderem fit für die Zukunft machen. Was wäre aber, wenn in Zukunft Theaterberufe durch künstliche Intelligenz ersetzt werden würden?
Das ist eine spannende Frage. Die Entwicklung künstlicher Intelligenz kann man schon in der Produktion der Bildenden Kunst bemerken, aber auch anhand von Texten sehen. Erste Werke, Bilder, Kompositionen oder Texte wurden ja mithilfe von künstlicher Intelligenz, d. h. von Algorithmen, programmiert und produziert. Dadurch entsteht ein ganz neuer Begriff a) des Künstlers und b) des Kunstwerks. Das ist eine sehr spannende Diskussion. Allerdings denke ich nicht, dass künstliche Intelligenz Theaterberufe ersetzt. Wir sind viel zu sehr auf die Menschen angewiesen, von ihren Fähigkeiten, Begabungen und Abgründen fasziniert. Wir sind davon angetan und zugleich abgestoßen, zu beobachten, was Menschen mit anderen Menschen tun. Es kann nicht darum gehen, den Menschen über digitale Technologien oder durch Maschinen zu ersetzen. Vielmehr kann man über die digitalen Technologien eine ganz neue Verletzlichkeit des Menschen zeigen. Damit erzählen wir etwas über unsere sich verändernde Welt. Wir können sehen, wie der Mensch selbst eine Zukunft kreiert und viel stärker zu einem Kreateur einer zweiten Spezies, nämlich der Maschinen, wird – die unter Umständen irgendwann selbst ein Eigenleben oder eine Ethik für sich reklamieren.
Die spannende Frage, die sich aber für die Arbeit auf einer Theaterbühne stellt, ist doch: Wenn ein programmierter Algorithmus Teil der Inszenierung wäre, der beispielsweise die Bewegung eines Roboterarms auf der Bühne steuert, dann möchte ich doch im nächsten Schritt herausfinden, wie diese Form von künstlicher Bewegung, wie diese künstliche Intelligenz gemeinsam mit einem Tänzer oder einer Spielerin auf der Bühne interagiert. Künstliche Intelligenz, Robotik, Motion Tracking und andere digitale Technologien im Theater werden andere Formen des Erzählens, andere Themen und andere Formen der künstlerischen Rezeption nach sich ziehen – à la longue eine andere Kunst. Gesamtgesellschaftlich betrachtet, könnte man sagen, dass im Theater die Interaktion zwischen Mensch und Maschine erprobt und entwickelt, beobachtet und befragt werden kann – auf dem Spiel steht das Verhältnis von Menschen und Maschinen in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft.

Vielen Dank, Herr Eickhoff.

Michael Eickhoff ist Chefdramaturg am Schauspiel Dortmund und einer der Initiatoren der Akademie für Digitalität und Theater. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Gott mag's

CHRISTIAN STÄBLEIN

Zu Tisch bringen die Kinder bisweilen per Kalauer eines der großen Jubiläen dieses Jahres ein: »Egal, was Du kochst, Karl Marx (mag's)«. Unter das kurze Schmunzeln mischt sich die etwas irritierende Einsicht: Schafft der Begründer einer der wirksamsten Wirtschaftstheorien und Gesellschaftsanalysen der letzten beiden Jahrhunderte es in der nächsten Generation nur noch in den blödelnden Sprachwitz? Oder, andersherum gefragt: Ist der Urheber einer der wirkmächtigsten Ideologien, die dann im 20. Jahrhundert eine so zerstörerische Macht zu entwickeln vermochte, heute so fern, dass aus der Distanz locker gewitzelt werden kann? Die noch verbliebenen Statuen und Büsten dienen nicht selten Graffiti- und Selfie-Freunden und auch die Neuaufstellung einer überdimensionalen Figuration in Trier hat nur begrenzte Entrüstung erzeugt. Fast alles egal also, man(n), marx/mag's?
Das ist – auf das historische Tempo geschaut – erstaunlich. Ist es doch nur eine Generation her, dass in einem Teil Deutschlands ein Schulpflichtfach nach Marx benannt war. Im anderen Teil Deutschlands hingegen hatte eine ganze Generation von Politikern ihre studentische Vergangenheit in K-Gruppen, deren Aufsplitterung und Namen heute kaum noch jemand kennt, geschweige denn versteht. Es gehörte zur akademischen Identität nach 1968, sich in Theoriesystemen eines weiterentwickelten Marxismus zu verorten. Man reibt sich die Augen: Keine 50 Jahre ist das her. Und die Kirche? Als ich Ende der 1980er Jahre studierte, gehörte die Rede vom »Kommunismus der Urkirche« noch selbstverständlich dazu. Brotbrechen und Vergemeinschaftung der Güter – was sich im Neuen Testament findet, wurde versuchsweise in die ökonomischen Ideale des 20. Jahrhunderts übersetzt. Der große »Kirchenvater des 20. Jahrhunderts«, an dessen Tod im Schwellenjahr 1968 wir dieses Jahr erinnern – Karl Barth –, galt als Stichwortgeber für erhitzte theologische Debatten: »Ein Sozialist kann Christ, ein Christ muss Sozialist sein« – so wurde Barth aus der Frühphase seines Schaffens zitiert. Barth hatte um 1915 bei den damals populären religiösen Sozialisten angeknüpft. Es war die Zeit, in der man sich in Theologie und Kirche fragte: Kann man dem Atheismus und dem antikirchlich-antireligiösen Gestus Marx entschieden widersprechen und dennoch an den sozialen Fragen und Utopien anknüpfen? Die aufgeregten Debatten wirken für uns nur ein, zwei Generationen später irritierend. Der undemokratische Staatssozialismus, der in der DDR eine »Kirche im Sozialismus« erzwang, hat die Diskussionen desavouiert und verstummen lassen. Die soziale Frage aber ist geblieben, drängend, gegenwärtig, sie muss weiter verstören: Es bleibt Herausforderung, dass in der Marktwirtschaft die Schere zwischen Besitzenden und Abgehängten nicht immer weiter auseinandergehen darf. Alle müssen und können satt werden. Die Wahrheit, dass die Menschen zusammengehören, dass Eigentum verpflichtet und Güter geteilt gehören, darf nicht versiegen. Gott will, ja Gott mag's gerecht. In dieser Hinsicht sind Christen Mag'sisten.

Christian Stäblein ist Propst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Die talentierte Mrs. Beck

Ein Porträt der Schriftstellerin Zoë Beck

ANDREAS KOLB

THRILLER schreien die Großbuchstaben auf dem Cover von »Die Lieferantin«. Ist der Roman ein Thriller? Oder ein Krimi? – Kategorien überlässt Autorin Zoë Beck lieber der Marketing Abteilung des Suhrkamp Verlags, aber eines ist sicher: Die Schriftstellerin ist am Düsteren interessiert. Schon als Kind las sie lieber Edgar Allan Poe als Liebesromane oder Komödiantisches. Was macht das Verbrechen mit Menschen, was macht es mit der Gesellschaft, wie kommt es zum Verbrechen? Das sind die zentralen Themen ihrer Bücher.

Eine der beiden Hauptfiguren aus »Die Lieferantin« ist die Drogendealerin Ellie Johnson, die aus einer traumatischen Erfahrung heraus – sie verlor ihren Bruder durch einen Goldenen Schuss – selbst zur Dealerin wird und im Gegensatz zur mafiös-männlichen Halbwelt nur saubere und klar deklarierte Ware auf den Markt bringt. Organisierte Kriminalität ist in Becks Augen ein männlicher Bereich. »Was passiert, wenn Frauen da mitmischen? In der ›Lieferantin‹ habe ich das durchgespielt. Das hat mir Freude gemacht.« In allen ihren Büchern schneidet Beck stets auch gesellschaftspolitische Themen an, versucht mit Klischees zu spielen und Geschlechterrollen aufzubrechen.

Zoë Beck kam 1975 als Henrike Heiland im Lahn-Dill-Kreis zur Welt. 2006 hatte sie ihr Romandebüt mit dem Titel »Späte Rache« bei Bastei Lübbe. Seither ist die Zahl ihrer Publikationen, Romane, Kriminalromane, Kurzprosa sowie Übersetzungen aus dem Englischen auf mehr als fünfzig angewachsen. Nicht dass die Autorin die drei Jahrzehnte vor 2006 auf der faulen Haut gelegen hätte: Die Schriftstellerin, Verlegerin, Übersetzerin, Mentorin, Verbandsgründerin und Synchronregisseurin wusste eigentlich schon als Dreijährige, wo sie hin wollte: ans Klavier und aufs Podium.

In ihrer Familie wunderte man sich bald über die musikalische Leidenschaft der kleinsten Tochter, die ihrer sieben Jahre älteren Schwester so ernsthaft nacheiferte, mit Orchestern auftrat und bei »Jugend musiziert« Preise einheimste. »Man hat mich vom Klavier nicht mehr weggekriegt. Das war für eine sehr lange Zeit der wichtigste Teil meines Lebens.« Wäre es nach ihrem Willen gegangen und nach dem ihres Klavierlehrers, wäre die Pianistin mit 17 Vorstudentin an der Musikhochschule geworden. Doch die Eltern bestanden auf das Abitur. Einen Seufzer kann Zoë Beck nicht unterdrücken, wenn sie an die Henrike Heiland von damals denkt. Einmal gingen ihr bei einem öffentlichen Auftritt die Nerven durch. »Ein ganz schlimmes Blackout hatte ich bei einer Brahms-Rhapsodie und konnte nicht mehr weiterspielen. Es ist ein relativ trauriges Kapitel, denn ich habe den Kampf gegen das Lampenfieber verloren.«

Zoë Beck hatte schon als Kind ein Faible für das Düstere

Sie spielte damals bevorzugt Maurice Ravel, Franz Liszt und Frédéric Chopin. Heute weiß sie Johann Sebastian Bach und Wolfgang Amadeus Mozart mehr zu schätzen. Bach fand sie als Kind zu leicht. Die Herausforderung fehlte, heute könnte sie den ganzen Tag Bach hören und spielen. »Das Leichte ist weg, aber nicht das Schöne, Aufregende.«

Das Klavier war ihr Leben gewesen. Weil sie ohne das Instrument nicht wusste, was tun, erinnerte sie sich daran, dass sie gerne las und die Sprachen flogen ihr zu. Sie entschloss sich für ein Studium der deutschen und englischen Literatur in Gießen, Bonn und Durham. Dass sie dieses auch mit voller Kraft betrieb, zeigte sich darin, dass sie sofort Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes wurde.

Da Beck aus einer Familie mit vielen Journalisten stammt und bereits mit 14 angefangen hatte, für die Jugendbeilage der Lokalzeitung Konzert- und Plattenkritiken zu verfassen, lag das Berufsziel Journalismus und Musikkritikerin durchaus nahe. Eine Zeitlang hielt sie der Musik noch als Opernregie-Assistentin die Treue.

Doch dann stieß sie aufs literarische Schreiben: In München arbeitete sie als Drehbuchautorin für Kindersendungen bei Disney und der Kirch-Gruppe. In Form einer Literaturagentin spielte wie so oft der Zufall Schicksal: Ob sie mal einen Roman schreiben wolle, wurde sie gefragt? So kam sie 2006 mit dem Roman »Späte Rache« zur ersten Auftragsarbeit für Bastei Lübbe.

Ihren Erstling verfasste Beck noch unter ihrem alten Namen Henrike Heiland. 2007 erkrankte sie an Krebs. Damals sagte sie sich: »Wenn ich lebend aus dieser Nummer raus bin, dann will ich etwas anderes machen, auch etwas anderes schreiben als bisher.« Sie schlug im Namenswörterbuch ihren Lieblingsbuchstaben Z auf und fand den Namen Zoë: »Zoë heißt Leben. Das passte ja gerade.«

Seither arbeitet, lebt und schreibt sie in Berlin als Zoë Beck. Zusammen mit anderen Frauen gründete sie den Blog und die Vereinigung »Herland«. »Herland« ist ein Netzwerk von Frauen, die an unterschiedlichen Orten der kriminalliterarischen Buchproduktion wirken. Auf der Homepage steht: »Wir verstehen uns als politisch, feministisch, gottlos, aufbrechend, gegen rechts, antikapitalistisch, antipatriarchal und erfolgreich.« 2013 wurde sie unternehmerisch tätig und gründete gemeinsam mit Jan Karsten CulturBooks, einen Verlag für deutsche und internationale Gegenwartsliteratur.

Erst vor Kurzem war die kulturpolitisch engagierte Autorin bei einem Empfang im Bundeskanzleramt bei Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien. Sie ist nämlich eine von 15 Mentorinnen und Mentoren, die Mentees im Rahmen eines Programms des Deutschen Kulturrates ehrenamtlich unterstützen. Ziele des Programms sind strategische Karriereberatung, die Verortung der Mentees in der Kultur-Community sowie der Aufbau eines Alumni-Netzwerkes. Langfristig sollen mehr Frauen an den Schaltstellen von Kultur- und Medienwirtschaft und -politik vertreten sein.

Und als wäre das nicht genug, arbeitet Beck in den Pausen zwischen Schreiben, Verlagsarbeit und feministischer Politik noch in einem Berliner Synchronstudio. Und hier treffen wir sie wieder an im Düsteren und Unheimlichen, wo das nächste Verbrechen, der nächste Mord lauert. Eben dort, wo Fragen nach Schuld und Sühne, nach Recht und Unrecht nicht weit sind: Zoë Beck stattet amerikanische und britische TV-Serien wie »Fear the Walking Dead« (Amazon 2015, 3. Staffel), »Dietland« (Amazon 2018) oder »The Terror« (Amazon 2018) mit deutschen Dialogen aus. Und manchmal ist Zoë Beck einfach mal weg. Dann hat sie sich irgendwo unbekannterweise eingemietet – in der Gegend des Tatorts ihres nächsten Kriminalromans vielleicht. Dann macht sie nichts anderes als recherchieren und schreiben. Und vielleicht ab und an Klavier spielen.

In ihrer Kindheit und Jugend spielte die Musik die wichtigste Rolle in ihrem Leben

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

FOTO: ANETTE GÖTTLICHER

Die Schriftstellerin Zoë Beck

Das Kind beschützen, nicht mit dem Bade ausschütten

Replik auf den Vorschlag des Deutschen Kulturrates, die Alterskennzeichnungspflicht auf den Musikbereich auszudehnen

JAKOB JOHANNES KOCH

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz haben sich in der letzten Ausgabe von Politik & Kultur 3/18 auf Seite 3 zu Recht darüber empört, dass Jugendliche Musiktitel »mit widerlichen Inhalten« konsumieren. Aber was kann man dagegen tun? Sollte man der Kunstfreiheit in puncto Jugendschutz weitere Schranken auferlegen oder müsste man nicht viele Schritte weiter vorne ansetzen, nämlich in den Familien, in den Schulen und in der Jugend(sozial)arbeit? Letzteres wird in der aktuellen Debatte von zahlreichen erfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen, die an der Basis tätig sind, bekräftigt. Es bedarf mehr einübender, erfahrungsbezogener, professionell konzipierter und moderierter Lernformate werteorientierter Erziehung, die es im schulischen Religionsunterricht und den analogen Ersatzfächern für Konfessionslose längst gibt, die aber im Ranking des Fächerkanons dringend aufgewertet und – als Maßnahme gegen überproportionalen Unterrichtsausfall wegen zu dünner Personaldecke – personell aufgestockt werden müssten!

Zimmermann und Schulz fordern im genannten Artikel, die Alterskennzeichnungspflicht respektive FSK-Prüfung auf den Musikbereich auszudehnen. Hätte man das bereits 1949 getan, wäre ganzen Generationen von Pubertierenden der Rock 'n' Roll vorenthalten geblieben; von den späteren psychedelischen Hippie-Songs ganz zu schweigen. Die zeittypischen Leitvorstellungen bei der Beurteilung von Musik (z. B. Rock 'n' Roll = laszive, aggressive Rhythmen oder Psychedelic Rock = psychotischer, sexualisierender Klangrausch) lassen sich meist erst aus dem Rückspiegel späterer Jahrzehnte dekonstruieren und verobjektivieren. Anders als bei den Merkmalen der Kunstgattung Film lassen sich die musikalischen Parameter Rhythmus, Melos und Harmonie, die in der Musik eine untrennbare Einheit bilden, nicht objektiv nach Jugendschutz-Kriterien vermessen. Ein rassistischer Dominantseptakkord? Ein frauenfeindliches eingestrichenes »c«? Den vertonten Text kann man aber nicht losgelöst von den begleitenden Klängen betrachten; das würde der Kunstgattung Musik keinesfalls gerecht.

Bei diesen Überlegungen geht es nicht darum, Extremismus und Inhumanität in der Musik zu verharmlosen – ganz im Gegenteil! Aber die hochsensible Rechtsgüterabwägung zwischen Ehren-, Jugend- und Straftatenschutz einerseits und Kunstfreiheit andererseits verbietet einen Schnellschuss wie die Ausdehnung der FSK auf die Musik. Es geht darum, das Kind zu beschützen und nicht, es mit dem Bade auszuschütten. Der gesetzliche Schutz vor Volksverhetzung, Schmähkritik, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Persönlichkeitsrechtsverletzung oder Jugendgefährdung begrenzt die Kunstfreiheit und das gilt selbstverständlich auch für den ganzen Musikbereich. Für die Feststellung bzw. Umsetzung dieser Rechtsgüterabwägung sind in unserem Staat die Organe der Judikative bzw. Exekutive zuständig. Sie nehmen dies bislang weitgehend integer und effektiv wahr. Aber auch außerhalb des Justiziablen sollte eine Gesellschaft auf »vulgäre Ausdrücke der Geringschätzung und verantwortungsloses Gießen von Öl ins Feuer des Hasses zwischen Menschen und Kulturen«, so Tomáš Halík, verzichten. Das müssen vor allem jene Kunstgenres beherzigen, die das »Dissen« programmatisch betreiben: Hass-Exzesse und Gewaltverherrlichung sind auch durch (vorgeblich) künstlerische Gattungsidiome niemals entschuldbar.

In diesem Sinne fordern Zimmermann und Schulz sehr zu Recht, »...in allen Genres Haltung zu zeigen gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen Frauenfeindlichkeit«. Diese Aufzählung von No-Go's sollte noch erweitert werden um andere misanthropische Entgleisungen wie Kriegsverherrlichung, Verhöhnung von Gewaltopfern, Homo-, Trans- und Interphobie, Teratophobie, Antiziganismus, Sadismus, Herabwürdigung von Religionen, Letzteres aufgefächert in Antijudaismus, Islamfeindlichkeit, Christenfeindlichkeit etc. Gewiss, die Membran zwischen Sachkritik und Schmähung ist schwer zu orten, hauchdünn und mitunter permeabel. Wir finden solche Membrane in Kunst und Satire immer wieder, so z. B. zwischen Kritik an ausländischen Einzelpersonen und Rassismus, Religionskritik und Herabwürdigung von Religionen, Kriegsaufarbeitung und Kriegsverherrlichung, Feminismuskritik und Sexismus, Israelkritik und Antisemitismus oder NS-Aufarbeitung und Rechtsextremismus. Es ist oft unmöglich, Satire und Gegenwartskunst eindeutig zu interpretieren, gerade wenn es sich um amorphe, kryptische, subtextuelle, assoziative, paradox intervenierende und collagierende (Re)Präsentationen handelt, die in der Avantgarde ja nun nicht eben unüblich sind. Insofern kann es bei der deutungsoffenen Kunstgattung Musik (ebenso wie auch bei den ähnlich deutungsoffenen Gattungen Bildende Kunst, Schauspiel, Belletristik etc.) nicht gelingen, jeden möglicherweise jugendbeeinträchtigenden Inhalt FSK-belastbar zu identifizieren. Das entbindet freilich unsere Gesellschaft nicht davon, ihre Leitkultur zwischen den Eckpunkten Fairness, Respekt, Gerechtigkeit und Rücksicht täglich neu zu vergewissern. Für die ganz eklatanten Fälle von Jugendgefährdung haben wir mit der Indizierung jugendgefährdender Medien seit 1954 ein für alle Kunstsparten grundsätzlich bewährtes Instrument des Jugendschutzes an der Hand, das freilich einer zeitnahen Evaluation bedarf, besonders was die Antragstellung und die Länge der Verfahren anbetrifft.

Noch so ausgefeilte Regulierungsmaßnahmen können eines nicht ersetzen: Freiheit in Verantwortung zu lernen

Mit gutem Grund wird die FSK Film in der Praxis bislang nicht auf den Bereich der freien künstlerischen Videoinstallation in Ausstellungen und Museen angewandt. Denn anderenfalls würden zehntausende freie Künstlerinnen und Künstler der Videokunstszene, die nicht die Lobby-Power, den Rechtsschutz und die finanzielle Sicherheit von Produktionsfirmen und Agenturen im Rücken haben, künftig wohl auf jedes künstlerische Wagnis verzichten – und das wäre bei vielen Musikkomponisten und Songtextern nicht anders. Freilich gibt es Inhumane und Straftäter auch unter Künstlerinnen und Künstlern; gegen sie gibt es vorhandene Rechtsmittel. Vertrauen wir also weiter auf das seit 1949 bestehende rechtsstaatliche Maßnahmentableau, das der ausgewogenen Rechtsgüterabwägung zwischen Ehren-, Jugend- und Straftatenschutz einerseits und Kunstfreiheit andererseits dient. Diese bewährte Balance sollte nicht durch zusätzliche Schranken dejustiert werden.

Noch so ausgefeilte Direktiv- und Regulierungsmaßnahmen können eines nicht ersetzen: Freiheit in Verantwortung zu lernen. Das gilt nicht nur für Jugendliche, sondern für jeden Erwachsenen in gleicher Weise, denn bekanntlich lernt man sein ganzes Leben lang. Die Moguln der Kulturindustrie haben sich angewöhnt, jede moralisch bedingte Selbstbeschränkung als Rendite-Bremse anzusehen. Wer aber gnadenlos auch Niederträchtigkeiten verkauft, nur weil sie sich verkaufen, der betreibt den Ausverkauf unseres verfassungsmäßig definierten Wertefundaments. Die Kulturindustrie ist akut in der Pflicht, eine neue Unternehmerethik zu vergewissern, die diesen Namen auch verdient. Zugleich sollte das Kulturpublikum in Fällen von inhumanen Niederträchtigkeiten mit den Füßen bzw. mit dem Geldbeutel abstimmen und – anders als dies leider bei »JBG3« geschehen ist – Brachial-Provokateure ignorieren: einzelfallbezogen und aus mündiger, individueller Haltung heraus. In gleicher Weise dürfen, ja sollen die Kunstkritikerinnen und -kritiker von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit umfassend Gebrauch machen, wiederum einzelfallbezogen und aus mündiger, individueller Haltung heraus. Das alles ist mühsamer als die Einführung eines Labels »FSK für Musik«, aber langfristig ungleich wirksamer.

FOTO: DPA

Zutrittsverbot für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in einer Münchner Videothek

REAKTIONEN

In der letzten Ausgabe von Politik & Kultur haben Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz im Nachgang zur Diskussion um die Auszeichnung der beiden Gangsta-Rapper Farid Bang & Kollegah mit dem ECHO angeregt, auch für Musik eine Alterskennzeichnung einzuführen. Jakob Johannes Koch antwortet hierauf.

Jakob Johannes Koch ist Musiker und Theologe. Seit 2000 ist er Kulturreferent im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

Politik & Kultur

FOTO: ROLAND WEIHRAUCH / DPA

Klaus Staeck, »Vorsicht Kunst!« (1983) und »Sand fürs Getriebe« (1986)

THEMA

Kulturelle und politische Bildung: Mehr Mut zur Kooperation

Gesellschaftliche Auflösungserscheinungen können nur gemeinsam erfolgreich bekämpft werden

OLAF ZIMMERMANN

Die kulturelle und politische Bildung mühen sich redlich ab, in unserer Gesellschaft Wirkung zu erzielen. Hier und da sprießen Pflanzen, manchmal sind es sogar ganze Vorgärten, aber in der Fläche sind beide nicht wirklich angekommen. Manchmal ist einer alleine eben zu schwach, um umfänglich erfolgreich zu sein. Warum sich nicht öfter zusammentun, um sich gemeinsam gegen gesellschaftliche Auflösungserscheinungen in einigen Regionen des Ostens, aber nicht nur da, zu stemmen? Doch bisher verhindert ein, wie ich finde, kurioser Streit mehr Kooperation.

Wer Geschwister hat, kennt, dass es mitunter einen unnachgiebigen Streit untereinander gibt. Bei diesem Streit geht es oft um vermeintlich Kleines, was sich aber zu etwas Großem auswachsen kann und vor allem der Unterscheidung und Unterscheidbarkeit dient. Ähnlich mutet der Streit zwischen kultureller und politischer Bildung an, speziell, wenn es um den außerschulischen Bereich der Kinder- und Jugendbildung geht. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen ist die vermeintliche Zweckfreiheit der kulturellen und die Zweckbestimmung der politischen Bildung.

Werfen wir zuerst einen Blick in den Schulalltag: Sowohl im Fach Politik bzw. Gemeinschafts- oder Sozialkunde, wie es in den verschiedenen Bundesländern bezeichnet wird, als auch in den künstlerischen Schulfächern Kunst, Musik und Theater, wird ein »Zweck« verfolgt. In den Rahmenlehrplänen sowie Curricula ist festgelegt, welche Inhalte bzw. Kompetenzen in den Fächern vermittelt werden sollen. Die genannten Schulfächer unterscheiden sich zwar mit Blick auf den Gegenstand, aber nicht hinsichtlich ihrer Vorprägung durch die Kultusministerien. Es ist richtig und gut, dass die künstlerischen Schulfächer eben nicht der »Erholung« von anderen Disziplinen dienen, sondern selbstverständlich wie andere Fächer prüfungsrelevante Inhalte vermitteln.

Auch die außerschulische kulturelle Kinder- und Jugendbildung ist nicht so zweckfrei, wie teilweise behauptet. Wer in einer Musikschule ein Instrument lernt, wer in einer Theatergruppe mitspielt, wer sich als Kind im Ballett »quält«, verfolgt ganz klar einen Zweck und das gilt auch für die entsprechenden Einrichtungen der kulturellen Bildung, die ihrem Selbstverständnis nach teilweise der Vorbereitung des künstlerischen Nachwuchses dienen, d. h. der Zweck ist klar definiert.

Auch wenn dieser Zweck außer Acht gelassen wird, ist kulturelle Bildung stets Bildung, d. h. mit ihr wird ein pädagogisches Ziel verfolgt. Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür ist das Programm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Programm dient dazu, Kindern und Jugendlichen, die einen eingeschränkten Zugang zu Bildung haben, außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung zu ermöglichen. Die Programmpartner, Verbände und Organisationen haben jeweils eigene spartenspezifische Programme entwickelt, in denen beschrieben wird, welche Maßnahmen gefördert werden können und welche nicht. Die Programmpartner ihrerseits reichen die Mittel an die Organisationen vor Ort weiter, die die Maßnahmen in einem Bündnis von mindestens drei Partnern durchführen. In der Evaluierung des Programms war eines der Kriterien, ob dieser Förderzweck erreicht wird.

Denn in den Zwecken unterscheidet sich kulturelle Bildung grundlegend von Kunst, die für sich in Anspruch nehmen kann, zweckfrei zu sein. Was nicht ausschließt, dass sich Künstler politisch positionieren und äußern. Dies kann in Form von politischen Positionierungen geschehen oder durch die Kunst selbst. Eine ganze Reihe von Künstlern der unterschiedlichen künstlerischen Sparten verstehen sich und ihre Kunst ausdrücklich als politisch. Sie wollen damit wirken und tun dies mit den Mitteln der Kunst. In diesem Schwerpunkt sind Fotos von künstlerischen Arbeiten zu sehen, mit denen die Künstler auch politische Absichten verfolgen und eine gesellschaftliche Debatte suchen. Ein Stück weit Kunst als Mittel zum Zweck.

Die politische Bildung ihrerseits verfolgt pädagogische Ziele und ist dem wichtigen Zweck verpflichtet, die Demokratie zu vermitteln. Sie ist in meinen Augen auch dazu aufgerufen, für die Demokratie zu begeistern. Das geschieht durch vielfältige Formate und mittels unterschiedlicher Akteure. Wichtige Akteure sind in diesem Feld die freien Träger, die Volkshochschulen, die Gewerkschaften, die politischen Stiftungen, Gedenkstätten, Geschichtsmuseen, die evangelischen und katholischen Akademien und viele andere mehr. Sie stehen für Trägerpluralismus und für unterschiedliche Positionen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) als nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bietet ihrerseits direkt Materialien, Seminare, Reisen, Bücher, Online-Dossiers und anderes mehr zur politischen Bildung an und ist zugleich Zuwendungsgeber für Maßnahmen der politischen Bildung.

In der Praxis gibt es zahlreiche Berührungspunkte und Schnittflächen zwischen politischer und kultureller Bildung. Zum einen nutzt die politische Bildung kulturelle Bildung als Methode. Mit Mitteln der kulturellen Bildung werden Inhalte der politischen Bildung vermittelt. Zum anderen treffen sich politische, historische und kulturelle Bildung beispielsweise in der Arbeit von Gedenkstätten oder Geschichtsmuseen. Beides sind Kulturorte, die kulturelle Bildung hat inzwischen einen festen Platz in diesen Orten und zugleich wird politisches und historisches Wissen vermittelt. Das im Koalitionsvertrag angekündigte Programm »Jugend erinnert« wird sich in genau diesem Schnittfeld bewegen müssen.

Ganz klar unterschieden werden muss zwischen Zwecken von Bildung und politischer Ideologie. Dass sowohl Kunst, kulturelle als auch politische Bildung zu ideologischen Zwecken missbraucht werden können, ist unstreitig. In unserer jüngeren Geschichte gibt es ausreichend Beispiele – denn auch böse Menschen haben Lieder.

Wenn in unser Nachbarland Polen geblickt wird oder nach Ungarn, wird anschaulich, was es bedeutet, wenn populistische Regierungen das Sagen haben und wie massiv sie Kunst, Kultureinrichtungen, die Medien und die kulturelle Bildung beeinflussen können. Doch das hat nichts mit der politischen Bildung per se zu tun, sondern mit politischer Repression und staatlicher Beeinflussung von Kunst und Kultur. Allen Versuchen einer solchen ideologischen Vereinnahmung muss entschieden entgegengetreten und den Anfängen gewehrt werden. Ich bezweifle aber, ob der Appell an die Zweckfreiheit der kulturellen Bildung dabei tatsächlich hilft. Ich bin vielmehr der Meinung, dass es wichtig ist, für eine starke Demokratie einzutreten, die die Freiheitsräume der Kunst sichert und Diskursräume bietet, um sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

Denn eigentlich wollen die beiden Geschwister politische und kulturelle Bildung doch das Gleiche, die Menschen stark zu machen. Ich bin davon überzeugt, dass sie ihre gemeinsamen Ziele in Kooperation noch besser erreichen können. Gesellschaftliche Auflösungserscheinungen können nur gemeinsam erfolgreich bekämpft werden. Der kulturellen und der politischen Bildung ist deshalb mehr Mut zur Kooperation zu wünschen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

THEMA

Freiheit in geregeltem Raum erlernen

Politische Bildung – ein historischer Abriss

CORNELIA KLEPP

Das heutige Verständnis von politischer Bildung beruht auf dem Erziehungsideal der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. John Locke sprach bereits im 17. Jahrhundert von dem »Naturzustand« der bürgerlichen Freiheit. Demnach ist der Mensch ein Wesen, das von Natur aus für ein gemeinschaftliches Zusammenleben geschaffen sei. Dieses müsse durch einen »Gesellschaftsvertrag« geregelt werden. Jean-Jacques Rousseau ging davon aus, dass bereits in der Natur gemeinsame Regeln vorgeschrieben sind, aus denen gleichsam eine »eingezäunte« oder eine »geregelte Freiheit« resultiere, in der sich jeder Einzelne frei entwickeln könne, solange er die Freiheit des anderen nicht beeinträchtige. Die Erziehung zur Mündigkeit dient als Rahmen, um sich im entsprechenden Freiheitsraum bewegen zu können. Folglich muss jeder Mensch dazu durch Erziehung befähigt werden. Ausgehend von Immanuel Kants Forderung nach der Erziehung zum »mündigen Bürger«, dem Aufbegehren gegen die ständische Obrigkeit und der Forderung nach Individualismus und Selbstbestimmung begann die bürgerliche Emanzipation, die die Grundlage für die Entwicklung unseres heutigen Verständnisses von politischer Bildung bildet.

Bis ins 18. Jahrhundert wurden Kinder und Jugendliche als unvollständige Erwachsene betrachtet. Erst mit dem Aufkommen der Aufklärung ist die Kindheit als eigene Lebensphase entdeckt worden, die mithilfe der Erziehung die bestmögliche Entwicklung des Individuums und jene der bürgerlichen Gesellschaft garantieren wollte. In Kindern und Jugendlichen stecke von Natur aus die Veranlagung zum vollkommenen Menschen bzw. Bürger. Die Kinder und Jugendlichen müssten aber zuerst entsprechend »zugerichtet«, d. h. erzogen werden, um schließlich in vollendeter Form Teil der bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Dem Gehorsam der Kinder wurde ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Gerade aus diesem Ansinnen heraus resultiert eine – auch heute noch existierende – Ambivalenz des Begriffs politische Bildung, da sie bis Mitte des 20. Jahrhunderts immer wieder zu Indoktrination und der Schaffung von braven Untertanen instrumentalisiert worden ist.

Um 1800 war die Orientierung an der Erziehung zur Mündigkeit in der pädagogischen Diskussion und Praxis zentral. In Frankreich hat sich bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein fortschrittlicher Diskurs entwickelt. In Deutschland strebte die Strömung des Neuhumanismus – beeinflusst durch Wilhelm von Humboldt – die »allgemeine Menschenbildung« an, deren Ziel die Schaffung des »wahren Menschen« war. Die Forderungen waren, Bildung als Selbstzweck des Individuums zu verstehen, die Einführung eines Einheitsschulwesens und die Aufhebung der ständischen Bildungsgrenzen.

Seit den 1830er Jahren verlagerte sich die »Menschenbildung« zusehends auf die instruktive Ebene und die indoktrinäre und manipulative Komponente verstärkte sich. Mithilfe der »Bürger- oder Staatsbürgerkunde« und der »Vaterlandskunde« sollten die Grundsätze der bürgerlichen »Zivilisation« in das kollektive und damit auch in das individuelle Bewusstsein eingeschrieben werden. Diese Form der staatsbürgerlichen Kunde entwickelte sich in Deutschland und der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert und entsprach keineswegs dem aufgeklärten Ideal der Selbstbestimmung. Zunehmend wurde die Liebe zum Vaterland und die Erziehung zum braven Staatsbürger in den Mittelpunkt des Unterrichts gerückt. Durch dieses Bekenntnis zu Staat und Nation konnten zumindest oberflächlich die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze verdrängt werden. Gleichzeitig ist aber dadurch der Boden für die nachfolgenden faschistischen und autoritären Erziehungskonzepte des 20. Jahrhunderts aufbereitet worden. Im Deutschen Kaiserreich ist die Betonung der Treue und Loyalität zum Vaterland in den »Allgemeinen Bestimmungen betreffend das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen« seit 1872 verbrieft. Die »Allerhöchste Ordre« von Wilhelm II. aus dem Jahr 1889 legte den Grundstein für das eigenständige Fach »Staatsbürgerkunde« an höheren Schulen in Preußen im Jahr 1911. Bedingt wurde diese Entwicklung auch durch das 1871 eingeführte allgemeine Wahlrecht für Männer, wonach eine »Unterweisung der Wahlberechtigen« stattfinden musste. In der Habsburgermonarchie waren die Entwicklungen ähnlich. Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht durch das Reichsvolksschulgesetz von 1869 und dem Männerwahlrecht 1907 gewann die Diskussion um eine Bürger- und Staatskunde zunehmend an Bedeutung. 1908 kam es schließlich zur Implementierung des Faches »Bürgerkunde« in der gymnasialen Oberstufe. Sowohl in Deutschland wie auch in Österreich stand wiederum die Bindung an die Nation im Vordergrund. Die Auseinandersetzung mit politischen Problemen im Unterricht fand nicht statt bzw. aktuelle politische Themen wurden ignoriert.

In der Zwischenkriegszeit verliefen die Entwicklungen in Deutschland und Österreich ähnlich. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde zumindest über eine inhaltliche Neuorientierung der politischen Bildung der Bürger diskutiert. Relativ schnell schlossen sich die Länder aber wieder patriotistisch-nationalistischen Denkkonzepten an, die sowohl im Fortwirken bildungspolitischer Traditionen als auch im Bedeutungsgewinn autoritärer und faschistischer Ideologien begründet liegen.

Im Nationalsozialismus und während der Zeit des Zweiten Weltkrieges fand die politische Instrumentalisierung des Schulbereichs ihren Höhepunkt. Nahezu alle Fächer des schulischen Fächerkanons sind für die politische Indoktrinierung der Schüler missbraucht und Politik und politische Propaganda auf das Engste mit Schule verwoben worden. Während der NS-Zeit kam es zu einer Überbetonung des Nationalen. Die körperliche Ertüchtigung und – wie Adolf Hitler es in »Mein Kampf« schon schrieb – das »Heranzüchten kerngesunder Körper« sowie die Zurückdrängung der intellektuellen Ausbildung stellten die Grundpfeiler für das nationalsozialistische Erziehungsideal dar. Der nationalsozialistische Staat kann daher als Erziehungsstaat charakterisiert werden. Jeder gesellschaftliche Bereich war von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen. Dies schloss auch vermeintlich private Bereiche wie Arbeit oder Freizeit mit ein.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand der gesamte Bildungsbereich vor einem Trümmerfeld. Die Politische Bildung war schwerstens korrumpiert. Nach 1945 gab es bezogen auf Deutschland und Österreich divergierende Entwicklungen. Bereits am 2. August 1945 beschlossen die Besatzungsmächte im Potsdamer Abkommen, dass Deutschland mithilfe des Erziehungswesens demokratisiert werden sollte und verordneten umfassende Re-Education-Maßnahmen. Dieser Verpflichtung ist es geschuldet, dass sich sowohl die wissenschaftliche Disziplin als auch das eigenständige Unterrichtsfach »Politische Bildung« in Deutschland sehr früh entwickeln konnten. Österreich hingegen berief sich auf die Moskauer Deklaration von 1943 und verstand sich als erstes Opfer des Nationalsozialismus. Aus diesem Grund wurde die Aufarbeitung der unmittelbaren Vergangenheit im (Geschichts-) Unterricht als nicht notwendig erachtet. Politische Bildung fand – wenn überhaupt – dann nur ganz klassisch als Institutionen- und Staatsbürgerkunde statt. Der Opfermythos wurde bis weit in die 1980er Jahre gehegt. Erst durch die sogenannte Waldheim-Affäre im Jahr 1986 und die Wahl von Jörg Haider zum Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei im selben Jahr kam Bewegung in die öffentliche Debatte und somit auch in die politische Bildung.

Die politische Bildung in Deutschland nach 1945 hat es nicht immer leicht gehabt

In der Bundesrepublik ist bereits 1946 das Fach »Sozialkunde« in Hessen eingeführt worden. Seit den 1960er Jahren gibt es ein solches in allen deutschen Bundesländern, wenn auch mit unterschiedlichen Fachbezeichnungen. Parallel dazu entwickelten sich die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen wie Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Politikdidaktik. Die Politikdidaktik stellte in Deutschland von Beginn an einen wesentlichen Bestandteil in der Ausbildung von Politiklehrern dar und war institutionell an Universitäten und Hochschulen verankert. Den ersten Lehrstuhl für Politikdidaktik in Österreich hat es im Vergleich dazu im Jahr 2008 gegeben. Ein Jahrzehnt später hat sich die Zahl nicht erhöht. Ein eigenständiges Fach Politische Bildung gibt es bis heute nicht für alle Schultypen, sondern meist wird politische Bildung als Kombinationsfach mit z. B. Geschichte, Geografie oder Recht unterrichtet. Auch in der Lehrerausbildung spielt politische Bildung in Österreich immer noch eine sehr bescheidene Rolle. Diese Defizite lassen sich durch die Entwicklungen nach 1945 begründen. Dennoch hat es die politische Bildung in Deutschland nach 1945 auch nicht immer leicht gehabt. Sie geriet in den 1960er und 1970er Jahren immer wieder in den Einflussbereich der unterschiedlichen politischen Lager. Mit dem sogenannten Beutelsbacher Konsens von 1976 gelang es der Politikdidaktik, die politische Polarisierung und Einflussnahme zu überwinden. Der Konsens beruht auf den drei Prinzipien: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und dem Gebot der Vermittlung von Analysefähigkeiten und operationalen Fähigkeiten. Mehr als 40 Jahre nach seiner Entstehung ist der Konsens auch heute noch gültig und ist ein zentrales Dokument der Politikdidaktik.

FOTO: DPA

Jörg Immendorff, »Deutschland in Ordnung bringen« (links, 1983) und »Getarnt durch Baum und Borke wird des Malers Pinsel zum Spaten« (1999)

Cornelia Klepp ist Erziehungswissenschaftlerin und Hochschulprofessorin an der Pädagogischen Hochschule Kärnten

Kulturelle und politische Bildung?

Eine historische und aktuelle Verortung sowie ein Plädoyer für Achtsamkeit

SUSANNE KEUCHEL

In der Kunst liegt ein Weg, die Klassengegensätze zu überbrücken; hier öffnet sich ein Reich, das das arme Kind genauso betreten kann wie das reiche (…). Durch das künstlerische Schaffen in der Schule werden die produktiven Kräfte gestärkt (…), wenn es (das Volk) moralisch und wirtschaftlich wieder gesunden soll«.

Ein historisches Plädoyer im Sinne »Kultur für alle«, so scheint es. Für leichte Irritationen könnte der Begriff »moralisch« sorgen. Aber ist dies nicht aktuell die Erkenntnis, dass eine Wettbewerbsgesellschaft nicht ausreicht für gesellschaftlichen Zusammenhalt? Erfahren nicht Werte, die als Maßstab für politische Entscheidungen zugunsten Kennziffern so lange in den Hintergrund gerückt sind, erneut eine Renaissance? Die Zitate stammen aus Robert Böttchers »Kunst und Kunsterziehung im neuen Reich« von 1933 und es gilt zu hoffen, dass die Ideen Böttcher's keine Renaissance erfahren!

Eine demokratische Gesellschaft tut gut daran, kulturelle und politische Bildung zu trennen

Eine stärkere Einbindung der Moral in Kulturpolitik fordert aktuell auch Beata Szydło in einer Regierungserklärung für Polen: »Der Staat ist (…) auch eine moralische Qualität (…). Es geht um die gesamte Bildungspolitik, aber auch um die Kulturpolitik. Sie muss der Stärkung der patriotischen Einstellungen dienen. Sie muss die großen Möglichkeiten, die der Bereich der Kultur für den (…) Aufbau des polnischen Gedächtnisses bietet, breit nutzen.« In jüngster Zeit werden in Deutschland vereinzelt Stimmen laut, dass kulturelle und politische Bildung stärker kooperieren sollten. Dies mündet teilweise in die Forderung nach einer gemeinsamen Bundeszentrale für politische und kulturelle Bildung! Ziel ist hier natürlich nicht, populistische Tendenzen zu fördern, sondern – das genaue Gegenteil – diesen entgegenzuwirken.

Im Folgenden werden einige Argumente genannt, warum an der Trennung beider Bildungsbereiche festgehalten werden sollte.

Zu Zielen und Aufgabenfeldern

Der Begriff »kulturelle Bildung« etablierte sich in den 1970er Jahren und soll laut Kinder- und Jugendförderplan des Bundes »jungen Menschen eine Teilhabe am kulturellen Leben der Gesellschaft erschließen. Sie soll zum differenzierten Umgang mit Kunst und Kultur befähigen und zu einem gestalterisch-ästhetischen Handeln«. Zentral sind dabei das Prinzip der Selbstbildung und ein subjektorientierter Ansatz. Hintergrund ist eine bewusste Gegenbewegung zur Praxis der sogenannten »alten Kulturpädagogik«, die zur Kultur erzog und einen verbindlichen Kulturkanon voraussetzte.

Politische Bildung ist Demokratieerziehung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung beispielsweise sieht die Aufgabe in der Vermittlung von »Grundlagen der demokratischen Gesellschaftsordnung (…). Dazu zählen der verbindliche Wertekonsens ebenso wie die unstrittigen demokratischen Spielregeln und Leitbilder, auf deren Boden sich politische Praxis vollzieht.« Neben der Festigung des »demokratischen Bewusstseins« geht es laut Bundeszentrale für politische Bildung auch darum, »die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken«.

Unterschied im Umgang mit Werten

Kulturelle Bildung vollzieht sich in der Auseinandersetzung mit den Künsten. Dies geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern innerhalb gesellschaftlicher Wertevorstellungen. Der entscheidende Unterschied zur politischen Bildung liegt in der Zielgerichtetheit der Wertevermittlung. Kulturelle Bildung und die Künste stärken einen spielerischen Umgang mit Normen und Werten und bieten so einen Diskursraum für individuelle Aushandlungsprozesse. Der Mehrwert liegt in dem Medium der Künste, das nicht mit »richtig« oder »falsch« operiert, und dadurch Freiraum für Innovation und gesellschaftlichen Wandel ermöglicht. Eine zielgerichtete Wertevermittlung wie in der politischen Bildung würde diesen Freiraum ad absurdum führen.

Das »Sinnliche«, das mit ästhetisch-künstlerischen Erfahrungen einhergeht, steht ebenfalls im gewissen Widerspruch zu dem Überwältigungsverbot der politischen Bildung im Beutelsbacher Konsens. So ist es nicht erlaubt, Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern. Diese Gefahr kann jedoch bestehen, wenn ästhetische Erfahrungen mit einer zielgerichteten politischen Botschaft verbunden werden. Der Nationalsozialismus ist ein Beleg hierfür.

Fazit

Nicht zuletzt aufgrund zunehmender Heterogenität war kulturelle Bildung lange nicht mehr so im Fokus gesellschaftspolitischer Diskurse wie heute. Allein die Auswahl von kulturellen Ausdrucksformen kann heute als politisches Statement gedeutet werden. Unterstreicht der Musikunterricht, der nur die europäische Halbtontechnik thematisiert, möglicherweise die Dominanz eines westlich-europäischen Kulturkanons? Und der, der die Vierteltontechnik integriert, ein ähnliches Statement, wie der Islam gehört zu Deutschland?

Aus diesen Gründen tut eine demokratische Gesellschaft gut daran, politische und kulturelle Bildung zu trennen. Denn sie braucht beide Perspektiven: ein klares Bekenntnis zu gemeinsamen Regeln und Werten einer Gesellschaft und Freiräume für den Einzelnen, um eigene Haltungen zu entwickeln und so gesellschaftliche Transformation zu ermöglichen. Friedrich Schiller spricht hier von dem »dynamischen Staat«, beruhend auf den Rechten des Menschen, dem »ethischen Staat«, beruhend auf den Pflichten des Menschen und dem »ästhetischen Staat«, dessen Aufgabe er wie folgt auf den Punkt bringt: »Freiheit zu geben durch Freiheit ist das Grundgesetz dieses Reichs.«

Susanne Keuchel ist Direktorin der Akademie für Kulturelle Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V.

FOTO: DPA

Die »Church of Fear« wurde zu Beginn des Irakkrieges im März 2003 unter anderem vom Aktionskünstler Christoph Schlingensief mitbegründet

Gemeinsames Ziel, verschiedene Wege?

Kulturelle und politische Bildung

MAX FUCHS

Der Begriff der Bildung ist ein attraktiver Begriff. Man verwendet ihn in den verschiedenen Wissenschaften, in der Philosophie, in der Politik und in der öffentlichen Kommunikation. Weil er ein attraktiver Begriff ist, kommunizieren Menschen, Institutionen, Parteien und Regierungen ihre jeweiligen Anliegen gerne unter diesem Label. Allerdings sind diese Anliegen sehr verschieden. Die einen denken bei Bildung an Qualifikation und an den Arbeitsmarkt, andere denken an die Oper und an Johann Wolfgang von Goethe, und wieder andere denken an politische Debatten.

Oft hilft ein Blick in die Geschichte eines Begriffs, um eine solche Vielfalt von Verständnisweisen zu sortieren und ihre Berechtigung zu überprüfen. Der Bildungsbegriff gehört neben Aufklärung und Kultur zu den »Neuankömmlingen in der deutschen Sprache« gegen Ende des 18. Jahrhunderts, so seinerzeit der Berliner Philosoph Moses Mendelssohn. Er löste den in der Aufklärung verwendeten Begriff der Erziehung ab, was mit einem Paradigmenwechsel verbunden war: Bei dem Erziehungsbegriff geht es darum, dass ein wissender Erwachsener einem unwissenden »Zögling« in einer pädagogischen Einbahnstraße Wissen vermittelt. Bildung dagegen ist – etwa im Verständnis von Wilhelm von Humboldt – wesentlich Selbstbildung.

Solche Debatten über Bildung und Erziehung haben eine lange Geschichte. Insbesondere ist an den prominenten Slogan »Bildung für alle« des tschechischen Philosophen Johan Comenius zu erinnern, den er Mitte des 17. Jahrhunderts seiner »Großen Didaktik« voranstellte. Zur gleichen Zeit formulierte der englische Philosoph Francis Bacon das programmatische Motto: »Wissen ist Macht«, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts von der Sozialdemokratie aufgegriffen worden ist.

Allerdings verwendete man unter den Gelehrten dieser Zeit die lateinische Sprache und sprach von »eruditio«. In diesem Begriff steckt das Wort »roh«, sodass man mit Erziehung »Entrohung« meinte. Man sah nämlich als Ursache für Krieg und Gewalt – gerade nach dem Dreißigjährigen Krieg – das Rohe, Tierische und Triebhafte im Menschen, weswegen dies auszutreiben war.

Was nutzt an dieser Stelle diese historische Bildung? Man kann erkennen, dass »Bildung« ein emanzipatorischer Begriff ist. Es geht um Frieden, es geht um die demokratische Perspektive einer »Bildung für alle«, es geht aber auch um Macht, so wie Francis Bacon es sagte. Dies gilt auch für Wilhelm von Humboldt. Er wollte einen liberalen Staat, der wiederum aktive und kluge Bürger benötigte. Seine Auseinandersetzung mit dem Bildungsbegriff findet sich daher in der frühen staatstheoretischen Schrift »Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen«. Dies bedeutet, dass das Attribut »politisch« eigentlich unnötig ist: Der Bildungsbegriff ist von seiner Genese her immer schon ein emanzipatorischer und politischer Begriff. Insbesondere wendet er sich gegen eine bloße Anpassung an die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Auch das Attribut »kulturell« wäre vor dem Hintergrund der Begriffsgeschichte nicht nötig. Denn Wilhelm von Humboldts Freund Friedrich Schiller formulierte in seinen »Briefen zur ästhetischen Erziehung« die politische Vision, dass der Mensch, der in einer von der Außenwelt abgeschotteten Oase Freude an der Freiheit einer künstlerischen Gestaltung entwickelt, diese Lust an der Freiheit auch auf die Gestaltung der Gesellschaft überträgt. Auch eine so verstandene kulturelle Bildung hat eine politische Dimension.

Diese Vision ist bis heute aktuell und hat einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Kulturpolitik gehabt, wie man etwa bei Hermann Glasers »Bürgerrecht Kultur« nachlesen kann. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) vor einigen Jahren den Slogan formuliert: »Kulturelle Bildung ist soziale Bildung und zum Teil auch politische Bildung«. Zurzeit scheint auch der Kunstbetrieb diese politische Dimension vermehrt neu zu entdecken.

Trotzdem gibt es Bemühungen, kulturelle von politischer Bildung strenger abzugrenzen. Eine solche Abgrenzung gelingt umso leichter, je enger man beide Begriffe fasst. Wenn man politische Bildung sehr stark auf die Tätigkeit des Staates konzentriert, was einer Tradition in Deutschland entspricht, und wenn man andererseits kulturelle Bildung auf einen eher apolitischen Umgang mit den Künsten beschränkt, dann ist eine Unterscheidung leicht. Wenn man aber zu dem Politischen auch die Diskussionen und Debatten, die außerstaatlichen Interventionsformen von Interessensgemeinschaften und Verbänden oder die öffentlichen Politikdebatten zählt und daran denkt, dass man für all diese Partizipationsprozesse eine geeignet gebildete Persönlichkeit braucht, dann wird diese Abgrenzung schwieriger. Es entstehen nämlich genau die Persönlichkeitsdispositionen in einer kulturpädagogischen Praxis, die man in der Politik benötigt.

Auch wenn die Abgrenzung in diesem Falle schwerer fällt, bedeutet das nicht, dass politische und kulturelle Bildung identisch sind. So ist es etwa keine Aufgabe der kulturellen Bildung, das notwendige politische Fachwissen zu vermitteln, das man braucht, um erfolgreich intervenieren zu können. Ebenso ist es legitim im Bereich der politischen Bildung, kulturpädagogische Methoden für die eigenen Zwecke zu funktionalisieren, wohingegen man in der kulturellen Bildungsarbeit den Eigensinn einer ästhetischen Praxis – auch mit seiner spezifischen Bildungswirksamkeit – in den Vordergrund stellt. Zudem gibt es in beiden Arbeitsfeldern eigene Trägerstrukturen mit eigenen Traditionen und eigenen weltanschaulichen Orientierungen. Es gibt eigenständige Professionalitäten und entsprechende Ausbildungsgänge und nicht zuletzt gibt es unterschiedliche Haushaltstitel und Programme sowie verschiedene rechtliche Grundlagen.

Neben der politischen Dimension in der unmittelbaren Praxis gibt es in beiden Bereichen Organisationen, deren primäre Aufgabe in der Mitwirkung bei der Gestaltung geeigneter politischer Rahmenbedingungen besteht. In diesem Feld müssen die jeweiligen Fachorganisationen zusammenarbeiten, weil sie dieselben Ziele verfolgen: Es geht um ein Zurückdrängen einer grassierenden neoliberalen Ausrichtung in Politik und Verwaltung, die der kulturellen und der politischen Bildung nicht zuträglich ist.

Aus diesem Grund gibt es eine Initiative zu einer »Kritischen Kulturpädagogik«, eine Sammelbewegung von Wissenschaftlern und Praktikern aus verschiedenen pädagogischen Feldern, die daran erinnert, dass sich der oben beschriebene emanzipatorische Impetus des Bildungsbegriffs keineswegs überlebt hat, sondern dass man gerade heute erneut an das Wissenschafts- und Bildungsverständnis von Wilhelm von Humboldt erinnern muss: dass Forschung und Lehre frei sein müssen und dass es in der Pädagogik immer noch darum geht, eine »proportionierlichste Bildung der Kräfte zu einem Ganzen«, so Humboldt, sicherzustellen.

Max Fuchs ist Erziehungswissenschaftler. Er war von 2001 bis 2013 Präsident des Deutschen Kulturrates

FOTO: ZB-FUNKREGIO OST

Plakate des Künstlers Klaus Staeck 2009 in Halle (Saale)

Aktivierender Begleiter

Hans Jessen im Gespräch mit Thomas Krüger

Thomas Krüger ist seit 18 Jahren Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und kennt entsprechend das Feld der politischen Bildung wie kein anderer. Hans Jessen spricht mit ihm über Vermittlung, Scheitern und Gelingen politischer Bildung.

Hans Jessen: Herr Krüger, Sie sind seit 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Was hat sich in diesen fast 20 Jahren getan? Sind die Zielsetzungen und die Umsetzungsformen der politischen Bildung heute noch die gleichen wie damals?
Thomas Krüger: Die Zielsetzungen der politischen Bildungsarbeit haben sich im Kern nicht verändert. Es geht um Stärkung der Demokratie, um Motivation, an politischer Willensbildung mitzuwirken. Der entscheidende Wandel ist auf zweierlei Weise zu beschreiben: Zum einen finden gesellschaftspolitische Veränderungen auch in Veränderungen der Methoden, Themen und Ansprachen von politischer Bildung ihren Ausdruck.
Z. B.: Eine Erinnerungspolitik, die sich nicht als Erinnerungspolitik in einer Einwanderungsgesellschaft versteht, adressiert wesentliche Fragen der politischen Bildung nur an einen Teil der Gesellschaft. Die Heterogenisierung der Gesellschaft fordert aber Perspektivwechsel und Multiperspektivität z. B. in solchen Fragen wie der Vermittlung des Holocausts, der Geschichte des Nationalsozialismus.
Der zweite große Wandel in der Arbeit der Bundeszentrale ist der Paradigmenwechsel von der Gutenberg-Galaxis ins digitale Zeitalter. Als ich 2000 ins Amt gekommen bin, war die bpb noch mit beiden Beinen tief in der Gutenberg-Galaxis verankert: in tonnenweise gedrucktem Text. Das ist nichts Schlimmes, das ist auch heute noch relevant. Aber die Nutzungsgewohnheiten haben sich verändert, und auch die Distributionswege für die Inhaltsvermittlung haben sich dramatisch verändert. Heute ist der personell größte Bereich der Onlinebereich und nicht mehr der Printbereich.

Sie haben als Aufgabenbeschreibung skizziert: durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte fördern, demokratisches Bewusstsein festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit stärken. In der Abstraktion liest sich das einfach. Zunehmende politische Polarisierung, populistische Wahlerfolge, gesellschaftliche Auseinanderdriftung könnten aber auch zu dem Schluss führen, politische Bildung sei gescheitert?
Politische Bildung befindet sich in einem dauerhaften Diskurs und ist permanent umstritten. Sonst wäre sie nicht politische Bildung. Ein Kernbestandteil politischer Bildung ist das Kontroversitätsgebot. Umstrittene Sachverhalte müssen kontrovers dargestellt werden. Wäre politische Bildung im Kern nicht umstritten, dann hätte sie ihr Ziel verfehlt. So ist Scheitern eigentlich immer ein immanenter Bestandteil des Selbstverständnisses politischer Bildung. Ein Argument, das den einen überzeugt, wird den nächsten überhaupt nicht überzeugen, im Gegenteil. Es gibt nicht den Archetypen des politisch gebildeten Bürgers oder der Bürgerin, sondern die Wahrheit ist der Plural. Das Problem besteht eher darin, dass im Zuge des aufkommenden Populismus die Pluralität von Wahrheit wieder infrage gestellt wird, d. h., nur noch die eine Position für wahr gehalten wird. Da müssen wir mit den verschiedenen Akteuren in der Zivilgesellschaft und im politischen Raum Allianzen schließen, die deutlich machen, dass es ein Wert ist, unterschiedlicher Meinung sein zu dürfen. Was die einen Scheitern politischer Bildung nennen, ist für andere Ausdruck ihres Gelingens.

Das Gebot zur Kontroverse ist ein zentrales Grundprinzip des sogenannten »Beutelsbacher Konsenses« von 1976. Ist diese Festschreibung heute eigentlich noch adäquat? Oder muss sich da was verändern?
Der Beutelsbacher Konsens ist nach wie vor die Grundlage der politischen Bildung. Allerdings müssen sich gesellschaftliche Veränderungen auch in einer weitergehenden Interpretation wiederfinden. Beim Kontroversitätsgebot stellt sich heute die Frage, ob bestimmte populistische oder auch extreme Positionen durch das Kontroversitätsgebot im Angebot der politischen Bildung widergespiegelt sein müssen? Da muss man einfach deutlich machen, dass es auch bei der Kontroversität rote Linien gibt. Und für uns ist ganz klar: Das Grundgesetz setzt den Rahmen. Deswegen sind homophobe Positionen, rassistische Positionen nicht durch das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses gedeckt.
Ein weiterer Aspekt, der didaktisch diskutiert wird, ist die Frage, welche Rolle eigentlich Emotionen in Bildungsprozessen spielen. Emotionslose Bildung hatte das große Manko, dass die Überzeugungskraft nur mit Worten, nur mit rationalen Argumenten allein, nicht zur angestrebten Stärkung politischer Mitarbeit führt. Wir müssen akzeptieren, dass in einer Zeit, in der vor allem audiovisuell kommuniziert und rezipiert wird, Emotionen eine immer stärkere Rolle spielen. Man muss sie kritisch reflektieren, kann sie dann aber gezielt einsetzen.
Emotionen in der politischen Bildung sind eben nicht des Teufels, sondern auch hier muss der Beutelsbacher Konsens insgesamt weitergedacht werden. Beutelsbach 2.0 könnte man das nennen.

Sie selbst sind seit Kurzem Mitglied des Rates für kulturelle Bildung, der von verschiedenen Stiftungen getragen wird. Sollen politische Bildung, kulturelle Bildung und vielleicht auch historische Bildung nicht nur enger aneinanderrücken, sondern eine Teilsynthese eingehen?
Ja, es gibt Interferenzen in der Arbeit, was die Zielgruppen, die Methoden und die Formate betrifft. Es gibt auch gemeinsame Interessen. Es war immer schon ein Ziel der kulturellen Bildung, Persönlichkeitsbildung ins Visier zu nehmen, soziokulturelle Implikationen mit zu adressieren, und sich nicht nur ästhetische Vermittlung auf die Fahnen zu schreiben. Die politische Bildung hat auch in diesem Zusammenhang an Bedeutung gewonnen und wird durch die Kooperationen mit neuen Akteuren auch selbst permanent modernisiert, aktiviert und in anderen Kontexten relevant.

Sie sind nicht die einzigen Akteure der politischen Bildung in Deutschland. Wie wird Ihre Arbeit beeinflusst durch Projekte und Initiativen z. B. von Ministerien?
Man muss aufpassen, dass die politische Bildung nicht sozusagen eine »Versicherheitlichung« durchmacht. Z. B. das Programm »Demokratie leben!« des Bundesjugendministeriums ist ein dezidiert auf Extremismusprävention abgestelltes Programm. Die Ressourcen dort, 100 Millionen Euro, haben den Gesamtmarkt der politischen Bildung in Deutschland stark beeinflusst und auf Sicherheitsaspekte abgezielt. Aber politische Bildung kann nicht nur auf einen Aspekt wie die Sicherheit fokussiert werden, sondern muss als plurale Veranstaltung die gesamte Gesellschaft in ihrem Facettenreichtum in den Blick nehmen. Politische Bildung ist von ihrem Naturell her eine Art begleitendes Instrument für gesellschaftlichen Wandel. Deshalb wird sie immer in der Situation sein, nie ans Ziel zu gelangen, sondern sie wird von jeder neuen gesellschaftlichen Formation neu herausgefordert. Ein praktisches Beispiel: Politische Bildung funktioniert besonders gut bei den Leuten, die schon politisch gebildet sind. Das lockt die politische Bildung natürlich in Formate, in denen man die Erfolge spürt, sich positive Feedbacks einholt. Aber, und diese Frage müssen wir stellen, ist politische Bildung nicht auch und gerade für Menschen, die neu in unser Land kommen, für diejenigen, die benachteiligt sind, die keine Bildungserfolge in der Schule haben, ein Instrument, was sie sehr gut gebrauchen können, um ihre politischen Interessen zu markieren und sich zu positionieren? Natürlich. Aber das heißt dann wieder, man muss komplett neue Wege gehen, weil ein Mensch, der vielleicht nicht so bildungserfolgreich ist, keine dicken Bücher liest, sondern eher audiovisuell unterwegs ist, auf den traditionellen Wegen von uns kaum erreicht wird.

Den Befund werden viele teilen können. Welchen strategischen Ansatz leiten Sie daraus ab?
Wir als staatliche Behörde haben es schwer, in bestimmten Zielgruppen glaubwürdig rüberzukommen. Deshalb schließen wir Allianzen mit Influencern, man kann auch sagen »Brückenmenschen«, die in den sozialen Medien aktiv sind. Gemeinsam mit ihnen erreichen wir soziokulturelle Milieus, an die wir sonst nicht rankommen. Z. B. bei dem Thema »Auseinandersetzung mit Salafismus« haben wir mit vielen Experten lange überlegt, wie man das zielgruppengerecht angehen könnte. Schlussendlich haben wir mit einer Youtuberin und Influencerin zusammengearbeitet, die eigentlich eine Beauty-Bloggerin ist, also Schminke und Ähnliches auf ihrem Kanal bespricht. Mit ihr haben wir das Format »travellingIslam« entwickelt und die »Begriffswelten« des Islams in kurzen animierten Videos präsentiert: Was ist die Umma? Was ist die Scharia? Das sind stark frequentierte Videos geworden, die nicht zuletzt aufgrund der türkischen Wurzeln der Youtuberin auch verstärkt junge Muslimas ansprechen. Die erzählen das wieder weiter, erzählen es ihren Freunden. Dann wird kontrovers diskutiert. Natürlich auch darüber, dass die Bundeszentrale dahintersteckt. Aber die Youtuberin selbst steht hinter diesem Projekt.
Die Zusammenarbeit mit Influencern in den sozialen Medien führt also zu Diskussionen und Auseinandersetzungen in Bereichen der Gesellschaft, die bisher nicht an politischer Bildung partizipiert haben. Das Projekt »Begriffswelten Islam« wurde bis heute rund 800.000 Mal angesehen.
Ein anderes Beispiel ist der allseits bekannte Wahl-O-Mat. 15,7 Millionen Nutzer haben den Wahl-O-Mat bei der letzten Bundestagswahl ausprobiert. Das ist ein Viertel aller wahlberechtigten Bürger, von denen Millionen anschließend weitere Informationen bei uns abgefragt haben. Wenn man so will, ist der Wahl-O-Mat das reichweitenstärkste Instrument politischer Bildung in Deutschland.

Wird es nach Ihrer Auffassung in 20 Jahren noch eine Form von institutionalisierter politischer Bildung mit Bundeszentrale und Landeszentralen geben, so wie wir sie heute haben? Oder besichtigen wir diese Organisationsformen entweder im Museum oder auf dem Müllhaufen der deutschen Geschichte?
Ich glaube, als aktivierender Begleiter demokratischer Entwicklung gehört politische Bildung zum gesellschaftlichen Code dieses Landes. Sie ist auch Reflexion darüber, wie wir in unserem Land zusammenleben, wie wir es politisch gestalten wollen. Das tut diesem Land sehr gut.
Der Schlüssel für die Zukunft: Als Institution dürfen wir nicht einfach nur Produzenten sein. Wir müssen diejenigen, die an politischer Bildung partizipieren wollen, aktiv mitbestimmen lassen, welche Themen verhandelt werden, wie die Formate aussehen, wie die Inhalte letztendlich ausgestaltet werden. Da müssen wir als Zentrale auch ein Stück Kontrollverlust akzeptieren.
Auch in der Zukunft wird keine Gesellschaft von Gleichen existieren, sondern wir sind eine Gesellschaft von Ungleichen. In dieser Gesellschaft von Ungleichen muss es verschiedene Angebote, verschiedene Wahrheiten, verschiedene Interpretationen geben. Eins dürfen wir allerdings nicht vergessen: Auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich drastisch. Der Kapitalismus nimmt autoritärere Formen an. Das erfordert auch ein offensiveres Ausgestalten der Instrumente politischer Bildung. Will sagen: Es geht nicht nur um Wissensvermittlung, sondern auch um Aktivierung. Bildung hatte immer, vielleicht als einzige der Geisteswissenschaften, den Anspruch, Gesellschaft auch zu verändern.

Dankeschön.

Thomas Krüger ist Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Hans Jessen ist freier Journalist und Publizist. Er war langjähriger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Demokratie braucht politische Bildung

Die Arbeit Freier Träger

INA BIELENBERG

Über politische Bildung wird wieder gesprochen! So hat z. B. der 15. Kinder- und Jugendbericht, den die Bundesregierung am Ende der letzten Legislatur veröffentlicht hat, die politische Bildung ins Zentrum seiner Ausführungen gestellt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat mit über 100 Millionen Euro eines der größten Sonderprogramme aller Zeiten, »Demokratie leben!«, in dem es im Kern um politische Bildung geht, aufgelegt. Und nun hat sich auch der Deutsche Kulturrat entschieden, eine Ausgabe seiner Zeitung Politik & Kultur diesem Arbeitsfeld zu widmen. Endlich, ist man versucht zu sagen, endlich wird über politische Bildung wieder gesprochen, es wurde höchste Zeit, diesem Teil der Bildungsarbeit wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken als in den letzten Jahren.

Aber über was wird da eigentlich gesprochen? Was ist politische Bildung? Politische Bildung mit jungen und erwachsenen Menschen beruht auf den Prinzipien Freiwilligkeit, Partizipation, Wertorientierung, Lebensweltbezug, Teilnehmendenorientierung und, wenn sie nicht Unterrichtsfach ist, und davon soll hier die Rede sein, dann findet sie an einem außerschulischen Lernort statt wie z. B. der Bildungsstätte. Auf der Grundlage dieser Prinzipien will politische Bildung Menschen dabei unterstützen, gesellschaftliche Strukturen und politische Verfahren zu verstehen, ihre Interessen zu klären und zu formulieren und sie will sie befähigen und motivieren, sich zu engagieren, um diese Interessen selbst vertreten zu können. Achim Schröder hat im Handbuch außerschulische Jugendbildung folgende tragfähige Definition dafür angeboten: »Politische Jugendbildung ist die Unterstützung und Förderung von selbsttätigem Handeln durch pädagogisch reflektierte Angebote mit dem Ziel, sich mit den Angelegenheiten des demokratischen Gemeinwesens zu beschäftigen, sich selbst im Politischen zu verorten und auf diese Weise Zusammenhänge herzustellen.«

Es geht also in der außerschulischen politischen Bildung nicht ausschließlich darum, Wissen zu vermitteln über »die« Politik, sondern, anknüpfend an die Lebenswelt der Teilnehmenden, den Zusammenhang zwischen ihrer Lebenssituation und den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich zu machen und die Motivation sowie die Kompetenzen zu vermitteln, sich selbst aktiv einzubringen.

Das kann z. B. in Form eines Alternate Reality Games sein, das spielerisch und spannend dazu führt, politische Verhältnisse zu bedenken und die eigene Wahrnehmung und gewohnte Nutzung von Medien kritisch zu hinterfragen. Oder im Rahmen einer Ausstellung zum Thema Heimat und Fremde, die Geflüchtete gemeinsam mit deutschen Teilnehmenden erarbeitet und erstellt haben, nachdem sie eine Exkursion in das Auswanderermuseum nach Hamburg unternommen haben. Oder in einer Zukunftswerkstatt mit aktiven Klassensprecher/-innen, die Demokratie- und Partizipationsprojekte für ihre Schulen entwickeln. Oder im internationalen Sommercamp, in dem junge Menschen aus acht Nationen gemeinsam Strategien gegen den Rechtsruck in Europa diskutieren.

Dieser ganz kurze Blick auf aktuelle Projekte politischer Bildung will deutlich machen, dass sich politische Bildung entwickelt hat, vielseitig aufgestellt und immer daran interessiert ist, neue Themen aufzugreifen, veränderte Formate anzubieten, Methoden weiterzuentwickeln. Diese Vielfalt, die Innovationsfreude und der Ideenreichtum politischer Bildung sind nicht bei allen angekommen. Immer wieder wird das Vorurteil von politischer Bildung als gymnasialem Stuhlkreis vermittelt, bei dem es um die Aneignung von Techniken oder Verfahrensweisen politischer Entscheidungsfindung in Parlamenten und Gremien geht. Wenn dies die Realität außerschulischer politischer Bildung beschreiben würde, dann hätten Bildungsstätten und andere Einrichtungen und Träger politischer Bildung schon vor Jahren – zu Recht – schließen müssen, denn selbst hoch motivierte Gymnasiasten würden sich einem solchen Angebot nicht freiwillig unterwerfen.

Nein, das Arbeitsfeld und die Angebote sind interessant, vielfältig und ausdifferenziert. Freie Träger wie Bildungsstätten und Bildungswerke, Jugendverbände, kirchliche Einrichtungen wie katholische und evangelische Akademien, Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Organisationen wie z. B. die Verbände von Arbeit und Leben, Migrantenvereine, Volkshochschulen, Initiativen und Vereine und nicht zu vergessen die parteinahen Stiftungen halten ein breites Angebot politischer Bildung vor. Sie tun dies in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den staatlichen Akteuren, der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung, mit denen sie gemeinsam Verantwortung für die politische Bildung der Bürgerinnen und Bürger tragen. So hat z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) schon vor Jahren den sogenannten »Runden Tisch« ins Leben gerufen, an dem sich zweimal im Jahr die freien Träger mit den Verantwortlichen der bpb treffen, um gemeinsam über gesellschaftspolitische Themen, Herausforderungen und Entwicklungen zu diskutieren sowie Förderfragen zu beraten.

Mit an diesem Runden Tisch sitzen auch die Dachverbände auf Bundesebene, von denen einige aktuell ein großes gemeinsames Projekt unter dem Titel »Empowered by Democracy« umsetzen. Dazu gehören der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR) und die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET). Träger des Projektes ist der Bundesausschuss politische Bildung.

Am Anfang des Projektes stand die Frage »Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?« sowie die Überzeugung, dass Partizipations- und Bildungsangebote auch diejenigen erreichen müssen, die erst seit kurzer Zeit in Deutschland leben. Die Träger haben sich zum Ziel gesetzt, Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen frühzeitig zu einer aktiven Wahrnehmung der Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten in Schule, Beruf, Kommune und Gesellschaft zu befähigen. Umgekehrt können, so die Überlegungen, die vielfältigen Erfahrungen dieser Zielgruppe die demokratische Kultur in unserer Gesellschaft bereichern und allen Menschen neue Perspektiven und Lernerfahrungen ermöglichen.

Seit einem Jahr bereits lädt das Projekt »Empowered by Democracy« vor allem junge Menschen mit Fluchterfahrung ein, sich in Seminaren und Workshops mit dem Zusammenleben in der Demokratie auseinanderzusetzen. Es fördert darüber hinaus den Austausch unter den Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und den Aufbau neuer Kooperationen z. B. mit Geflüchtetenorganisationen. Dabei bleibt das Projekt aber nicht stehen. Es will die politische Bildung von einem Angebot für Geflüchtete zu einem Angebot mit Geflüchteten ausbauen. D. h., junge Geflüchtete werden aktuell erfolgreich ermutigt und befähigt, Teamerin oder Teamer zu werden, um in selbst gewählten Formaten Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten.

Das Projekt »Empowered by Democracy« ist ein gutes Beispiel, wie Herausforderungen durch freie Träger politischer Bildung aufgegriffen und neue Zielgruppen integriert werden, wie aber auch neue Kooperationen geschlossen werden, um die Bildungsarbeit zu bereichern. Solche Entwicklungen haben es nicht verdient, wenn Vorurteile wie das von der angestaubten Institutionenlehre herhalten müssen, um die durchaus berechtigte Frage nach der Weiterentwicklung, also der Suche nach attraktiven Formen der Vermittlung, nach interessanten und für Teilnehmende bedeutsamen Themen, die Frage nach der Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen, der Gestaltung von Lernsettings oder der Ansprache und Kommunikation nach außen zu stellen. Denn die Frage nach der Weiterentwicklung muss sich die politische Bildung, wie im Übrigen auch die kulturelle Bildung, immer stellen, und sie tut das auch. Politische Bildung will in Bewegung bleiben, sich immer wieder neu erfinden, um dem Anspruch von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auch in Zukunft gerecht zu werden.

Bei diesem Bemühen steht sie aktuell vor großen Herausforderungen, die mit der Veränderung der politischen Situation in Deutschland und Europa zu tun haben: Einrichtungen wurden und werden angefeindet wegen ihrer queeren Jugendarbeit, Bildungsstätten mussten Absagen anderer Teilnehmenden hinnehmen, weil sie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen hatten, in diversen Landesparlamenten wurden und werden Anfragen gestellt zu angeblich linksextremistischen Umtrieben von Einrichtungen, und internationale Maßnahmen mit Polen oder Russland konnten gar nicht erst stattfinden wegen der angeblichen Gefahr durch Geflüchtete, der sich die Teilnehmenden aus den genannten Ländern nicht aussetzen wollten. Alle Träger und Einrichtungen – nicht nur der politischen Bildung – sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gefordert, Haltung zu zeigen, sich eindeutig und engagiert gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu positionieren und Solidarität mit den angefeindeten Einrichtungen und Trägern zu zeigen.

Politische Bildung wird in der Demokratie gebraucht, um Gelegenheiten zu schaffen, Fragen und Probleme offen ansprechen zu können, um Fremde und Fremdes kennenzulernen, um sich in demokratischen Formen der Auseinandersetzung zu üben. Diese Einsicht ist bei vielen angekommen. Über politische Bildung wird wieder gesprochen – sie hat es verdient.

Ina Bielenberg ist Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), ein Fachverband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

BEUTELSBACHER KONSENS

Der Beutelsbacher Konsens wurde auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitischer oder konfessioneller Herkunft im Herbst 1976 in Beutelsbach beschlossen, um die Grundsätze der politischen Bildung festzuschreiben. Diese bestehen gemäß des Beutelsbacher Konsenses im Überwältigungsverbot (auch Indoktrinationsverbot), dem Kontroversitätsgebot (auch Gegensätzlichkeit) und der Schülerorientierung.
Gemäß dem Überwältigungsverbot dürfen Lehrende Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sie sollen Schülern im Unterricht helfen, sich ihre eigene Meinung bilden zu können. So sollen mündige Bürger ausgebildet werden. Das Kontroversitätsgebot soll Schülern eine freie Meinungsbildung ermöglichen. Entsprechend muss der Lehrende ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren. Das Prinzip Schülerorientierung soll den Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und seine eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen.
Um von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) als Bildungsträger anerkannt und gefördert zu werden, müssen alle drei Grundsätze eingehalten werden.

FOTO: DPA / FOTOREPORT

Theatermacher Christoph Schlingensief hat mit seiner Partei »Chance 2000« für den Bundestag kandidiert, um Kunst und Leben zusammenzuführen

THEMA

Vermittlung von historischer, politischer und kultureller Bildung?

FOTOS: PAOLO CANEVARI (LL)

Marina Abramović, »Stromboli III Volcano«, 2002

FOTOS: PICTURE ALLIANCE / AKG

Basaltsteine vor dem Museum Fridericianum in Kassel für das Projekt »7000 Eichen« von Joseph Beuys, documenta 7, 1982

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

GUNDULA BAVENDAMM

Zwangsmigrationen – Flucht vor bewaffneten Konflikten oder politischer Verfolgung, Vertreibungen, Deportationen, Verschleppungen – besonders von ethnischen und religiösen Minderheiten sind eine bittere Realität dieser Welt und werden es bleiben. Für das erste Ausstellungs- und Dokumentationszentrum in Deutschland und wohl auch in Europa, das diesem Thema gewidmet ist, errichtet die Bundesrepublik Deutschland am Askanischen Platz in Berlin ein neues Gebäude. Eine Dauerausstellung, Sonderausstellungen, ein öffentlicher Lesesaal, Veranstaltungen und ein »Raum der Stille« zur persönlichen Reflexion bilden zukünftig ein neues Forum für historisches Lernen. Kulturelle Bildung bedeutet für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung vor allem historisch-politische Bildung, die durchaus mit künstlerischen Vermittlungsformen einhergehen kann und sollte. Hauptaufgabe ist es, Zwangsmigrationen als ein bisher einem breiten Publikum nur wenig bekanntes Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts in die Öffentlichkeit zu tragen. Insbesondere die politische Ordnungsvorstellung von ethnisch homogenen Nationalstaaten, die Weltkriege und die Dekolonialisierung nach 1945 machten viele Millionen Menschen gegen ihren Willen heimatlos. Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges, als bis zu 14 Millionen Menschen die verlorenen Ostgebiete des Deutschen Reichs und ihre Siedlungsgebiete in Ostmittel- und Südosteuropa verlassen mussten, stellt einen Schwerpunkt der Bildungsarbeit dar. Vor allem die Dauerausstellung, welche diese Geschichte auf ihre Ursachen zurückführt und gleichzeitig in einen europäischen und globalen Kontext einordnet, bietet dafür ein tragfähiges Fundament. Im ersten Teil werden Themen wie Krieg und Gewalt, Nationalstaaten und Minderheiten, Recht und Verantwortung, Verlust und Neuanfang sowie Erinnerung und Kontroverse verhandelt – vor allem in historischer Perspektive, aber durch Fallbeispiele bewusst auch in den Resonanzraum der Gegenwart gestellt. Im zweiten Teil geht es um Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen im Kontext des Zweiten Weltkrieges als Instrumente der ethnischen Neuordnung Europas – eine chronologische Darstellung, die 1933 mit der Vertreibung der Juden beziehungsweise 1938 mit der Expansion des NS-Staates einsetzt. Der dritte Teil zeigt, dass die Aufnahme und Integration von Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland gelang, führt aber zugleich die damit verbundenen sozialen und politischen Konflikte vor Augen, die teilweise bis heute nachwirken. Kulturelle Bildung ist für die Stiftung eine Haltungsfrage. Erstens: Flucht und Vertreibung der Deutschen durch die Siegermächte ist ohne den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg und insbesondere den NS-Rasse- und Vernichtungskrieg und die Besatzungspolitik im Osten nicht zu verstehen. Zweitens: Zwangsmigrationen und Genozid sind kategorial zu unterscheiden, weisen jedoch Berührungspunkte auf. Drittens: Die leidvollen Verlusterfahrungen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ebenso wie der Vertriebenen und Flüchtlinge heute verdienen unser Mitgefühl. Momentan organisiert die Stiftung Workshops, um unterschiedliche Zielgruppen in die Konzeption des Bildungsprogramms einzubinden. Besonders die Beschäftigung mit Exponaten von universeller Symbolkraft gibt Betroffenen Anlass, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Flüchtlinge mit einem völlig anderen kulturellen Hintergrund zeigen dabei lebhaftes Interesse an der Geschichte der Deutschen – kostbares Potenzial für eine wechselseitige Annäherung. Das neue Haus der Stiftung soll ein offener Ort sein, besonders auch für Jugendliche. Ihre Fragen zu einem gesellschaftlich brisanten Thema, ihre Lebenswelt und die ausgeprägte Affinität für das Digitale bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für maßgeschneiderte Bildungsangebote. Gerade das oftmals umstrittene Thema Zwangsmigrationen verlangt Reflexionsvermögen, die Bereitschaft, andere Standpunkte zu respektieren und die Fähigkeit zur Empathie – zivile Tugenden, die wir dringender brauchen denn je. Besucherinnen und Besucher unabhängig vom Alter und von der kulturellen Herkunft darin zu unterstützen, ist ein wesentliches Anliegen der zukünftigen Bildungsarbeit.

Gundula Bavendamm ist Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Militärhistorisches Museum

CINDY DÜRING

Nach zehnjähriger Neukonzeption eröffnete im Oktober 2011 das Militärhistorische Museum (MHM) der Bundeswehr in Dresden seine neue Dauerausstellung. Bei der Überarbeitung der bis dato existierenden Sammlung löste man sich vom klassischen Muster eines Militärmuseums und stellt von nun an Militärgeschichte in seiner facettenreichen Bandbreite bis zur heutigen Zeit mit zahlreichen Verästelungen in die politik-, sozial-, mentalitäts- und kulturgeschichtliche Forschung dar. Die Attraktivität des Museums basiert auf mehreren Säulen und ermöglicht auf eine ganz besondere Art den Besuchern den Zugang zur historischen, politischen sowie kulturellen Bildung.

Das Haus bietet mit dem spektakulären Neubau von Daniel Libeskind ein in Dresden einmaliges Architekturerlebnis. Gleichsam als Bildnis für die vielen Brüche in der deutschen Geschichte wurde der keilförmige Neubau durch das sächsische Arsenalgebäude aus dem späten 19. Jahrhundert getrieben. Im Innern setzen schräge Wände und hohe Schächte das Bild fort und zeugen von zahlreichen Verwerfungen, die die Vergangenheit hervorgerufen hat. Kein rechter Winkel gibt das Maß vor. Einschnitte und neue Sichtachsen laden den Museumsbesucher zur Veränderung seines Standorts, zum Perspektivwechsel mit neuen Erkenntnissen ein. Themen, die man eher weniger mit Militär in Verbindung bringt, wie z. B. Sprache, Mode und Tiere, werden hier in den Mittelpunkt der Ausstellung gerückt. Mithilfe vertikaler Durchbrüche ist es dem Museum gelungen, geschossübergreifende Räume von bis zu 28 Metern Höhe zu schaffen, in denen Großexponate wirkungsvoll in Szene gesetzt werden. Des Weiteren können Verbindungen zwischen Militär und Gesellschaft sowie zwischen Politik und Gesellschaft aufgegriffen werden. Im Erdgeschoss des Keils befindet sich eine 14 Meter hohe »V2 Rakete« aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Spitze dieser ragt in den Ausstellungsbereich »Krieg und Spiel« im Zweiten Obergeschoss, wo sich eine Puppenstube eines kleinen Mädchens aus London befindet. Das Kind veränderte das klassische Spielzeug, in dem es Gasbettchen für seine Puppenkinder aufstellte, die Fenster verdunkelte und einen Schutzraum, einen sogenannten Anderson-Shelter, im Vorgarten aufbaute. Das Spielzeug wurde kriegstauglich gemacht und spätestens hier wird erkennbar, dass aus Spiel Ernst geworden ist und der reale Krieg selbst im Kinderzimmer wahrgenommen wurde.

Zurzeit geht man mit der Sonderschau »Gewalt und Geschlecht. Männlicher Krieg – Weiblicher Frieden« der Frage nach, ob Gewalttätigkeit und Gewaltfähigkeit eine Frage des Geschlechts darstellt. Mithilfe von Abendveranstaltungen unter dem Leitspruch »Forum Museum« schafft das Haus eine Plattform für öffentliche Diskussionen zu aktuellen politischen Themen oder es wird der gegenwärtige Bezug zu historischen Ereignissen sowie Fakten aufgegriffen und debattiert. Die Besucher und Besucherinnen haben bei freiem Eintritt die Möglichkeit, hochkarätige Gäste zu erleben und mit diesen in Diskussion zu treten.

Da es sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee handelt, werden die Abstimmungskarten von Angela Merkel und Gerhard Schröder als Beispiel für die Entscheidungsverfahren im Bundestag ausgestellt. Die Beteiligung der Bundeswehr in Afghanistan wurde vom Deutschen Bundestag in zwei Abstimmungen im November und Dezember 2001 nach Antrag des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder durchgeführt. Daneben ist ein bei einem Anschlag in Kunduz angesprengtes Kraftfahrzeug vom Typ »Wolf« aus dem Jahr 2004 ausgestellt. Das MHM setzt sich durch die Abbildung der aktuellen Einsätze der Bundeswehr somit auch mit der gegenwärtigen Geschichte des (deutschen) Militärs auseinander. Unter anderem wird der vor Kurzem um 13 weitere Monate verlängerte Einsatz in Mali thematisch aufgegriffen.

Museen haben den Anspruch, Geschichte erfahrbar und damit auch leichter verständlich zu machen. Häufig beschränken sie sich dabei auf optische und auditive Mittel. In der Dauerausstellung wurden mithilfe von 25 Stationen spezielle Lernstationen geschaffen, die zur Interaktion einladen. So beschäftigt sich eine dieser Stationen mit dem Schuhwerk von Soldaten der Napoleonischen Kriege und vermittelt so einen Einblick in ihren Alltag. Auf einer Europakarte können die Besucher deren Marschstrecke über mehrere Tausend Kilometer nachvollziehen. Diese körperlichen Strapazen mussten die damaligen Soldaten in Schuhen bestehen, die nicht an die Fußform angepasst waren. Aus Kostengründen waren rechter und linker Schuh gleich geformt, was zahlreiche Fußleiden bewirkte. Die Exponate sowohl in den Vitrinen als auch in den pädagogischen Stationen stehen in einem historischen, kulturellen und politischen Kontext, welcher den Besuchern vermittelt wird. Zu allen Sonderausstellungen sowie zur Dauerausstellung gibt es Vermittlungsangebote speziell für Schulen und Familien. Darüber hinaus werden an ausgewählten Terminen besondere Programmangebote im Rahmen der Schulferien, am Internationalen Museumstag oder auch in der Dresdner Museumsnacht angeboten.

Die Museumspädagogik innerhalb des Bereichs Ausbildung bietet darüber hinaus zahlreiche Führungen für unterschiedliche Altersstufen und Schultypen zu verschiedensten Schwerpunkten an. Das MHM als Dienststelle der Bundeswehr ist aber nicht nur für die Öffentlichkeit da. Im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen »Historisch-politischen Bildung« für Soldatinnen und Soldaten leistet das Museum einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgaben für viele Dienststellen der Bundeswehr. Zusätzlich ist das Museum elementarer Bestandteil in der Ausbildung von Feldwebel- und Offizieranwärtern in der Vorbereitung auf ihre spätere Führungsaufgabe.

Die Bundeswehr selbst unterhält aber nicht nur das MHM in Dresden und dessen auf die Geschichte der militärischen Luftfahrt in Deutschland konzentrierte Außenstelle in Berlin-Gatow. In mehr als 90 Standorten in Deutschland werden mehr oder weniger umfangreiche Lehrsammlungen, militärgeschichtliche Sammlungen und regionale Ausstellungen für die »Historisch-politische Bildung« der Angehörigen der Streitkräfte sowie für die Öffentlichkeit betrieben. Das MHM betreut und berät diese Ausstellungen und Sammlungen, und bildet das Personal dieser Einrichtungen weiter. Mit einer museumsfachlichen Jahrestagung bietet das MHM auch eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den Ausstellungen und Sammlungen der Bundeswehr.

Cindy Düring ist Lehroffizier Streitkräfte im Bereich Ausbildung im Militärhistorischen Museum der Bundewehr

Valie Export, »Genitalpanik«, Kunsthaus Bregenz, 2011

Stiftung Haus der Geschichte

HANS WALTER HÜTTER

Migration, Globalisierung, Digitalisierung – das sind nur einige Themen, die unsere Gesellschaft derzeit intensiv beschäftigen. Diese Phänomene erfordern eine kritische Auseinandersetzung und Diskussion, die in der heutigen Zeit wichtiger denn je sind. Der Schlüssel dazu ist Bildung – denn nur wer gut informiert ist, kann sich sachgerecht in die politische Willensbildung einmischen und einen Standpunkt fundiert vertreten. Zeithistorische Museen spielen bei der Vermittlung historisch-politischer Bildung eine wichtige Rolle, denn sie können eine Grundlage zur Diskussion und Urteilsbildung auch mit Blick auf aktuelle Geschehnisse schaffen.

Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vermittelt deutsche Zeitgeschichte in vier Dauerausstellungen und vielseitigen Wechselausstellungen im Haus der Geschichte in Bonn, im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, im Tränenpalast sowie im Museum in der Kulturbrauerei in Berlin. Ausdrucksstarke Originalobjekte, Dokumente, Ton- und Filmaufzeichnungen machen durch ihre Kontextualisierung und ansprechende Präsentation Geschichte lebendig und nachvollziehbar. Sie führen vor Augen, welche Folgen nationalistisches, diktatorisches oder ideologisch-religiöses Denken haben. Die Ausstellungen der Stiftung sprechen damit den Besucher sowohl auf kognitiver als auch auf emotionaler Ebene an und fordern zu Kommunikation und Austausch auf. Ein umfangreiches Begleitprogramm aus Veranstaltungen, Publikationen, Workshops und Online-Angeboten ergänzt die Ausstellungen.

Vor allem der technische Fortschritt, das sich ändernde Rezeptionsverhalten der Besucher und neue Zielgruppen erfordern eine stetige Anpassung der Vermittlungsformate. Zudem erarbeitet die Stiftung zu allen Ausstellungen umfangreiche museumspädagogische Materialien. Dazu gehören neben speziellen Begleitunterlagen für Schulklassen und Familien auch Apps für Smartphones sowie Angebote für Migranten. Darüber hinaus erprobt die Stiftung derzeit in einer Wechselausstellung innovative inklusive Elemente, um Menschen mit Behinderung den Rundgang im Museum zu erleichtern. Neben dem Besuch der stiftungseigenen Häuser können Interessierte auf dem »Weg der Demokratie« durch das ehemalige Regierungsviertel in Bonn authentische Orte der ehemaligen Bundeshauptstadt entdecken. Die Stiftung Haus der Geschichte macht einige dieser vormaligen Schaltzentralen der Bundesrepublik zugänglich: Dazu gehören der Kanzlerbungalow, der Bundesrat, das Palais Schaumburg sowie das Kanzlerarbeitszimmer und der Kabinettsaal im ehemaligen Bundeskanzleramt (heute BMZ). Die Besonderheit des historischen Ortes für die Geschichtsvermittlung besteht darin, dass der Ort selbst das zentrale Objekt der Präsentation ist – dies gilt im Übrigen auch für den Tränenpalast in Berlin. So können beispielsweise Schülerinnen und Schüler im ehemaligen Bundesrat selbst ans Rednerpult treten und lernen am authentischen Ort einen zentralen Bestandteil der politischen Ordnung der Bundesrepublik kennen.

Kurzum: Die Vermittlung historisch-politischer Bildung ist eine wichtige Aufgabe der Stiftung Haus der Geschichte. Durch ihre Ausstellungen und vielfältigen ergänzenden Angebote will sie demokratische Prozesse verständlich machen und die Teilhabe am politischen Gemeinwesen stärken – denn eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit trägt auch zu einem kritischen Umgang mit der Gegenwart bei.

Hans Walter Hütter ist Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Stasi-Unterlagen-Archiv

ROLAND JAHN

Freiheit für meine Akte« – das sprühte ein Demonstrant im Zuge der Besetzung der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg 1990 an ein Wachhäuschen. Diese Formel steht für den Wunsch, dem Staat die Kontrolle über das eigene Leben zu entziehen und es sich wieder zu eigen zu machen. Die »Akten«, die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, sie dokumentieren im Kern nämlich die Unterdrückung und Überwachung eines Volkes durch den Staat und die Manipulation von Abertausenden von Lebensläufen. Diese Akten also befreien zu wollen zeugt bis heute von dem Wunsch nach Demokratie und Transparenz politischen Handelns, aber auch nach Aufarbeitung der SED-Diktatur.

»Freiheit für meine Akte« – diese Aufforderung steht damit auch für die Besonderheit des Stasi-Unterlagen-Archivs und seiner Entstehung. Es ist in dem Sinne zugleich ein Monument der Überwachung, ein Symbol der Friedlichen Revolution und ein Lernort für Demokratie. Es gehört zu den wesentlichen Einrichtungen in Deutschland, die der individuellen wie gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur dienen.

Diese Entstehungsgeschichte ist zentraler Leitfaden für unsere Arbeit in der historischen, politischen und kulturellen Bildung zu den Inhalten des Archivs. Dabei gehören Öffentlichkeitsarbeit und politische Bildung zusätzlich auch zu den gesetzlich fixierten Aufgabenfeldern des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), wie der offizielle Titel dieses einmaligen Archivs lautet. Wörtlich heißt es, dass der BStU die »Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Staatssicherheit der ehemaligen DDR« zu unterrichten hat.

Neben wissenschaftlichen Publikationen, Konferenzen oder Online-Recherchemöglichkeiten in den Beständen des Archivs, um den Zugang zu den komplexen Akten zu erleichtern, bietet der BStU auch ein vielfältiges Angebot zur Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit an. Dazu gehören Veranstaltungen, die vielfach in Kooperation mit anderen Aufarbeitungsinstitutionen, Einrichtungen zur politischen Bildung oder Partnern aus dem Kulturbereich konzipiert und durchgeführt werden. Die Palette der Informationsangebote, die sich insbesondere an die nächsten Generationen mit digitalen Angeboten wendet, erweitert sich stetig.

Seit Anfang 2015 sorgt so beispielsweise die »Stasi-Mediathek« als »Schaufenster« in das Archiv für einen multimedialen Zugang zu ausgewählten Dokumenten, Videos, Tonbandaufnahmen und Fotos. Durch die spezifisch gestaltete Suchmaschine, die auf exakter Beschreibung jedes Fotos und der Ton- und Videoaufnahmen sowie OCR-basierter Erfassung der Dokumente beruht, lassen sich vielfältige und neuartige Einblicke in das Wirken der Stasi gewinnen und Impulse an die digitale Geschichtsforschung vermitteln.

Aber auch der historische Ort, die Stasi-Zentrale, der sich in seinem Dreiklang von Repression, Revolution und Aufklärung insbesondere dafür eignet, ein Ort der Auseinandersetzung über die Werte heutiger Gesellschaften zu sein, etabliert sich seit einigen Jahren als »Campus für Demokratie«. Mitte Juni setzen wir die Arbeit dort mit einer Ausstellung über das Archiv fort. Mit »Einblick ins Geheime« wollen wir die Unterlagen des Stasi-Unterlagen-Archivs mit interaktiven Medienstationen, Original-Objekten und einer überdimensionierten, begehbaren Akte sinnlich erfahrbar machen. Das »Monument der Überwachung« hat viele Lektionen bereit: zu den Folgen von Repression, zum Verhältnis zwischen Bürger und Staat, zu den Werten einer Demokratie, zum Wert von Quellen und Archiven, zu den Mechanismen des Geheimen. Ziel ist es, das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort im Heute lebendig zu machen, Angebote zu schaffen, die interessieren und es damit auch für zukünftige Generationen relevant zu machen, um den Wert von Freiheit und Menschenrechten schätzen zu können.

Roland Jahn ist Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

FOTOS: EPA (LINKS); JAN WOITAS/DPA-ZENTRALBILD/DPA (RECHTS)

Jonathan Meese gestaltete eine ehemalige Haftzelle in Lutherstadt Wittenberg im Rahmen von »Luther und die Avantgarde«, 2017

Deutsches Hygiene-Museum

KLAUS VOGEL

Glänzende Besucherzahlen in den deutschen Museen – können wir uns als Museumsleute also zufrieden zurücklehnen? Nicht aus unserer Sicht. Internationale politische Instabilitäten, globale ökologische und ökonomische Herausforderungen und die erstarkenden populistischen Bewegungen in der Mitte Europas sind keine abstrakten Bedrohungen, sondern reale Gefährdungen auch für die Freiheit der Kultur. Die aggressive Rückbesinnung auf das Eigene und Nationale, die zynische Umwertung von Werten, das Erodieren von Sprachkultur und Umgangsformen – warum sollten diese Tendenzen ausgerechnet vor den Türen der Kulturinstitutionen haltmachen? Auch die Museen müssen sich diesen politischen und kulturellen Herausforderungen stellen, wenn sie weiter eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen wollen – und sie müssen ihre Stärken als Bildungseinrichtungen selbstbewusst nutzen.

Wenn ich unserem Haus ein Etikett anheften müsste, dann vielleicht das eines »Themen-Museums« in Abgrenzung zum klassischen Sammlungsmuseum. Aufgrund unseres überschaubaren Sammlungsbestandes stehen bei uns nicht wertvolle Exponate im Vordergrund, sondern die Themen der Ausstellungen selbst. In einem ungewöhnlich breiten Spektrum können wir so die unterschiedlichsten Inhalte aufgreifen und immer wieder andere Zielgruppen ansprechen. Bei der Themenwahl haben wir folgende Leitlinien: Der Mensch steht im Mittelpunkt, der Zugang muss multidisziplinär sein und der Fokus soll – auch bei historisch argumentierenden Ausstellungen – immer in der Gegenwart liegen. Und noch etwas: Unsere Themen müssen »relevant« sein, ein zugegeben schwer objektivierbares Kriterium, über das jedenfalls eher außerhalb als innerhalb des Museums entschieden wird.

Gerade wenn es um Fragen unserer Gegenwart geht, lassen sich kulturelle, historische und politische Bildung nicht voneinander trennen. Unsere aktuelle Sonderausstellung »Rassismus. Die Erfindung von Menschenrassen« ist ein Beispiel für diese Einschätzung. Sie rekonstruiert den verhängnisvollen Begriff der »Rasse« aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der menschlichen Vielfalt im 18. und 19. Jahrhundert, überblendet diesen historischen Hintergrund aber immer wieder mit aktuellen Kunstwerken, mit eindringlichen Interviews zum Alltagsrassismus oder mit Interventionen politischer Aktivistinnen und Aktivisten. Nach einem Exkurs zur Rolle des Deutschen Hygiene-Museums als Propagandaeinrichtung der nationalsozialistischen Rassenhygiene und einem Kapitel zum Kolonialrassismus endet die Ausstellung in einem Raum, der ausschließlich mit Videofilmen bespielt wird, die eigens für die Ausstellung produziert wurden. Historisches Wissen und die Sensibilisierung für ein zentrales politisches Problemfeld unserer postmigrantischen Gesellschaft gehen in diesem Projekt Hand in Hand.

In unserem Museum setzen wir auf das Prinzip des Kuratorischen. Ausstellungen müssen sich positionieren, sie tragen eine Handschrift, sie sind Verbindungen von Wissenschaft und Kunst. Dieses Prinzip hat auch eine handwerkliche Seite: Partizipation, Austausch und Diskussion verhindern, dass kuratorische Entscheidungen willkürlich getroffen werden. Die Form einer Ausstellung folgt nicht ihrer Funktion, sondern ist mit ihr schon im Entstehen aufs Engste verschränkt. So trägt jede unserer Ausstellungen ein ganz individuelles Gesicht, überrascht unsere Besucher und fordert sie stets neu heraus.

Im »Museum vom Menschen« spielt die personale Vermittlung nach wie vor eine zentrale Rolle. Gelingt sie, handelt es sich nicht um die Erläuterung von schönen Objekten, sondern um eine Einladung zur Kommunikation. Ausstellungen sind nämlich nicht per se ein diskursives Medium, aber sie bieten Anlässe für Gespräche und Diskussionen, mit denen die Teilhabe an den Diskursen zu relevanten Fragestellungen unserer Gesellschaft befördert wird. Aber Vorsicht: Museen sollten sich weder durch alleraktuellste Themensetzung noch durch den heftigen Einsatz neuester Medien hervortun, da ist das Internet am Ende immer schneller – und besser.

Klaus Vogel ist Direktor des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden

THEMA

FOTO: ATTILIO MARANZANO

2002 performte Marina Abramović zwölf Tage lang »The House with the Ocean View« in der Sean Kelly Gallery, New York

Demokratie braucht Demokraten

Volkshochschulen als demokratische Orte des Lernens

ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER

Wenn über das Scheitern der Weimarer Republik gesprochen wird, dann hat eine Begründung hierfür eine gewisse Berühmtheit erlangt: Weimar sei nicht an seiner Verfassung gescheitert, sondern am Mangel an Demokraten. Ähnliches drückt der weltberühmte Satz von John F. Kennedy aus: »Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann; frage, was Du für Dein Land tun kannst.« Und auf einem Festakt der Bürgerbewegung »Pulse of Europe« in der Frankfurter Paulskirche vor wenigen Wochen sagte Hansjörg Schmitt, einer der Mitbegründer dieser so wertvollen Bewegung: »Demokratien scheitern nicht an ihren Rändern; sie scheitern an der Gleichgültigkeit der Demokraten.« Ja, Demokratie braucht Demokraten; Demokratie braucht Engagement; Demokratie braucht täglichen Einsatz. Wir haben uns in der westlichen Welt vielleicht zu sehr daran gewöhnt, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein Leben in Freiheit gewährleisten. Aber allzu oft wird dabei vergessen: Es reicht nicht aus, wenn Demokratie in einer Verfassung niedergeschrieben ist. So lange eine demokratische Verfassung nicht mit Leben gefüllt wird – von den staatlichen Institutionen genauso wie von jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger –, ist diese Verfassung einfach nur beschriebenes Papier.

Das ist der Auftrag an Demokratinnen und Demokraten: unsere Verfassung, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung jeden Tag aufs Neue mit Leben füllen. Das ist der Auftrag, dem sich auch die Volkshochschulen in Deutschland verpflichtet haben – von Beginn an. Im kommenden Jahr feiern wir bundesweit den 100. Geburtstag der Volkshochschulen. Wir erinnern daran, dass die Förderung der Volks- und Erwachsenenbildung in der Weimarer Reichsverfassung verankert wurde. Die daraus resultierende Gründungswelle von Volkshochschulen ist Beleg ihrer engen Verknüpfung mit der Entstehung der Weimarer Republik und macht die Volkshochschulen zu Töchtern der ersten deutschen Demokratie. In den Volkshochschulen lebte von Beginn an die Erkenntnis: Demokratie braucht Demokraten. Und Demokraten fallen nicht vom Himmel. Dafür braucht es demokratische Orte des Lernens. Deshalb waren in der Weimarer Republik Veranstaltungen zur gesellschaftlich-politischen Bildung im Sinne der Demokratisierung in den Programmen der Volkshochschulen prominent vertreten.

Der Angriff des Nationalsozialismus auf die junge deutsche Demokratie machte auch vor den Volkshochschulen nicht halt. Sie wurden entweder geschlossen oder in »Volksbildungswerke« umbenannt und gleichgeschaltet. Damit bewiesen die Nationalsozialisten, dass sie den Wert demokratischer Erziehung richtig einschätzten – eine solche Erziehung war eine Gefahr für die eigene menschenverachtende Ideologie.

Umso wichtiger war den Alliierten nach 1945 im Zuge der Re-Education bzw. Educational-Reconstruction der Wiederaufbau eines demokratischen Bildungssystems, in dem der Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle beigemessen wurde. Bereits Ende 1945 wurden viele Volkshochschulen neu gegründet oder wiedereröffnet. Neben sehr pragmatischen, berufsfördernden Angeboten übernahmen sie auch die Aufgabe, politische Orientierung zu vermitteln. Getragen waren diese Initiativen von dem Willen, die Bürgerinnen und Bürger in demokratische Prozesse einzubeziehen und sie damit für den demokratischen Neuanfang zu gewinnen. So war das Motto, unter dem beispielsweise die Volkshochschule in Ulm im Jahr 1946 ihre Arbeit aufnahm, Programm – es lautete: »Einmischung erwünscht«. Darum ging es unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Und darum geht es auch heute noch.

Die Volkshochschulen stehen in einer langen Tradition, die demokratische Bildung, die die »Einmischung« jedes Einzelnen, die das tägliche demokratische Ringen um gute Lösungen zum Leitbild einer Erwachsenenbildung erklärt, die dem Gemeinwohl dient und unsere freiheitliche Grundordnung mit Leben füllt. Vier Grundideen möchte ich skizzieren, die für die Arbeit der Volkshochschulen bis heute leitend sind:

Erstens: Volkshochschulen sind geeignete Orte, um in der Kommune Diskussions- und Dialogprozesse anzuregen und diese zu moderieren. Sie sind Orte der Begegnung direkt vor Ort: in unseren Städten, Landkreisen und Gemeinden. Demokratie lebt davon, dass Menschen miteinander im Austausch sind, dass sie auch bei unterschiedlichen Meinungen im Gespräch sind. Demokratie funktioniert nicht in einem Gegeneinander, auch nicht in einem Nebeneinander. Deshalb braucht es Orte, an denen Menschen mit ganz unterschiedlichen Auffassungen, Prägungen und Hintergründen zusammenkommen können. Die Volkshochschulen wollen solche Orte sein. Hier soll es kontroverse Diskussionen geben, hier sollen gemeinsame Ideen entwickelt werden. Dabei geht es für die Volkshochschulen nicht darum, Partei zu ergreifen, sondern darum, Menschen zu befähigen, sich eine Meinung zu bilden, eigene Interessen zu formulieren und diese umzusetzen.

Zweitens: Volkshochschulen widmen sich selbstverständlich dem theoretischen Erkenntnisprozess. Aber genauso verstehen sich Volkshochschulen als Einrichtungen, die zum Handeln, zum Engagement und zum Einmischen motivieren. Volkshochschulen unterstützen und begleiten Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, und qualifizieren für ehrenamtliche Tätigkeiten; das alles nicht auf irgendeiner abstrakten Ebene, sondern ganz konkret vor Ort.

Drittens: Volkshochschulen sind offen für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen wollen. Sie richten sich nicht an einen exklusiven Adressatenkreis. Die grundsätzliche Offenheit für Menschen aller sozialen Schichten und Einkommensgruppen, aller Milieus und Kulturen, für Menschen mit unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen und Meinungen ist wesentliches Merkmal der Arbeit der Volkshochschulen. Damit folgen sie dem demokratischen Anspruch, dass jeder als Bürger gleich viel zählt.

Viertens: Volkshochschulen sind Orte für den öffentlichen Austausch und auch für Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern. Mit diesem Anspruch wenden sich Volkshochschulen auch bewusst an die Öffentlichkeit, sie verstehen sich damit auch als Träger öffentlicher Debatten. Beispielhaft dafür stehen Bürgerdialoge, die in den vergangenen Jahren oftmals bundesweit koordiniert und im ganzen Land angeboten wurden. Aktuell bringen sich die Volkshochschulen in den europaweiten Bürgerdialog zur Zukunft Europas ein, der unter dem Motto »Sprechen wir über Europa« bis zum Herbst 2018 stattfindet. Dabei laden Volkshochschulen als Partner der Bundesregierung in den kommenden Monaten Bürgerinnen und Bürger ein, sich auf der lokalen Ebene über die Zukunft Europas auszutauschen, eigene Erwartungen zu formulieren und Ideen einzubringen. Die Volkshochschulen verstehen sich dabei als Vermittler und Moderator zwischen Bürgern und Politik.

Volkshochschulen sind Orte, die mit lebensbegleitender Bildung zur demokratischen Gestaltung beitragen

So leitend und traditionsbildend diese vier Grundideen sind, so klar ist auch: Politische Bildungsarbeit an Volkshochschulen ist einem ständigen Wandel unterworfen, sie ist immer in Bewegung und muss auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. So bilden beispielsweise derzeit Themen wie der Klimawandel oder die gesellschaftspolitische Dimension der Digitalisierung einen Schwerpunkt des Programmbereichs Politik und Gesellschaft. Verstärkt gehört auch die Beschäftigung mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, den sogenannten Sustainable Development Goals, und den damit verbundenen Themen wie Armut, Welternährung, globale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte dazu. In einer globalisierten Welt ist klar: Demokratische Bildung kann nicht an den eigenen Grenzen enden, es braucht zur Gestaltung einer guten Zukunft einen globalen Blick über die nationalen und europäischen Grenzen hinaus. Volkshochschulen kooperieren dabei mit Universitäten, Nichtregierungsorganisationen oder lokalen Vereinen und Initiativen, um Bürgerinnen und Bürger mit Experten und politischen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu bringen.

Ein besonderer Auftrag demokratischer Bildung ist für die Volkshochschulen in den vergangenen Jahren durch die vielen Menschen hinzugekommen, die aus welchen Gründen auch immer nach Deutschland zugewandert sind. Als Orte der Integration und der Wertevermittlung leisten die Volkshochschulen einen unschätzbaren Beitrag. Integration und Zusammenhalt können nur dann erfolgreich sein, wenn demokratische Regeln und gemeinsame Werte auf dem Boden unseres Grundgesetzes den Bezugspunkt für das Miteinander in unserem Land bilden.

Volkshochschulen als demokratische Orte des Lernens sind heute wichtiger denn je. In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und ausdifferenzierter Milieus, in Zeiten technologischen Fortschritts und kommunikativer Umwälzungen durch die sozialen Medien, in Zeiten einer immer weiter zusammenwachsenden Welt und neuer Herausforderungen demokratischer Gesellschaften braucht es mehr denn je Orte, die mit lebensbegleitender Bildung zur demokratischen Gestaltung unserer Gesellschaft beitragen. Dies ist der bleibende Auftrag der Volkshochschulen: Demokraten stärken, um die Demokratie zu stärken.

Annegret Kramp-Karrenbauer ist Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V.

Keine »normalen« Museen

Bildungsarbeit an brandenburgischen Gedenkstätten

Günter Morsch leitete bis Ende Mai 2018 die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Theresa Brüheim sprach mit ihm über die Rolle, Funktion und Zukunft von Gedenkstätten als Orte politischer, historischer und kultureller Bildung.

Theresa Brüheim: Professor Morsch, Sie leiten die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Welches Selbstverständnis haben Sie von Ihrer Arbeit? Verstehen Sie Ihre Arbeit als politische, historische oder kulturelle Bildung?
Günter Morsch: Ich bin ausgebildeter Historiker, war viele Jahre gewerkschaftlicher Bildungsreferent und komme aus dem Museumsbereich, denn ich war fünf Jahre lang im Rheinischen Industriemuseum tätig. D. h., ich verstehe mich als jemand, der kulturell tätig ist. Aber zwischen politischer, historischer und kultureller Bildung machen wir gerade an den Gedenkstätten keine Trennung. Zumal wir in den 1990er Jahren in den Gedenkstätten einen Paradigmenwechsel erlebt haben, der wesentlich von Sachsenhausen ausging. Wir haben uns 1993 bereits umbenannt: Statt Mahn- und Gedenkstätte sagen wir Gedenkstätte und Museum. Damit verbanden wir ein neues Konzept, dass Gedenkstätten zeithistorische Museen mit besonderen humanitären und bildungspolitischen Aufgaben sind. Diese große Varianz unserer Tätigkeit ist bezeichnend für unsere Orte und geht über das Profil von »normalen« Museen hinaus.

Sie sprechen schon die Umstrukturierung in den 1990er Jahren an. Sie sind seit 1993 in Sachsenhausen tätig und haben dort den Umbau der Gedenkstätte zum historischen Museum angestoßen. Wieso war das wichtig?
Der wichtigste Grund war, dass diese Orte in der DDR Tempel des Antifaschismus waren, die von der DDR-Regierung instrumentalisiert wurden, um die angebliche Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zu dokumentieren und den Anspruch zu erheben, dass die DDR Erbe des Widerstandes und der KZ-Häftlinge sei. Der zweite Grund war, dass die westdeutschen Gedenkstätten zwar in den 1980er Jahren erkämpft worden sind, sie aber bis zur deutschen Einheit eher marginalisierte Orte geblieben sind, die den Charme, aber auch die Handicaps von Orten hatten, die von unten gegen mehr oder weniger hartnäckigen Widerstand erkämpft worden sind. Nach 1990 dann wuchs etwas zusammen, was zusammengehört – um mit Willy Brandt zu sprechen. Dies konnte nur geschehen, indem es ein völlig neues Konzept gab. Hinzu kam als dritter Grund – das gilt vor allen Dingen für Sachsenhausen und Buchenwald –, dass diese Orte nicht nur Konzentrationslager waren, sondern nach 1945 auch sowjetische Speziallager, in denen viele Menschen verhungert oder an Seuchen gestorben sind. Diese drei Gründe führten dazu, dass eine Bundestags-Enquetekommission eingerichtet wurde. Das gab den Anstoß, grundsätzlich über die deutschen Gedenkstätten nachzudenken.
Aber der entscheidende Punkt, der diesen Paradigmenwechsel durchsetzte, ist zweifellos das außenpolitische Erfordernis gewesen. Die neue Bundesrepublik Deutschland wollte natürlich als gleichberechtigter Staat wieder in den Kreis aller Staaten und Nationen aufgenommen werden. Und das berechtigte Misstrauen der Nachbarn, ob nun im Osten oder im Westen, war sehr groß. Denken Sie etwa an Mitterrands Aussage, er liebe Deutschland so sehr, dass er gerne zwei hätte, oder Maggie Thatcher, die die deutsche Einheit sehr vehement bekämpft hat. Entsprechend war die Wiederaufnahme in die internationale Gemeinschaft nur durchsetzbar, indem Deutschland klarmachte, dass die Verbrechen, die im Dritten Reich begangen worden waren, nicht nur nicht vergessen, sondern auf Dauer einen Ort finden werden, wo die Opfer gewürdigt werden und somit diese Geschichte kritisch aufgearbeitet wird.

Welche Auswirkung hatte dieser Paradigmenwechsel auf die bildungspolitische Vermittlung des Ortes?
Dabei waren die westdeutschen Gedenkstätten durchaus den ehemaligen DDR-Gedenkstätten voraus – nicht alle, aber die meisten. Es gab in Westdeutschland eine moderne Pädagogik und Didaktik, die auf Selbstlernen und Lerntechniken setzte, die auch Identifikation über Biografien vermittelt und sich selbst als offener Lernort verstanden hat. Das ist nicht nur bei den DDR-Gedenkstätten, sondern auch bei einzelnen westdeutschen KZ-Gedenkstätten anders gewesen. Dort setzte man vor allen Dingen auf das Konzept der Betroffenheit. D. h., da ging es vor allen Dingen darum, die Besucher zu emotionalisieren, sie in einer Art konfrontativem Unterricht zu belehren. Es wurden weniger Fragen aufgeworfen, es war weniger diskursiv, dialogisch und interaktiv. Diese Betroffenheitspädagogik war schon 1990 an ihr Ende gekommen, weil die Generationen sich verändert hatten. Für meine Generation war diese Betroffenheitspädagogik durchaus noch nützlich, weil wir uns auch in der Familie mit den Fragen der Bewältigung oder des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandergesetzt haben. Das galt natürlich für spätere Generationen immer weniger. Daher war es dringend erforderlich, dass die Bildungspolitik und -arbeit in den Gedenkstätten reformiert und verändert werden musste.

Sie sind seit über 20 Jahren an den brandenburgischen Gedenkstätten tätig. Rückblickend betrachtet: Inwieweit läuft politische Bildung Gefahr, von unterschiedlichen Interessengruppen an den Gedenkstätten politisch instrumentalisiert zu werden?
Das haben wir leider immer wieder. Es hat natürlich damit zu tun, dass die Bedeutung der Gedenkstätten gewachsen ist. Damit eignen sie sich als Foren für bestimmte Interessengruppen, Geschichtsnarrative und Instrumentalisierungen. Wobei das nichts Neues ist: Immer wieder wird versucht, Geschichte zu instrumentalisieren. Aber das hat natürlich bei dieser malignen Geschichte, mit der wir es an diesen Orten zu tun haben, eine besondere Bedeutung. Insoweit haben wir hier eine besondere Verantwortung, diese Geschichte diskursiv zu lehren. Aber diese Instrumentalisierung kommt bis heute vor – vonseiten der Verbände, Interessengruppen, Politik und des Staates. Dabei hat sich das Modell, das die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten als erstes entwickelt hat, nämlich eine autonome selbstbestimmte Stiftung zu sein, die inhaltlich weitestgehend autonom ist und von Beiräten und Fachkommissionen beraten wird, durchgesetzt. Sogar die Bayern haben das brandenburgische Modell übernommen. Um Instrumentalisierung vorzubeugen, müssen selbstständige Strukturen weiter gestärkt werden und Verantwortliche eingesetzt werden, deren Integrität sowohl im Wissenschaftlichen wie im Kulturellen solche Kämpfe aushalten kann.

Bei der Vermittlung der Schrecken der NS-Diktatur haben bisher Zeitzeugen immer eine große Rolle gespielt. Diese werden immer weniger… Kommt dadurch Gedenkstätten eine immer wichtigere Bedeutung als Erinnerungsort und Mahnmal zu?
Zeitzeugen sind nicht zu ersetzen. Wir haben allerdings seit 1993 Vorsorge getroffen. Wir haben eben diesen Wandel zum Museum realisiert, was in den Gedenkstätten zeitweise sehr umstritten gewesen ist. Insoweit ist es richtig, die authentischen Orte gewinnen zweifellos an Bedeutung. So galten vor 1990 in der Bundesrepublik durchaus nicht alle Gedenkstätten als Denkmale, die dem Denkmalschutz unterliegen. Die Herausstellung der baulichen Relikte unter Denkmalgesichtspunkten ist ein Ergebnis dieses angesprochenen Paradigmenwechsels. Die »Attraktivität« dieser Orte für Millionen von Menschen, die vermehrt in die Gedenkstätten kommen, ist natürlich auch ein Ergebnis der Authentizität dieser Zeugnisse.

FOTO: ULI DECK / DPA/LSW

Jörg Immendorff, »BRD-Stuhl Lupenadler«, 1979

Wie sollten sich Gedenkstätten in Zukunft weiterentwickeln, welche Rolle müssen sie weiterhin übernehmen?
Zum einen müssen sie – ganz wichtig – weiterhin inhaltlich autonom bleiben. Diese inhaltliche Autonomie muss mit einem starken Standbein im Bereich der Wissenschaft einhergehen. Wissenschaftliche Forschung geht leider, gerade wenn sie von den Universitäten kommt, häufig an diesen Orten vorbei. Das haben wir in den 1990er Jahren anders ausrichten können, wo es auf Druck der Gedenkstätten überhaupt erst eine KZ-Forschung gegeben hat. Aber auch heute müssen Gedenkstätten Ankerpunkte der wissenschaftlichen Forschung bleiben. Zum anderen müssen sich Gedenkstätten auch den unterschiedlichen Fragen und Sichtweisen öffnen. So müssen die sich gesellschaftlich ständig ändernden Fragen einen Widerhall in den Gedenkstätten finden. Weiterhin wandeln sich diese Sichtweisen natürlich. Damit hängt die sich ebenfalls verändernde Bedeutung der Artefakte zusammen. Außerdem ändern sich die Betrachtung durch die Medien und die medialen Formen. Interaktivität ist gefragt. Social Media muss sehr viel stärker berücksichtigt werden. D.h., die Gedenkstätten müssen sich – und sie tun es auch – gegenüber aktuellen Entwicklungen öffnen. Darüber hinaus sind die Gedenkstätten auch in Zukunft herausgefordert, sich politisch einzumischen. Das setzt aber voraus, dass die Autonomie einerseits gestärkt wird und dass es an der Spitze der Gedenkstätten Menschen gibt, die nicht nur historisch, sondern auch politisch denken. Wenn die Gedenkstätten nicht erstarren wollen in Ritualisierung, dann kommt es darauf an, dass sie sich in die gesellschaftlichen Debatten, wie z. B. um die AfD, die Wiederkehr des Antisemitismus oder den drohenden Zerfall Europas einmischen. Sie sollten dies nicht tun, indem sie sich auf die Autorität der Opfer berufen. Das wäre eine üble Instrumentalisierung der Toten. Sie sollten es tun, indem sie den Auftrag aufgreifen, dass sie Foren einer lebendigen Demokratie sind.

Anfang Mai dieses Jahres haben Sie dem »Tagesspiegel« ein Interview gegeben. Dabei haben Sie unter anderem über die heute verbreitete Unkenntnis der Berliner über die Bedeutung der Konzentrationslager Sachsenhausen und Oranienburg während der NS-Zeit gesprochen. Diese Unkenntnis haben Sie als Scheitern bezeichnet. Wie ist es Ihrer Meinung nach zu diesem Scheitern gekommen?
Das ist ein ganz, ganz schwieriger Prozess. Die Frage des Verhältnisses von Sachsenhausen zu Berlin ist durch den Kalten Krieg und die Mauer geprägt worden. 1961, als die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen eröffnet worden ist, war es sicherlich ein Staatsakt der DDR. Walter Ulbricht hat gesprochen. Die Geschichte ist hemmungslos für die DDR instrumentalisiert worden. Zur gleichen Zeit hat sich in Westberlin der Mythos herausgebildet, Sachsenhausen sei vor allen Dingen ein »rotes Konzentrationslager« gewesen. Sogar Willy Brandt hat fatalerweise auf einem Gegenkongress gesagt, mehr als 50 Prozent der Häftlinge des sowjetischen Speziallagers seien Sozialdemokraten gewesen. Das führte tatsächlich im Kalten Krieg und durch die Mauer zu einer Art Stigmatisierung von Sachsenhausen. Ich habe den Eindruck, dass dies trotz Mauerfall und deutscher Einheit nach wie vor der wirklichen Anerkennung von Sachsenhausen im Wege steht. Redet man dagegen über München in der NS-Zeit, dann redet man auch, und zwar in erster Linie, über Dachau. Auch wenn beide eine sehr konfliktreiche Vergangenheit haben. Wenn man über Berlin in der NS-Zeit redet, dann kommen die wenigsten auf Sachsenhausen. Das ist anhand der vielen Bücher, die über die Geschichte von Berlin erschienen sind, nachweisbar. Da ist es schon merkwürdig, wie viele Autoren die Berliner Geschichte plötzlich am Stadtrand von Reinickendorf oder gar von Birkenwerder enden lassen. Denn gerade im KZ Oranienburg, dem ersten KZ in Preußen, war die Mehrheit der Inhaftierten aus Berlin – berühmte Namen, Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratie und viele andere mehr. Schauen Sie in die Geschichte der Berliner Sozialdemokratie, da wird das noch nicht mal erwähnt. Das ist schon ganz merkwürdig. Ich kann es mir nur so erklären – und da spekuliere ich –, dass der Grund die fehlende Forschung als eine Nachwirkung von Kaltem Krieg und Mauer ist.

Was kann heute getan werden, um diese Unkenntnis zu bekämpfen und die Schrecken der NS-Diktatur adäquat zu vermitteln?
In Berlin hat man schon einige Dinge unternommen. Sachsenhausen ist Teil der Ständigen Konferenz der NS-Dokumentationsstätten im Berliner Raum, zusammen mit der Wannseekonferenz, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Topographie des Terrors und dem Holocaust-Denkmal. Das ist ein Schritt. Bezeichnend ist, dass diese nicht vom Berliner Senat, sondern von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingerichtet wurde. Allerdings ist seit 2006 die Anzahl der Schülergruppen aus Berlin sehr stark rückläufig – bei einer allgemein stark steigenden Anzahl von Besuchern und auch einer wachsenden Zahl von Gruppen aus Brandenburg. Deutlich wird, dass es eine berlinspezifische Angelegenheit ist.

Vielen Dank.

Günter Morsch leitete die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Das Interview fand kurz vor dem Ruhestand von Günter Morsch im Mai 2018 statt.

THEMA

FOTO: MATTHIAS HIEKEL/DPA – REPORT

In »Die Rächer von Dresden« porträtierte die Fotografin Bettina Flitner 1996 sieben Einwohner Dresdens mit Mantel, Degen und Maske und ergänzte die Motive durch die Meinung der Abgebildeten zum Thema Recht, Wut und Zorn

Vom Scheitern politischer Bildung

Kriterien des Erfolgs politischer Bildung

CARSTEN QUESEL

Der Erfolg politischer Bildung in Demokratien kann sich an mehreren Kriterien bemessen. Bei einer individualistischen Perspektive steht das Wissen, die Motivation und die Handlungskompetenz einzelner Personen im Vordergrund: Bürgerinnen und Bürger sollen sich für Politik interessieren, ihre Entscheidungen nach gründlicher Recherche und systematischer Abwägung fällen, Rechte und Pflichten sorgfältig wahrnehmen und anderen Akteuren im Zeichen von Toleranz und Kompromissbereitschaft begegnen. Anders verhält es sich, wenn das politische System als Bezugspunkt dient: Dann geht es bei der politischen Bildung darum, dass sie in hinreichendem Ausmaß für die allgemeine Unterstützung der Demokratie bei Wahlen und Abstimmungen sorgt und einer ausreichenden Anzahl von Akteuren die Kompetenz vermittelt, aktiv am Prozess der politischen Gestaltung – etwa in Parteien oder Parlamenten – mitzuwirken.

Das erste Kriterium führt unweigerlich zum Scheitern der politischen Bildung: Es gelingt demokratischen Staaten nicht, Kinder und Jugendliche flächendeckend in wohlinformierte Tugendbolzen zu verwandeln. Gleichwohl ist diese Fiktion für die Pädagogik sehr attraktiv, weil es bei der Formulierung von Zielen der politischen Bildung kaum eine Alternative dazu gibt, das Optimum für alle Lernenden anzustreben. Ein Bildungsideal, dass für fünf Prozent der Kinder aktives politisches Engagement und für weitere 50 Prozent die regelmäßige Bereitschaft zur Ausübung des aktiven Wahlrechts vorsähe und für den Rest politische Apathie in Kauf nähme, wäre mit demokratischen Gleichheitsgeboten nur schlecht vereinbar, und es würde sich prinzipiell nichts ändern, wenn die Prozentwerte für die ersten beiden Kategorien weiter hochgeschraubt würden.

Empirisch gesehen liegt diese Einteilung in eine kleine Gruppe von Protagonisten und zwei große Gruppen von interessierten Zuschauern und Politikverächtern der Realität indes ziemlich nahe – wobei allerdings noch zwei unerfreuliche Ergänzungen notwendig sind: Zum einen verhält es sich so, dass in vielen Ländern die Zahl der Politikverächter stark anwächst, was sich in sinkenden Wahlbeteiligungen zeigt. Und zum anderen neigen einstmals interessierte Zuschauer, die früher aufgrund von Milieubindungen recht zuverlässig für große Volksparteien gestimmt haben, mehr und mehr zum politischen Krawall, wobei sie dann die Grenze zum Aktivismus der Protagonisten überschreiten, dies allerdings in der Form von rechten oder linken populistischen Bewegungen tun, die konträr zu Grundregeln der liberalen Demokratie stehen, weil sie umständlichen Prozeduren der Rechtsstaatlichkeit mit radikalen Simplifikationen begegnen wollen.

Schien 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer ein globaler Siegeszug der liberalen Demokratie eingeleitet, hat sich die Euphorie nach der Jahrtausendwende gelegt und ist inzwischen einem Trend zur Jämmerlichkeit gewichen. Zum einen werden diese Demokratien durch fundamentalistischen Terror bedroht und zum anderen scheinen sie immer weniger in der Lage zu sein, auf gravierende Probleme wie Armut und Migration erfolgreiche Antworten zu finden. Konnte 1989 sehr gut dafür argumentiert werden, dass der Triumph von Demokratie und Kapitalismus Hand in Hand gehen, stellt es sich nun so dar, dass demokratische Nationalstaaten unter den Druck einer marktwirtschaftlichen Globalisierung geraten, die dazu nötigt, Mechanismen wohlfahrtsstaatlicher Absicherung zu senken oder völlig außer Kraft zu setzen. Daraus ergibt sich für die politische Bildung zunächst einmal ein recht trübes Bild: Nicht nur, dass die Fiktion des wohlinformierten Tugendbolzens wohl niemals der Realität entsprochen hat; nun ist es so, dass auch die Mixtur von Aktivisten, freundlichen Zuschauern und Ignoranten nicht mehr stimmt und damit das Kriterium der diffusen Legitimation der Demokratie nicht mehr erfüllt ist.

Allerdings ist es ratsam, von dieser Diagnose etwas zurückzutreten und sie distanziert zu betrachten: Möglicherweise besteht hier das Problem, die Funktion der Schule als Universalwerkstatt für die Beseitigung demokratischer Defekte zu überschätzen, sodass ein Scheitern politischer Bildung diagnostiziert wird, wo es sich um eine Krise handelt, deren Ursprung nicht pädagogischer Natur ist. Und vielleicht handelt es sich bei den weltuntergangsfreudigen Klagen über die kommende Hegemonie von Fundamentalismus und Populismus um Dramatisierungen, die aus dem Reflex entstehen, dass unsere Erwartungen an Normalität enttäuscht werden. Solche Enttäuschungen haben indes auch frühere Generationen durchgemacht – und die liberale Demokratie hat sich als ein erstaunlich flexibles Medium für die Verarbeitung solcher Enttäuschungen erwiesen. Die politische Bildung kann diese Verarbeitung unterstützen, indem sie sich von der Fiktion des demokratischen Tugendbolzens verabschiedet und das politische Leben als Komponente einer humanen Bastelexistenz thematisiert.

Carsten Quesel ist Professor an einer Pädagogischen Hochschule in der Schweiz

FOTO: DPA / BILDARCHIV

Joseph Beuys startet am 16.3.1982 in Kassel eine Baumpflanzaktion zur documenta 7

Voneinander lernen

Kulturelle und politische Bildung zusammengedacht

Die Initiative »Kultur öffnet Welten« diskutiert 2018 in vier Fachbegegnungen Dimensionen kultureller Bildung als politischer Bildung. Theresa Brüheim sprach mit Lydia Grün, die als Geschäftsführerin des netzwerk junge ohren federführend die Organisation dieser Expertenrunden übernimmt.

Theresa Brüheim: Frau Grün, das netzwerk junge ohren ist Koordinierungsstelle der bundesweiten Initiative »Kultur öffnet Welten«. Diese thematisiert aktuell in vier Fachbegegnungen Dimensionen der kulturellen Bildung als politischer Bildung. Was sind diese genau?

Lydia Grün: Wir wollen uns mit den vier Fachbegegnungen diesem Verhältnis fragend nähern. Mit den vier Themensetzungen der Treffen versuchen wir einen übergreifenden inhaltlichen Rahmen aufzuziehen.
Da ist zunächst das Thema der Orte – kulturelle wie auch politische Bildung hat Orte und diese fallen auch häufig zusammen. Die Frage ist: Wo können Akteure der kulturellen und politischen Bildung zusammenwirken? Am Beispiel der Gedenkstätten sieht man: Hier finden viele Momente sowohl der politischen als auch der kulturellen Bildung statt. Wie kann aus der Logik des Ortes eine Zusammenarbeit entwickelt werden, aufeinander bezogen und sich bestenfalls gegenseitig stärkend?
Ein weiteres Thema ist der ländliche Raum. Das ist für uns innerhalb der Initiative »Kultur öffnet Welten« seit Beginn ein wichtiges Thema, weil wir auf unseren Reisen durch alle Bundesländer festgestellt haben, dass gerade Konzepte kultureller Bildung oft aus einem urbanen Blickwinkel gedacht sind. In Deutschland lebt jedoch der Großteil der Menschen in sogenannten ländlichen Räumen. Und wir wissen, dass auch in diesen Regionen demokratiefeindliche Tendenzen sich ausbreiten und Infrastruktur besetzen.
Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant und notwendig, die Potenziale von kultureller Bildung als politischer Bildung in diesem speziellen Kontext auszuloten. Als nächsten Aspekt betrachten wir die »Role Models« in der kulturellen Bildung, im Grunde geht es um Vorbilder. Sowohl in der politischen Bildung als auch in der kulturellen Bildung spielt Personalisierung eine Rolle. Wer sind die handelnden Figuren, wer setzt Akzente, wer spricht? Gerade wenn wir über das Moment der Diversität nachdenken: Wer repräsentiert hier eigentlich wen? Wer ist für wen Vorbild? Wer kann auch – Stichwort künstlerische oder kulturelle Bildung – durch seine künstlerische Aura wirken? Kulturelle Bildung ist gefragt, hier ihr ganzes Repertoire auch im Sinne politischer Bildung zu reflektieren und auszufalten. Daraus resultiert die Frage, welche Kompetenzen dazu betont oder auch zusätzlich entwickelt werden müssen.
Zuletzt gehen wir – bewusst entgegen nivellierender Tendenzen – auf die spezifische Situation in den ostdeutschen Bundesländern ein. In einer vergleichenden Perspektive zwischen Ost- und Westdeutschland mit ihrer je eigenen Geschichte ergeben sich auch und gerade heute unterschiedliche Herausforderungen für die kulturelle Bildung als politische Bildung. Antidemokratische Tendenzen sind de facto in den ostdeutschen Bundesländern ein zentrales Thema und betreffen damit auch die Akteure der kulturellen Bildung vor Ort in besonderer Weise – zumal, wenn sie ihre Arbeit mit einem politischen Bildungsanspruch verbinden. Wir möchten gemeinsam mit unserem Partner vor Ort, dem Landesverband Soziokultur Sachsen, bei der Fachbegegnung am 24. September 2018 in Leipzig die aktuelle Situation auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Traditionen kultureller Bildung in Ost und West betrachten. Kulturelle Bildung hat mit Blick auf die DDR-Historie andere Motivationen und Entwicklungslinien. Nicht zuletzt verfügen auch die Akteure über verschiedene Ausbildungen und Biografien, die in ihr professionelles Handeln direkt und indirekt einfließen.

Können Sie von der ersten Fachbegegnung berichten, die bereits stattgefunden hat?

Die erste Fachbegegnung zum Thema »(Kultur-)Orte in der politischen Bildung« brachte in Bonn – der Heimat der Bundeszentrale für politische Bildung – Akteure aus der politischen und kulturellen Bildung zusammen. Es war aufschlussreich, die unterschiedlichen Herangehensweisen und das jeweilige Selbstverständnis in beiden Bereichen auszuloten. Beispielsweise ist das für die kulturelle Bildung zentrale Moment der Ästhetisierung in der politischen Bildung nicht unbedingt positiv konnotiert, wenngleich das starke Potenzial im Methodenkoffer der kulturellen Bildung erkannt wird. Nehmen Sie z. B. Konzepte der kulturellen Bildung an Orten, wo über Themen wie den Holocaust nachgedacht wird: Affirmative, hochemotionale, ästhetisierte Prozesse bergen in diesem Zusammenhang durchaus Gefahren.
Die kulturelle Bildung arbeitet natürlich ganz stark mit Methoden aus Kunst und Kultur, die zumeist direkter erfahrbar sind, viel mit emotionalem Erleben und Erfahren zu tun haben und Zwischenebenen, oft jenseits von Sprache, berühren. Gerade hier lassen sich Themen des Zusammenlebens in besonderer Weise behandeln, z. B. in einem gemeinsamen kompositionspädagogischen Prozess. Abstimmung, gemeinsame Vereinbarungen, Verhandeln – diese Metaebene eröffnet dann eine neue Dimension. Dieser erste vergleichende Blick erweckt den Anschein, dass kulturelle und politische Ebenen von sehr unterschiedlichen Planeten kommen. Vielleicht sogar, dass kulturelle Bildung für die wirklich ernsten Themen nichts »taugt«. Die Fachbegegnung in Bonn hat jedoch verdeutlicht, dass Methoden der kulturellen Bildung eine wertvolle Erweiterung für das eher deskriptive und reflektierende Instrumentarium der politischen Bildung darstellen können. Und umgekehrt wurde die Bedeutung des politischen Moments für die kulturelle Bildung viel plastischer. In Bonn fand in diesem Sinne im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, bei dem wir zu Gast waren, eine wichtige und inspirierende Annäherung statt.

Wieso ist die Verknüpfung von politischer und kultureller Bildung überhaupt von aktueller Relevanz?

Den aktuellen Fachbegegnungen gingen in den vorangehenden Jahren »Kultur öffnet Welten« groß angelegte Touren mit regionalen Workshops voraus. Diese haben wir vornehmlich in Städten mit unter 80.000 Einwohnern durchgeführt und dabei natürlich bemerkt, dass die kulturellen Akteure vor Ort viel vor allem politische Arbeit leisten. Wir sind der Auffassung, dass gerade angesichts aktueller Tendenzen von Radikalisierung, Demokratiefeindlichkeit und Intoleranz politische Bildungsprozesse hochbedeutsam sind. Und damit auch für die kulturelle Bildung aktuell wie selten zuvor. Einer sortierten Auseinandersetzung darüber möchten wir mit der Konzeption der vier Fachbegegnungen in diesem Jahr einen weiteren Impuls verleihen. Aber auch nach deren Ende wird uns das Thema nicht loslassen: Denn wir brauchen über »Kultur öffnet Welten« hinaus eine Debatte und eine strukturierte Reflexion des Zusammenspiels von kultureller und politischer Bildung, insbesondere bezogen auf konkrete Praxis, Orte und Situationen. Es gibt da noch ein großes Desiderat an Auseinandersetzung.

Wie ist bisher die Resonanz auf die Fachbegegnungen und das Thema?

Das ist unterschiedlich. In Bonn hatten wir wie auch in Bremen eine gute intensive Arbeitsatmosphäre mit 30 Gästen und Experten. Das ist für uns auch die Maximalanzahl, um eine wirkliche Zusammenarbeit zu erzeugen: Am Ende des Tages soll jeder mit jedem gesprochen haben. In Reutlingen haben wir z. B. mit dem BIM, kurz für Bildung in Migrantenhand, und der Württembergischen Philharmonie Reutlingen sowie TRAFO wirklich starke Akteure vor Ort, die ihre Community entsprechend mitziehen. In Leipzig haben wir mit dem Landesverband Soziokultur Sachsen einen besonders starken Partner. Schon jetzt zeigt sich großes Interesse speziell an der Auseinandersetzung mit »ostdeutschen« Blickwinkeln und Ausgangslagen für kulturelle und politische Bildung. Wir freuen uns, dieses wichtige Thema aufziehen zu können und mit vielen Partnern ins Gespräch zu kommen.

Vielen Dank.

FOTO: DPA

Die ehemalige Haftzelle wurde unter dem Motto »Luther und die Avantgarde« von Jonathan Meese 2017 in Lutherstadt Wittenberg gestaltet

Lydia Grün ist Geschäftsführerin des netzwerk junge ohren. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Ideen der Demokratisierung nach 1945

Neues Forschungsprojekt zur Geschichte der politischen Bildung

TIM SCHANETZKY

Die Erforschung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden hat im vergangenen Jahrzehnt einen beispiellosen Boom erlebt: Beginnend mit der 2005/06 vom Auswärtigen Amt berufenen Historikerkommission haben inzwischen fast alle Bundesministerien entsprechende Forschungsaufträge erteilt. Dahinter steht nicht nur ein Interesse am Verhalten dieser Institutionen zur Zeit des Dritten Reiches, sondern mindestens ebenso sehr an ihrem Agieren in der jungen Bundesrepublik. Personelle Kontinuität war fast überall die Regel: Beim Bundesnachrichtendienst wie beim Verfassungsschutz und in einigen Ministerien der Ära Konrad Adenauer lag der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder sogar über den Vergleichswerten aus der Zeit vor 1945. Wenn also die Bundesrepublik in nicht geringem Maße von früheren Nationalsozialisten mitaufgebaut wurde – wie konnte dann die Demokratie ungeachtet aller personellen und mentalitätsgeschichtlichen Kontinuitäten gelingen? Was machte die Anziehungskraft des neuen Systems aus?

Dies ist auch das Thema eines neuen Forschungsprojekts zur Geschichte der politischen Bildung an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Es begreift politische Bildung im Zeitraum von 1945 bis 1976 als Querschnittsthema, das einen integralen Zugriff auf Behörden, Institutionen, Personen, Ideen und Praktiken ermöglicht. So geraten nicht nur Transformations- und Lernprozesse in den Blick, sondern auch das Verhältnis zwischen neugegründeten Institutionen und Politik, Bildungspraxis und den sich ausdifferenzierenden akademischen Disziplinen der Zeitgeschichtsschreibung und der Politikwissenschaft.

Das Besondere am Thema »politische Bildung« ist seine aufschließende Funktion: Akteure der politischen Bildung waren (und sind) zur Reflexion darüber gezwungen, was Demokratie sein soll, wie eine demokratische Ordnung gelingen kann und welchen Anteil ihre eigene Arbeit daran hat. Darin liegt ein wichtiger Unterschied zur sogenannten Behördenforschung, weil im Alltagsgeschäft von Staatssekretären und Ministerialbeamten nur selten Gelegenheit für derart grundlegende Reflexionen war. Anhand der politischen Bildung soll also auch ein intellektueller Selbstfindungsprozess rekonstruiert und gleichzeitig deutlich gemacht werden, mit welchen Praktiken er verknüpft und in welche internationalen Strömungen er eingebettet war.

Das von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien im Programm »Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus« finanzierte Projekt umfasst drei Einzelstudien. Sie widmen sich der Institutionengeschichte der Bundeszentrale für politische Bildung, fragen daneben aber auch nach den konkreten Praktiken der Bildungsarbeit, nach ihren Inhalten und Kooperationsformen auf nachgeordneter Ebene. Dazu dienen zwei Regionalstudien: In West-Berlin gab es eine besondere Konstellation schon aufgrund der symbolischen Bedeutung der geteilten Stadt im Kalten Krieg und durch den alltäglichen Umgang mit der Systemalternative. Demgegenüber verwiesen die Akteure in Baden-Württemberg immer wieder auf liberale Demokratietraditionen im deutschen Südwesten.

Erst am regionalen Fallbeispiel kann genauer gezeigt werden, wie Akteure in Parteien und Gewerkschaften, in den Kirchen, an den Universitäten, in den Medien, an Volkshochschulen und Akademien miteinander kooperierten und mitunter auch gegeneinander arbeiteten. In Baden-Württemberg war politische Bildung eben nicht nur das, was in Stuttgart erdacht oder von Politikwissenschaftlern wie Theodor Eschenburg in Tübingen oder Arnold Bergstraesser in Freiburg darunter verstanden wurde. Dazu gehörte von Anfang an auch das Engagement von engagierten Laien wie Otl Aicher und Inge Aicher-Scholl, deren intellektuelle Suchbewegungen in Ulm zunächst zur Gründung einer Volkshochschule und bald danach zu dem Versuch führten, das Bauhaus – angepasst an neue Bedingungen – wiederaufleben zu lassen. In West-Berlin demonstrierte die neugegründete Deutsche Hochschule für Politik, dass es unter dem Einfluss engagierter Remigranten und mit Unterstützung durch die westlichen Alliierten nicht beim Wiederanknüpfen an Weimarer Traditionen blieb: Aus einer Einrichtung der Erwachsenenbildung entwickelte sich bald das politikwissenschaftliche Institut der Freien Universität, das im Laufe der 1960er Jahre zu einem Zentrum der Studentenbewegung werden sollte. Dieser Umbruchszeit wird das Projekt insgesamt besondere Aufmerksamkeit widmen, zumal über die Institutionen der politischen Bildung in den 1960er und 1970er Jahren bis dato noch keinerlei quellengestützte Arbeiten vorliegen. Dabei gilt es nicht zuletzt, die maßgeblich von einstigen Akteuren verbreiteten Deutungen zu hinterfragen, die eine politikdidaktisch begründete Erfolgsgeschichte von Emanzipation und innerer Demokratisierung erzählen.

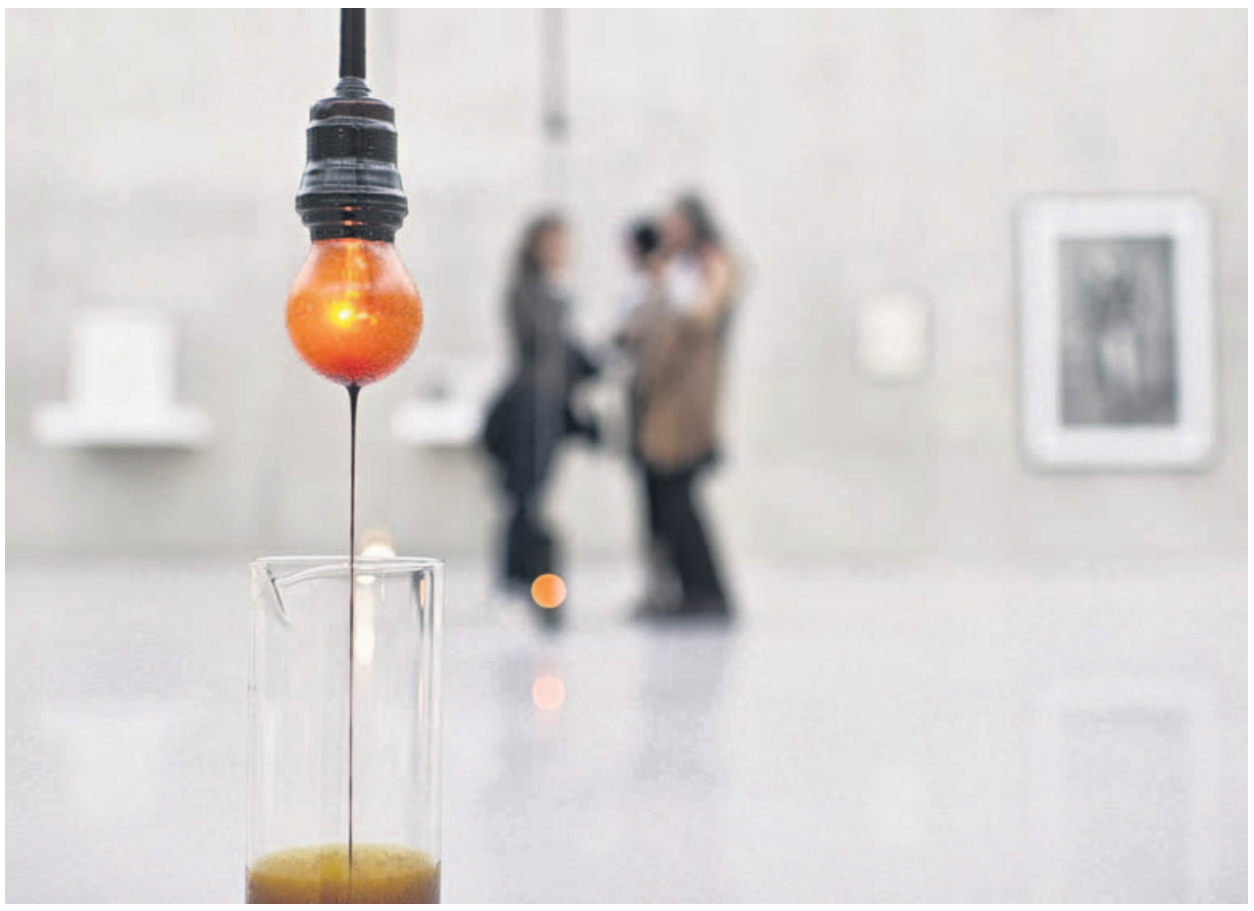


FOTO: DPA

Valie Export, »Fragmente der Bilder einer Berührung«, Kunsthaus Bregenz, 2011

Tim Schanetzky lehrt als Privatdozent Neuere und Neueste Geschichte in Jena und leitet das Forschungsprojekt gemeinsam mit Professor Norbert Frei

Städtische Alltagserfahrung und das politische Theatermachen

Die (politische) Arbeit von Rimini Protokoll

RICCARDA CAPPELLER

Wir befinden uns im Zwischenraum. Zwischen Imagination und Realität, dem Zuschauerraum und der Bühne, subjektiver Raumerfahrung und transitorischer Praxis, dem Expertenwissen und Alltagserfahrungen; zwischen Staat und Gesellschaft, den Regeln und Freiräumen, zwischen Beobachtung und Partizipation, Privatem und Öffentlichem, der Gegenwart und Zukunft der Stadt …

Eine Parallelwelt entstehen zu lassen, eine, die das Reale abstrahiert und aktuelle gesellschaftliche Tendenzen mit Humor und Ironie reflektiert, gehört zum Wesen des Theaters. Dass allerdings die Schauspieler keine Schauspieler sind, sondern Personen aus dem alltäglichen Berufsleben – sogenannte »Experten des Alltags« – die, ihre Erfahrung preisgebend, eine neue Form von Wissen generieren, ist eine Arbeits- und Präsentationsweise die im dokumentarischen Theater z. B. bei der Gruppe Rimini Protokoll, aber auch anderen Gruppen wie copy & waste, Ligna oder she she pop zum Einsatz kommt. Eine andere ist es, das Schauspiel zum Interaktionszusammenhang zwischen Menschen im Hier und Jetzt zu erklären und mit Formen des Zusammenseins, temporären und alternativen Gesellschaftsentwürfen zu experimentieren. Aus sehr individuellen und fachspezifischen Perspektiven, die auf der Bühne, aber auch (mobil) im Stadtraum inszeniert werden, beobachten die Zuschauer Situationen, die miteinander vernetzt sind und in ihrer Komplexität und Überlagerung übergeordnete Fragestellungen sowie manchmal auch ein System und seine Funktionsweise definieren. Den Inszenierungen liegt eine intensive und umfassende, häufig mehrere Jahre andauernde Recherche zugrunde, aus der zusammen mit Akteuren verschiedenster Disziplinen – der Wissenschaft, Praxis und Lehre oder ausgehend von verschiedenen Stadträumen, die ein übergeordnetes Thema verbindet, ein realer Inhalt entwickelt wird – wie in einem Dokumentarfilm, nur eben hier im Theater.

Rimini Protokoll, gegründet von den Theaterwissenschaftlern Helgard Kim Haug, Stefan Kaegi und Daniel Wetzel haben es geschafft, auch in den großen Häusern einzuziehen. In ihren Theaterproduktionen überlagern sich nicht nur die Perspektiven der Akteure, sondern auch die Handlungsräume, in die der Zuschauer mit einbezogen wird. Zwei Inszenierungen sollen hier gesondert hervorgehoben und in Kürze als politisch-architektonische Bildungsformate hinterfragt werden: »Do´s & Don´ts«, das Teil des Programms am Berliner Hebbel am Ufer war und die Besucher quer durch die Stadt zu verschiedenen Spielstätten brachte sowie »Großbaustelle«, eine Passage der Produktionsreihe Staat 1-4, die dem Haus der Kulturen der Welt viel Ansturm verschaffte. Beide Stücke suchen bewusst nach einer kritischen Betrachtungsweise der Interaktion von Mensch und Stadtraum und stellen schließlich den Einfluss der Ökonomie auf die Politik und damit die Grundlage unseres Systems sowie die gesamte Gesellschaft als Form des Zusammenlebens infrage. Als Zuschauer in dieser Theaterform nimmt man, obwohl mitten im Geschehen, die Position des genauen Beobachters ein und lernt Schritt für Schritt dazu. Es gibt zwar keine Verbindung zum klassischen Bühnenwerk als Grundlage der Stücke, dafür aber, das kann man zumindest annehmen, zur Stadtsoziologie – der Beobachtung von Raum, für die bereits Georges Perec in »Species and Spaces« von 1984 eine detaillierte Anleitung gibt, und die Nutzung dieses Raums im Alltag.

»Do's and Don'ts«: Von Anfang an wird hier das Thema – Regelwerk und Gesetze des Stadtraums – in Kontrast zum Bühnenraum definiert und deren praktische Umsetzung während des Stücks als »performance in situ« in städtischen Projekten 1:1 gezeigt. Die Vorstellung beginnt mit Regeln, die die Bühne beherrschen und wandert dann mit dem LKW als mobilem Zuschauerraum in die Stadt, wo auffällt, dass zwar viele Orte bekannt sind, nicht aber die Rahmenbedingungen, die ihre Nutzungsformen bestimmen. Was und wer ist wie erlaubt? Das Stück thematisiert das Zusammenleben, die Konstitution und Transformation des Raums in Bezug auf die Gesetze und Sonderregelungen für bestimmte Interessensgruppen, die ihn bedienen. Zukunftsszenarios für die Gesellschaft aus der Perspektive von Kindern, ein Blick auf rar werdende Flächen und der Hinweis auf die versteckte Privatisierung von Data-Sammel-Anlagen regen die Diskussion an dieser Stelle an und lassen spontane Raumexperimente entstehen, die eine Störung verursachen.

Die »Großbaustelle« im Modellcharakter als Wimmelbild hingegen erschließt sich dem Besucher erst allmählich – über den Wechsel der Perspektiven und die Beobachtung Anderer im Laufe des Stücks. Immer wieder nimmt man Situationen wahr, die nicht direkt einzuordnen sind, bevor man sie aus der richtigen Perspektive »erlernt«. Folgende Erfahrungen kommen zusammen: die Tätigkeiten und Hierarchien bei Leiharbeitern, der Prüfungsvorgang eines Brandschützers, die Beziehungen und Handlungen eines Rechtsanwalts, die Forschungsmaßstäbe und -zusammenhänge eines Professors, die Denke von Investoren und der Zwiespalt von Journalisten, die im Geschehen stecken, denen aber die Hände gebunden sind. Die Inszenierung führt den Besuchern die Absurdität des Systems, das in der Nachahmung und dem Handeln ohne Hinterfragen endet, gezielt vor Augen.

Die Perspektivenvielfalt lässt das Theater Wirklichkeit artikulieren und hinterfragt sie gezielt. Es geht dabei nicht um politisches Theater, sondern um den Prozess des politischen Theater-machens; das demokratische miteinander Agieren, die Reaktion auf prädeterminierte Räume und den gedachten oder zumindest teilweise realisierten Boykott gegenüber Machtverhältnissen. Außerdem spielt das gemeinsame Akkumulieren und Austauschen von Wissen eine bedeutende Rolle – damit ist nicht ein auf Zahlen und Fakten beruhendes Wissen gemeint, sondern vielmehr eines, das sich auf Erfahrung und Praxis bezieht, das durch Beobachtung und Austausch, ja durch den Vergleich von Situationen wächst und durch Kommunikation und gemeinsames Handeln weitergegeben wird. »Wir sind während einer solchen Aufführung an der Theatralität unserer Gesellschaft interessiert, an den Zeichen, aber auch an den utopischen Potenzialen unseres temporären Zusammenseins«, so Stefan Kaegi von Rimini Protokoll. Genau das ist es auch, was es spannend und gleichzeitig lehrreich macht: zum einen der Bezug zur Realität, den echten Regeln und deren fantasievolle Verknüpfung mit etwas, das wir oft nicht fassen können, ja gar nicht begreifen; oder, zum anderen, die individuelle Annäherung an die Erklärung eines Systems, das zu komplex erscheint – eine Exkursion durch die Stadt oder ein Fachmensch, der seine Arbeit und die Zusammenhänge erklärt und dabei durch bedacht gewählten Situationen ein sehr klares Bild der Politik dahinter zeigt, ohne diese überhaupt anzusprechen.

Riccarda Cappeller ist Journalistin mit dem Schwerpunkt Architektur und Stadtentwicklung

Mehr als »Töne ohne Bilder«?

Die Zukunft des Radios

STEFAN RAUE

Interessante Aufgabe, aber dir werden die Bilder fehlen«, sagte mir ein guter Freund, als ich ihm von meiner neuen Aufgabe beim Deutschlandradio erzählte. Er musste es eigentlich wissen, war er doch selbst multimedial geprägt und einige Jahre beim German Service der BBC hatten ihn mit der guten, alten angelsächsischen Radiokultur sehr vertraut gemacht. Treiben wir seine spöttische Bemerkung auf die Spitze: Ist Radio also nur Ton ohne Bild? Und ist das Radio in der Welt von YouTube und Spotify nur noch ein liebgewonnenes und angestaubtes Möbelstück, das man nicht wegwerfen mag, weil es nun mal dazugehört? Wenn man einen Dienstsitz in einem Funkhaus aus den 1930er Jahren in Berlin-Schöneberg hat (denkmalgeschützt) und den anderen in einem Funkhaus aus den 1970er Jahren im Süden Kölns (vermutlich bald denkmalgeschützt), dann wirkt das in einer Welt, in der die Töne aus der Cloud zu kommen scheinen, schon recht nostalgisch.

Und es wäre auch nicht das erste Mal, dass das Radio zum alten Eisen gezählt werden würde. Ende der 1920er Jahre stellte Bertolt Brecht die provozierende Frage, ob das Radio nicht eine »vorsintflutliche Erfindung« sei. Seine Skepsis bezog sich auf das Programm und die Eindimensionalität des Sendens. Die Faszination einer »Distributionstechnik«, und damit der Chance, alle über die Radioempfänger erreichen zu können, nahm ab. »Man hatte plötzlich die Möglichkeit, allen alles zu sagen, aber man hatte, wenn man es sich überlegte, nichts zu sagen.«

Und wann schon gelang ein Radioereignis wie das berühmte Hörspiel »Krieg der Welten« von Orson Welles nach dem Buch von H.G. Wells? Eine inszenierte Sondersendung wie ein »Brennpunkt« zu einer Landung von Marsianern auf dem Gelände einer Farm in New Jersey, eingebettet in eine Musiksendung zur abendlichen Entspannung, genau genommen eingebettet in Tango. Interviews mit Generälen, Politikern, Wissenschaftlern und Farmern. Der »Krieg der Welten« 1938 am Vorabend des Weltkriegs. Ein Radioereignis, das bis heute die Menschen interessiert und bewegt, auch wenn die behauptete Massenpanik der Bevölkerung von New York und New Jersey inzwischen als eher übertrieben und sogar falsch bezeichnet wird. Was aber bleibt: Form, Dramaturgie und Sprache waren so überzeugend, dass die Geschichte trotz einiger Hinweise auf die Inszenierung von vielen für glaubwürdig gehalten wurde. Eine große Debatte über die Täuschbarkeit durch Medien, über Fake News im eigentlichen Sinne, was kann ein Radiomacher mehr erreichen?

Danach kamen neue Konkurrenten, neue Faszinationen, vor allem die Bilder, schwarz-weiß, bunt, HD, die Kameras begannen zu fliegen, zu kreisen, zu zoomen, nie gesehene Perspektiven, die Bewegtbilder traten ihren Siegeszug an. »Video killed the Radio Star«, sangen die Buggles 1979/80, bis heute gibt es 24 Interpretationen – ein »One Hit Wonder« mit langer Wirkungszeit.

Und doch, das Medium »Töne ohne Bilder«, das Radio, lebt. Eine neue Studie zur Mediensituation in Deutschland 2017 präsentiert eindrucksvolle Daten. Weiterhin sind 96,5 Prozent der Haushalte mit Radiogeräten ausgestattet. 197 Minuten pro Tag hört der Durchschnittsdeutsche Radio, bei den 14- bis 29-Jährigen ist es noch ein bisschen mehr. Und schaut man in die Detaildaten, auch da trotzen die Erkenntnisse der allgemein behaupteten Medienkrise. Radio ist überall, beim Essen (43,9 Prozent), bei der Arbeit, beim Autofahren. Menschen mit Hauptschulabschluss hören Radio (205 Minuten) und Menschen mit Abitur (211 Minuten). Und von langweiliger Monokultur keine Spur: 2016 gab es 269 private Sender, davon 15 bundesweit, 2.453 Webradios und 66 öffentlich-rechtliche Programme. Der eine oder andere hält die Anzahl der öffentlich-rechtlichen Angebote für zu hoch, schaut man auf das Gesamtangebot an Radioprogrammen, wirken die 66 eher wie eine Ergänzung und Bereicherung.

Und Radiomachen ist in Deutschland auch kein schlechtes Geschäft. Mit 598 Millionen Euro Werbeeinnahmen erreichte der private Hörfunk im Jahr 2016 ein 10-Jahres-Hoch, eine Entwicklung, von der die Zeitungsverlage nur träumen können.

Vom Dahinsiechen oder gar Absterben des Radios kann also keine Rede sein, die deutsche Radioszene ist lebendig, breit aufgestellt und das Nebeneinander von Privaten und Öffentlich-Rechtlichen im Großen und Ganzen relativ unproblematisch. Steigende Werbeeinnahmen dämpfen die Rauflust. Und der unausweichlich nun auftauchende »Dudelfunk«-Vorwurf kann die heitere Grundstimmung nicht trüben, gerade die Informations- und Kulturprogramme von ARD und Deutschlandradio haben in den vergangenen Jahren spürbar zugelegt. Für den Deutschlandfunk heißt das, dass an Werktagen täglich 1,8 Millionen Hörerinnen und Hörer das Programm nutzen, 0,42 Millionen das Programm Deutschlandfunk Kultur, das wegen fehlender UKW-Frequenzen derzeit nur von etwa 60 Prozent der Deutschen empfangen werden kann, und täglich fast 40.000 Hörerinnen und Hörer Deutschlandfunk Nova wählen, das ganz ohne UKW-Frequenz nur über DAB + und das Internet zu erreichen ist.

Also alles gut für die »Töne ohne Bilder«? Nein, das eher nicht. Der Anblick der ohne Zweifel prächtig blühenden Radiolandschaft blendet und lenkt davon ab, dass auch ein erfolgreiches Medium neue Ideen und neue Formen entwickeln muss. In den Zeiten raschen Wandels in der digitalen Welt sind Selbstzufriedenheit und Routine die größten Gefahren, eine lange Erfolgsgeschichte provoziert nur selten Innovation. Das betrifft natürlich die Vertriebswege für die Programme. Die UKW-Versorgung ist das letzte analoge Dorf in der digitalen Welt, die Frequenzzuteilung kleinteilig und willkürlich, die Technik von vorgestern. Der Ausbau des Digitalradios DAB + ist mühsam, manche Programmanbieter sehen ihn als Chance für neue innovative Programme, andere scheuen die Kosten und das Risiko. Und der Empfang von Radioangeboten über das Internet ist gerade bei mobiler Nutzung eine Zumutung, was auch immer die Netzbetreiber versprechen.

Eine ganz andere Frage wirft aber die Entwicklung der Radioprogramme selbst auf. Gerade die werbefinanzierten Programme haben sich so stark in Musikauswahl und Text/Musik-Mischung optimiert, dass eine Profilierung voneinander zunehmend schwerfällt. Und die Playlist-Welt der ganz jungen Hörerinnen und Hörer findet in der Streaming-Welt von Napster, Spotify oder Apple Music eine viel persönlichere Entsprechung.

Für die Radioprogramme mit hohem Wortanteil und besonderer Musikauswahl stellen sich hingegen ganz andere Fragen. Wie können sie jüngere Menschen erreichen, mit welcher Profilierung können sie in der Masse der Angebote besondere Aufmerksamkeit erringen und ist die Idee des Massenmediums Radio »Live aus dem Funkhaus« noch zukunftsträchtig?

Bertolt Brecht sah die große Chance des Radios in seiner Rolle als »Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens«, der Zuhörer sollte nicht nur hören, sondern auch sprechen. Das Radio als öffentliche Agora für den Austausch, für Gespräche und für Debatten. Und Hans Magnus Enzensberger wollte mittels »Transistorradio« die Trennung von Konsument und Produzent aufheben, die Radiowelt als Plattform für den öffentlichen und freien politischen Diskurs.

Das bleibt alles richtig, die populistische und populäre Medienkritik hat das zum Mantra gemacht. Der Bürger kommt nicht zu Wort, auf ihn wird nicht gehört, die Medien spiegeln die Erfahrungen und Einschätzungen der Mächtigen und der Medienmacher selbst. Auch wenn neue gründliche Studien nach dem Pegida- und AfD-Schock nachgewiesen haben, dass der behauptete Medienverdruss vor allem ein Problem der Lautstärke und nicht so sehr der Quantität ist, und die etablierten Leitmedien der Öffentlich-Rechtlichen und Tageszeitungen immer noch sehr großes Vertrauen genießen, zu Selbstgefälligkeit gibt es keinen Anlass. Gerade die Kerngruppe der 29- bis 49-Jährigen schaut skeptischer auf uns Medienmacher, und das vermutete Desinteresse der Medien an deren Lebenswelten und Erfahrungen ist ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Der Hörfunk mit seiner langen Tradition der Hörerbeteiligung ist da in der Brechtschen Tradition tatsächlich gefordert, Foren und Diskussionsräume zu schaffen, die eine andere Debattenkultur bieten als viele polemische und zynische Chatrooms in der digitalen Welt. Gute Radiomacher können im wahrsten Sinne des Wortes »moderieren«, Streit auf den Punkt bringen, Argumente wägen, Dialog ermöglichen. Ja, im professionell gestalteten Hörerradio liegen viele Chancen – der Austausch der Einschätzungen und Ansichten sind die besondere Qualität – nicht in der Sammlung von O-Tönen, die ohne Bezug zueinander Bürgernähe suggerieren.

Der andere Entwicklungspfad heißt personalisierte Angebote. Die Podcasts, die jeder unabhängig von der Ausstrahlung abrufen kann, erleben eine von vielen unerwartete Blüte. Vor allem Menschen der Altersgruppen 14 bis 49 nutzen diese Angebote, längst sind auch kommerzielle Anbieter wie Audible auf dem Markt. Bei einer großen repräsentativen Studie nannte jeder Dritte »Nachrichten und Politik« ein bevorzugtes Thema, 21 Prozent »Gesellschaft und Kultur«, 20 Prozent »Bildung« und 17 Prozent »Wissenschaft und Natur«, Mehrfachnennungen waren zugelassen. Die Forscher ermittelten einen erreichbaren Markt von rund 20 Millionen Menschen für Podcast-Angebote, da eröffnet sich eine große Chance jenseits von UKW oder DAB +. Doch Podcasts sind nicht einfach Aufzeichnungen besonderer Radiosendungen, sie werden inzwischen eigens für das Angebot produziert. Wer sie hört, merkt schnell, Podcasts sind schneller, direkter, frecher, überraschender, kompakter, provozierender und vor allem viel persönlicher. Radio nicht mehr aus dem Lautsprecher und alle hören mit. Das ist Radio für die Hörerin und den Hörer ganz persönlich. Und nun ist die Schlüsselfrage, wie dieses besondere Angebot nun auch den erreicht, den es bereichern kann und der es dann auch wieder abruft.

Schneller als andere hat das Radio die Schockstarre überwunden, die die neuen globalen Plattformen und Player in der Medienlandschaft hierzulande verursacht haben. Neue interaktive Formen, die die Probleme und Schwächen der sozialen Netzwerke vermeiden, und neue Formen des Hörfunks, die der neuen mobilen Welt angemessen sind, das sind Möglichkeiten, »Töne ohne Bilder«, also das Radio, nicht nur erfolgreich, sondern auch zukunftsfest zu machen.

Stefan Raue ist Intendant von Deutschlandradio

FOTO: PICTURE ALLIANCE/BILDAGENTUR-ONLINE

Deutschlandradio hat seinen Berliner Sitz im RIAS-Haus am Hans-Rosenthal-Platz

Kein Ende absehbar

Seit über zehn Jahren gibt es das Blog Ruhrbarone

STEFAN LAURIN

Im Oktober 2007 gründeten Christoph Schurian, Ulrike Traub, David Schraven, Thomas Nückel und ich das Blog Ruhrbarone. Auf den Namen einigten wir uns an einem Abend in der Bochumer Kneipe Freibeuter, nachdem wir erste Ideen wie »Ruhr Aktuell«, »Ruhrgebiet heute« und »Standort Ruhr« schnell verworfen hatten. Auf den Namen kamen wir, als wir darüber sprachen, dass ein damals gerade abgelöster RWE-Chef mit dem schönen Namen Henricus Josephus Maria »Harry« Roels einmal gesagt hatte, er wolle kein Ruhrbaron sein. Damit stand das Wort im Raum und da sich noch niemand die Internetadresse www.ruhrbarone.de gesichert hatte, taten wir es. Von da an sollte es noch knapp drei Monate dauern, bis am 10. Dezember der erste Artikel erschien. Ganz klassisch war es ein »Mission Statement«, in dem wir erklärten, warum es dieses neue Blog gibt: »Was wir wollen? Über das Ruhrgebiet schreiben. Anders als in den Medien, für die wir sonst arbeiten, journalistisch, klar, wir sind ja fast alle Journalisten, aber doch meinungsfreudiger als im Berufsalltag.« Wir waren damals fast alle von der Idee begeistert, dass das Ruhrgebiet zusammen wachsen sollte und die Kirchturmspolitik der Städte, die wie ein Fluch die Entwicklung des Reviers seit Jahrzehnten verhindert – und es leider noch jahrzehntelang tun wird – überwunden werden muss. Nachdem es in den Jahren zuvor eine breite Debatte über die Zukunft des Ruhrgebiets gab, zeichnete sich damals ihr Ende ab: Die WAZ hatte ihre Ruhrgebietsseite ebenso eingestellt wie taz und Welt-Kompakt ihre Ruhrgebietsausgaben und das Stadtmagazin Marabo war längst pleite. Wir wollten den medialen Ort für die Debatten über die Zukunft des Ruhrgebiets bieten, der zu verschwinden drohte. Das war die Ursprungsidee zur Gründung des Blogs. Daran, dass wir als Medium erfolgreich sein würden, hatten wir keinen Zweifel: Das Ruhrgebiet hat mehr als fünf Millionen Einwohner, dass ein Blog über diese Region schnell eines der größten Regionalblogs des Landes werden würde, war uns klar. Ein Blog zu gründen, das kaum jemand liest, war nie unser Interesse.

Die von uns anfangs beschworene und gewünschte Debatte um die Zukunft des Reviers ist längst versandet

Seit damals ist viel passiert. Über 21.000 Beiträge wurden auf den Ruhrbaronen seit der Gründung veröffentlicht. Von den über 100 Autorinnen und Autoren, die im Laufe der Jahre kamen und gingen, sind gut zwei Dutzend zur Zeit aktiv. Über 10.000 unterschiedliche Leser, sogenannte Unique Visitors, misst unsere Software im Durchschnitt am Tag. Unsere erfolgreichsten Artikel, z. B. die Live-Berichterstattung von den Hogesa-Krawallen 2014 in Köln, wurden innerhalb weniger Stunden von über 80.000 Menschen gelesen. Seit Jahren gelten wir als zuverlässige Quelle, die von zahlreichen Medien wie Welt, Spiegel, FAZ und vielen anderen immer wieder zitiert wird.

Zu den eigenen Autoren kommen die Gastautoren. Armin Laschet (CDU), Hannelore Kraft (SPD), Volker Beck (Grüne) und Marco Buschman (FDP) haben ebenso bei uns bereits Texte veröffentlicht wie RWI-Präsident Christoph M. Schmidt oder der aus dem Iran stammende Demokratie-Aktivist Kazem Moussavi.

Nach wie vor sind die Ruhrbarone aber ein ehrenamtliches Projekt. Die meisten von uns arbeiten als freie Journalisten, die Ruhrbarone sind für uns alle ein Nebenprojekt. Die Gewinne, die wir erzielen, reichen aus, um zwei Mal im Jahr eine Party zu feiern. Bier, Pizza, Wurst auf dem Grill – das war's. Allerdings machten sich viele von uns über die Arbeit für das Blog als Autoren einen Namen und schafften so entweder den Einstieg in den Beruf oder verbreiterten den Kreis ihrer Auftraggeber. Wir erfüllen, gerade im Ruhrgebiet, eine Aufgabe, die früher Stadtmagazine wie Marabo, Prinz oder auch die taz-Ruhr hatten: Wir sind eine Plattform, auf der man seine ersten Schritte als Journalist oder Journalistin machen kann. Eine Funktion, die uns wichtig ist. Die Erfahreneren stehen den Anfängern bei, unterstützen und begleiten sie.

Wir sehen uns nach wie vor ganz bewusst als Blog, als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zu den etablierten Medien. Das hat seinen Grund nicht nur in der Technik, denn wir benutzen, wie die allermeisten Blogs, das Content-Management-System Wordpress, und nicht nur in der Tatsache, dass wir kaum Geld verdienen – auch das ist bei vielen Medien leider längst Alltag. Sicher, der Zusammenhalt unter den Blogs war früher größer. Die Betreiber vieler kleiner Blogs wechselten ganz zu Facebook oder Twitter, aber diese Entwicklung kann sich auch wieder umkehren. Je stärker die Betreiber der großen Plattformen ihre Nutzer reglementieren, um mehr werden sich künftig überlegen, als Basis im Internet eine eigene Plattform aufzubauen, auf der sie bestimmen, was sie veröffentlichen. Blogs bieten die Möglichkeit, unabhängig zu publizieren und das ist, bei allen Problemen, die es in Einzelfällen gibt, erst einmal eine Ausweitung des demokratischen Publikationsraums und somit an sich mehr Chance als Gefahr. Würde die Politik Ideen wie die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Journalismus umsetzen, die übrigens auf den Ruhrbaronen erstmals formuliert wurde und es in den Koalitionsvertrag von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen geschafft hat, ergäben sich auch wirtschaftlich neue Möglichkeiten. Vielleicht nicht so sehr für uns, die wir unsere Leser vor allem in Ballungsgebieten haben, sondern in den vielen kleineren Städten und Gemeinden, in denen es keine Redaktionen vor Ort mehr gibt, die über den Alltag der Menschen berichten.

Die Ruhrbarone sind auch ein Experimentierfeld. Wir spielen mit Formaten und probieren vieles aus: Im Laufe der Jahre sind wir nicht nur auf Facebook mit über 14.000 Fans und Twitter mit über 21.000 Followern aktiv und stellen dort zum Teil auf diese Plattformen abgestimmte Inhalte bereit, sondern haben von Live-Videos über Podcasts bis zu einem eigenen, bis 2012 erschienenen Magazin nahezu alles ausprobiert, was mit Medien möglich ist. Vieles gelang, einiges, wie Lokalteile für Bochum und Dortmund, nicht. Wir sind gespannt und freuen uns auf die Möglichkeiten, die sich uns in den kommenden Jahren bieten werden. Als wir anfingen, war es undenkbar, Livevideos zu senden. Nun erreichen wir mit einzelnen Videos mehrere hunderttausend Menschen. Wir können heute nur ahnen, welche Möglichkeiten Technologien wie Virtual Reality für den Journalismus künftig bieten.

Ganz konventionell sind wir, was die Trennung von Redaktion und Werbung betrifft. Wir bekommen wöchentlich durchaus lukrative Angebote, werbende Gastbeiträge ohne Kennzeichnung als Reklame zu veröffentlichen, was wir immer ablehnen. Andere werden das nicht tun, sonst gäbe es diese Angebote nicht in dieser Häufigkeit. Und auch ein, wenn auch knappes, Redaktionsstatut gibt es, das die Linie für alle Autoren vorgibt: Wir sind nicht der Ort für antisemitische und antiisraelische Veröffentlichungen, wir stehen gegen jede Form des Rechtsradikalismus und auch die in Deutschland immer beliebter werdende Volkserziehung wird von uns nicht beklatscht.

FOTO: HANSEAT / FOTOLIA.COM

Das Ruhrgebiet hat mehr zu bieten als stillgelegte Zechen und Industrieanlagen – im Bild das Bügeleisenhaus in Hattingen. Das Blog »Ruhrbarone« ist vor zehn Jahren angetreten, um am Zusammenwachsen der Region zu arbeiten

Ob wir schon mal Ärger hatten? Ja, ständig. Wir wurden von Neonazis angegangen, aus Kreisen der Linkspartei wurde vermutet, wie würden vom israelischen Militärgeheimdienst finanziert und Reichsbürger sowie Globuli-Freunde vermuten, dass wir Wikipedia steuern. Vergebens versuchte die italienische Deutschrock-Band Freiwild uns nach Kritik abzumahnen und auch Splitterparteien wie Pro-NRW oder Flüchtlinge schikanierendes Wachpersonal und die MLPD versuchten entweder vergebens, uns mit juristischen Mitteln einzuschüchtern oder scheiterten gegen uns vor Gericht.

Wir gehen traditionell Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg und reagieren auf Versuche, uns einzuschüchtern, mit noch intensiverer Recherche und weiteren Artikeln.

Thematisch haben wir uns im Laufe der Zeit immer breiter aufgestellt und auch die Autoren und Autorinnen kommen längst nicht mehr nur aus dem Ruhrgebiet. Die von uns anfangs beschworene und gewünschte Debatte um die Zukunft des Reviers ist längst versandet. Wir berichten heute bundesweit über Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Kultur, veröffentlichen Diskussionsbeiträge zum Aufstieg des Rechtspopulismus und beziehen Stellung gegen esoterischen Unfug wie Homöopathie oder andere Formen der sogenannten Alternativmedizin. Es gibt kein Thema mehr, das bei uns nicht denkbar wäre. Aus dem Blog für das Ruhrgebiet ist ein Blog aus dem Ruhrgebiet geworden. Die meisten unserer Leser wohnen heute in Berlin, zu den zehn Städten, in denen es besonders viele Ruhrbarone-Leser gibt, gehören neben Dortmund, Bochum und Essen längst auch Köln, Hamburg und Frankfurt.

Und deren Zuspruch wird, genauso wie die Wut, die uns oft entgegenschlägt, dafür sorgen, dass wir natürlich weitermachen. Wir haben in den fast elf Jahren viele Blogs kommen und gehen sehen, haben von fantastischen Ideen gehört, mit denen Blogs zu einem großen Geschäft werden können und genauso oft erzählen lassen, sie stünden kurz vor dem Ende. Alles Unfug. Leidenschaft, Neugier und der Spaß, zusammen die Ruhrbarone zu betreiben, sind die Grundlage unserer Arbeit. Journalismus als Beruf, bloggen als Hobby ist eine einfach zu schöne Kombination, um sie sein zu lassen.

Stefan Laurin ist Journalist und gehört zu den Gründern der Ruhrbarone

Schwergewichte!

Mit jeweils mehr als 500 Seiten sind zwei neue »Schwergewichte« in der Buchreihe »Aus Politik & Kultur« erschienen. Die Bücher »Wertedebatte: Von Leitkultur bis kulturelle Integration« und »Die dritte Säule: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik« liefern einen umfassenden thematischen Überblick über die Debatten zu den Themen Werte und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, der bis zu anderthalb Jahrzehnte zurückreicht und zugleich neue Kontexte erschließt. Sie werden herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Bestellen Sie die Bücher für jeweils 22,80 Euro inkl. Versand unter www.kulturrat-shop.de oder per E-Mail an info@politikundkultur.net!

Wertedebatte:
Von Leitkultur bis kulturelle Integration
ISBN: 978-3-947308-06-4
548 Seiten für € 22,80

Die dritte Säule:
Beiträge zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
ISBN: 978-3-947308-08-8
556 Seiten für € 22,80

Spielräume erweitern

Ein PLAYdoyer der Stiftung Digitale Spielekultur

ÇIĞDEM UZUNOĞLU

Das große Potenzial von Games liegt für uns auf der Hand, gerade weil sie fester Bestandteil des Alltags von Millionen Menschen sind und die Ausdrucksform von verschiedenen Generationen und Bevölkerungsgruppen. Die Stiftung Digitale Spielekultur versteht sich als eine Stiftung am Puls des digitalen Zeitalters. Sie zeigt mit ihren Projekten – in den Themenfeldern Bildung, Kultur und Forschung – neue und innovative Wege, in Kooperationen mit Bundesministerien und Partnern aus Kultur, Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, Jugendschutz und Pädagogik, auf. Bei der Arbeit geht es unter anderem darum, die Potenziale, das Know-how und die Chancen aus der Games-Branche an bislang eher wenig Games-affine Gesellschaftsgruppen zu vermitteln, wie in die Stiftungslandschaft, Politik oder an Gruppen, die bislang kaum Berührungen mit digitalen Spielen hatten.

Die Stiftung Digitale Spielekultur geht auf eine gemeinsame Initiative des Deutschen Bundestages und der deutschen Computer- und Videospielbranche zurück und wurde 2012 ins Leben gerufen. Die Arbeit der Stiftung wird durch einen Beirat unterstützt. Seine vierzehn Mitglieder kommen aus den Bereichen Politik, Bildung, Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur und Jugendschutz.

Die Unabhängigkeit und Transparenz, die unter anderem der Beirat garantiert, erlauben eine unvoreingenommene Herangehensweise an das Medium Spiel. Die Stiftung beleuchtet mit ihren Projekten verschiedene soziokulturelle Facetten des Mediums und richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen.

Mit den Projekten wird die Vielfältigkeit der Fördermöglichkeiten von Games aufgezeigt. Ob »Quartett der Spielekultur«, »Spielungen auf der Frankfurter Buchmesse«, »Game Jam zum Thema Fake News« oder die Online-Plattform www.digitale-spielewelten.de – gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern, wie z. B. dem Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut, den Bundesministerien oder Stiftungen, engagiert sich die Stiftung in vielen Projekten und Initiativen. Sie nutzt die Faszination von Millionen Spielerinnen und Spielern aller Alters- und Bildungsschichten für die gesellschaftspolitische Arbeit.

Games – Möglichkeiten für die Bildung

Vor allem der Non-Profit-Sektor und die Bereiche Politik, Kultur und Bildung könnten in ihrer Arbeit noch viel stärker vom Einsatz sogenannter Serious Games profitieren, als sie es aktuell tun. Digitale Spiele und digitale Spielekultur eignen sich hierfür aus verschiedenen Gründen besonders. Sie sind Teil der medialen Lebenswirklichkeit und oft bevorzugtes Freizeitvergnügen der Kinder und Jugendlichen. Digitale Spiele in der Bildungsarbeit einzusetzen bedeutet deshalb, die Lebenswirklichkeit von Jung und Alt, generationsübergreifend zu bejahen und diese vorhandene Begeisterung aufzunehmen und nutzbar zu machen. Games ermöglichen gerade durch ihren spielerischen Ansatz die Beherrschung gegenwärtiger Informationstechnik und damit Teilhabe an der modernen digitalen Informationsgesellschaft.

Die Online-Plattform www.digitale-spielewelten.de greift deshalb die Motivation von Kindern und Jugendlichen für Spiele auf und macht diese für die Bildung nutzbar. Auf ihr präsentieren Medienpädagogen, Lehrer und Experten der Spiele-Branche exemplarisch Projekte, Methoden und Unterrichtsmaterialien rund um Spiele. Sie wurde initiiert, um Eltern und Pädagogen im Umgang mit digitalen Spielen zu unterstützen und einen kreativen, aber auch kritischen Umgang mit Games zu fördern. Zusätzlich vernetzt sie Initiativen, Institutionen und Einrichtungen, die sich mit der Thematik befassen. Diese können kostenlos heruntergeladen und in der eigenen Arbeit weiterverwendet werden.

Demokratieförderung durch Computerspiele

Immer mehr Menschen informieren sich heute vollständig über Soziale Medien über die Tagespolitik und das Weltgeschehen. Klassische Nachrichtenmedien werden insbesondere von der jungen Generation zunehmend

Politik, Kultur und Bildung könnten noch viel stärker vom Einsatz sogenannter Serious Games profitieren

weniger genutzt. Entwicklungen wie Fake News und Diskussionen über alternative Fakten gewinnen zunehmend an Brisanz. Gleichzeitig mangelt es an Angeboten, um die Nachrichtenkompetenz zu verbessern und Menschen jeden Alters zu befähigen, die Güte von Quellen selbst bewerten zu können. Gemeinsam mit Partnern aus der Zivilgesellschaft möchte die Stiftung Digitale Spielekultur aufzeigen, wie Spiele diese Entwicklungen aufgreifen und die demokratischen Überzeugungen ihrer Spieler steigern können. Zu diesem Zweck werden in Zusammenarbeit mit Experten Konzepte, Prototypen und Strukturen entwickelt, die zeigen sollen, wie Spiele politische Inhalte verarbeiten und vermitteln.

Erst vor Kurzem hatte die Stiftung Digitale Spielekultur alle Interessierten eingeladen, kreative und spannende Lösungen für diese Herausforderungen in einem 48-stündigen Game Jam zu finden. Ziel war die Entwicklung von News Games und Spielen zur Vermittlung von Nachrichtenkompetenz insbesondere für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Kulturelle Teilhabe bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher fördern

Unter dem Motto »Stärker mit Games« ist die Stiftung Digitale Spielkultur Projektpartnerin im Bundesprogramm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung«. Im Rahmen dieses Projektes werden Bündnisse mit lokalen Partnern geschlossen, um Maßnahmen mit sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen durchzuführen. Maßnahmen wie Workshops, Barcamps, Akademien dienen der Vermittlung kultureller Bildung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Bei den Maßnahmen wird ein Schwerpunkt auf die digitale Spielekultur gelegt. Selbstverständlich erfolgt die Vermittlung unter Beachtung der Vorbildfunktion, die Vermittlung von Medienkompetenz sowie die deutsche Gesetzgebung zum Jugendschutz . Bei »Stärker mit Games« kommen die Kompetenzen der Stiftung Digitale Spielekultur mit Blick auf Inhalte, Fachkräfte und Hardware und die Expertise der lokalen Partner speziell hinsichtlich der die Zielgruppenerreichung und des bürgerschaftlichen Engagements zusammen und bilden einen echten Mehrwert.

Schutz von Kindern und Jugendlichen

Um Eltern durch praktische Hilfen für die Medienerziehung in der Familie zu unterstützen, haben die Stiftung Digitale Spielekultur und die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) einen Elternratgeber herausgegeben. Er klärt auf über den generellen Umgang mit Spielen. Der Elternratgeber wurde mehr als 230.000 Mal in Deutschland verteilt. Er befasst sich damit, Spielzeitbeschränkungen und technische Möglichkeiten auch in Abwesenheit durchzusetzen und widmet sich aber auch dem Thema Online-Spiele und gibt allgemeine Hinweise zum Spielekauf.

Game Mixer – eine Delegationsreise für Young Professionals aus der Games-Branche

Das Game-Mixer-Programm umfasst in der Regel ein zweitägiges Barcamp, eine Delegations-interne Spielepräsentation, Studio-Besuche in der lokalen Entwickler-Szene, einen öffentlichen Showcase aller gefeatureten Spiele für die interessierte Öffentlichkeit und einen abschließenden Game Jam mit gemischten Teams. Das Game Mixer Barcamp fand bisher in Indonesien, in Brasilien und Südafrika statt. Weitere Delegationsreisen sind in Planung.

Aufbau einer Sammlung digitaler Spiele

Zu einem Kulturgut gehört neben der sozialen Teilhabe und der Diskussion in Feuilleton und Gesellschaft auch die Frage nach der Bewahrung. Durch ihre interaktive Natur und besondere Anforderungen an Hardware stellen digitale Spiele die Archivierungswelt vor besondere Herausforderungen. Durch die Zusammenlegung der Bestände des Computerspielemuseums, der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und der Computerspielesammlungen des Zentrums für Computerspielforschung der Universität Potsdam (DIGAREC) wurde die weltweit umfangreichste und bedeutendste Sammlung mit mehr als 50.000 Computer- und Videospielen initiiert. Die Rolle der Stiftung liegt in der Koordination und Durchführung des Projekts.

Kulturpreis der Branche

Der Deutsche Computerspielpreis (DCP) ist der wichtigste Kulturpreis für Computer- und Videospiele aus Deutschland. Er diente ein Jahrzehnt lang als wichtigstes Förderinstrument der Bundesregierung und der deutschen Games-Branche für die Entwicklung innovativer, pädagogisch oder kulturell wertvoller Games. Das Awardbüro DCP wird von der Stiftung Digitale Spielekultur geführt. Es organisiert und begleitet den gesamten Prozess der Preisvergabe vom Aufruf zur Einreichung bis zur Auszahlung der Preisgelder in enger Abstimmung mit den Ausrichtern des Preises, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem game - Verband der deutschen Games-Branche.

Die Zukunft der digitalen Spielekultur

Mit den aktuell fortschreitenden Entwicklungen und den allgemeinen Trends der Digitalisierung werden wohl nur die eingefleischtesten Kritiker den sukzessiven Bedeutungszuwachs von digitalen Spielen in allen Bereichen unserer Gesellschaft verneinen. Gerade in ihrem Ringen um Akzeptanz wird die kulturelle Relevanz digitaler Spiele deutlich. Denn wir leben inmitten eines spannenden Umbruchs, der »digitalen Renaissance«. Junge Menschen nehmen ganz selbstverständlich die digitale Spielekultur in die eigene Hand und erwerben so Kompetenzen, die neben der Games-Branche selbst auch in vielen anderen Bereichen Anwendung finden, wie etwa Schlüsselkompetenzen in Programmierung, Design, Interdisziplinarität, Kreativität und Kooperation. Der Grad an Professionalität, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Computerspiele-Industrie kann sich inzwischen sehen lassen. Doch kommt es auch auf die Inhalte an und den Mut, Neues zu wagen und neue ungewohnte sowie ungewöhnliche Wege zu gehen. Hier kann die heimische Computerspiele-Industrie durch eine Games-Förderung noch stärker werden und der globalen Games-Kultur ein eigenes Gepräge aufdrücken, damit Deutschland vom Spiele-Entwicklungsland zum Spieleentwicklungs-Land wird. Dabei stehen wir den Kulturschaffenden der digitalisierten Welt sehr gerne auch in Zukunft unterstützend zur Seite.

Çiğdem Uzunoğlu ist Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Spielekultur

FOTO: MICHAEL DECKBAR

Die Stiftung Digitale Spielekultur organisiert und begleitet den gesamten Prozess der Preisvergabe des Deutschen Computerspielpreises (DCP) – so wird auch die Preisverleihungsgala ermöglicht

Da wird bestimmt Gutes dabei sein

Ein Kommentar zum Breitbandausbau

ARMIN CONRAD

Der Breitbandausbau in der deutschen Provinz, die Digitalisierung der Fläche in Landkreisen, Dörfern und Weilern wird seit Jahren entschlossen vorangetrieben. Der aktuelle Koalitionsvertrag bekräftigt dies noch einmal. Breitbandausbau und Digitalisierung – unter Verbrauchergesichtspunkten auch schnelles Internet genannt – sind ein politisches Alphaziel. Der Kampf darum, in dieser Welt »führend« zu sein, hat oberste Priorität. Breitbandausbau ist zum Imperativ aller geworden, ganz gleich ob sie sich Wirtschaftsförderung oder Datenschutz auf ihre Monstranzen geschrieben haben.

»Der flächendeckende Ausbau zukunftsfester Breitbandnetze zählt zu den zentralen Aufgaben unserer Zeit.« Stammt dieser Satz jetzt von der Homepage der Digitalen Offensive Sachsen (DIOS) oder von der Startseite des Breitbandbüros Hessen? Lassen wir es offen, denn es geht um »die Schaffung der Gigabit-Gesellschaft«. Das stammt eindeutig aus Hessen.

Die »Abgehängten« im Osten und Westen, die Rostviertel überall, die Versorgungsprobleme bei zunehmend immobilen alten Menschen, es sind dankbare Adressen und Argumente für einen politischen Willen, der sich nicht Dauerempörungen ausgeliefert sehen möchte. Hier kann man Visionen verbreiten, man kann handeln, man kann Geschäftsmodelle entwickeln. Hier ist Politik noch ganz und gar Gestaltung. #moderndenken ist ein roter Faden durch die Internetauftritte.

Breitbandausbau, die Digitalisierung ländlicher Gebiete, das ist schon jetzt ein blühender Garten der Geschäftsmodelle. Alle sind zur Stelle, wo es um die Verteilung von Fördergeldern und Steuermitteln geht, um Synergieeffekte beim Aufreißen von Straßen und Gehwegen, um Windfall-Profits im Schatten der allgemeinen Digital-Euphorie.

Das ist alles noch nicht verwerflich, nur weil einige — von mir aus auch auf Trittbrettern— gut damit verdienen. Aber ist das auch etwas für die Menschen? Schafft es mehr Freiheit, pardon, mehr Freiheitsempfinden? Schafft es dort, wo man das vermisst, mehr Öffentlichkeit und Pluralismus? Bürgerbeteiligung? Teilhabe? Schafft es gar mehr Demokratie? Oder schafft es eher: mehr Komfort, mehr Bequemlichkeit, mehr Fürsorge, auch dort, wo man sie vielleicht gar nicht möchte.

Wenn die breiten Kabel erst gelegt sind, muss ja auch etwas darin hinein. Wie wird das sein, wenn es fertig ist oder annähernd fertig?

Den nun folgenden Ausflug in die Geschichte mag mancher für unzulässig »herbeigeredet«, mindestens aber für wenig zielführend halten. Aber dieser Exkurs verweist darauf, wie eng der »Segen« einer neuen Technik mit menschenverachtender Missbräuchlichkeit verbunden ist. In den späten 1920er und 1930er Jahren klopfte eine andere durchaus nicht so weit entfernte Technologie an das Leben der Menschen an. »Werde Rundfunkhörer!« stand damals an den Litfaßsäulen der späten Weimarer Republik und des frühen Nazi-Reiches. Mehr und mehr Menschen saßen unter den mehr oder weniger gut von den Sendern angestrahlten Antennen an den Volksempfängern und lauschten in den Äther.

Joseph Goebbels hatte schnell begriffen, welches Propagandainstrument dieser Rundfunk sein kann. Der Reichspost wurde die Programmgewalt entzogen und ins Propagandaministerium verlagert. Und während der Boom bei den Volksgeräten weiterging, wurde das Volk gemaßregelt. Nicht nur, dass bestimmte Kurzwellenteile – da, wo man »Ausland« hören konnte – nicht mehr eingebaut wurden. Am Drehknopf jedes Volksempfängers war ein Schildchen angebracht: »Denke daran. Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl des Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet.« Wer damals am Rad=Knopf drehte, stand mit einem Bein im Zuchthaus. Das Empfangsgerät musste abgeliefert werden. Nachzulesen in Band 2 der dtv-Reihe »Rundfunk in Deutschland – Ansgar Diller: Rundfunkpolitik im Dritten Reich« (hrsg. v. Hans Bausch 1980).

Die Angst der Nazi-Spitze vor von jüdischen Emigranten verbreiteten »hetzerischen und verlogenen« Rundfunksendungen war so groß, dass Goebbels im Laufe des Krieges auch Ortsgruppenleitern, Gauleitern und am Ende sogar Regierungsmitgliedern das Hören von Auslandssendern verbot. Im November 1941 durften in Nazi-Deutschland nur noch zehn Personen, darunter vier Generäle »Feindsender« hören. Wer das war, kann man sich leicht an zwei Händen abzählen. Reichsminister mussten sich das beim Führer persönlich genehmigen lassen. Ansonsten war auch ihnen verboten, »am Rad zu drehen«. Wer jetzt fragt, was das mit dem heutigen Breitbandausbau zu tun hat, dem sei eingestanden, dass das nicht automatisch in eine barbarische Diktatur führt.

Aber: Ob es gut ist, die Digitalisierung den Geschäftsmodellen dieser Welt auszuliefern, muss befragt werden. Neue Technologien regen in menschlichen Gehirnen meist die totalitären Fantasien an und entfalten seltener demokratische und emanzipatorische Kräfte. Militärputschisten besetzen beim Putschen erst mal die Funkhäuser. Man mag einwenden, dass man das so mit dem Internet nicht machen könne, dafür sei das Eigenleben des Netzes einfach zu stark und unberechenbar.

Weiter: Wie wird das sein, wenn man sich eine breitbandausgebaute Wirklichkeit vorstellt? Da wird bestimmt Gutes dabei sein. Der digital organisierte Lieferservice von Rewetengelmannedekareallidlnormapennykaufland. Supermarktkettenoligopole als Sozialdienste. Am Ende noch mit Zertifikat. Zeit gespart, Benzin gespart, Anstrengung gespart. Will man dem die Sinnhaftigkeit absprechen?

Oder der Doktor? Der hat seine Praxis 15 Kilometer weiter und ist doch mit einem Klick auf dem Bildschirm. Sogar im Garten zwischen Rittersporn und Tomaten auf dem Handy! Wie geht es uns denn so? Ihr Blutdruckmessgerät hat mir die Werte übermittelt. Nehmen Sie auch Ihre Tabletten? Dann müssen wir eine neue Packung verschreiben! Drücken Sie auf die OK-Taste! Danke. Mein Terminassistent macht Ihnen für den nächsten Termin jetzt einige Vorschläge….Mag sein, dass das jetzt etwas holzschnittartig daherkommt. Aber: Was will man gegen Telemedizin einwenden, wo durch alle möglichen Medien bei fast allen Menschen eine maximale medizinische Kompetenz erzeugt wird. Gut, es gibt immer noch das Risiko falscher Diagnosen und Behandlungen. Das kriegt man sicher in den Griff.

Telemedizin spart Kosten und Raumnutzung für alle. Nur beim Immobilienmakler, der Arztpraxen vermittelt, wird sich die Stirn in Falten legen.

Nicht zu vergessen. Breitbandausbau in ländlichen Regionen macht die örtliche Wirtschaft beweglicher, erfolgreicher, wettbewerbsfähiger. Wettbewerbsnachteile für Handwerksbetriebe und kleine Manufakturen schmelzen sicher nicht vollständig dahin, werden aber kleiner. Das hat was mit Arbeitsplätzen zu tun und jetzt sage noch einer, das wäre nichts für die Menschen. #moderndenken ist einfach smart.

Eben. Smart! Auch das wird durch das Breitbandkabel zum Regelfall: Smart Home. Heute schon von fast allen Stromanbietern gepriesen. Sind die Fenster geschlossen, ist der Herd abgestellt? Sicherheitsmanagement für alle, die sich auf dem Weg zu Alzheimer befinden und doch irgendwie ein Handy bedienen können. Unser Sicherheitsbedürfnis ist gleich von mehreren Geschäftsmodellen umstellt. Man braucht dann selbstverständlich Smart-Home-fähige Fenster, Kochstellen, Sensoren und Videokameras. Natürlich die entsprechende Software. Die Versicherungen werden ihre Beiträge im Zweifelsfall bei denen erhöhen, die kein Smart Home haben. Überhaupt stellt sich mehr und mehr die Frage, in welcher Form Versicherungsrisiken in einer smart gesicherten Wirklichkeit noch einen Platz haben. Aber gut: Die Wirtschaft bleibt in Schwung, lokal, national, weltweit. Bleiben wir smart! Wer im Breitband ist, ist auch »breitband« erreichbar. Und das bedeutet: Smart Governance. Ein so schönes Wort: Es laufen in Deutschland zurzeit eine ganze Reihe Breitbandverkünder von Panel zu Panel, von Workshop zu Workshop, von Forum zu Forum und erzählen von Stadt zu Stadt, was viele schon wissen: Straßenlampen, die nachts nur noch dann leuchten, wenn unter ihnen jemand durchläuft. Kameras in Mülltonnen, die den Füllstand direkt ins Entsorgungsauto melden. Sie erzählen von Pilotprojekten und vielen tollen Sachen, alles für den Bürger. Ist der gefragt worden? Oder muss er das gar nicht mehr? Denn es geht ja »um die Schaffung der Gigabitgesellschaft«.

Der Signalton auf iPad oder Handy für die nächste Grundsteuerrate, das ist eigentlich jetzt nicht wirklich dramatisch. Er öffnet aber das Ohr für den Staat im Rückkanal. Ist es unanständig, darauf zu verweisen, dass China auf dem Gebiet der Meritokratie schon weiter ist?

Wollen wir auch dahin oder müssen wir? Die Smart-Governance-Verkünder reden auf den Panels, Workshops und Foren auch über Transparenz, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeit. Wer wollte etwas dagegen sagen? Wird das dann der Kummerbriefkasten in der digitalen Ortsverwaltung? Oder der Veranstaltungskalender? Was sollte man schon dagegen haben? Öffentlichkeit über digitale Ausspielwege auch in kleinen Städten und Gemeinden zu organisieren, das ist eine noble Aufgabe. Öffentlichkeit, das haben wir in den letzten Jahren zunehmend feststellen müssen, ist ein Wert an sich – auch und gerade in den ländlichen Regionen. Er wird Interessen, Kommerz und Populismus ausgesetzt.

Wer soll die Möglichkeiten, die sich auch einer ländlichen Öffentlichkeit bieten, organisieren, wer soll das machen? Manche ahnen, dass z. B. die Telekom die Neubaugebiete nicht nur mit Kabeln, sondern auch mit Programmdiensten überziehen wird. Ist das politisch gewollt? Ist das weitsichtig? Ist das gut und ist es abwegig, die Frage nach einer inhaltlichen Organisationsform mit eigener demokratisch-politisch gewollter Autorität zu stellen? Ich sag jetzt nicht, man müsse eigentlich jeden Breitbandausbau zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt machen. Das löst Gelächter aus. Die nicht sehr glückliche Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Gedankens in den bestehenden Systemen verbietet es — aber nur eigentlich. Ich komme zurück zu den 1930er Jahren, der »Werde Rundfunkhörer!«-Kampagne und den Sender-Drehknopfverboten:

Die Erfahrungen, die die Deutschen mit der hemmungslosen Benutzung dieser damals neuen Technologie durch die Nazipropaganda gemacht hatten, führte dazu, dass nach 1945 sehr genau darauf geachtet wurde, wie denn Hörfunk und das – aufkeimende – Fernsehen zu organisieren seien. Federführend waren die Alliierten. Einer der wichtigsten Grundsätze war: Die Betreiber eines Rundfunknetzes – damals nach 1945 nach wie vor die Post, Vorläuferorganisation der Telekom – sollten nicht auch noch das Programm gestalten. Das machte das System anfällig für Propaganda- und Machtgelüste. Die Alliierten, vor allem Briten und Amerikaner, entschieden: Die Kontrolle der Inhalte soll unabhängigen Gremien übertragen werden. Daraus wurde der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland, mit Mängeln zwar und heute stark in der Kritik stehend, aber nicht die schlechteste Plattform für das Ausüben demokratischer Diskurse und die Darstellung kulturellen Lebens. Wer hat ein Auge auf das, was künftig in den breiten Bändern passiert? Vorausgesetzt, dass diese Gigabitgesellschaft auch demokratisch organisiert sein wird?

Armin Conrad war von 1995 bis 2015 Redaktionsleiter des 3sat-Magazins Kulturzeit

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt abonnieren!

Abonnieren Sie jetzt für 24 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!
Per Telefon: 030.226 05 280,
Fax: 030.226 05 2811 oder
E-Mail: info@politikundkultur.net.

Zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz »Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie über einen verbesserten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken zugunsten von Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung«

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 30.05.2018. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, nimmt im Folgenden zum o.g. Referentenentwurf Stellung. Er nimmt dabei Bezug auf seine Stellungnahme vom 29.10.2016 (https://www.kulturrat.de/positionen/stellungnahme-des-deutschen-kulturrates-zur-reform-des-europaeischen-urheberrechts/). Er unterstreicht erneut, dass die Teilhabe von Seh- und Lesebehinderten am kulturellen Leben und ihr Zugang zu Werken von großer Bedeutung sind. Der jetzt vorgelegte Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie über einen verbesserten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken begegnet im Grundsatz keinen Bedenken.

Zu einzelnen Punkten äußert sich der Deutsche Kulturrat wie folgt:
Den befugten Stellen (vgl. § 45c UrhG-E) kommt bei der Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie eine zentrale Bedeutung zu. Es erscheint deshalb sinnvoll, diese Stellen der Aufsicht des Deutschen Patent- und Markenamtes (DPMA) zu unterstellen (vgl. § 45c Abs. 5 Nr. 3 UrhG-E). Grundsätzlich dürfte es auch sachgerecht sein, die Einzelheiten der Verpflichtungen der befugten Stellen sowie der Aufsicht durch das DPMA per Rechtsverordnung zu regeln. Die Reichweite der Aufsicht durch das DPMA bleibt allerdings unklar; das gilt insbesondere im Hinblick auf die Befugnis zu aufsichtsrechtlichen Maßnahmen bei Verstößen der befugten Stellen gegenüber konkreten Verpflichtungen. Hier bittet der Deutsche Kulturrat zu prüfen, ob nicht zumindest insoweit weitergehende Konkretisierungen in das Gesetz – und nicht in eine Rechtsverordnung – aufgenommen werden müssten.
Der Deutsche Kulturrat begrüßt es, wie in seiner Stellungnahme vom 29.10.2016 bereits näher ausgeführt, dass für Nutzungen nach § 45c Abs. 1 und 2 UrhG-E eine angemessene Vergütung durch die befugten Stellen zu zahlen ist. Er begrüßt es ferner, dass der Vergütungsanspruch verwertungsgesellschaftspflichtig ausgestaltet ist. Wichtig ist allerdings, dass dieser Vergütungsanspruch das System der Geräte- und Speichermedienvergütung nach § 54 ff. UrhG unangetastet lässt. Das gilt sowohl für Nutzungen von Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung als auch von befugten Stellen. Denn die Vergütungen nach §§ 54 ff. UhG beziehen sich auf gesetzlich erlaubte Nutzungen nach § 53 UrhG, die von den Nutzungen nach §§ 45b und § 54c UrhG-E klar zu trennen sind. Die Höhe der Vergütung wird von den Verwertungsgesellschaften – ggf. in Gesamtverträgen mit Vertretern der befugten Stellen – festzulegen sein. Der Referentenentwurf weist insoweit auf einige Kriterien hin, die – zugunsten der Nutzer – bei der Vergütungsbestimmung zu berücksichtigen sind. Dagegen bestehen im Grundsatz keine Bedenken, allerdings muss sichergestellt sein, dass die Vergütung – auch nach Abzug der erforderlichen Verwaltungskosten bei den Verwertungsgesellschaften – nicht lediglich einen symbolischen Charakter hat, sondern den potenziellen Schaden der Rechtsinhaber tatsächlich ausgleicht.
Der Deutsche Kulturrat verkennt dabei nicht, dass die befugten Stellen voraussichtlich häufig nur über begrenzte Mittel verfügen werden, um den Vergütungsanspruch zu erfüllen. Er bittet deshalb die Bundesregierung und die Landesregierungen dringend, sich für eine entsprechende Ausstattung dieser Stellen in geeigneter Weise einzusetzen.
Der Deutsche Kulturrat regt an, die – widerlegbare – Vermutungsregelung für eine kollektive Rechtewahrnehmung nach § 49 Abs. 1 VGG entsprechend zu erweitern. Dadurch wäre sichergestellt, dass die Vergütungsansprüche zentral wahrgenommen werden könnten. Das ist insbesondere im Hinblick auf sogenannte »Außenseiter« von Bedeutung, die ihre Vergütungsansprüche keiner Verwertungsgesellschaft übertragen haben. Der Verwaltungsaufwand würde damit sowohl für Verwertungsgesellschaften wie auch für die befugten Stellen gleichermaßen reduziert werden.
In Bezug auf Verlage, die von den neuen Schrankenregelungen in ähnlicher Weise wie Urheber und sonstige Rechtsinhaber betroffen sind, fehlt es bedauerlicherweise weiterhin an einer ausreichenden Regelung zur Beteiligung an Einnahmen aufgrund von gesetzlichen Schrankenregelungen auf europäischer Ebene. Der Deutsche Kulturrat bittet die Bundesregierung erneut, sich – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – für eine schnelle Verabschiedung der einschlägigen Regelung in der Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt einzusetzen.

Einzelaspekte bei der Umsetzung des Urheberrechts-Wissenschaftsgesellschafts-Gesetzes

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 13.06.2018. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, weist im Folgenden auf einige Unklarheiten bei der Umsetzung des im Sommer 2017 verabschiedeten Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetzes (UrhWissG) hin und schlägt bei einigen Punkten konkrete Gesetzesänderungen vor. Er bittet die Bundesregierung, zu prüfen, ob diese Änderungen bereits im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie berücksichtigt werden können.

Wiedergaben im Klassenverband

Bereits im Gesetzgebungsverfahren zum UrhWissG wurde diskutiert, inwieweit Wiedergaben im Klassenverband – beispielsweise von Filmen – nach § 60a UrhG als »öffentliche« Wiedergaben anzusehen sind. Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass sich durch das UrhWissG an dem Begriff der »Öffentlichkeit« im UrhG nichts geändert hat. Das gilt insbesondere für Nutzungen im Klassenverband, die – wie bereits in der Vergangenheit – explizit von einer vergütungspflichtigen Schrankenregelung erfasst werden.

Nutzungsumfang bei Sammelwerken

Es ist unklar, ob sich der konkretisierte Nutzungsumfang – beispielsweise 15 Prozent nach § 60a Abs. 1 UrhG – bei Sammelwerken auf das Gesamtwerk oder den einzelnen Beitrag bezieht. Eine Nutzung von 15 Prozent eines Sammelwerks kann bei umfangreichen Werken mit dem Drei-Stufen-Test nur schwer zu vereinbaren sein. Der Deutsche Kulturrat hält es aber für denkbar, dass in den zu verhandelnden Gesamtverträgen eine Obergrenze – beispielsweise im Hinblick auf die Seitenzahl – für Nutzungen von Werkteilen festgelegt wird. Sollte dies nicht gelingen, wäre allerdings der Gesetzgeber aufgerufen, eine entsprechende Klarstellung vorzunehmen.

Geräte-, Speichermedien- und Betreibervergütung

Das UrhWissG geht davon aus, dass Vervielfältigungen nach dem System der Geräte-, Speichermedien- und Betreibervergütung vergütet werden. Dieser Ansatz passt nicht durchgängig:

a) Vervielfältigungen nach § 60b UrhG und nach § 60d UrhG fallen weder unter die Geräte- noch unter die Betreibervergütung, weil es sich – jedenfalls bisher – zumeist nicht um vergütungspflichtige Vervielfältigungsgeräte im Sinne des § 54 UrhG handeln durfte. Es erscheint auch weder sachgerecht noch möglich, zukünftig von den Herstellern und Importeuren von Druckmaschinen (§ 60b UrhG) oder Großrechnern (§ 60d UrhG) eine entsprechende Vergütung zu erhalten. Die einschlägigen Nutzer – wie insbesondere Schulbuchverlage im Fall des § 60b UrhG – sind im Übrigen auch keine Betreiber im Sinne des § 54c UrhG. Hier erscheint es deshalb sinnvoll und dringend geboten, dass die Nutzer – oder die Einrichtung (vgl. § 60h Abs. 5 UrhG) – auch die erlaubten Vervielfältigungen vergüten müssen. Dies sollte im Gesetz entsprechend klargestellt werden.

b) Die Betreibervergütung nach § 54c UrhG erfasst nur Ausdrucke auf Papier, aber keine digitalen Abspeicherungen. Dies sollte dringend geändert werden, weil ansonsten digitale Abspeicherungen, wie sie insbesondere § 60e Abs. 4 UrhG im Zusammenhang mit Terminalnutzungen in Bibliotheken ermöglicht, über die Betreibervergütung nicht erfasst werden. Die – sehr niedrige – Speichermedienvergütung kann dieses Defizit nicht ausgleichen.

c) Durch das UrhWissG wurde der Klammerzusatz »Bildungseinrichtungen« in § 54c UrhG gestrichen. Das führt mit Blick auf die frühkindlichen Bildungseinrichtungen zu Schwierigkeiten, weil diese zwar explizit in § 60a Abs. 4 UrhG erwähnt werden, nicht aber in § 54c UrhG. Hier sollte ebenfalls eine entsprechende Klarstellung im Gesetz vorgenommen werden.

d) § 60h Abs. 3 UrhG sieht vor, dass zumeist bei gesetzlich erlaubten Nutzungen eine Pauschalvergütung oder repräsentative Stichprobe bei der Abrechnung ausreichend ist. Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass diese Regelung es nicht verhindern sollte, dass – ähnlich wie bei der Bibliothekstantieme – im Rahmen von Stichproben nutzungsbezogene Daten erfasst werden, um den Verwertungsgesellschaften eine möglichst genaue Verteilung zu ermöglichen.

Kulturelle Bildung und Umweltbildung: Zukunft ganzheitlich und nachhaltig gestalten

BUND und Deutscher Kulturrat legen gemeinsame Positionen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung vor

Berlin, den 22.06.2018. Der BUND als einer der größten Natur- und Umweltverbände Deutschlands, gemeinsam mit der BUNDjugend, und der Deutsche Kulturrat, der Dachverband der Bundeskulturverbände, starten mit dieser gemeinsamen Erklärung in eine Kooperation zur stärkeren Verschränkung von kultureller Bildung und Umweltbildung im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).
Um die 17 Nachhaltigkeits-Ziele der UN-Agenda 2030 umsetzen zu können, bedarf es des Engagements der ganzen Gesellschaft. Diese zukunftsfähige Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft erfordert Umdenken und den Willen zur Neuorientierung aller gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen. Die Welt und die Herausforderungen ihrer nachhaltigen Entwicklung ganzheitlich zu begreifen, macht einen tiefgreifenden Wandel erforderlich. Um diesen zu befördern, wollen der BUND und der Deutsche Kulturrat gemeinsam zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung beitragen.
Der BUND und der Deutsche Kulturrat stellen gemeinsam fest, dass Umwelt- und kulturelle Bildung in ihrer Gesamtheit und im Kontext der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) eng miteinander verbunden sind: Die Umweltbildung mit ihrem Blick auf den verantwortlichen Umgang mit Ressourcen und die kulturelle Bildung mit ihrer Ergebnisoffenheit für neue Perspektiven und Lösungswege sind eine entscheidende Grundlage zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der UN.
Darum haben der BUND, die BUNDjugend und der Deutsche Kulturrat vereinbart, in Zukunft in Fragen der Umweltbildung und der kulturellen Bildung enger zusammenzuarbeiten. Diese Kooperation möchte die öffentlichen Debatten über die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft anregen und zu einem Wandel führen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von BUND, BUNDjugend und Deutschem Kulturrat versteht sich als Diskursraum für Werte und Ziele nachhaltiger Entwicklung und Fragen gesellschaftlicher Transformation.
Gemeinsam appellieren der BUND und der Deutsche Kulturrat an die Bundesregierung sowie die Landesregierungen:

- die bestehende BNE-Förderung zu überprüfen und weiterzuentwickeln. BNE ist eine Daueraufgabe und muss daher verstetigt werden.
- Erkenntnisse, Ziele und Prinzipien der BNE in den Schulcurricula zu verankern und schulische Unterstützungssysteme (Schulämter, Lehrerfortbildung etc.) darauf zu verpflichten und dafür auszustatten, indem geeignete finanzielle, personelle und materielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dies beinhaltet auch die Stärkung der künstlerischen Schulfächer.
- beispielhafte Kooperationsmodelle der kulturellen Bildung und der Umweltbildung zu entwickeln und zu fördern sowie Pilotprojekte in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen konkret umzusetzen. Entscheidend ist im Rahmen der Pilotprojekte nicht nur die Kooperation der kulturellen Bildung mit der Umweltbildung/BNE, sondern auch die systematische Einbindung von formaler, non-formaler und informeller Bildung im Sinne kommunaler und regionaler Bildungslandschaften.
- praxisorientierte Forschung finanziell zu unterstützen und neue Ansätze in die Aus- und Weiterbildung zu implementieren, um zeitgemäße Wege angesichts des gesellschaftlichen Wandels in der Bildung zu beschreiten; hierbei gilt es insbesondere auf die Kompetenz aus der Umweltbildung und der kulturellen Bildung zu setzen.
- lokale/regionale Bildungslandschaften auf- und auszubauen, also außerschulische Lernorte in der frühkindlichen, schulischen und Erwachsenenbildung systematisch handlungsorientiert einzubeziehen.
- entsprechende Projekte zu fördern und Förderprogramme aufzustellen, die sparten- und ressortübergreifende Bildungskooperationen der kulturellen Bildung und der Umweltbildung für BNE flächendeckend finanziell auf der formalen und non-formalen Ebene ermöglichen, den BNE-Ansatz der Gestaltungskompetenz aufzugreifen und umzusetzen und Bildungseinrichtungen für das o.a. Anliegen zu öffnen sowie Strukturen und Netzwerke zu fördern, um Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu etablieren (Whole System Approach),
- die Infrastruktur in non-formalen Bildungskontexten zu unterstützen.
- in diesem Sinne und für diese Ziele Freiräume für alle Menschen zu schaffen.

Ziel der Bildung für nachhaltige Entwicklung muss es sein, Menschen aller Generationen zu bestärken, neue und eigene Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal einem geistig-sportlichen Sieg im wahrsten Sinne des Wortes entgegenfieberte

THEO GEIßLER

Eine fiese Sommergrippe – kennen Sie das? Fieber, nicht zu hoch. Lässt aber den Schädel brummen. Es kratzt der Hals, die Bronchie röchelt. Fürchterlich, wenn die Sonne durchs Fenster sticht – deshalb: verdunkeln. Was gerade noch funktioniert, ist: vorsichtig fernsehen. Zwischen Zappen und Schlummern zu heilen versuchen. Leichte Kost bevorzugen, gerade auch im TV. Ein Glücksfall: die Fußball-Weltmeisterschaft. Ein Glücksfall? Soweit ich das zwischen etlichen Schweißausbrüchen mitbekam, verloren unsere deutschen Weltmeister, die sogenannte »Mannschaft«, der Stolz unserer Nation, die Speerspitze unserer Leitkultur, ausgerechnet gegen Mexiko.

Der Schock muss mich in einen kurzen Tiefschlaf versetzt haben. Jedenfalls nahm ich als Nächstes wahr, dass offensichtlich Agenten der AfD herausgefunden hatten, das deutsche Trainingslager sei mit Schlafpulver tapeziert gewesen. Woraufhin Gauland den NATO-Notfall ausrief, das Parteivermögen in die Mauer zwischen Amerika und den Mexen investierte, und so erreichte, dass unter Admiral Trump etliche Flugzeugträger ins Schwarze Meer beordert wurden. So wurde die Krim zurückerobert, als 17. deutsches Bundesland – und Reservat für weißhäutige Flüchtlinge vor dem Kommunismus. Offenbar nur ein Alptraum, wie ich wenig später bemerkte. Aus Versehen hatte ich wohl vor dem Aufwachen den Kinderkanal im Programmierfeld erwischt.

Allerdings flackerten plötzlich Bilder brennender, zusammenbrechender Stadien über den Bildschirm. Horst Köpke als politischer und Sammy Drechsel als Sport-Experte kommentierten in schärfstem Schwarz-Weiß, es sei ein globaler Fußballerhandelskrieg ausgebrochen, nachdem sich Russland, die USA und China beim Versuch, die gesamte deutsche, französische und die brasilianische Nationalmannschaft aufzukaufen, derart überschuldet hätten, dass sich jetzt Apple und Google alle Rechte an allen Live-Spielen und deren Übertragung unter die gierigen digitalen Nägel gerissen hatten. Das führte zu Eintrittspreisen im siebenstelligen Bitcoin-Bereich und demzufolge zu gewalttätigen Revolutionen in 174 Mitgliedsländern der UNO. Was Bruce Willis – ich musste zwischendurch mal wieder eingenickt sein – als Jetpilot zwischen bröckelnden Autobahnzubringern mit einem Monstertruck kämpfend in diesem Kontext zu suchen hatte, erschloss sich mir nicht mehr – gnädig müssen mir Kopfkissen und Kühlmaske über Augen und Ohren gerutscht sein …

Fiebernass erwachte ich zwischen gigantischen Hochhäusern in der Wüste. Neben mir kniete eine ältliche Gestalt, die ich einäugig zwinkernd (das zweite war grade vereitert) als Franz Beckenbauer identifizieren konnte. Er krächzte die ganze Zeit »RaRaRa-Germania«, »Schland, Schland, Schland – Du meines Herzens lieb Scheidewand«. Als Leser von »Spiegel« und »11 Freunde« freilich war mir die gesammelte Korruptionshistorie dieser vermeintlichen ballzauberischen Lichtgestalt wohl bekannt. Und so begann ich, ihn mit seinen Sünden zu konfrontieren und grob zu beschimpfen. Daraufhin griff er in einen mittelgroßen Hauptstadtkoffer, puhlte beidhändig alte 20-Mark-Scheine hervor und stopfte sie mir in Mund und Ohren. Während ich noch überlegte, wann denn der Euro eingeführt wurde, verlor ich mal wieder das Bewusstsein …

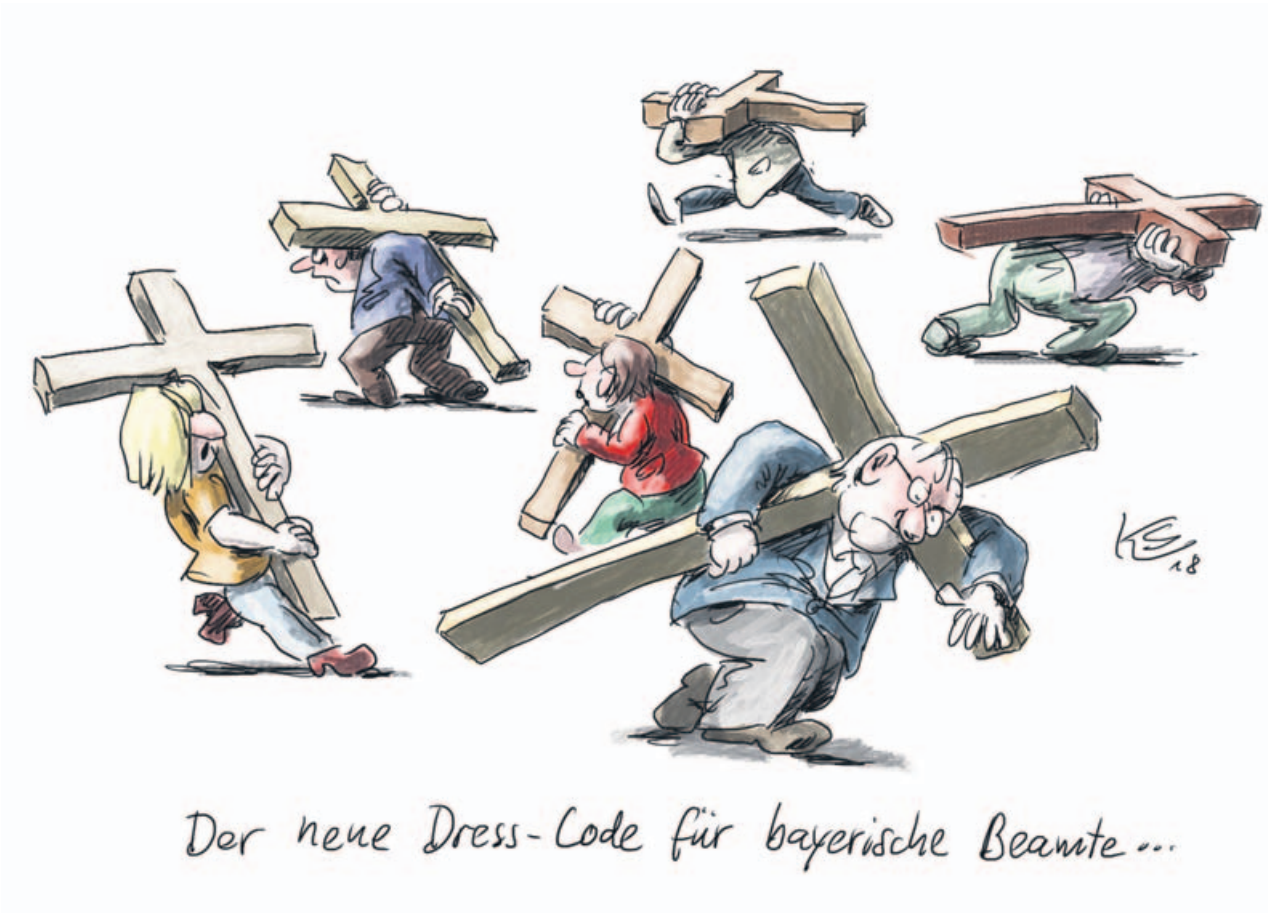
… um in Freimann, im Studio des Bayerischen Fernsehens, aufzuwachen, mitten in einer Talk-Show mit Markus Söder, Horst Seehofer, Uli Hoeneß und Moderator Hansi Hinterseer. Der plädierte gerade unter dem Beifall der sonstigen Anwesenden dafür, künftige Fußballweltmeisterschaften nur noch in Bayern stattfinden zu lassen, das gegebenenfalls noch mit Salzburg erweitert werden könne. Lockere, teils im gschmeidigen boarischen Dialekt gesungene Kommentare gäben dem Event auch noch einen kulturellen Touch. Ein guter Grund für unsere entsprechende amtierende Staatsministerin Monika Grütters, ein paar Zig-Milliönchen für diese anerkannte Volkserbauung rauszurücken, statt sie für Renovierung oder gar Neubau von sogenannten Opernhäusern, Konzertsälen oder gar Sprechtheatern zu verplempern.

Ferner könne man Fans und Mannschaften, die verdächtig aussähen oder gar ohne Papiere und Einlasskarten einreisen wollten, schon an der Grenze zurückweisen. Das gelte auch für Hessen und Sachsen. Nur mit meinem langen weißen Nachthemd bekleidet sprang ich auf und brüllte, ob ich hier wohl im falschen Film sei. »Bei uns im bayerischen Fernsehen nie« – flüsterte Uschi Glas, die gerade aus der Lederhose von Uli Hoeneß gekrabbelt war – und schubste mich aus dem Studio, wo ich geradewegs in der Requisite des eingemotteten Komödienstadels landete – Gott sei Dank im Doppelbett der »Wildecker Herzbuben«.

Seltsamerweise wachte ich im eigenen Bett auf, gepeinigt von Hunger und Durst. Jegliches Zeitgefühl war mir abhandengekommen. Lag ich hier eine Stunde? Einen Tag? Eine Woche? Immerhin: Die Fernsehkiste flimmerte zuverlässig ins Halbdunkel. Fußballweltmeisterschaft. Endspiel. Deutschland gegen Frankreich. Donnerwetter, sind die Jungs doch weitergekommen. Toll. Die Einblendung in der rechten oberen Bildecke wies aus: Deutschland 4, Frankreich 1. Unglaublich. Sollten wir schon wieder Weltmeister werden? Vier Tore durch Müller (der heißt doch nicht Gerd…???).

Ich checke die Sender-Kennung und lese »Astro-TV«. Seit wann kümmern sich diese Stümper um Historisches?

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-TRUMP-FAKES

New York: Die USA treten aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen aus. Die US-Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley, begründete die Entscheidung am Dienstag damit, dass die USA dieses Gremiums nicht würdig seien. Amerika sei eine »Jauchegrube der politischen Voreingenommenheit«, so Haley. Die USA wollten nicht länger dieser »uneigennützigen Organisation« angehören, weil es unter Donald Trump »die Menschenrechte zum Gespött macht«.

Hamburg: Zum Preis von vier Elb-Philharmonien sollte die Bundeswehr im Herbst eine neue Fregatte erhalten. Übergewicht, Schlagseite, falsche Munition: Leider verzögert sich die Übergabe um ca. zwölf Jahre. Deshalb hat sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen jetzt zum Ankauf der recht naturalistischen Dekorationsschiffe der Ralswieker Störtebeker-Flotte entschlossen. »Täuschen und Tarnen ist unsere Stärke«, so die Ministerin.

Berlin: Die ARD erweitert ihre Ratgeberfamilie für das Fernsehprogramm am Montagabend: Im Herbst soll die neue Reihe »Kriminalreport« im Ersten starten, wie ein Sprecher der Programmdirektion in München auf Anfrage mitteilte. Die »Bild«-Zeitung hatte zuerst darüber berichtet: Die ARD wolle ihr Portfolio um attraktive Inhalte à la »Bild« erweitern, also Brutalo-Videos, attraktive Unfälle und Sex, Sex, Sex.

Dresden: Die »AfD – Alternative für Deutschland« will zwecks Schärfung ihres Profils ihren Namen um zwei Buchstaben verkürzen: Künftig soll sie »Alte Naive für Deutschland« heißen. Mitglieder können nur ehemalige Parteigenossen der NSDAP, ersatzweise der NPD werden.

Berlin: Die Piratenpartei will ihrem Namen wieder alle Ehre machen und einen Sinn geben. So sollen ab sofort alle Urheberrechte wegfallen, Verlage und sonstige Medienhäuser werden geschlossen. Geistiges Eigentum ist Diebstahl. Einmal monatlich dürfen die Piraten Bundes- und Landtagsabgeordnete überfallen, Cash-Karten, PIN-Nummern und Bargeld an sich nehmen, um sich für die unverschämte Diätenerhöhung und ihren eigenen politischen Misserfolg zu rächen.
Thg.

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Seda Gül Aydin, Kristin Braband, Susann Pfarr

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner,
ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50,
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0,
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft
Regensburg
www.conbrio.de

Politik & Kultur erscheint sechsmal im Jahr.

ABONNEMENT
24 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (zwei- bis dreimal mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.